



Zeitschrift „Internationales Leben“

Begründer – Ministerium für auswärtige Angelegenheiten
der Russischen Föderation

Die Zeitschrift „Internationales Leben“ ist die führende außenpolitische Monatsschrift Russlands, die seit 1954 erscheint und einem breiten Kreis von Lesern im In- und Ausland gut bekannt ist.

Stabile Verbindungen mit dem Außenministerium Russlands erlauben es der Zeitschrift, in der Berufssprache über die Außenpolitik und Diplomatie der Russischen Föderation zu reden sowie die vor dem Land und der Weltgemeinschaft stehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme objektiv zu analysieren.

Den Rat der Herausgeber der Zeitschrift leitet der Minister für auswärtige Angelegenheiten Russlands, Sergej Lawrow.

Die Leserschaft der Zeitschrift rekrutiert sich sowohl aus Mitarbeitern der Administration des Präsidenten Russlands und der Regierung der Russischen Föderation als auch aus diplomatischen, Finanz- und Wirtschaftskreisen, aus Wissenschaftlern und Vertretern der breiten Öffentlichkeit sowie aus Studenten.

Die Zeitschrift „Internationales Leben“ erscheint in russischer, englischer, chinesischer, deutscher, französischer, spanischer, arabischer, portugiesischer und polnischer Sprache.

Verantwortliche Redakteurin und Herausgeberin dieses Heftes

Jewgenija Pjadyschewa,

Kandidatin der Geschichtswissenschaften, Dozentin

Layout und Umbruch

Irina Snatnowa

Deutsche Ausgabe

Übersetzung aus dem Russischen

© Offene Aktiengesellschaft

„Verlagsgruppe Progress“

Generaldirektor:

Sarkis Oganjan

Redaktionsleiterin:

Margarita Tarwerdowa

Übersetzer:

Dmitri Gabrielan

Redakteurin:

Julia Buschujewa

Computer-Operator:

Alexej Uwarow

Adresse der Redaktion:

105064, Moskau,

Gorochowskij pereulok 14,

Russische Föderation

Tel.: + 7 (499) 265-37-81.

Fax: + 7 (499) 265-37-71.

E-mail: info@interaffairs.ru.

© Redaktion der Zeitschrift

„Internationales Leben“, 2016

Diplomatie

- Sergej Lawrow**, *Minister für auswärtige Angelegenheiten Russlands*. Russland und ASEAN: neue Besonderheiten der zwanzigjährigen Partnerschaft 3
- Konstantin Kossatschow**. Interparlamentarische Union: Wird der Berg eine Maus gebären oder die Einmischung in die Nichteinmischung? 9

Bilaterale Beziehungen

- Sergej Rjabkow**, *Stellvertreter des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Russlands*. Die russisch-amerikanischen Beziehungen nach den Wahlen: „Wir werden zu einem Neubeginn bereit sein...“ 23
- Vitali Worobjow**. Die russisch-chinesische vertrauensvolle strategische Partnerschaft: Formel des 21. Jahrhunderts 43
- Wladimir Olentschenko**. Russland und Länder des Baltikums: Umrisse eines Konzepts bilateraler Beziehungen 57

Tendenzen

- Gennadi Gatilow**, *Stellvertreter des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Russlands*. Humanitäre Krise in Syrien: wie menschliche Tragödien für politische Zwecke missbraucht werden 81
- Kamaludin Gadshiew**. Metamorphosen von Konflikten und Kriegen in der heutigen Welt 99
- Armen Oganessjan**. „Punktförmiges Kalifat“ in Europa 121

Konzeptionen

- Michail Titarenko, Wladimir Petrowski**. Über Russlands neueurasische Identität 127
- Valeri Worobjow, Roman Iliew**. Menschenrechte im Judaismus und in der jüdischen Rechtstradition 161
- Kirill Barski**. Primakow hat den „Ost-Vektor“ vorgezeichnet 185

**Sergej Lawrow**

Minister für auswärtige
Angelegenheiten
Russlands

Russland und ASEAN: neue Besonderheiten der zwanzigjährigen Partnerschaft

Die Asiatisch-Pazifische Region demonstriert heute ein besonders dynamisches Entwicklungstempo, behauptet sich souverän als eine „Lokomotive“ der Weltwirtschaft und erhöht ihr Gewicht auch

in politischer Hinsicht. Es liegt auf der Hand, dass die Rolle der Asiatisch-Pazifischen Region in der Bildung einer globalen polyzentrischen Architektur weiterhin lediglich wachsen wird.

Im Mittelpunkt von Prozessen, die sich in der Region abspielen, steht der Verband Südostasiatischer Nationen, kurz ASEAN (Abkürzung von der englischen Bezeichnung *Association of Southeast Asian Nations*), der konsequent an internationalem Ansehen gewinnt und seinen inneren Zusammenhalt festigt. Zehn Länder, die dem Verband angehören, repräsentieren unterschiedliche religiöse, kulturelle und sozial-ökonomische Modelle und zeigen ein Beispiel der erfolgreichen Verwirklichung der Formel „Einheit in Vielfalt“.

In diesem Jahr wird die dialogmäßige Partnerschaft zwischen Russland und der ASEAN 20 Jahre alt. In den zurückliegenden 20 Jahren sind eine solide vertraglich-rechtliche

Basis der Zusammenarbeit und ein weitverzweigtes Netz von Arbeitsorganen, darunter auch auf höchster Ebene, gebildet worden. Unser Zusammenwirken nimmt einen festen Platz in der Liste außenpolitischer Schlüsselprioritäten Russlands und der Mitgliedsstaaten der ASEAN ein. Mehr noch: dieses Zusammenwirken wurde zu einem wichtigen Bestandteil der regionalen Architektur. Russland ist heute ein aktiver Teilnehmer der Ostasiatischen Gipfeltreffen (OAG), des Regionalen ASEAN-Forums für Sicherheit (ARF), der Tagung von Verteidigungsministern der Mitgliedstaaten der ASEAN mit den Dialogpartnern («SMOA Plus»).

Unterpfand einer erfolgreichen Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der ASEAN ist die Ausrichtung auf praktische Ergebnisse und das natürliche gegenseitige Interesse. Die Beziehungen zwischen Russland und der ASEAN gehen von Lebensnotwendigkeiten aus, stützen sich auf ein festes historisches Fundament. Als unabdingbarer Bestandteil der Asiatisch-Pazifischen Region erwies unser Land im Laufe von Jahrzehnten einen konsequenten und gewichtigen Beistand vielen Ländern Südostasiens im nationalen Befreiungskampf, bei der Erlangung von Unabhängigkeit, bei der Wahrung der Souveränität und bei der Sicherung der sozial-ökonomischen Entwicklung.

Unserer Zusammenarbeit mit ASEAN-Ländern liegen folgende Prinzipien zugrunde: die Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung, der Rücksicht auf gegenseitige Interessen, der Anerkennung einer kulturell-zivilisatorischen Vielfalt der heutigen Welt, des Rechts der Völker, ihre eigene Zukunft selbständig zu bestimmen. Den Zusammenhalt Russlands und der ASEAN fördert eine positive Tagesordnung, die auf die Schaffung günstiger Bedingungen für eine stabile Entwicklung, eine Hebung des Wohlstandes unserer Völker, darunter auch auf den Wegen einer wirtschaftlichen Modernisierung und der Umsetzung von Innovationen, gerichtet ist.

Unsere gemeinsame Aufgabe ist, eine tatsächliche allumfassende vielschichtige strategische Partnerschaft aufzubauen. Das Gipfeltreffen Russland-ASEAN am 19. und 20. Mai dieses Jahres ist berufen, den Dialog auf eine Bahn zu bringen, die zu diesem Ziel führt. Dieses Gipfeltreffen, bereits das dritte dieser Art, findet

erstmalig auf dem Territorium unseres Landes – in Sotschi – und wird zur wichtigsten Maßnahme des Jubiläumsjahres.

Eine wichtige Priorität der gemeinsamen Arbeit ist die Festigung der regionalen Sicherheit. Bereits im Jahre 2010 – in der Gemeinsamen Erklärung der führenden Politiker anlässlich der Ergebnisse des zweiten Gipfeltreffens Russland-ASEAN in Hanoi – ist festgestellt worden, dass eine solche Sicherheit unteilbar und für alle gleich sein soll. Versuche, die eigene Sicherheit auf Kosten der anderen zu gewährleisten, sind nicht nur aussichtslos, sondern auch gefährlich, weil sie zu der Entstehung und Vertiefung von Trennlinien, zu einem Auswachsen des Konfliktpotentials führen.

Die ASEAN und wir haben ein gemeinsames Verständnis für die Notwendigkeit, tatsächliches strategisches Gleichgewicht und Stabilität in der Asiatisch-Pazifischen Region anzustreben, gemeinsam nach Antworten auf bestehende Herausforderungen und Drohungen zu suchen. Davon zeugt der – im Rahmen der Ostasiatischen Gipfeltreffen auf Initiative Russlands und bei der lebhaften Unterstützung der „ASEAN-Zehn“ angeregte – Dialog über Fragen der Bildung einer neuen Architektur der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region.

Die Aktualität der Vereinigung praktischer Anstrengungen Russlands und des Verbandes Südostasiatischer Nationen auf diesem Gebiet ist geboten auch durch gemeinsame Interessen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und Extremismus, gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, gegen die Rauschgiftgefahr, gegen die grenzüberschreitende Kriminalität sowie durch das Streben nach einer Stärkung der internationalen Informationssicherheit. Förderlich für die Vertiefung eines solchen Zusammenwirkens war – neben der bereits erprobten Koordinierung im Rahmen der Asiatisch-Pazifischen Region und der «SMOA Plus» – die Durchführung der ersten informellen Begegnung von Verteidigungsministern Russlands und der ASEAN-Mitgliedsländer am Rande der im vergangenen Monat stattgefundenen V. Moskauer Konferenz über internationale Sicherheit.

Hingewiesen sei auch auf die Nachfrage nach soliden russischen Erfahrungen im Rechtsschutzbereich, einschließlich des Beistands bei der Festigung des entsprechenden Potentials der „Zehn“. Einen

spürbaren Fortschritt in der branchenmäßigen Zusammenarbeit bewirkten die Herstellung der Partnerschaft Russlands mit ASEANAPOL im Jahre 2014 und die nachfolgende Hebung dieser Partnerschaft auf eine Ministerialebene.

Von den Prinzipien der Gleichberechtigung, Transparenz und Inklusivität lassen wir uns auch im Bereich der Wirtschaft leiten. Eine besondere Bedeutung kommt einer solchen Herangehensweise heute zu, da die Prozesse der Liberalisierung von handelsmäßigen Bedingungen im Rahmen der Asiatisch-Pazifischen Region – leider – gelegentlich den Interessen des Welthandelssystems zuwiderlaufen. Wir sind überzeugt, dass derartige Handlungen eine Diskrepanz und Zersplitterung im regionalen Wirtschaftsraum bewirken.

Wir gehen davon aus, dass die Tendenz zur Beschleunigung der Integration die Möglichkeiten nicht einschränken, sondern – im Gegenteil – neue Perspektiven eröffnen sollte. Im Dezember 2015 ergriff der Präsident der Russischen Föderation W. W. Putin die Initiative zur Bildung der wirtschaftlichen Partnerschaft unter Beteiligung von Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (mit der Heranziehung von Indien und Pakistan als zukünftige Mitglieder der SOZ) und der ASEAN. Diese Partnerschaft, die sich auf die Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Berücksichtigung der Interessen stützen und für alle interessierten Seiten offen sein soll, würde fast ein Drittel der Weltwirtschaft (nach Kaufkraftparität) und die Hälfte der Bevölkerung unseres Planeten umfassen. Das konsequente Vorankommen bei der Umsetzung dieser Initiative könnte in der Zukunft dazu führen, dass eine Art «Knotenpunkt» der Zusammenarbeit entsteht, der zu einem Generator für die Gewährleistung der Sicherheit und der Entwicklung im ausgedehnten eurasischen Raum werden sollte.

Mit dem Verband Südostasiatischer Nationen ist eine solche Arbeit bereits im Gange. Im Mai des vergangenen Jahres wurde das erste Freihandelsabkommen zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und einem Mitglied der «Zehn» – Vietnam – unterzeichnet. Geprüft werden Anträge einer ganzen Reihe anderer Länder Südostasiens. Auf lange Sicht ebnet das einen Weg für die

Festlegung besonderer Handelsbeziehungen zwischen der EAWU und der ASEAN insgesamt.

Russland zielt unverändert auf den Aufbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der «Zehn» ab. In den letzten fünf Jahren hat sich unser Warenumsatz verdoppelt. Eine gewisse Verringerung des Volumens des bilateralen Handels im Jahr 2015 ist mit den objektiven Faktoren verbunden, vor allem mit der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Konjunktur, mit sinkenden Energieträgerpreisen und mit der Unbeständigkeit der Wechselkurse nationaler Währungen. Eine Schlüsselrolle bei der Wiederherstellung der Dynamik des Handels zwischen Russland und der ASEAN kommt der konsequenten Umsetzung des «Fahrplans» für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Handel und Investitionen im Jahre 2012 sowie dem entsprechenden Arbeitsprogramm zu, das im Jahre 2015 erneuert worden ist. Zu einer guten Hilfe werden dabei die neuen Arbeitspläne in den Bereichen Energiewirtschaft, Wissenschaft und Technologien sowie Landwirtschaft sein.

Ergriffen werden Maßnahmen zur weiteren Diversifizierung der Zusammenarbeit. Zu ihnen gehört die Schaffung eines Mechanismus für Tagungen hochrangiger Amtsträger für Landwirtschaft und einer Arbeitsgruppe für Bildung. Im vergangenen Jahr wurde ein Dialog über erneuerbare Energiequellen und umweltfreundliche Technologien gestartet. Wir planen, dem Zusammenwirken im Bereich der Nothilfe einen Systemcharakter zu verleihen. Wir sind bereit, bei der Entwicklung der regionalen Verkehrsinfrastruktur im Rahmen der Umsetzung des ASEAN-Generalplans für Wechselbeziehungen zu helfen. Wir beabsichtigen, gemeinsam eine Reihe von frischen Ideen im wissenschaftlichen Forschungsbereich, einschließlich des Bereichs der Technologien für die Landwirtschaft und Agrarökologie, für den Schutz der marinen Umwelt, für Wassernutzung sowie für Lebensmittel-Biotechnologien, umzusetzen.

Mit Befriedigung verzeichnen wir ein stetiges Wachstum des gegenseitigen Interesses auch seitens der Unternehmerkreise unserer Länder. Allein im letzten Jahr wurden – im Rahmen des Geschäftsrates Russland-ASEAN – umfassende Business-Missionen in eine ganze Reihe von Ländern des Verbands Südostasiatischer Nationen, einschließlich Malaysia, Brunei, Kambodscha, Myanmar,

Indonesien und Vietnam, durchgeführt. Ein großangelegtes Business-Forum unter Beteiligung von «Flaggschiffen» der russischen Geschäftskreise und der ASEAN-Geschäftswelt wird am Rande des Gipfeltreffens in Sotschi stattfinden.

Einen immer umfassenderen Charakter erwerben humanitäre Beziehungen. In diesem Jahr findet zum ersten Mal das Gegenseitige Jahr der Kultur Russland-ASEAN statt. In Sotschi ist in der Zeit des Gipfeltreffens eine Begegnung von Kulturministern geplant. Geprüft werden Projekte zur Entwicklung der akademischen Kontakte, einschließlich der Veranstaltung eines Universitätsforums Russland-ASEAN, das berufen ist, sowohl den wissenschaftlichen Austausch als auch den Jugendaustausch zu erweitern, der bisher durch regelmäßige Jugend-Gipfeltreffen vertreten war.

Südostasien bleibt für die Bürger Russlands eine der beliebtesten touristischen Richtungen: rund 2,3 Millionen Russen besuchten im vergangenen Jahr ASEAN-Länder. Und dies ist nicht die Höchstgrenze. Mit der «Zehn» sind Vereinbarungen über die Fortsetzung von Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität von touristischen Dienstleistungen und zur Gewährleistung der Sicherheit von Touristen getroffen.

Das inhaltsreiche und vielfältige Zusammenwirken zwischen Russland und der ASEAN ist zukunftssträchtig. Seine Teilnehmer zielen auf die konsequente Umsetzung großangelegter Aufgaben zum Wohle Ihrer Völker ab, was im Interesse einer Stärkung der globalen und regionalen Stabilität, des Aufbaus eines fairen und gerechten Systems der internationalen Beziehungen ist.

Ich bin überzeugt, dass das Gipfeltreffen in Sotschi zu einem wichtigen Meilenstein auf diesem Weg wird, eine neue Etappe in der Entwicklung der Dialogpartnerschaft Russland-ASEAN einleitet und einen machtvollen Impuls für eine weitere Vertiefung des gesamten Komplexes von Beziehungen zwischen unseren Ländern gibt.

Schlüsselworte: Gipfeltreffen Russland-ASEAN, Asiatisch-Pazifische Region, die regionale Architektur, Dialogpartnerschaft.



Interparlamentarische Union: Wird der Berg eine Maus gebären oder die Einmischung in die Nichteinmischung?



Konstantin Kossatschow

Vorsitzender des Ausschusses für
internationale Angelegenheiten
des Föderationsrates, Kandidat
der juristischen Wissenschaften

KIKosachev@senat.gov.ru

„**Die** Welt besteht aus Utopien, die zu
Realitäten geworden sind. Die heutige
Utopie ist eine morgige Realität“⁽¹⁾,

schrrieb F. Passy, der erste Träger des Friedensnobelpreises und einer
der beiden (zusammen mit W. Cremer) Mitbegründer der ältesten
internationalen parlamentarischen Organisation.

Die Idee einer Vereinigung von Parlamentariern aus allen
Ländern der Welt für die Konsolidierung der Bemühungen im
Namen des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit
wurde bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts geboren. Die
Parlamentarier aus Österreich, Spanien, Frankreich und England
diskutierten die Idee einer internationalen Versammlung, die vor
allem als Schiedsrichterin bei der Beilegung von internationalen
Streitigkeiten agieren könnte.²⁾

Die Idee war aktuell und wurde deshalb sofort Wirklichkeit:
das erste internationale Treffen von Parlamentariern aus England,
Frankreich und den USA fand am 31. Oktober 1888 im Pariser
Grand Hotel statt. Das Ergebnis der Arbeit wurde die Annahme von
fünf Resolutionen und einer Erklärung, in denen unter anderem
festgestellt worden war: „Die nächste Versammlung dieser Art, zu

der nicht nur die Mitglieder der drei obengenannten Parlamente, sondern auch Mitglieder anderer Parlamente zugelassen sein werden, die wegen ihrer Treu zu denselben Ideen bekannt sind, wird im nächsten Jahr stattfinden, um das Werk zu vollenden, das auf dieser Konferenz begonnen worden ist³⁾. Genau diese Entscheidung war der Beginn für die Gründung einer einmaligen internationalen parlamentarischen Organisation, nämlich der Interparlamentarischen Union (IPU), die zwei Jahrhundertwenden und zwei Weltkriege erleben sollte.

Es gibt eine Legende, die besagt, dass unmittelbar nach der Gründung der Vereinten Nationen Wjatscheslaw Molotow, Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, zu Josef Stalin kam und begann, ihm die Vorteile der IPU auszumalen, der ältesten – lange vor dem Völkerbund entstandenen – internationalen Organisation, die sich wie ein Berg über die übrigen Organisationen dieser Art erhebt. Josef Wissarionowitsch Stalin rauchte seine Pfeife an und begann, den Minister auszufragen, auf welche Weise denn die IPU für die Sache des Weltproletariats wirklich nützlich sein könnte. Dann blieb er vor Molotow stehen und sagte etwa Folgendes: „Ich denke, Wjatscheslaw, dass deine Interparlamentarische Union wirklich ein Berg ist. Allerdings ist sie ein solcher Berg, der in all dieser Zeit nicht einmal eine Maus geboren hat⁴⁾. Kein Wunder ist, dass zu Stalins Lebzeiten die sowjetischen Parlamentarier an der Arbeit der IPU nicht teilgenommen haben.

Die Sowjetunion nahm zum ersten Mal an der Arbeit der 44. Konferenz der IPU im Jahr 1955 teil, nach der Gründung der Parlamentarischen Gruppe der UdSSR am 29. Juni 1955. Es ist erwähnenswert, dass die sowjetische Gruppe die zahlreichste IPU-Gruppe war, weil ihrem Bestand alle 1500 Deputierten des Obersten Sowjets angehörten, je 750 Abgeordnete aus jeder Kammer. Die Arbeit wurde in drei Hauptrichtungen durchgeführt: die Teilnahme an den Aktivitäten der Interparlamentarischen Union, Apelle und Erklärungen zu verschiedenen Fragen der internationalen Lage, die Entwicklung von Kontakten mit Fraktionen und Parlamentariern anderer Länder auf individueller Basis⁵⁾. Seitdem ist die Teilnahme an der Arbeit der IPU und ihrer Organe zu einer dauerhaften parlamentarischen Tradition unseres Landes geworden.

Interparlamentarische Union: der heutige Tag

Worin besteht das Geheimnis einer Langlebigkeit und Attraktivität der IPU? Denn Stalin als pragmatischer Politiker hatte wohl recht: viele Jahrzehnte der Geschichte der IPU zeichneten sich nicht gerade durch schicksalhafte Entscheidungen aus. Die Stärke der Interparlamentarischen Union besteht in etwas Anderem. Die parlamentarische Diplomatie ist berufen, eine sehr wichtige – wenn nicht entscheidende – Rolle beim Bau von Brücken der Freundschaft zwischen den Staaten sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene zu spielen. Also: die Vorsitzende des Föderationsrates W. I. Matwijenko lenkt mit Recht die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass der Meinungsaustausch im interparlamentarischen Format – kraft der Natur der repräsentativen Macht – alle Fragen der bilateralen und multilateralen Beziehungen umfasst, sich freier und offener verläuft⁶⁾. Mehr noch: nach der Rede des Vorsitzenden der Interparlamentarischen Union, S. Chowdhury, auf der 393. Sitzung des Föderationsrates am 18. Mai 2016 stellte W. I. Matwijenko fest: „Wir betrachten die Interparlamentarische Union als eines der renommiertesten parlamentarischen Gremien, das nicht in Worten, sondern in Taten die – in aller Welt anerkannten – Werte des Parlamentarismus und der parlamentarischen Diplomatie befolgt und einen großartigen Beitrag dazu leistet, um unsere Welt gerechter und stabiler zu machen“⁷⁾. Die IPU bestätigt diese These in der Praxis.

Die Interparlamentarische Union ist – gemäß ihrer Satzung⁸⁾ – eine internationale nichtstaatliche Organisation, in dem Sinne, dass sie die Vertreter von Parlamenten souveräner Staaten vereint. Zu ihren Mitgliedern zählen im Moment die Parlamentarier aus 170 Ländern. Die Hauptbesonderheit und ein bezeichnendes Merkmal der IPU ist die Tatsache, dass sie aus Organisationen besteht, deren Mitglieder Menschen mit einem repräsentativen Status sind und von ihren Völkern mit dem Recht betraut wurden, die wichtigsten staatlichen Fragen zu entscheiden und ihre Interessen in den höchsten gesetzgebenden Organen ihrer Länder zu vertreten. Im Laufe eines Jahres werden zwei Vollversammlungen und die

damit verbundenen Begegnungen durchgeführt, bei denen sich die Parlamentsmitglieder eines breiten Spektrums politischer Parteien treffen, die in den nationalen Parlamenten vertreten sind.

Gemäß Artikel 8 der Satzung bestehen folgende Organe der Interparlamentarischen Union: die Vollversammlung, der Verwaltungsrat, das Exekutivkomitee und das Sekretariat. Die nationalen Gruppen setzen sich aus delegierten Mitgliedern von Parlamenten zusammen. Die nationalen Gruppen bilden ihre Delegationen aus Parlamentariern des männlichen und des weiblichen Geschlechts und bemühen sich dabei, eine gleichmäßige Vertretung von Männern und Frauen zu gewährleisten. Im Rahmen der IPU wirken sechs geopolitische Gruppen, die berechtigt sind, Kandidaturen aus den Reihen ihrer Mitglieder für Wahlämter der IPU vorzuschlagen. Die Hauptarbeit an der Festlegung von Themen für künftige Entschlüsse der IPU und an der Ausarbeitung des endgültigen Textes geschieht in den vier Ständigen Ausschüssen der IPU (zu Fragen des Friedens und der internationalen Sicherheit; zu Fragen der stabilen Entwicklung, der Finanzen und des Handels; zu Fragen der Demokratie und der Menschenrechte; zu Angelegenheiten der Organisation der Vereinten Nationen), die ihre Berichte auf jeder Vollversammlung vorlegen.

Für niemanden ist bereits ein Geheimnis, dass die Bildung des neuen Systems der internationalen Beziehungen, dessen Zeugen wir im Moment sind, auf dem Prinzip einer Umverteilung von Bereichen des globalen Gleichgewichts der Kräfte und Einflüsse außerhalb des traditionell westlichen Areals beruht. Dieses westliche Areal wurde, wie zu Recht der Außenminister der Russischen Föderation S. W. Lawrow feststellt, lange Zeit „als Modekönig in Politik und Wirtschaft“⁽⁹⁾ aufgefasst. Diese Tendenz macht sich auch in der IPU bemerkbar: den Staaten, die ihren eigenen souveränen Weg unabhängig wählen und sich – ohne einen Seitenblick auf einzelne Staaten – entwickeln wollen, bietet sich die Möglichkeit, die internationale parlamentarische Vollversammlung als ein Werkzeug zu benutzen, das die Rolle demonstriert, die diese Staaten spielen wollen. Dies drückt sich unter anderem in der Breite von Themen aus, zu denen die IPU Resolutionen auf Anregung nationaler Delegationen verabschiedet, sowie in der Geographie

der Vollversammlungen. Auf die Tagesordnung von Sitzungen einer Vollversammlung der Interparlamentarischen Union werden recht vielfältige Fragen gesetzt: von den Problemen lokaler Tragweite bis zu den globalen Drohungen für die Menschheit. Zum Beispiel wurden auf der 132. Vollversammlung der IPU (Hanoi, 2015) folgende Resolutionen angenommen: „Kyberkrieg (Cyberwar): eine ernsthafte Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit“, „Völkerrecht und sein Verhältnis zur nationalen Souveränität, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten und zu Menschenrechten“, „Aufbau eines neuen Systems der Bewirtschaftung von Wasserressourcen: parlamentarische Aktivitäten“. Die 134. Vollversammlung der IPU (Lusaka, 2015) verabschiedete folgende Resolutionen: „Terrorismus: die Notwendigkeit einer globalen Zusammenarbeit zur Verhütung einer Bedrohung für Demokratie und Menschenrechte“, „Gewährleistung eines permanenten Schutzes für Objekte des materiellen und immateriellen kulturellen Erbes vor Zerstörung und Verderb“. Ungeachtet der Tatsache, dass die Beschlüsse der IPU keinen rechtlich bindenden Charakter für die Parlamente der Mitgliedstaaten tragen, üben sie – als der konzentrierte Ausdruck des Willens von Vertretern der gesetzgebenden Körperschaften ihrer Länder – einen ernsthaften Einfluss auf die Atmosphäre in der Weltpolitik und auf die öffentliche Meinung aus.

Insgesamt kann man feststellen: im Laufe von 127 Jahren der Arbeit dieser internationalen Organisation versucht die Interparlamentarische Union, ihr Ansehen zu erhalten und zu erhöhen, dem das wirklich demokratische Prinzip der souveränen Gleichheit aller Mitgliedsparlamente ohne eine Teilung in „führende“ und „geführte“ zugrundeliegt. Ob es gelingt, diese Tendenz in der Zukunft aufrechtzuerhalten, hängt ausschließlich von der Herangehensweise der IPU an die Lösung von Fragen ab, die auf der internationalen Tagesordnung stehen.

IPV der GUS-Staaten in der IPU: «Wachstumspunkte»

Im Oktober 2015 hat die Vorsitzende des Rates der Interparlamentarischen Versammlung der GUS-Staaten und

Vorsitzende des Rates der Föderation, Walentina Matwijenko, bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der Interparlamentarischen Union, S. Chowdhury, und dem Generalsekretär der Interparlamentarischen Union M. Chungong, den Vorschlag unterbreitet, den Status der Interparlamentarischen Versammlung der GUS-Staaten (IPV) auf den Status eines assoziierten Mitglieds der IPU zu erhöhen. Eben damals wurde an das Sekretariat der IPU eine Einladung offiziell übergeben, die 137. Vollversammlung der IPU im Oktober 2017 in St. Petersburg durchzuführen.

Im Ergebnis wurde auf der 198. Tagung des Regierungsrats der IPU die Entscheidung getroffen, der IPV der GUS-Staaten den Status eines assoziierten Mitglieds der IPU zu verleihen¹⁰⁾. Es lohnt sich, darauf hinzuweisen, dass diesen Status in der IPU nur die größten parlamentarischen internationalen Strukturen bekommen, deren Anzahl in der IPU seit dem Augenblick der Verleihung des neuen Status an die IPV der GUS-Staaten genau 11 erreicht hat. Ab jenem Zeitpunkt verfügt die IPV der GUS-Staaten über die gleichen Rechte und Pflichten wie die nationalen Delegationen, ausgenommen das Stimmrecht und die Nominierung von Kandidaturen in die Organe der IPU.

Russland beabsichtigt, auch weiterhin die Tätigkeit der IPV der GUS-Staaten in der Interparlamentarischen Union zu Fragen der Beteiligung von Mitgliedern der IPV der GUS-Staaten an der Arbeit von Organen der Interparlamentarischen Union aktiv fortzusetzen. Zu solchen Fragen gehören unter anderem folgende: die Unterbreitung international bedeutender Themen für die Erörterung und die anschließende Verabschiedung von IPU-Resolutionen, die Diskussion über einen möglichen Beitritt zur Interparlamentarischen Union von Staaten aus dem GUS-Raum, die heute an der Arbeit der IPU noch nicht teilnehmen.

Die Rolle der IPV der GUS-Staaten ist auch in einem anderen Kontext wichtig. Nachdem die IPV der GUS-Staaten den Status eines assoziierten Mitglieds der Interparlamentarischen Union bekommen hatte, bot sich eine reale Möglichkeit, der russischen Sprache den Status einer Arbeitssprache in der IPU zu verleihen. Diese Idee fand ihren Niederschlag auf dem Treffen von W. I. Matwijenko mit der Führung der Interparlamentarischen

Union im Verlauf der 133. Vollversammlung in Genf im Jahr 2015. Nicht ohne Grund bietet dieser Umstand eine Chance, diese Initiative in naher Zukunft voranzubringen.

Parlamentarische Dimension von BRICS und IPU

Die Interparlamentarische Union hat alle Chancen, ein institutionelles Werkzeug für die Annäherung der Positionen von Parlamentariern der BRICS-Länder zu werden. Russland teilt den Standpunkt, dass die heutigen BRICS-Staaten eine Gemeinschaft souveräner und gleichberechtigter Staaten des Planeten repräsentieren, die tatkräftig Integrationsprozesse anregen und fördern sowie fähig sind, die Verantwortung für das Weltgeschehen zu übernehmen¹¹⁾. Russland hält es für wichtig, auch weiterhin die gemeinsame Arbeit mit den Kollegen, den Mitgliedern der Parlamente von BRICS-Ländern, auf der parlamentarischen Ebene fortzusetzen und dabei – in vollem Ausmaß – den Mechanismus des Parlamentarischen BRICS-Forums zu nutzen, dessen erste Tagung in Moskau im Jahr 2015 stattgefunden hat.

Beispielsweise fand am 20. – 21. August 2016 in Indien das Forum weiblicher Parlamentarier der BRICS-Länder statt, das durch die Annahme der Dschaipur-Erklärung bekannt wurde. Diese Erklärung bedeutet die Übernahme der Verpflichtung, die gemeinsame Kooperation auf Grund eines Rahmens und eines dazugehörigen Aktionsplans zu verstärken, der auf dem ersten Forum von Parlamentariern der BRICS-Staaten in Moskau im Jahr 2015 vereinbart und bestätigt worden ist. Hinzu kommt die Verpflichtung, die strategische Partnerschaft in allen Richtungen der stabilen Entwicklung zu festigen, nämlich in den Bereichen des wirtschaftlichen Wachstums, der sozialen Entwicklung und des Umweltschutzes.

Die ersten Ergebnisse dieser Kooperation sind bereits erkennbar: im Zuge der Arbeit der 135. Vollversammlung der IPU in Genf im Oktober 2016 fand ein Treffen der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden von Parlamenten der BRICS-Länder statt. Das Treffen war auf Initiative Indiens, das in der BRICS im Jahr 2016 den Vorsitz hatte, organisiert worden und befasste sich

mit dem Thema „Parlamentarische Zusammenarbeit der BRICS-Länder bei der Erreichung von Zielen einer stabilen Entwicklung“.

„Sanfte Gewalt“ von Parlamentariern der IPU

Wie der Bericht des UNO-Generalsekretärs „Zusammenwirken zwischen der Organisation der Vereinten Nationen, den nationalen Parlamenten und der Interparlamentarischen Union“⁽¹²⁾ feststellt, „sind nationale Parlamente ein wichtiges Bindeglied zwischen den Regierungen und der Bevölkerung, deren Interessen sie – auf tagtäglichlicher Basis – vertreten sollen. Diese Interessen gelten allen Fragen auf dem Gebiet von Frieden und Sicherheit, Fragen im Bereich einer stabilen Entwicklung, im Bereich der Demokratie, der Gleichstellung der Geschlechter und der Menschenrechte. Gerade die Parlamente müssen Gesetze erlassen, die eine Erfüllung internationaler Verpflichtungen in jedem Land gewährleisten“.

Die IPU, das einzige internationale parlamentarische Gremium seiner Art, verfügt unter anderem über ein bedeutendes Potential für die Nutzung von Werkzeugen der „sanften Gewalt“⁽¹³⁾, d.h. „eines Komplexes von Werkzeugen und Methoden zur Erreichung außenpolitischer Ziele nicht durch den Einsatz von Waffen, sondern durch den Einsatz von Informationshebeln und anderen Druckmitteln“⁽¹⁴⁾. Und wenn die „sanfte Gewalt“ einzelner Staaten traditionell beliebige Alternativen in der Welt hemmt und auf diese Weise potenzielle Konkurrenten sich von vornherein als minderwertig – verglichen mit dem hochentwickelten Teil der Zivilisation – fühlen lässt, dann wäre so was einfach unmöglich in der IPU, wenn die Gruppe der „westlichen“ Staaten selbst in der überwiegenden Minderheit – im Vergleich zu Vertretern verschiedener Länder, Völker und Zivilisationen – bleibt, die einzig richtige und universelle Herangehensweise an das Problem aufzuzwingen.

Zugleich sollte man nicht denken, dass die Interparlamentarische Union immer „auf der Hut“ für die Interessen Russlands steht; in der Regel ist es auch kaum möglich, wegen einer derart breiten nationalen Vertretung mit oft diametral unterschiedlichen Ansichten. Die Delegation der Föderalen Versammlung war bereits in der

IPU mit einer ähnlichen Manifestation konfrontiert, als im Jahr 2015 westliche Delegationen mit allen Mitteln einen Entwurf der Resolution Russlands gesperrt hatten, die eine äußere Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten verurteilt. Aber der gesunde Menschenverstand hat sich durchgesetzt, und im April 2017 – im Zuge der 136. Vollversammlung der IPU – wird sich den nationalen Parlamenten aus mehr als 170 Ländern der Welt die Möglichkeit bieten, offen und frei ihre Treue zum Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten zu bestätigen. Deshalb sollten die vorhandenen Ressourcen der Interparlamentarischen Union als eines Gremiums für bilaterale parlamentarische Kontakte stärker genutzt werden, in deren Verlauf sich die Gelegenheit bietet, um „Auge in Auge“ über bestehende Unterschiede in nationalen Herangehensweisen zu internationalen Fragen zu diskutieren, die in der Praxis möglicherweise gar nicht so radikal sein können und einen starren entgegenwirkenden Standpunkt nicht erfordern.

Einmischung in die Nichteinmischung?

Jewgeni Primakow hat geschrieben, dass der Zusammenbruch eines unipolaren Modells eng mit einem kompletten Misserfolg einer Politik des Exports von Demokratie verbunden ist¹⁵). Der Wunsch, den anderen Ländern ein „westliches Modell“ der Demokratie ohne Berücksichtigung der historischen, traditionellen, sozio-ökonomischen und religiösen Besonderheiten der Objekt-Länder dieser Politik aufzuzwingen, hat zu den traurig berühmten Ergebnissen geführt, die wir in Afghanistan, Irak, Libyen und anderen Ländern beobachten können.

Wie aus der neuesten Geschichte wohl bekannt ist, können für eine äußere Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten illusorisch bestehende humanitäre und demokratische Motive als interventionelle Gründe benutzt werden. Derzeit ist die internationale Gemeinschaft, die über die Organisation der Vereinten Nationen wirkt, verpflichtet, zu jeweiligen diplomatischen, humanitären und anderen friedlichen Mitteln in Übereinstimmung mit den Kapiteln VI. und VII. der

Charta der Organisation der Vereinten Nationen ausschließlich zu greifen, um den Schutz der Bevölkerung gegen den Völkermord, die Kriegsverbrechen, die ethnischen Säuberungen und die Verbrechen gegen Menschlichkeit zu fördern. Die Charta der Organisation der Vereinten Nationen legt im Punkt 7 des Artikels 2 den Grundsatz der Nichteinmischung in Angelegenheiten fest, die eigentlich zur inneren Zuständigkeit jedes Staates gehören¹⁶⁾.

Die Tätigkeit der Interparlamentarischen Union auf dem Gebiet einer parlamentarischen Verhinderung der äußeren Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten in den letzten zwanzig Jahren verdient besondere Aufmerksamkeit. Auf der Tagung der 97. Vollversammlung der IPU (Seoul, 1997) wurde die Resolution „Zusammenarbeit im Interesse der globalen und regionalen Sicherheit und Stabilität wie auch im Interesse einer Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit von Staaten“¹⁷⁾ verabschiedet. Im Rahmen der 104. Vollversammlung der IPU (Jakarta, 2000) wurde – im Konsens – die Resolution „Die Verhütung von militärischen und anderen Staatsstreichen gegen demokratisch gewählte Regierungen und gegen den freien Willen der Völker, den eine direkte Abstimmung ausgedrückt, wie auch die Verhütung von Handlungen, die auf grobe Verstöße gegen die Rechte von Parlamentariern abzielen“¹⁸⁾ angenommen. Im Verlauf der Arbeit der 126. Vollversammlung der IPU (Kampala, 2012) beschloss man – im Konsens – die Resolution „Gewährleistung einer gehörigen staatlichen Verwaltung als eines Mittels zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit: Lehren aus den jüngsten Ereignissen im Nahen Osten und in Nordafrika“¹⁹⁾. Auf der 128. Vollversammlung der IPU (Quito, 2013) geschah die Verabschiedung der Resolution „Gewährleistung der «Verpflichtung zum Schutz»: Rolle des Parlaments bei der Erhaltung des Lebens von Menschen“²⁰⁾. Die 132. Versammlung der IPU (Hanoi, 2015) beschloss die Resolution „Völkerrecht und sein Verhältnis zur nationalen Souveränität, zum Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten und zu den Menschenrechten“²¹⁾.

Die Resolution „Rolle des Parlaments bei der Verhütung der äußeren Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten“, die von der Delegation Russlands auf 137. Vollversammlung

der IPU für die Annahme vorgeschlagen worden ist, stützt sich fest auf den Vorrang des Völkerrechts und auf die strikte Einhaltung aller Bestimmungen der Charta der Organisation der Vereinten Nationen. Grundlegend ist dabei, dass die Staaten in Fragen des Schutzes ihrer Bevölkerung Hauptverantwortung tragen. Der internationale Beistand soll vor allem einen friedlichen Charakter tragen. Herangezogen kann, wenn es rechtlich und politisch gerechtfertigt ist, das Potential des Kapitels VI. der UNO-Charta werden. Der Einsatz militärischer Gewalt kann nur in extremen Ausnahmefällen und ausschließlich mit der Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates legitim sein. Wenn der Sicherheitsrat das VII. Kapitel der Charta benutzt, ist er verpflichtet, sich – bei der Ausübung seiner satzungsmäßigen Funktionen – von grundlegenden rechtlichen Prinzipien und Normen leiten zu lassen, die der Satzung zugrunde liegen.

Natürlich kann die Souveränität eines Staates in der heutigen – zutiefst integrierten – Welt nicht die völlige Unabhängigkeit der Staaten oder gar deren Isolierung von der Außenwelt bedeuten. Die Mehrung der Zahl von Fragen, die die Staaten – auf freiwilliger Basis – einer international-rechtlichen Regelung unterwerfen, bedeutet nicht automatisch einen Ausschluss dieser Fragen aus dem Bereich der inneren Kompetenz. Mehr noch: trotz der sich häufenden Versuche einiger Länder, die Notwendigkeit eines „Verzichts auf Souveränität“ zugunsten anderer Staaten zu begründen, bleibt die staatliche Souveränität eine absolut unerlässliche Bedingung für die Existenz sowohl einzelner Staaten als auch der Weltordnung. Deshalb erlangt das Prinzip der Nichteinmischung eine grundlegende Bedeutung als die obligatorische und notwendige „Brücke“ zwischen der traditionellen – souveränitätsorientierten – Struktur der internationalen Gemeinschaft und der „neuen“ Herangehensweise von Staaten, der eine geschlosseneren zwischenstaatliche Zusammenarbeit und eine engere Kooperation zugrunde liegt. Dieses Prinzip spielt heute die Rolle eines unabdingbaren Schutzes, von dem die Staaten Gebrauch machen können, wenn sie sich der Tatsache bewusst sind, dass intensive internationale Beziehungen keinen Einfluss auf die lebenswichtigen und bedeutungsvollen staatlichen inneren Interessen ausüben²²⁾.

IPU: der morgige Tag beginnt heute

Die außenpolitischen Ereignisse der letzten Zeit zeigen offen, dass Russland weder isoliert noch aus dem Prozess von globalen Entscheidungen ausgeschlossen werden kann. Mehr noch: derartige Entscheidungen sind nicht imstande, ohne unsere – außerordentlich wichtige – Rolle Wirklichkeit zu werden. Es liegt auf der Hand, dass der Boykott Russlands gescheitert ist. Russland hat immer in vollem Umfang das Privileg genutzt, eine souveräne und unabhängige Außenpolitik zu betreiben. Die Aufgabe von Parlamentariern ist zu helfen, Arbeitskontakte auf allen möglichen Ebenen sogar in Fällen herzustellen, wenn das „Recht auf Dialog“ selbst in Frage gestellt wird.

Am Vorabend des zwanzigjährigen Jubiläums der Allgemeinen Erklärung zur Demokratie, die gerade auf einer Vollversammlung der IPU (in Kairo im Jahr 1997) verabschiedet worden ist, wäre es nur logisch, die Aufmerksamkeit der Mitglieder der Interparlamentarischen Union auf die Förderung der Entwicklung der Demokratie in aller Welt zu lenken und die Verlogenheit des Bezugs auf die – angeblich einzig „richtige“ – Demokratie westlichen Ursprungs zu erläutern. Entscheidend wichtig für die IPU scheint die Feststellung zu sein, dass sich die Demokratie nicht lediglich auf den „Wahlurnengang“ reduzieren lässt. Die Demokratie besteht im fundamentalen Recht des Volkes, eine Staatsmacht zu wählen und den Prozess der Beschlussfassung durch die Staatsmacht zu beeinflussen. Darauf hat bereits Russlands Präsident W. W. Putin in einem seiner programmatischen Artikel hingewiesen²³⁾. Damit kann die Interparlamentarische Union einen einmaligen Beitrag zur Stärkung der Demokratie sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene leisten.

Die Interparlamentarische Union kann auch fortsetzen, einen globalen parlamentarischen Kampf gegen den Terrorismus anzuregen, zum Beispiel durch eine sorgfältige Untersuchung und Umsetzung der Idee, die vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Föderationsrates, I. M-S. Umachanow, vorgeschlagen worden ist. Gemäß dieser Idee sollten alle Mitgliedsparlamente eine Charta erstellen: die Anti-Terror-Charta von Weltreligionen für den Widerstand gegen Fanatiker und Terroristen²⁴⁾.

Die Parlamentarier sind ihrerseits daran interessiert, auch künftighin das wachsende Interesse der Gesellschaft für die Teilnahme an einem parlamentarischen Prozess zu fördern, dessen Zweck die Entwicklung der interparlamentarischen Zusammenarbeit wäre. Geschehen könnte das zum Beispiel durch die Übersetzung und Vorbereitung der Veröffentlichung von Unterlagen der Vollversammlungen sowie durch die Veröffentlichung von kurzen Informationen über Tagungen der IPU-Organe, was unter anderem die Möglichkeit bietet, sich – bei Wunsch – mit den Aktivitäten der Delegation Russlands auf jeder Vollversammlung der Interparlamentarischen Union vertraut zu machen.

Die Interparlamentarische Union müsste ihren einzigartigen fundamentalen Charakter eines globalen Forums für die Parlamentarier bewahren. Und wenn der „Berg“ (IPU) aus objektiven Gründen keine „Maus“ in Form konkreter Verträge oder Konventionen gebären konnte, so verdienen bereits seine zielstrebigsten Bemühungen – bei der Annäherung von Parlamentariern, bei der Pflege einer Vielfalt von Meinungen der anderen – die Rolle eines Leuchtturms, welcher den jetzigen und den zukünftigen Generationen den Weg zu Frieden und Sicherheit weist.

-
1. The Inter-Parliamentary Union from 1889 to 1939. Published by the Inter-Parliamentary Bureau (Payot, 1939).
 2. Schewzow W. L. Interparlamentarische Union. Moskau: „Internationale Beziehungen“, 1969. S.8.
 3. Interparlamentarische Union. Beschlüsse der Konferenzen und des Rates der Union. Sankt Petersburg, 1908. S. 15.
 4. Kusmin E. L. Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Moskau: Verlag „Jurist“, 2014. S. 306-307.
 5. Kusmin E. L. Ebenda. S. 310.
 6. Matvienko W. Interparlamentarische Zusammenarbeit geht weiter // Parlamentarische Zeitung. 2014. 20. Nov. URL: <https://www.pnp.ru/opinions/2014/11/20/valentina-matvienko-mezhparlamentskoe-sotrudnichestvo-prodolzhaetsya.html> (Datum der Ansprache 11.10.2016)
 7. Stenogramm der dreihundertdreundneunzigsten Sitzung des Rates der Föderation, 19. Mai 2016 URL: <http://www.council.gov.ru/activity/meetings/67767/transcript/> (Datum der Ansprache 11.10.2016)
 8. Satzung der Interparlamentarischen Union (IPU) und Dienstvorschriften der Satzungsorgane der IPU. Moskau: Herausgegeben von der Staatsduma, 2005. S. 6.

9. Lawrow S. W. Die Welt stabil und sicher machen // Internationales Leben. 2015. Nr. 10.
10. 198th Session of the IPU Governing Council (Lusaka, 20 March 2016). URL: <http://www.ipu.org/cnl-e/198/summary.htm> (Datum der Ansprache 11.10.2016).
11. Lukaschik K. BRICS: Ergebnisse des Vorsitzes Russlands und Vektoren der weiteren Entwicklung // Internationales Leben. 2016. Nr. 2. S. 53.
12. Zusammenwirkung zwischen der Organisation der Vereinten Nationen, nationalen Parlamenten und der Interparlamentarischen Union. Angenommen ist der Bericht durch die Resolution A/68/272 der UNO-Vollversammlung vom 19. Mai 2014.
13. Ausführlicher über den Standpunkt des Autors zur Frage der „sanften Gewalt“ siehe: Kossatschow K. I. *Die „sanfte Gewalt“ mit harten Folgen* // Russlands Journal für juristische Studien. 2016. Nr. 1 (6).
14. Putin W. W. „Russland und die Welt im Umbruch“ // Zeitung „Moskowskije nowosti“. 2012. 27. Februar. URL: <http://www.mn.ru/politics/78738> (Datum der Ansprache 11.10.2016)
15. Primakow J. M. „Gesprochenes Denken“. Moskau: Zeitung „Rossijskaja gaseta“, 2011. S. 154.
16. Satzung der Organisation der Vereinten Nationen (San Francisco, den 26. Juni 1945). Völkerrecht am Werk. Bd. 1. Moskau: „Internationale Beziehungen“, 2007.
17. Resolution adopted without a vote by the 97th Inter-Parliamentary Conference (Seoul, 14 April 1997). <http://www.ipu.org> (Datum der Ansprache 11.10.2016).
18. Resolution adopted by consensus by the 104th Inter-Parliamentary Conference (Jakarta, 20 October 2000). URL: <http://www.ipu.org> (Datum der Ansprache 11.10.2016).
19. Resolution adopted by consensus by the 126th IPU Assembly (Kampala, 5 April 2012). <http://www.ipu.org> (Datum der Ansprache 11.10.2016).
20. Resolution adopted by consensus by the 104th IPU Assembly (Quito, 27 March 2013). <http://www.ipu.org> (Datum der Ansprache 11.10.2016).
21. Resolution adopted by consensus by the 132nd IPU Assembly (Hanoi, 1 April 2015). <http://www.ipu.org> (Datum der Ansprache 11.10.2016).
22. Cassese A. International Law, Second Edition. Oxford University Press, 2005. P. 54.
23. Putin W. W. „Demokratie und Qualität eines Staates“ // Zeitung „Kommersant“. Nr. 20. 06.05.2012.
24. „I. Umachanow schlägt vor, die Anti-Terror-Charta der Weltreligionen vorzubereiten und zu beschließen, um den Fanatikern und Terroristen entgegenzuwirken“. Die offizielle Web-Seite des Föderationsrates der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation. URL: <http://www.council.gov.ru/events/news/72223/> (Datum der Ansprache 11.10.2016).

Schlüsselworte: Interparlamentarische Union (IPU), die Organisation der Vereinten Nationen (UNO), die UNO-Charta, die parlamentarische Diplomatie, die Interparlamentarische Versammlung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (IPV der GUS-Staaten), das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten.



**Sergej Rjabkow**

Stellvertreter des Ministers für
auswärtige Angelegenheiten Russlands
sryabkov@mid.ru

Die russisch- amerikanischen Beziehungen nach den Wahlen:

„Wir werden zu
einem Neubeginn
bereit sein...“

Armen Oganessjan, *Chefredakteur der Zeitschrift „Internationales Leben“*: Sergej Alexejewitsch, ungeachtet der heißen Sommermonate beobachtet man im internationalen Leben keine Ferienzeit. Obwohl manch einer immer noch behauptet, dass wir uns in einer Isolation befinden, ist Russland praktisch in fast jedem der weltweit wichtigsten politischen Themen anwesend. Dies gilt sogar für den amerikanischen Wahlkampf. Natürlich meine ich die jüngste Erklärung des Präsidenten der USA darüber, dass ein Hacker-Angriff auf die elektronische Ressource der Demokratischen Partei – vielleicht – durch russische Geheimdienste organisiert worden ist...

Sergej Rjabkow: Der Sommer ist wirklich heiß im wörtlichen und übertragenen Sinn. Wir sind mitten im Strudel der Ereignisse und erzeugen selbst, wie ich denke, gewisse Wellen.

Was die USA angeht, so ist dort ein Zwei-Parteien-Konsens auf einer antirussischen Grundlage entstanden. Wir sind mit einer Situation konfrontiert, da unser Land absichtlich und bewusst verteufelt, beinahe aller Todsünden beschuldigt wird. Bei den herrschenden Kreisen der USA und bei denjenigen, die sie von unten stützen, ist ein Komplex in Bezug auf Russland entstanden. In uns sehen sie ein fast allmächtiges Übel, was von gravierenden Abweichungen in ihrer Wahrnehmung der Welt spricht.

Nun ist es so weit gekommen, dass man uns die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der USA vorwirft. Dabei haben wir wiederholt erklärt und bekräftigen es wieder: Wer auch immer der nächste Präsident der Vereinigten Staaten wird, werden wir die Wahl des amerikanischen Volkes respektieren. Sich vorstellen, dass Russland durch das Hacken von irgendwelchen Servern versucht, diesem oder jenem Kandidat Vorwahlpunkte hinzuzufügen, können vielleicht gewisse politische Technologen, die sich einen Namen mit Hilfe von allerlei Verschwörungstheorien machen wollen. Aber in Wirklichkeit ist so was einfach unmöglich.

Es tut mir Leid, dass diese Geschichte mit dem Einbruch in die Server der Demokratischen Partei und ihres Nationalen Komitees, die Geschichte, die schon im Mai vorbeigeflitzt war und damals keine Entwicklung erfahren hatte, auf dem Höhepunkt des jüngsten Kongresses der Demokratischen Partei ans Tageslicht gezogen wurde. Es ist klar, dass sich in den USA Auseinandersetzungen zwischen den Parteien zugespitzt haben. Wahrscheinlich werden wir noch schlimmere Tricks beim Umgarnen der Öffentlichkeit erleben. Das zeugt davon, dass die konkurrierenden Bewerber nicht so viel inhaltsreiche Argumente besitzen. Leider müssen wir feststellen, dass in einigen unwürdigen „Aktivitäten“ auch die derzeitige Administration der USA mitmischt. Und das gereicht ihr nicht zu Ehren.

So ist die Realität, mit der man umgehen muss, leider. Aber wir sehen das gelassen. Alle Schätzungen sind gegeben. Ausgedrückt haben sich sowohl der Presse-Sekretär des Präsidenten Russlands als auch und der Minister für auswärtige Angelegenheiten. Ich habe einfach nichts hinzuzufügen.

Armen Oganessjan: Sergej Alexejewitsch, in letzter Zeit wurden in den Medien Aussagen von Donald Trump über die Notwendigkeit einer Verbesserung der Beziehungen mit Russland lebhaft zitiert. Wie ernst sind – Ihrer Meinung nach – diese Aussagen?

Sergej Rjabkow: Ich bin nicht gewohnt den Worten zu vertrauen, besonders den Worten der amerikanischen Politiker und der US-Diplomaten unabhängig von deren Rang und Ruf. Urteilen sollte man auf Grund von Taten.

Wir haben das Programm der Republikanischen Partei gelesen, das auf dem Kongress genehmigt wurde. Wir verfolgen die Aussagen von Donald Trump, haben seine Rede auf dem Parteitag studiert. Im Programm der Republikanischen Partei, mit dem er zu den Wahlen – zusammen mit Michael Pence – kommt, der sich für den Posten des Vize-Präsidenten zur Wahl stellt, sind die Abschnitte über Russland in den schlechtesten Traditionen der letzten Jahre ausgeschrieben. Uns wird vorgeworfen, dass wir die Situation destabilisieren, dass wir eine aggressive Großmacht sind, dass wir eine Herausforderung für die USA bedeuten und so weiter und so fort. Ich will dieses Wortspiel nicht erneut wiedergeben.

Aber, wissen Sie, so programmatisch spricht sich die gleiche Republikanische Partei aus, als deren Kandidat Herr Trump auftritt. Also sollte man das Geschehen in seiner Gesamtheit bewerten und das Bild in räumlichen Dimensionen sehen.

Von seiner Seite sind natürlich auch Signale ausgegangen, welche einen gewissen Grund bieten, Änderungen zu erwarten. Ob nun diese Erwartungen sich verwirklichen, hängt nicht von uns ab, sondern nur und ausschließlich von der amerikanischen Seite, von der Entscheidung, die die Wähler treffen und von der Politik, die der nächste Präsident betreiben wird. Ich möchte bemerken, dass in letzter Zeit die Bewertungen von D. Trump gründlich abgesackt haben. Aber nichts hindert den zukünftigen Präsidenten von jeder beliebigen Partei – sei es von der Demokratischen oder der Republikanischen – mit frischen Augen einen Blick auf das „Erbe“ von B. Obama zu werfen,

das eigentlich nicht anders als belastend, schwerwiegend und problematisch genannt werden muss. Nichts ist hinderlich, um aufs Neue die Möglichkeiten zu bewerten und – wenn man nicht vom reinen Blatt beginnt (Illusionen diesbezüglich sollen wir auch nicht hegen) – dann wenigstens doch zu versuchen, einen neuen Ausgangspunkt zu finden. Unsererseits werden wir zu einem Neubeginn bereit sein. Das erkläre ich mit aller Verantwortung.

Es gibt einen Spruch, der bereits zu einem Klischee geworden ist: „Für einen Tango werden zwei Tänzer gebraucht“. In Gestalt Russlands ist der erste Tänzer für den Tango schon da, aber die amerikanische Partnerin (oder der Partner) sollte sich selbst – zumindest für den Anfang – klar werden, ob der Wunsch besteht, diesen Tango zu tanzen.

Armen Oganessjan: Wie weit wird Donald Trump bei der Beschlussfassung über die Revision der Beziehungen mit Russland frei sein, falls er Präsident wird?

Sergej Rjabkow: Der Wahlkampf in den USA – wie auch in jedem beliebigen Land – entwickelt sich nach eigenen Gesetzen. Bis zu den Wahlen bleiben weniger als drei Monate, aber während dieser Zeit kann sich viel verändern. Die Kanons des Wahlkampfes setzen, wahrscheinlich auch eine gewisse Korrektur der Abbildung, in der ein Anwärter auftritt, voraus, um seine Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit aufzufrischen. So kann das traditionelle, tief verwurzelte Image eines „vom System unabhängigen“ Kandidaten absichtlich korrigiert werden, zum Beispiel dafür, um ihn „volksnäher“ zu machen. Denn niemand in den USA kann im Ernst mit einem Sieg rechnen, wenn man vorherrschende Stimmungen in einflussreichen Schichten der Gesellschaft nicht berücksichtigt.

Das gleiche sehen wir in der Wahlkampagne von Hillary Clinton. Das Programm der Demokratischen Partei war voll von Ideen, die ursprünglich von B. Sanders vorgezeichnet worden waren. Es geschieht die Absorption dessen, was ein attraktives Moment für diejenigen sein sollte, die ihre eigenen Vorstellungen im Hauptkandidaten nicht sehen, sondern – auf der Etappe der

Vorwahlen – einen Rivalen mit einem Hauch der Unabhängigkeit vom „System“ bevorzugen.

Es ist möglich, dass ein Kandidat, der bei den bevorstehenden Wahlen gewinnt, in der Lage sein wird, die Trägheit des amerikanischen Apparats zu überwinden. So was ist mehrfach in der Geschichte der USA auf verschiedenen Etappen gewesen. Ob das konkret in diesem Fall und – um so mehr – im Bereich der russisch-amerikanischen Beziehungen geschieht? Ehrlich gesagt, würde ich mich hüten, eine bejahende Antwort zu geben, weil – erstens – die russisch-amerikanischen Beziehungen wohl nicht zur Kategorie erstrangiger Fragen gehören werden, mit denen sich der nächste US-Präsident befassen wird. Es wird eine gewisse Zeit dauern, bevor man in Washington ernsthaft darüber nachdenkt, wie die Beziehungen mit Russland aufzubauen sind. Und zweitens: ausgerechnet in der russischen Richtung wird sich offenbar der nächste Präsident der Vereinigten Staaten – unabhängig von der Parteizugehörigkeit – sehr oft und gründlich mit seinem Apparat beraten. Und sein Verhalten wird durch das Establishment akribisch überwacht, das den Standpunkt vertritt, dass „man Zugeständnisse an die Russen nicht machen kann“, weil in letzter Zeit gerade die Russen sehr vieles getan haben, was die Interessen der USA untergräbt. Ich bin gezwungen, darüber immer wieder und wieder zu reden. Wir sollten keine illusorischen Erwartungen und keine unbegründeten Hoffnungen hegen.

Diese Wirklichkeit ist nicht abzuschaffen und nicht zu erneuern. Die Trägheit der amerikanischen Politik wird sich auswirken. Obwohl die Macht des Präsidenten der USA ausreicht, um eine solche Trägheit zu überwinden. Die Geschichte lehrt uns außerdem, dass früher oder später wieder eine Änderung des Algorithmus unserer Beziehungen geschieht. Und sie werden sich auf eine positivere Welle umstellen. Das Barometer wird unbedingt wieder nach oben steigen. Die Antwort auf die Frage „Wann?“ hängt voll und ganz von den Amerikanern ab.

Armen Oganessjan: Sergej Alexejewitsch, bedeuten die bekannten Aussagen von Trump, dass das amerikanische

Publikum durch die antirussische Rhetorik und den harten antirussischen Kurs ermüdet ist, und er (Trump) auf diese Weise zusätzliche Wählerschaft anlockt?

Sergej Rjabkow: Ich würde den Wert der Aussagen nicht übertrieben, die auf einzelnen Etappen des Wahlkampfes sowohl von den Kandidaten selbst als auch von Vertretern ihrer Wahlzentralen gemacht werden. Und das nicht deswegen, weil sie diese oder jene Gesinnungen nicht reflektieren. Schließlich ist die amerikanische soziologische Praxis ausreichend fortgeschritten, und die Methoden von Messungen der öffentlichen Meinung es gestatten, auch den kleinsten „Windhauch“ zu erkennen. Das Gewicht der Aussagen, die im Wahlkampf gemacht werden, würde ich aber nicht aus dem Grund übertreiben, weil von Deklarationen bis zu praktischen Taten eine große Distanz liegt. Natürlich ist es schön, dass es diejenigen gibt, die das in den USA fast vergessene Thema der Anpassung und Entwicklung der konstruktiven Beziehungen mit Russland beleben. Wir verwerfen übrigens dieses Thema nicht, sondern wiederholen immer wieder, dass darin unser Ziel steckt, und die Wahl letztlich den Partnern in Washington zusteht. Aber es bleibt eine Frage, ob der Slogan „Mit Russland sollen wir Freunde sein“ eine positive Rolle bei den Wahlen spielt oder nicht.

Wie real ist die Müdigkeit wegen der antirussischen Rhetorik in der amerikanischen Wählerschaft? Wahrscheinlich gibt es – in irgendeinem ihrer Teile – den Wunsch, eine positive Alternative zu gegenwärtigen russlandfeindlichen Ausschreitungen zu sehen. Aber die allgemeine Ermüdung der amerikanischen Wählerschaft ist – in einem viel größeren Ausmaß – mit Problemen verbunden, die in der amerikanischen Gesellschaft selbst heranwachsen. Und die praktischen Politiker, das Washingtoner Establishment, die Senatoren und Kongressabgeordneten, die Bonzen, die auf dem Kapitol-Hügel sitzen und eine Lobbyarbeit im Interesse transnationaler Korporationen verrichten, ihr Gefolge, das an Esstischen in unzähligen Washingtoner Restaurants bei einem Glas Wasser ohne Kohlensäure ihre Geschäfte deichselt, all diese „Kulissenkenner“ und „Wunderdoktoren“, all diese Zeitungs-

Schreiberlinge – diese ganze Kamarilla, dieser Überbau, der die amerikanische Innen- und Außenpolitik produziert, geben leider keine Antwort auf die sich mehrenden Fragen, die vor allem den heutigen gar nicht einfachen Zustand und die Entwicklungsperspektiven der amerikanischen Gesellschaft selbst betreffen. Darin wurzeln wachsende Proteststimmungen der Wählerschaft in den USA. Russland bleibt hier dennoch mehr „hinter den Kulissen“. Aber mal sehen, wie all das weiter aussehen wird.

Armen Oganessjan: Es besteht die Meinung, dass man mit irgendwelchen wichtigen Neuigkeiten in den russisch-amerikanischen Beziehungen vor der Wahl des neuen Präsidenten der USA nicht rechnen sollte. Und plötzlich kommt nach Moskau der Außenminister John Kerry und führt stundenlange Gespräche, zunächst mit dem Präsidenten Wladimir Putin und dann mit dem Außenminister Sergej Lawrow. Soll das bedeuten, dass die Amerikaner gerade jetzt etwas brauchen?

Sergej Rjabkow: Der Außenminister hat öffentlich darüber gesprochen, und ich möchte nicht die Rolle übernehmen, die Absichten und Aufgaben der US-Administration zu deuten. Nur möchte ich daran erinnern, dass auch vor der Juli-Reise nach Moskau, und im Laufe einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Lawrow in der Nacht auf den 16. Juli Kerry betonte: für Washington ist es außerordentlich wichtig, Fortschritte in der syrischen Frage zu erreichen. Die Schwierigkeit der Juli-Verhandlungen und der Grund für deren außerordentliche Dauer – 14 Stunden – liegen in der Tatsache, dass wir und die USA anders das sehen, was im Interesse der Schaffung von Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Lage in Syrien getan werden muss.

Wir glauben, dass es notwendig ist, endlich eine nicht deklarative, sondern eine praktische Abgrenzung des in Russland verbotenen ISIL und der Organisation «Dzhabhat an-Nusra», die es inzwischen fertigbrachte, sich umzubenennen, von der sogenannten

gemäßigten Opposition zu sichern. Außerdem gilt es, die Möglichkeit zu gewährleisten, dass sich sowohl die Bemühungen der Koalition unter Führung der USA als auch die Bemühungen Russlands und der syrischen Regierungstruppen auf den Kampf gegen die Terroristen fokussieren. Dadurch bieten sich weitere Voraussetzungen dafür, dass die gemäßigte Opposition beginnen könnte, reale, direkte Verhandlungen aufzunehmen und weiterhin an dem Prozess teilzunehmen, den S. de Mistura koordiniert.

Leider haben die USA eine etwas andere Herangehensweise und eine andere Reihenfolge von Prioritäten. Für Washington ist es wichtig, dass wir und Damaskus nichts tun, was – aus seiner Sicht – eine Stärkung von Positionen der heutigen legitimen Staatsmacht in Syrien, darunter auch in Bezug auf die Bekämpfung der Opposition, darstellt. Die Amerikaner beharren auf einem, ich würde sagen, einseitigen und unausgewogenen Modus für die Einstellung der Feindseligkeiten. Die Militärs und Geheimdienstler in Washington wollen dasselbe: nämlich, dass die syrischen Regierungstruppen in hohem Maße durch russisch-amerikanische Vereinbarungen gebunden wären. Das ist für uns – selbstverständlich – unannehmbar.

Und natürlich bleiben Divergenzen in der Frage über die zukünftige Rolle von Baschar Assad. Deswegen kam es, als J. Kerry in Moskau war, zu so einem so schweren und langwierigen Tauziehen – nennen wir schon die Dinge beim Namen. Aber etwas ist doch vereinbart worden, und es gibt einen – langsamen – Fortschritt. Die anschließende Begegnung unseres Ministers mit J. Kerry in Vientiane „am Rande“ der ASEAN-Veranstaltungen ist ein neuer Schritt in Richtung einer Stabilisierung in Syrien. Die Militärs leisten weiterhin eine enge Zusammenarbeit, pflegen direkte Kontakte.

Wir weisen darauf hin, dass für die US-Administration wichtig ist, unabhängig davon, wie lange sie noch an der Macht bleibt, die für sie nötigen Fortschritte in Syrien und in der Ukraine zu erreichen. Darüber kann man auch reden; auch stehen einige andere Fragen zur Diskussion. In Washington glaubt man, dass dies zu einer positiven Hinterlassenschaft von Barack Obama werden soll. Zugunsten dieses Ziels arbeitet

eben sehr aktiv der US-Außenminister. Wir aber fördern unsere Prioritäten und schützen unsere Interessen.

Armen Oganessjan: Der Westen behält eine kompromisslose Haltung in Bezug auf das Schicksal von B. Assad. Die „Westler“ verlangen, dass Russland auf die Unterstützung seitens Assad verzichtet. Übrigens habe ich von europäischen Journalisten gehört, dass es keine Konsequenz in diesem westlichen Standpunkt gibt: Baschar Assad wird zu einem Diktator erklärt, während für R. T. Erdogan, der jetzt die Todesstrafe einführen wird, das anscheinend nicht gilt. Ist es möglich, eine Lösung für das syrische Problem mit B. Assad im politischen Feld zu finden?

Sergej Rjabkow: Leider bin ich gezwungen, die Tatsache zu konstatieren, dass die Idee, der zufolge man sich die Zukunft Syriens mit B. Assad nicht vorstellen kann, gar nicht verschwunden ist. Dabei wird uns nach wie vor eingetrichtert, dass nicht nur die Zukunft Syriens mit B. Assad, sondern auch die Lösung (zusammen mit ihm) der Frage der sogenannten Übergangsetappe äußerst problematisch wäre. Aber wir trennen uns hier von den Amerikanern sogar terminologisch, nicht nur konzeptionell. Wir sprechen von einem politischen Prozess, weil die „Übergangszeit“ eine Doppeldeutigkeit ist, die eine Unbestimmtheit nährt und das nicht stimuliert, wozu wir auffordern. Dabei fordern wir auf, nach Lösungen auf Grund freiwillig getroffener Vereinbarungen zwischen den wichtigsten Kräften des heutigen Syrien zu suchen.

Man sagt uns: „Je länger der Konflikt andauert, desto geringer wird die Chance, dass die Syrer in der Lage sein werden, miteinander zu verhandeln“. Wir antworten: „O.K., was habt ihr getan, um diesen Konflikt schneller zu beenden?“ Zum Beispiel: bereits im Februar wurde uns versprochen, dass reale Maßnahmen ergriffen werden, die es erlauben sollen, zu verstehen, wo sich die Terroristen aus den von mir erwähnten zwei Strukturen befinden und wo die Gruppierungen sind, die bereit wären, sich dem Regime zur Einstellung der Feindseligkeiten anzuschließen und an einer

Fortsetzung des politischen Prozesses teilzunehmen, d. h. zu verhandeln. Wir sind nicht im Besitz der Informationen über die Gegner von B. Assad in dem Maße, in dem diese Informationen den USA, Großbritannien, Saudi-Arabien, Katar und anderen Ländern zur Verfügung stehen, also den Ländern, die der Anti-ISIL-Koalition unter Führung der USA angehören. Nehmen wir beispielsweise die Türkei. Also geben Sie uns bitte diese Informationen darüber, mit wem Sie dort in Verbindung treten und kooperieren. Dann werden wir mit Ihnen enger zusammenarbeiten, und sogar unsere Aktionen koordinieren, während Sie, unsere amerikanischen Kollegen, weniger Grund haben werden, uns vorzuwerfen, dass wir etwas falsch tun. Nein, nichts dergleichen passiert. Die Informationen werden uns nicht zur Verfügung gestellt. Was soll das bedeuten? Nur folgendes: in Washington gibt es die einen oder anderen internen Einschränkungen (hier gebe ich meine eigene Interpretation des Geschehens wieder) im Zusammenhang mit der Tatsache, dass man die syrische Opposition nicht zur Schau stellen darf. Sie sollte eine Kraft darstellen, die, wenn nötig, wieder die Regierung in Damaskus angreifen kann. Das heißt: ich ziehe sehr stark in Frage das Gerede der Amerikaner mit deren Behauptung „Wir alle treten für einen politischen Prozess ein“. Diese Behauptung wiederholen sie oft. In der Praxis sieht alles ganz anders aus.

Armen Oganessjan: Sergej Alexejewitsch, so viele dramatische Vorfälle ereignen sich rund umher, dass sich der Gedanke aufdrängt: die meisten – wenn nicht alle – Krisen des heutigen Tages haben einheitliche, tiefgreifende ursächliche Wurzeln. Sind Sie damit einverstanden, dass – im Zusammenhang mit einer Globalisierung – die Welt sehr gegenseitig abhängig geworden ist, geradezu ein „Schmetterlingseffekt“ in unserer Wirklichkeit?

Sergej Rjabkow: Die Welt ist tatsächlich sehr gegenseitig abhängig. Ich möchte nicht, dass sie „monochronisch“ wird. Dass die Fernsehkanäle ähnliche Sendungen ausstrahlen, wenn auch wir – sei es sogar bei «CNN», «Al-Jazeera», «Russia Today» oder

beim chinesischen Kanal «CCTV» – unterschiedliche Kommentare zum gleichen Ereignis empfangen. Ich möchte nicht, dass sich die Menschen von Spitzbergen bis Punta Arenas im äußersten Süden Chiles dieselben Filme ansehen, die gleichen Taschenmonster „Pokémon“ gefangen haben wollen. Inzwischen sieht es so aus, als ob irgendwelche Fluida von Ideen, irgendwelche verschwommene Bilder in sozialen Netzwerken zirkulieren, irgendwelche modische Manifestationen wie eine Pandemie, wie die „Spanische Grippe“ durch die Welt wandern und sich dabei augenblicklich verbreiten. Und leider hat die Menschheit weder hochmoderne Antibiotika noch ganz einfache Atemschutzmasken, um sich vor zweifelhaften Einflüssen zu schützen bzw. sich irgendwie von ihnen abzuwenden, falls der gesunde Menschenverstand noch geblieben ist. Es würde sich nicht lohnen, darüber zu reden, wenn die Angelegenheit auf die allgemeine Begeisterung für Tätowierungen am ganzen Körper oder auf das Spazieren in Schuhen unbedingt mit weißer Sohle, aber nicht unbedingt in Socken beschränkt wäre. Im Kommen ist die „Mode für Gewalt“.

Manchmal scheint es mir, dass die derzeitigen zahlreichen Verrückten oder Halbverrückten, durch Superideen geblendete Menschen, die sich die Gürtel der Selbstmordattentäter anlegen, sich hinters Steuerrad setzen, um die Touristen auf einer Uferpromenade anzufahren, Menschen, die mit blanken Messern an ungewöhnlichsten Orten laufen (und sei es eine Station für Behinderte in Japan oder ein Vorortzug in Bayern und so weiter und so weiter), all diese Menschen sich in irgendeiner Weise voneinander anstecken. Und sie alle folgen – bewusst oder unbewusst – dem Kredo, das von Fjodor Michailowitsch Dostojewski in dem Roman «Schuld und Sühne» für dessen Helden Rodion Raskolnikow formuliert worden ist: „Bin ich eine zitternde Kreatur oder habe ich das Recht?“ Das Recht auf was? Das Recht darauf, dass ich, wenn ich in den Händen die „virtuelle Fahne“ einer Weltreligion trage, diese Fahne überall aufpflanzen muss, darunter auch auf Kosten des Bluts anderer Menschen? Oder das Recht darauf, die eigene Nation von denen zu „säubern“, die in gewisse Kanons nicht passen, Kanons, die zum

Beispiel (und davon bin ich überzeugt) im Kopf von Brejvik und zusammen mit ihm jetzt im Gefängnis sitzen?

Ich behaupte nicht, dass die Antwort auf diese Frage unvermeidlich identisch mit der wäre, die von Dostojewski selbst gegeben worden ist, nämlich: Ohne Gott in der Seele „ist alles erlaubt“. Und Rodion unbedingt die Greisin mit der Axt erschlagen soll. Nicht besonders überzeugt bin ich von einem solchen Zusammenhang, bewundere aber die geniale Deutung dieser Hauptidee in dem großartigen Roman. Es ist offensichtlich, dass für viele der kategorische Imperativ Kants gar nicht so kategorisch wird, während die überwiegende Mehrheit derjenigen, die rund um die Uhr in ihren „Face-Book“-Webseiten sitzen, von ihm überhaupt nicht gehört haben. Moralische Normen und ethische Begrenzungen sind in hohem Maße zerstört, wichtige Versiegelungen aufgebrochen und die Bremsen versagen so schnell, dass es manchmal beunruhigend wirkt. Ich glaube, das gehört zu negativen Folgen einer Globalisierung.

Unabhängig davon, in welchem kulturellen Umfeld die Menschen leben, ob es eine multikulturelle Gesellschaft ist, die als Ziel deklariert und der Bevölkerung von den Politikern im Westen immer mehr aufgezwungen wird, ob es eine monokulturelle, eher traditionelle oder gar eine archaische Gesellschaft ist, finden Deformationen statt, obwohl auch die Religionen seit Jahrhunderten den Menschen einen verantwortungsvollen Verhaltenskode vorzeichneten, während die Ideen des Humanismus in alle Poren der Zivilisation gedrungen zu sein scheinen. Dennoch sehen wir eine sich wiederholende Reihe von tragischen und beunruhigenden Ereignissen. Hier gibt es eine Gelegenheit nicht nur für Diskussionen. Das ist eine – wie ein Glockenschlag machtvolle – Mahnung: man muss endlich politische Anstrengungen und Ressourcen – intellektuelle, materielle, polizeiliche, rechtsschützende – vereinigen, um pandemische Ausbrüche von Hass und Gewalt zu unterdrücken.

Armen Oganessjan: In der letzten Zeit zeigte sich die Abkühlung der Beziehungen zwischen den USA und

der Türkei in verschiedenen Formen und Aspekten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Könnte vielleicht der Putschversuch in der Türkei den Ränken gewisser äußerer Kräfte zugeschrieben werden, oder ist er von diesen Kräften inspiriert worden?

Sergej Rjabkow: Schwer zu sagen ist es, und ich möchte mich nicht mit grundlosen Spekulationen beschäftigen. Ich denke, dass die inneren Triebkräfte in diesem Fall wohl doch besonders wichtig, ja ausschlaggebend gewesen sind. Wir sehen zugleich, wie ernst die Fragen sind, die sich bereits in der Zeit ergeben, nachdem der Putschversuch gescheitert worden ist.

Russland, wie Sie wissen, stand und steht von Anfang an – ohne zu zögern und sehr konsequent – auf der Plattform der Unterstützung der legitimen Behörden in diesem Land. Wir haben das immer wieder öffentlich erklärt. Vielleicht um gewissen ironischen Kommentaren vorzubeugen, stelle ich fest, dass es nicht um einen konjunkturbedingten Standpunkt unsererseits geht: Russland marschiert an der Spitze der internationalen Bemühungen, verfassungswidrige Versuche der staatlichen Umwälzungen für illegal zu erklären. Zu diesem Thema unterbreiteten und unterbreiten wir konkrete Vorschläge in der Organisation der Vereinten Nationen. Das Konzept der Ablehnung von Staatsstreichen als einer Methode der Änderung der Staatsmacht wird von uns – in politischer und rechtlicher Hinsicht – tiefgreifend untersucht. Es ist eine äußerst komplizierte Frage, die schwere Auseinandersetzungen auf internationalen Foren auslöst. Dennoch halten wir uns an diese Linie, weil wir sehen, wie weit eine gefährliche Instabilität in der Welt verbreitet ist. Geleitet von diesem Ansatz und gestützt auf ihn, gestalteten wir den Standpunkt in Bezug auf die Türkei in jenem schwierigen Moment, in dem sie sich befand und befindet.

Armen Oganessjan: Würden wir die offizielle türkische Staatsmacht dennoch unterstützen, wenn sich R. T. Erdogan für das abgeschossene russische Flugzeug nicht entschuldigt hätte?

Sergej Rjabkow: Ich sage – ja. Darüber hinaus begrüßen wir Schritte, die der Präsident R. T. Erdogan und die gesamte Führung der Türkei in Richtung einer Normalisierung unserer bilateralen Beziehungen getan haben. Im direkten Sinne der Worte betraten wir, ohne auch nur einen einzigen Tag zu verlieren, den Weg einer Wiederherstellung der Beziehungen. Solche Länder wie Russland und die Türkei, die unmittelbare Nachbarn sind und als solche einen Einfluss auf viele Prozesse ausüben, können es sich einfach nicht leisten, die Chance zu verspielen, die gestattet, unsere Beziehungen positiv zu gestalten. Nach der Tragödie, die sich im vergangenen Jahr abgespielt hatte, wurden in Ankara dennoch bestimmte Schlüsse gezogen. Wir freuen uns darüber und erwarten, dass sich die fortschreitende Entwicklung der Beziehungen in der nächsten Zeit fortsetzt.

Armen Oganessjan: Sergej Alexejewitsch, die NATO-Truppenübungen „Anakonda“ demonstrierten die Fähigkeit, eine große militärische Kraft an der Grenze Russlands zu konzentrieren. Die NATO motiviert ihre Aktionen durch die Bedrohung Europas seitens Russlands. Wir beobachten die ständige Annäherung der NATO-Streitkräfte an die Grenzen Russlands, vor allem in den Republiken des Baltikums. Ein Druck ist zu spüren auch in Richtung des Schwarzen Meeres. Glauben Sie, dass es nur eine Demonstration der Stärke ist oder besteht das Risiko eines Krieges, der nicht einfach „kalt“ sein wird?

Sergej Rjabkow: Mit Besorgnis haben wir die bekannten Entscheidungen im Bereich einer Verstärkung der abwechselbaren Militärpräsenz aufgenommen, was eigentlich die ständige Stationierung von Truppen einer Reihe von NATO-Staaten in unmittelbarer Nähe zu unseren Grenzen – in Litauen, Lettland, Estland und Polen – bedeutet. Ich möchte sagen, dass sich diese Angelegenheit nicht auf vier multinationale Bataillone beschränkt. Es geht auch noch darum, dass in den kommenden Jahren in Europa eine vorgelagerte Stationierung der Technik für mehrere mechanisierte Brigaden der Landstreitkräfte der USA gewährleistet

wird. Darüber hinaus werden stabsmäßige Strukturen gebildet, die Gruppierung der Luftstreitkräfte verstärkt, deren Flugzeuge den Luftraum patrouillieren werden, darunter auch den Luftraum der Staaten des Baltikums. Die Seestreitkräfte der NATO-Staaten üben – nach unseren Beobachtungen – durch die Lehrkampf-Patrouillierung – Operationen in den Gewässern und Gebieten, die sich viel näher als zuvor – in Bezug die russischen Grenzen – befinden. Die Intensität der Truppenübungen von NATO-Ländern ist ebenfalls im Wachsen begriffen, wobei das Ausmaß dieser Truppenübungen recht groß ist.

Man versucht, uns einzublasen (und deswegen ist das Schlusskommuniqué des Warschauer NATO-Gipfels mit „furchterregenden Passagen“ vollgespickt worden), dass all dies eine Antwort auf das „aggressive Verhalten“ Russlands ist, insbesondere auf die „Unterstützung der Separatisten“ im Südosten der Ukraine und so weiter und so fort. Durch die „NATO-Spiegelwelt“ sind wir, ehrlich gesagt, völlig irritiert. Die Aktionen der Milizen im Donez-Becken, auch Donbass genannt (sollen die NATO-Anhänger ihren Begriff – „Separatisten“ – untereinander auch weiterhin breittreten), geschehen in einer Region, wo seit Jahrhunderten, die russische und russischsprachige Bevölkerung lebte und lebt. Das findet in der Tiefe des eurasischen Raumes statt, dort, wo die Familien im Laufe von Jahrhunderten sich bis zu einem solchen Grad verflochten haben, dass man schon nicht mehr verstehen kann, wer aus welchem Gebiet stammt, wer woher gekommen ist, wer wen geheiratet hat und so weiter.

Wenn wir inzwischen einen Zerstörer der Klasse „Arleigh Burke“ mit Raketenabwehrraketen und Flügelraketen, Angriffsraketen «Tomahawk» mittlerer Reichweite, an Bord 30 Seemeilen von Kaliningrad entfernt sehen (oder: wenn wir vor kurzem im Rahmen der regulären Truppenübungen «See Breeze» eine ganze Reihe von NATO-Schiffen, angeführt von den großen Schiffen der US-Marine im Hafen von Odessa, beobachtet haben), wenn wir sehen, dass – in einer Entfernung von sieben bis zehn Minuten Flugzeit bis Sankt Petersburg – modernste Jagdflugzeuge der NATO-Länder stationiert werden, erhebt sich die Frage: Hat das „aggressive Russland“ sie alle dorthin eingeladen, auf diese

Entfernung? Oder haben wir etwas ähnliches in einer Entfernung von 30 Meilen zum US-Marinestützpunkt in Norfolk begangen? Oder haben wir irgendwo unsere Flugzeuge – in einer Entfernung von fünf Minuten Flug nach Long Island im Bundesstaat New York – stationiert?

Hier geht es sogar nicht nur um einen doppelten Standard... Wenn sich aus dem Bewusstsein derer, die auf der „anderen Seite“ stehen, der NATO-Zentrismus, der amerikanische Zentrismus, dieses – ihnen angeborene – Gefühl des «Nabels der Welt», zu dem die westliche Zivilisation angeblich geworden ist, nicht ausmerzen lassen, beginnt man zu verstehen, auf welche Weise sie sich zu der Behauptung versteigen, dass sich Russland, wie sich nun herausstellt, den „Grenzen der NATO nähert“.

Aber dann möchte ich an die selbstzufriedenen NATO-Strategen die Frage stellen: Wenn es einen NATO- Zentrismus gibt, warum leugnet ihr unser Recht auf einen „Russland-Zentrismus“? Es ist wie eine Projektion auf dem Globus. Aus verschiedenen Blickwinkeln finden sich verschiedene Regionen und Territorien im Zentrum. Deshalb ist es für uns offensichtlich und unbestreitbar, dass sich die militärischen Potentiale ausgerechnet an Russland nähern, gerade um uns herum Militärstützpunkte entstehen und Raketenabwehrsysteme entwickelt werden. Eine solche Fragestellung hat nicht nur das Recht auf Existenz, sie ist ja die einzig mögliche Fragestellung, wenn du um deine eigene Sicherheit wirklich besorgt bist. Das ist unser Blickwinkel, der sich nicht „abschaffen“ lässt.

Armen Oganessjan: Sergej Alexejewitsch, ich möchte an ein Dokument erinnern, das von der NATO und Russland im Mai 1997 unterzeichnet worden ist: an die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Organisation des Nordatlantischen Vertrags und der Russischen Föderation. Die ganze Tonlage dieses Dokuments stimmte auf enge Partnerschaftsbeziehungen ein. Kann man davon reden, dass die NATO von den Bestimmungen abweicht, die in der Grundakte verankert sind?

Sergej Rjabkow: Ja. Mehr noch: am Vorabend des Warschauer Gipfels der Allianz und direkt während dieser Veranstaltung ertönten die Aufrufe einiger von unseren Nachbarn, offiziell die Grundakte aufzukündigen. Das heißt: sie wollten, dass die NATO einseitig erklärt, dieses Dokument sei nicht mehr gültig. Wir möchten ihnen sagen: „Danke für die Ehrlichkeit“. Wir zweifelten auch nicht, dass das Ziel der Regierungen dieser Länder eine bewusste, gezielte Verschlechterung der Beziehungen der westlichen Gemeinschaft, einschließlich der NATO, mit Russland ist.

Seinerzeit, als die Länder Ost- und Mitteleuropas die vorbereitende Etappe zum Eintritt in die NATO passierten, sagten uns die Altmitglieder der NATO, man sollte abwarten: diese Länder werden der Allianz beitreten und dann soll sich alles normalisieren, weil das Verhältnis dieser Länder zu uns ganz anders sein wird – ruhig, normal. Aber wir erleben das Gegenteil: eine Verstärkung von Spannungen, die Ablehnung der russischen Politik und Russlands einfach als eines Nachbarlandes, ich sage schon nicht als eines Partners. Diese Linie zeigt sich eigentlich im Herangehen all dieser Länder vor allem an die Fragen der harten Sicherheit, der militärischen Sicherheit. Das ist bedauerlich.

Was die Verpflichtung anbetrifft, die in der Grundakte verankert ist und sich auf die Nichtstationierung – auf ständiger Basis – wesentlicher Streitkräfte im „neuen NATO-Territorium“ bezieht, möchte ich daran erinnern, dass wir der NATO wiederholt vorgeschlagen haben, sich darüber zu einigen, was genau zu dem Begriff „wesentliche Streitkräfte“ gehört. Wir sagten damals, dass die Ebene einer Brigade für eine solche gemeinsame Definition wohl geeignet wäre. Das ist von den NATO-Mitgliedern nicht unterstützt worden. Jetzt sehen wir, in welchem Ausmaß entsprechende Vorbereitungen getroffen werden. Und diese Vorbereitungen tarnen sich mit einer schlaun verbalen Hülle. Behauptet wird unter anderem, dass es nicht eine dauerhafte Stationierung ist. Aber eine solche Rotation ist – aus unserer Sicht – schlimmer als eine ständige Präsenz, weil die Rotation bedeutet, dass eine viel größere Zahl von Soldaten und Truppenteilen aus verschiedenen Ländern diese Gebiete „erschließt“, „sich schnell an sie gewöhnt“ und erfährt, wie man dort handeln soll. Das Ergebnis ist, dass die NATO-Länder in

direkter und unmissverständlicher Weise eine Verpflichtung, die der Akte zugrunde liegt, verletzen und dabei versuchen, das Gegenteil zu beweisen.

Armen Oganessjan: Und wie ist unsere Reaktion?

Sergej Rjabkow: Unsere Reaktion ist ruhig und sachlich. Wir dramatisieren den allgemeinen politischen Hintergrund nicht. Streng genommen, braucht man von den heutigen NATO-Mitgliedern nichts Anderes zu erwarten. Aber wir berücksichtigen das Geschehen in unserer militärischen Planung. Leider begann – nach einer längeren Zeit der relativen Ruhe und der Abwesenheit von Gründen zur Besorgnis – die Situation in der westlichen strategischen Richtung, sich wieder zum Schlechteren zu verändern. Daraus ziehen wir bestimmte Schlüsse. Dabei werden wir, so sagte der Präsident der Russischen Föderation W. W. Putin in seiner Rede auf der jüngsten Beratung von Botschaftern und ständigen Vertretern der Russischen Föderation, nicht zulassen, dass man uns erneut in eine Konfrontation und in ein Wettrüsten einbezieht.

Armen Oganessjan: Und dennoch: ist es seitens der NATO eine Vorbereitung auf den Krieg oder ist es ein Versuch, Russland einzuschüchtern, damit unser Land den außenpolitischen – und vielleicht auch den innerpolitischen – Zugeständnissen zustimmt?

Sergej Rjabkow: Ich bin überzeugt, dass es keinen Krieg geben wird, während das jetzige Geschehen ein für die Westländer übliches Muskelspiel ist, ein weiterer Versuch, „Russland auf seinen Platz zu weisen“. Das ist auch ein Versuch, diejenigen an der Ost- und an der Nord-Ost-Flanke der NATO zu ermuntern, die den derzeitigen schwierigen Zeitraum in den Beziehungen Russlands mit dem Westen in ihren engen, konjunkturbedingten Interessen auszunutzen versuchen. Das heißt, sie versuchen, gewisse Vorteile für sich selbst in Form einer größeren physischen Präsenz der Militärs aus anderen Ländern oder in Form der Errichtung bestimmter Objekte und dergleichen zu erzwingen. Die Politiker in den erwähnten Ländern

klammern sich an das Geschehen, um sich und ihrer Wählerschaft eine festere Bindung an den „westlichen Stamm“, an die „Wurzel der westlichen Gemeinschaft“ zu verschaffen.

Nichtsdestoweniger gibt es keinen Grund für eine großangelegte Auseinandersetzung. Ich kann allerdings nicht umhin zu sagen, dass ein Risiko unbeabsichtigter Zwischenfälle existiert und sogar zunimmt. Wir reagierten nicht von ungefähr positiv auf die Initiative des Präsidenten Finnlands, Sauli Niinistö, und der russische Präsident Wladimir Putin unterstützte in einem Gespräch mit seinem finnischen Amtskollegen dessen entsprechenden Vorschlag. Es gilt, darüber nachzudenken, was man für eine gefahrlosere Organisation der Flüge von Militärflugzeugen über der Ostsee tun kann. Wir haben unsere Ideen den NATO-Ländern übergeben. Das Gespräch darüber fand auf der Juli-Sitzung des Rates „Russland–NATO“ statt. Wir warten auf eine Reaktion. Wir sind daran interessiert, dass sich die Berechenbarkeit erhöht.

Armen Oganessjan: Sergej Alexejewitsch, was würden Sie als Stellvertreter des Außenministers, der für die lateinamerikanische Thematik, darunter auch für die BRICS-Staaten, verantwortlich ist, sagen: Welche wichtige Schritte müssen für die weitere Stärkung der BRICS gemacht werden?

Sergej Rjabkow: Dieses Format muss in konkrete Taten und praktische Handlungen umgesetzt werden. Im Rahmen unseres Flaggschiff-Projekts „Neue BRICS–Entwicklungsbank“ wurde vor kurzem die Finanzierung der Entwicklung kleiner Wasserkraftwerke in Karelien genehmigt. Das ist eine wichtige Tatsache, die veranschaulicht, durch welche Taten sich die BRICS behaupten und festigen wird.

Im politischen Bereich steht auf der Tagesordnung eine Ausweitung der Thematik unserer Arbeit. In dieser Hinsicht arbeiten wir eng mit dem indischen Vorsitz zusammen. Wie ich glaube, wird die Gipfelbegegnung in Goa im Oktober zeigen, dass die BRICS weiterhin an Stärke gewinnt und vorankommt.

Armen Oganessjan: Was denken Sie über die Zukunft der russisch-kubanischen Zusammenarbeit?

Sergej Rjabkow: Das unlängst gefeierte 90-jährige Jubiläum von Fidel Castro ist eine Erinnerung daran, was für einen ruhmreichen Weg unsere Länder in den Jahren nach der Revolution in Kuba zurückgelegt haben. Angesteuert werden größte Projekte in dem metallurgischen und dem energiewirtschaftlichen Bereich. Wir haben eine sehr hohe Intensität und Produktivität politischer Kontakte. Die Führung Kubas mit Raul Castro und Comandante Fidel an der Spitze betreibt eine kluge Politik, in deren Rahmen Russland eine außergewöhnliche, ja ganz besondere Rolle spielt. Wir sind ihnen dafür dankbar und bemühen uns, genau so konstruktiv zu antworten.

Armen Oganessjan: Was ist zu tun, damit im Handels- und Wirtschaftsbereich nicht ein Zerfall wie jetzt, sondern ein Aufstieg in den Beziehungen mit Lateinamerika zu spüren wäre?

Sergej Rjabkow: Man muss Handelshemmnisse entfernen, wobei das nicht nur für tarifäre Barrieren gilt. Man muss die Exporte und Importe diversifizieren, ungeachtet der Schwankungen von Währungskursen. Vieles bringen die direkten Kontakte zwischen Vertretern der Geschäftswelt. Wir arbeiten jetzt an einer Reihe von neuen Ideen, einschließlich der Zusammenarbeit in hochtechnologischen Bereichen wie etwa Pharmazie und Biotechnologien. Bis zum Ende des Jahres sollen diese Projekte anlaufen. Und Sie werden sehen, dass in den Beziehungen mit Lateinamerika nicht einfach neue Farben erscheinen, sondern auch eine neue Qualität.

Schlüsselworte: russisch-amerikanische Beziehungen, der amerikanische Wahlkampf, D. Trump, H. Clinton, Globalisierung, BRICS, Lateinamerika.



Die russisch-chinesische vertrauensvolle strategische Partnerschaft: Formel des 21. Jahrhunderts

Vitali Worobjow

Wissenschaftlicher Oberassistent des Zentrums für Studien Ostasiens und der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit an der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale Beziehungen des Außenministeriums Russlands, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter

vorobev@mgimo.ru

Das Jahr 1976 gilt in China als das Jahr der Beendigung der zehnjährigen Wirren der „Kulturrevolution“. Anfang September starb Mao Zedong, Anstifter und Chefdirigent dieser Massen-Veranstaltung, die die gesamte chinesische Gesellschaft zutiefst traumatisiert hatte. Einen Monat später wurde die „Viererbunde“ der eifrigsten Befürworter der ultralinken Ideologie und Praxis verhaftet. Das Land begann, sich zu beruhigen und darüber nachzudenken, welchen Weg es weiter gehen soll, wie man sich auf der internationalen Bühne gewinnbringend positionieren kann.

Die sowjetisch-chinesischen Beziehungen sahen damals derart eisgefroren aus, dass deren einfaches Auftauen für sehr viele Menschen eher fraglich, wenn nicht illusorisch erschien. Aber ein chinesisches Sprichwort stellt recht weise fest: „Wenn zwei einander bekämpfen, bleiben beide Verlierer; wenn zwei zusammenarbeiten, werden beide Sieger“. Die tatsächlichen – durch den Faktor ihrer Gemeinsamkeiten genährten – Notwendigkeiten des Lebens der beiden Länder lenkten den Lauf der Ereignisse in eine optimistische Richtung. Das im Mai 1989 in Peking stattgefundenere Treffen von M. S. Gorbatschow und Deng Xiaoping kennzeichnete

ausdrucksvoll den Abschluss der Periode einer Normalisierung der Beziehungen und deren Umleitung in die Bahn einer souveränen Aufwärtsbewegung aus der Vergangenheit in die Zukunft. Dabei geschah das derart überzeugend, dass der unerwartete Abgang der Sowjetunion von der historischen Bühne im Dezember 1991 die Dynamik dieses Prozesses nicht bremste. Man kann sagen, dass die Entstehung eines neuen selbstständigen Russischen Staates ihm neue Farbenpracht und Klangfülle verliehen hat.

Im April 1996 hielt B. N. Jelzin, der gerade in die Volksrepublik China zu Besuch flog, für zeitgemäss, den erreichten Stand und die Qualitäten der russisch-chinesischen Beziehungen auf eine besondere Weise zu würdigen. So entstand die Formel – „Die vertrauensvolle strategische Partnerschaft, die in das 21. Jahrhundert gerichtet ist. Die erwähnte Formel, eiligst von Bord des Flugzeugs des Präsidenten Russlands – über Moskau nach Peking – übertragen, fand sofort bei der chinesischen Führung Unterstützung. Diese Formel, damals zum ersten Mal in das politische Lexikon der beiden Länder eingeführt, bestimmt bereits seit 20 Jahren – genau und ausgewogen – nicht das Verbündetenformat, aber das dialektisch bewegliche Format der bilateralen Beziehungen. Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft, der im Jahr 2001 unter Präsident W. W. Putin unterzeichnet wurde, verankerte die Logik des Zusammenwirkens und erweiterte die Horizonte der Kooperation, indem er sie allumfassend machte und die Orientierungspunkte ihrer konstruktiven Entwicklung auf lange Sicht festlegte. «Immer Freunde, niemals Feinde» – so aphoristisch und überzeugend bestimmen die Pekingener Führer ihren Strandpunkt.

Das wahrhaft symphonische Ausmaß und die reiche instrumentale Vielfalt der heutigen russisch-chinesischen Beziehungen ist eine beeindruckende Verkörperung der Kette entgegenkommender konzertierter Anstrengungen. Das vorsichtige Ausloten von Absichten und die Untersuchung von Möglichkeiten zumindest kleiner Fortschritte, wie sie für

den Beginn der 1980er Jahre eigen waren, erlangten nach und nach den Resonanzcharakter einer Reaktion. Die gegenseitigen Antwortreaktionen wurden zunächst durch die Toxizität ideologieähnlicher Beimischungen gebremst; es wirkte sich die Engstirnigkeit der in den Köpfen verwurzelten – in vielem erfundenen – Stereotypen und Ängste aus, spürbar blieb das Gewicht der angehäuften Klischees und persönlichen Spitznamen (auf diesem Gebiet hatten sich die beiden Seiten in den vorangegangenen Jahren gründlich „hervorgetan“). Nach und nach, mit der quantitativen Anhäufung von «kleinen Schritten», die für die Sprosse des gegenseitigen Vertrauens pfleglich waren, wuchsen sie – qualitativ – in schöpferische Alternativen hinüber, erlangten Merkmale von Herden der Anregungen für die Anbahnung einer gegenseitig nutzbringenden Zusammenarbeit und von Korridoren, über die sich der Aufbau von Beziehungen in verschiedenen Bereichen verbreitete. Darunter auch im außenpolitischen Bereich, wo schon seit 1984 regelmäßige produktive Begegnungen der Außenminister am Rande von Tagungen der Generalversammlung der UNO in New York praktiziert wurden.

Das vertiefte Verständnis dafür, wie die Überwindung von Entfremdung, Voreingenommenheit und Skepsis voranschritt, auf welche Weise der Rahmen der russisch-chinesischen Beziehungen einer neuen Art entstand, wie dessen Festpunkte konstruiert und gestärkt wurden, können wir aus dem Buch des Diplomaten und Chinaforschers G. W. Kirejew «Russland – China. Unbekannte Kapitel der Grenz-Verhandlungen» schöpfen.* Verhältnismäßig klein bezüglich Umfang und Auflage (700 Exemplare), erschien dieses Buch vor zehn Jahren, im Sommer 2006, wurde schnell zum Gegenstand des Interesses von Forschern und bleibt es mit Recht bis zum heutigen Tag, was nicht verwunderlich ist. Sein Autor kam in die praktische

* Kirejew G. W. Russland – China. Unbekannte Kapitel der Grenz-Verhandlungen. Moskau: Verlag „Die russische politische Enzyklopädie“, 2006. 416 Seiten.

China-Kunde noch in den 1950er Jahren und blieb seinem Weg treu bis zu seinem Lebensende; er war nicht einfach ein Zeuge, sondern ein Mann, der buchstäblich alle «Ebben» und «Fluten» der bilateralen russisch-chinesischen Beziehungen miterlebt hatte. Er spielte eine aktive und nicht zu übersehende Rolle während der Zeit ihrer Normalisierung, bei der Schaffung von Eckpfeilern der strategischen Partnerschaft. Dabei erfüllte er Regierungsaufträge bei der Lösung einer ganzen Reihe heikler Fragen – sowohl solcher, die ein Erbe der Vergangenheit waren, als auch solcher, die einen Blick in die Zukunft möglich machten.

Den Überblick der faktologischen Umrahmung von Ereignissen präsentiert der Autor unter dem Blickwinkel einer analytischen Untersuchung der «inneren Küche» des Geschehens, was besonders wertvoll und attraktiv ist. Hervorgehoben werden Knotenpunkte der Entstehung und Formulierung von Verhandlungsposition, was gelegentlich nicht einfacher als die Führung von kombinationsreichen Dialogen am Verhandlungstisch ist. Abgesteckt werden im Buch Feinheiten der Suche nach Stilistik und ihrer überzeugenden Verdeutlichung für den Partner, um geduldig die für alle akzeptablen Ergebnisse zu erreichen, egal wie viel Aufwand und Zeit man dafür brauchen müsste. Einzelne Urteile des Autors, darunter auch Meinungen bezüglich der Grenz-Thematik, kommen faszinierend nahe an ein ernsthaftes Umdenken gewisser zudringlicher Meinungsklišees.

Das 20-jährige Jubiläum der strategischen Partnerschaft Russlands und der Volksrepublik China ist ein Datum, das nicht nur die Bedeutung dessen sehen hilft, was geleistet worden ist, sondern auch einen Grund bietet, verknüpfende Fäden zum heutigen Tag der russisch-chinesischen Beziehungen zu ziehen.

Unveränderlichkeit der Geometrie der Grenze

Die Lösung von Fragen der Grenze in deren russischem Teil, Fragen, die auf der Tagesordnung der bilateralen Beziehungen noch zu Beginn der 1960er Jahre brennend akut gewesen waren,

nahm 40 Jahre (1964 – 2004) in Anspruch. In der historischen Hinsicht ist das keine besonders lange Zeit, wenn man folgende Aspekte bedenkt: die Länge der Grenze von 4300 Kilometern, das komplizierte Gelände, in dem sie verläuft, und insbesondere die Amplitude von Schwankungen in der Atmosphäre und im Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen jener Periode. Dabei ist die Grenze immer ein empfindliches Barometer dieser Beziehungen.

Die drei in den Jahren 1991, 1994 und 2004 abgeschlossenen Ratifikationsvereinbarungen, das heißt Vereinbarungen, die für vertragliche Dokumente von höchster juristischer Kraft sind, decken voll und ganz alle Fragen, die die gegenseitigen Zwistigkeiten, Vorwürfe und Zusammenstöße auslösten und ein Sujet mühseliger jahrelanger – gelegentlich schwerer und schleppender – Verhandlungen gewesen waren.

Die russisch-chinesische Grenze, die – juristisch formell – dazu bestimmt ist, die Territorien der zwei Staaten voneinander scharf zu trennen, dient heute als ein Sinnbild der guten Nachbarschaft, verwandelt sich immer deutlicher in eine Linie, die die zwei größten Weltmächte und deren Völker miteinander verbindet. Heute kann man mit Sicherheit feststellen: die Beziehungen der strategischen Partnerschaft zählen zu ihren Hauptstützen geregelte Grenzfragen und eine gemeinsam markierte (im Gelände verzeichnete) Grenze in deren voller Länge.

Gelegentlich verschwindet aus dem Gesichtsfeld eine Tatsache von grundsätzlicher Wichtigkeit: die Geometrie der russisch-chinesischen Grenze behält unverändert jene Umrisse, die ihr vor 150 Jahren verliehen worden sind, nämlich gemäß dem Pekingener Vertrag aus dem Jahre 1860.

In den neuen Vereinbarungen wurde für die Grenzlinie auf schiffbaren Flüssen noch im Jahre 1964 die Mitte des Hauptfahrwassers statt des unbequemen Prinzips abgestimmt, das Territorium vom Grundufer zu messen, wie es im Pekingener Vertrag festgelegt worden war. Im Einklang mit diesem Prinzip blieb die Zugehörigkeit der Inseln auf solchen Flüssen, einschließlich der Zugehörigkeit von Inseln, die bei

Chabarowsk liegen, unbestimmt in zweiseitiger Hinsicht. Aber alle wichtigsten Orientierungspunkte und topographischen Anschlüsse, die im Jahre 1860 aufgezeichnet worden sind, bleiben absolut die gleichen. Dies bedeutet, dass keinerlei territoriale Streitigkeiten und Zugeständnisse im Laufe der jüngsten Verhandlungen zur Sprache gekommen sind. Abgesprochen wurden Fragen, die sich bezüglich der bereits bestehenden und von niemandem umstrittenen Grenzlinie erhoben hatten.

Ähnlich wie in dem Vertrag von Nertschinsk aus dem Jahre 1689, dem ersten rechtlichen Akt in der Geschichte der bilateralen Beziehungen zwischen Russland und China, der sich unter anderem auch mit der territorialen Abgrenzung befasst hatte, ging der Pekingener Vertrag von der Priorität der Trennung und Verteilung der den jeweiligen Staaten unterstellten Gebiete aus. Und erst auf dieser Grundlage legte er die Grenzen fest. In diesem Sinne schaffte er – in einem großen Teil – entsprechende Bestimmungen des Vertrages von Nertschinsk ab, obwohl darüber direkt nichts gesagt wird.

Tatsächlich: an das russische Reich ging im Jahre 1860 mehr als 1 Million Quadratkilometer Boden, darunter der ganze nördliche Teil des Einzugsgebiets des Flusses Amur sowie die Küstenregion (Primorje), die sich – entsprechend den Vorschriften von Nertschinsk – dem Chinesischen Reich gehört hatten. Der Pekingener Vertrag wurde – in vollem Umfang – vom chinesischen Kaiser sanktioniert. Die rechtliche Unumstößlichkeit dieses Dokuments wurde immer von der Regierung der Volksrepublik China offiziell anerkannt, unabhängig davon, welche moralisch-politische Epitheta ihm in China auch adressiert werden.

Eine andere Sache wäre, dass in China üblich ist, sich an unzählige im neunzehnten Jahrhundert „verlorenen Landesgebiete“ zu erinnern und im Gedächtnis wachzurufen. Darunter auch an die unter dem außenpolitischen Druck des zaristischen Russlands verlorenen Gebiete, das – unter den übrigen westlichen Ländern sein Spiel im Fernen Osten mit der

Ausschlachtung von «Schwächen» des damaligen Chinas und des Verhaltens des kaiserlichen Hofes trieb. Veröffentlicht und öffentlich ausgestellt werden Landkarten imperialer Besitzungen und ihrer Grenzen bei verschiedenen Dynastien, Landkarten, die nicht selten einen vermutlichen Charakter tragen. Es gibt schematische Landkarten, auf denen die von China zugunsten Russlands «verlorenen» Territorien gezeigt werden. Diese Materialien sollen die in China seit langem etablierten und verwurzelten Vorstellungen über die Besonderheiten seiner territorialen Bildung und die Integration verschiedener Nationalitäten in seinem Staatskörper – angefangen mit den antiken Zeiten – reflektieren und anschaulich illustrieren. Es wäre unklug und nutzlos, solche Ansichten zu ignorieren oder zu verwerfen, weil das die Einsicht in die Logik der chinesischen mentalen Konstruktionen vernebeln würde, sei es in wissenschaftlich-akademischer oder in praktisch-sachlicher Hinsicht. Das schließt außenstehende Herangehensweisen bezüglich einzelner Aspekte dieser Konstruktionen gar nicht aus.

Wenn schon bald nach der Gründung der Volksrepublik China für die Behörden solche Landkarten nicht als Argument gedient haben, um eine Rückgabe solcher Gebiete zu verlangen, so wäre es zumindest nicht korrekt, ihre Existenz mit der realen Bekanntgabe der territorialen Ansprüche gleichzusetzen, sie als eine «kartographische Aggression» zu bezeichnen. Umso mehr, dass die beiden Seiten, wie es im Vertrag des Jahres 2001 der Fall war, in Form gegenseitiger Verpflichtungen das Fehlen der gegenseitigen territorialen Ansprüche festgelegt haben.

Man kann sich über die Tatsache nicht hinwegsetzen, dass jedes Land seine nationale Geschichte auf seine eigene Weise auslegt und deutet, entsprechend zusammengesetzte historische Landkarten veröffentlicht (schauen Sie sich zumindest die meisten Staaten der ehemaligen postsowjetischen Raums an). Manchmal sieht es konjunkturritterlich, ja herausfordernd aus, aber die Hauptsorge besteht darin, ähnliche Dinge in einen politischen Diskurs der Beziehungen mit anderen Ländern nicht einbeziehen zu lassen, das Abrutschen in auffallende, aber in

eine Sackgasse führende propagandistische Ausgeklügeltheiten zugunsten der kurzfristigen Interessen zu vermeiden.

Sachdienlich wäre die Bemerkung, dass in der sowjetischen Periode zu einem Gegenstand der gewissenhaften Prüfung bei den Verhandlungen mit der Volksrepublik China auch der mittelasiatische Abschnitt der Grenze – von der Mongolei bis nach Afghanistan – geworden ist. In den Jahren ihrer Konsolidierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es Fälle der kategorischen Ablehnung der von den Beamten bereits unterzeichneten vertraglichen Texte durch den chinesischen kaiserlichen Hof. Die russische Zarenregierung stimmte einer ernsthaften Revision dieser Texte zu, die einen Kompromiss-Charakter trug (dies erklärte sich dadurch, dass sich das damalige Peking gar nicht ganz so schlaff und resigniert dem fremden Druck in Bezug auf den Verlauf der Grenze unterwarf).

Wegen der Überwiegung einer alpinen schwerzugänglichen Topographie an einer Reihe von Stellen war die Grenze «nach Augenmaß» – durch eine «mutmaßliche Geographie» – festgelegt worden. Es ergaben sich komplizierte Unsinnigkeiten, wie – beispielsweise – «zwei» Khan-Tengri-Picks. Der Pamir-Abschnitt «schwebte» überhaupt, blieb in völkerrechtlicher Hinsicht nicht endgültig formuliert. Eine bedeutende Gruppe von Fragen konnte man während der damaligen Verhandlungen regeln, dennoch blieb eine Menge der sogenannten «Fenster», oder «Löcher» bestehen.

Es muss gesagt werden, dass die in der sowjetischen Periode geltenden Regelungen eine Beteiligung der lokalen – sogar der republikanischen – Behörden bei der Lösung der Grenz-Angelegenheiten nicht vorsahen. Alles und auf allen Etappen wurde ausschließlich zentralisiert in Moskau festgelegt. Das letzte Wort gehörte, wie es damals üblich war, der höchsten Partei-Instanz. In diesem Zusammenhang muten folgende Aspekte heutzutage buchstäblich vorseherisch an. Erstens: als ungeeignet galten damals manche Vorschläge, sich über einzelne komplizierte Abschnitte der Grenze, die in verschiedenen Sowjetrepubliken lagen, «in einem Paket» zu einigen. Zweitens:

dazu gehörte auch die Initiative der sowjetischen Delegation an der Wende der 1990er Jahre, die Partei- und Staatsführung der mittelasiatischen Republiken mit den anstehenden Ergebnissen und Haken vertraut zu machen, darunter auch mit dem Ziel, das Gepäck der Delegation durch Varianten einer Suche nach Kompromissen möglicherweise aufzufüllen.

Wie es scheint, haben diese Schritte eine Rolle dabei gespielt, als nach dem Zerfall der UdSSR die neuentstandenen Staaten – Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan – die Idee, sich mit der Russischen Föderation in eine gemeinsame Delegation für die Angelegenheiten des Grenzverlaufs zusammenzuschließen, positiv empfanden und den vorläufigen Vereinbarungen zustimmten, die bei den sowjetisch-chinesischen Verhandlungen bezüglich des mittelasiatischen Abschnitts der Grenze erzielt worden waren. Das letztgenannte Moment hielt Moskau und Peking in einer gewissen Spannung, weil damals in jedem der mittelasiatischen Staaten einflussreiche lauthalse Kräfte am Werk waren, die eine unerwartet vom Himmel gefallene Unabhängigkeit als einen Vorwand deuteten, um sich von jedem sowjetischen Erbe demonstrativ zu distanzieren. Diese weitsichtigen Entscheidungen haben ohne Zweifel den mittelasiatischen Nachbarn Chinas – ausgehend von Ihren Bedürfnissen und Entwicklungsaufgaben im Laufe der 1990er Jahre – geholfen, zu optimalen, manchmal sehr originellen Lösungen, einschließlich des Knotenpunkts Pamir, vorzustoßen.

Ein solcher innovativer zwischenstaatlicher Mechanismus wie eine gemeinsame Delegation, in deren Rahmen niemand jemanden bedrängte, niemand mit Vorwürfen herumwarf, sondern – im Gegenteil – eine konzeptionelle Gemeinsamkeit beim respektvollen Verhalten gegenüber den Individualitäten in spezifischen Herangehensweisen kultiviert wurde, erwies sich als ein wirksames Instrument nicht nur bei der Lösung von Grenzangelegenheiten. Er begünstigte den Geist und die Atmosphäre der Mitgestaltung, die Ausrichtung von Diskussionen auf das Erzielen eines greifbaren Ergebnisses, förderte die Entwicklung einer Konsenskultur, was einen hohen

vereinigenden Wert in jenen Jahren hatte, sich später positiv in einer breiten politischen Dimension auswirkte und unter anderem die Entstehung der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit stimulierte, die im Juni des laufenden Jahres 15 Jahre alt geworden ist.

Auffüllen des Vorrats an Vertrauen

Ein derart schnelles Vorankommen der bilateralen Beziehungen auf der Bahn aus der Vergangenheit in die Zukunft, die Bereicherung dieser Beziehungen durch Eigenschaften und Merkmale einer allumfassenden strategischen Partnerschaft konnte nicht ohne eine ununterbrochene Erweiterung des Raumes der Verständigung stattfinden, ohne die Schaffung einer Atmosphäre der freundlichen Gegenseitigkeit in formellen Kontakten auf allen Ebenen und in allen öffentlichen Beziehungen.

Heute besteht kein Zweifel, dass der Fortschritt bei der Beilegung von Grenzproblemen nicht nur ein Zeichen des wachsenden Vertrauens an sich war. Er war ein machtvoller Katalysator für die Stärkung und Festigung in Bezug auf alle Bereiche der russisch-chinesischen Zusammenarbeit.

Damit das Energiefeld des Vertrauens ganzheitlich und stabil werden könnte, war – der ganzen Logik der Dinge zufolge – die Einbeziehung des militärischen Bereichs in den Gesamttablauf notwendig. Auch dort traten in einer Bahnbrecher-Rolle die Grenz-Verhandlungen auf. Unter ihrer Ägide – durch die chinesische Anregung – wurden in den späten 1980-er Jahren gemeinsame Luftaufnahmen der nach ihrer Ausdehnung bedeutenden Abschnitte der Grenze mit speziell ausgerüsteten Kampfflugzeugen der beiden Länder vorgenommen; das geschah mit dem Einfliegen dieser Flugzeuge – auf eine bestimmte Entfernung – in das Territorium des Nachbarlandes. Scheinbar war es nicht ein besonders hervorragendes, sondern ein rein kooperationsmäßiges Ereignis, aber in jener Situation bedeutete es eine beispiellose Aktion. Erstens, weil ihr die Parteien

mutig zustimmten, ohne vorher über eine klare Perspektive der endgültigen Ergebnisse der Verhandlungen zu verfügen. Zweitens: zum ersten Mal seit Jahrzehnten wirkten Einheiten der Streitkräfte zusammen, die bisher angehalten wurden, einander nur durch Visiere von Handfeuerwaffen und durch Artillerie-Zielfernrohre zu «sehen». Das Experiment verlief ohne irgendwelche Stockungen. Politisch war klar, dass die Ausdehnung des Vertrauens auch auf den Verteidigungsbereich durchaus möglich und machbar ist.

Aus den Verhandlungen über die Beilegung von Grenzfragen gingen bald die Verhandlungen über die militärische Entspannung entlang der Grenze hervor, die damals noch die sowjetisch-chinesische war. An der Wende der 1990er Jahre entwickelten sich diese Verhandlungen zu einer selbständigen Richtung. Sie führten zu den zwei weitgehend bekannten Vereinbarungen: zu dem Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich aus dem Jahr 1996 und zu dem Abkommen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Gebieten, die an der Grenze zu China liegen, aus dem Jahr 1997, die bereits von fünf Staaten – Russland, Kasachstan, Kirgisien, Tadshikistan und China – unterzeichnet wurden (an den Projekten arbeitete in der postsowjetischen Zeit eine besondere gemeinsame Delegation).

Der Durchbruch zur Verständigung zwischen den militärischen Experten verlief zunächst – aus Ungewohnheit – recht zähflüssig, besonders dort, wo es um den Vergleich konkreter Informationen und Zahlen bezüglich des Vorhandenseins der einen oder anderen Arten von Kampftechnik und Ausrüstung in den Armee-Einheiten ging. Aber die allgemeine politische Situation, darunter die erfolgreiche und schnelle Anbahnung der militärisch-technischen Zusammenarbeit mit China, die Reisen hochgestellter Würdenträger und die ersten Käufe der militärischen Technik modernster Modelle durch China, zerstreuten – auf eine natürliche Weise – den Schatten des Argwohns und verschafften den Verhandlungen einen

ausschließlich rationalen Verlauf. All das – nun bereits unter militärischem Gesichtswinkel – stärkte das Fundament des Vertrauens durch immer neue feste Ziegelsteine.

Wie schwer ausrottbar sich Relikte des Misstrauens erwiesen und wie lange man versuchte, sie zu spekulativen Themen zu machen, zeigte der Prozess der Ratifizierung der multilateralen Abkommen aus dem Jahr 1997 im russischen Parlament. Beispielsweise stellte der in jenen Tagen wegen seiner außergewöhnlichen Aussagen recht bekannte Parlamentsabgeordnete, Generaloberst A. Makaschow, der glaubte, ein Kenner des chinesischen militärischen Potentials zu sein, und manche seiner Kollegen zu verwirren versuchte, sehr viele Überlegungen über die ernsthaften Ansammlungen chinesischer Truppen in der Nähe der Grenze an, was in der Realität nie der Fall gewesen war und auch heute nicht der Fall ist. Gerade an der Seite Russlands war die Hauptmenge der Truppen im Fernen Osten gezwungen, sich an die Grenze zu China – infolge der natürlichen physikalisch-natürlichen Verhältnisse – zu schmiegen.

Obwohl im Titel des Abkommens von 1997 der Begriff «Verringerung» verwendet wird, waren die darin festgelegten Höchstgrenzen und Einschränkungen derart, dass man in Wirklichkeit nichts Ähnliches in seinem 100-Kilometer-Einflussbereich, der sich auf den beiden Seiten der Grenze hinzog, brauchte. Nicht enthalten waren in dem Abkommen auch Forderungen nach einem Abzug der Truppen von der Grenze, sozusagen Forderungen nach einem «Entblößen» der Grenze in verteidigungsmäßiger Hinsicht.

Vereinbarungen, die im Jahr 1997 unterzeichnet worden sind, setzen – eher – weiterhin die Linie des Abkommens über vertrauensbildende Maßnahmen aus dem Jahre 1996 fort. Die Innovation dieser Vereinbarungen besteht darin, dass sie einen alljährlichen Austausch von konsolidierten Informationen über die aktuelle Verfügbarkeit von Waffen und über die Stärke der Streitkräfte vorsehen. Vorgesehen sind in ihnen darüber hinaus die Schaffung eines Mechanismus für regelmäßige gegenseitige

Inspektionen auf paritätischer Grundlage sowie die Bildung – zu diesem Zweck – einer Aufsichtsbehörde (einer gemeinsamen Kontrollgruppe diplomatischer und militärischer Experten). In den vergangenen Jahren wurden alle Punkte der beiden Vereinbarungen immer genauestens und ohne Störungen erfüllt. Die zum ersten Mal in Asien an der Grenze Chinas zu Russland und zu mittelasiatischen Staaten angewandte Praxis vertrauensbildender Maßnahmen im militärischen Bereich wurde eine Art Muster und Vorbild für Nachahmung; auf der Grundlage dieser Praxis begannen – unter anderem – vertrauensbildende Maßnahmen zwischen China und Indien zu arbeiten, obwohl die Frage bezüglich der Grenze zwischen ihnen von einer Regelung noch weit entfernt ist.

Der Vorrat an gegenseitiger Verständigung und Vertrauen zwischen Russland und China wurde natürlich auch durch andere große und nicht sehr große Maßnahmen und Vereinbarungen aufgefüllt; dazu gehörte auch die militärische Zusammenarbeit, die bis zu einer Erprobung der operativen Kooperation fortgeschritten ist. Nichtsdestoweniger waren und sind die Eckpfeiler der ursprünglichen Elemente die Entscheidungen, die in äußerst sensiblen und emotional trägheitsgeladenen Bereichen erzielt wurden. Diese Bereiche sind die Bereinigung von Grenzproblemen und eine militärische Entspannung entlang der Grenze. Gerade von hier aus gingen bedeutende Antriebe zur Herstellung einer strategischen Partnerschaft hervor, die im Laufe der Zeit sowohl in Russland als auch China zu einem grundlegenden Bestandteil ihrer Außenpolitik, zu einem Etalon für Qualität der bilateralen Beziehungen mit anderen Ländern geworden ist.

Gute Beziehungen zwischen den Staaten, die – laut Friedrich Engels – im Idealfall an Familienverhältnisse erinnern müssen, sollte man natürlich nicht mit einer Idylle gleichsetzen, in ein Prokrustesbett hineinzwingen, was leichtfertig und erfolglos wäre. Im Leben passiert ja alles, besonders dann, wenn die russisch-chinesische Zusammenarbeit einen außerordentlich großen Aufschwung erlebt, die Kooperation buchstäblich

tagtäglich geschieht und manchmal in das Netz von Routine und Alltäglichkeit gerät.

Selbst engste und tiefste Beziehungen setzen keineswegs eine volle Einstimmigkeit voraus, schaffen die eigenen Interessen, Absichten und Anschauungen nicht ab. Bei den großen Ländern, Weltmächten, wie es Russland und China sind, kann es anders einfach nicht sein. Die ständige Suche nach ihrer Harmonisierung, nach einem gemeinsamen Nenner auf dem Grund der Gleichberechtigung und der Achtung einer anderen Meinung, die Vision von Risiken und das Auffinden von Chancen, die Aufrechterhaltung einer ausgeglichenen gegenseitig wohlwollenden Stimmung im gesellschaftlichen Umfeld und vor allem eine kontinuierliche Bewegung nach vorne: so scheint eine Matrix der strategischen Partnerschaft auszusehen, die berufen ist, die Handlungen der Parteien im Wirrwarr von allerlei Umständen und Ereignissen einer globalisierenden Welt, beim Auftreten von Schwankungen der äußeren und inneren Temperatur zu bestimmen.

Schlüsselworte: russisch-chinesische Beziehungen, Geometrie der Grenzen, Vorrat an Vertrauen.



Russland und Länder des Baltikums: Umrisse eines Konzepts bilateraler Beziehungen



Wladimir Olentschenko

Wissenschaftlicher Chefmitarbeiter
des Zentrums für europäische Studien
des Instituts für Weltwirtschaft und
internationale Beziehungen der
Akademie der Wissenschaften Russlands,
Kandidat der juristischen Wissenschaften
olenchenko.vladimir@mail.ru

Einführende Bemerkungen

Bei der Betrachtung von Ländern des Baltikums aus russischer Sicht ist eine Reihe von Erläuterungen erforderlich. So wäre es angebracht, ohne extreme Stellungnahmen auszukommen, unter anderem ein überhebliches Verhalten gegenüber den Ländern des Baltikums zu vermeiden und gleichzeitig deren Bedeutung nicht zu übertreiben. Vernünftig wäre auch den Umstand zu berücksichtigen, dass eine bedeutende Periode der Geschichte dieser Länder nicht einfach mit Russland verbunden, sondern auch dessen Bestandteil war: ein Ergebnis der Nutzung von Möglichkeiten, die von Russland gewährt wurden. In dem umrissenen Rahmen gilt es, die Beziehungen zu den baltischen Ländern als zu einem recht kleinen, aber unverändert integralen Teil der russischen Außenpolitik zu sehen.

Derzeit rufen die baltischen Länder in dem russischen und dem internationalen öffentlichen Bewusstsein Assoziationen hauptsächlich mit einem konsequenten anti-russischen Reizerreger hervor. Die baltische Propaganda und die regierenden Politiker in den Ländern des Baltikums positionieren aggressiv Russland als die Hauptbedrohung für die Stabilität in der Region

und in der Welt, treten die These über die Schuld der UdSSR an den heutigen Problemen der Entwicklung des Baltikums breit. Im Jahr 2016 jährt sich zum 25. Mal die offizielle Trennung des Baltikums von der Sowjetunion. Diese Feststellungen dienen als eine überzeugende Grundlage für die Analyse der Situation im Baltikum. Aussichtsreich erscheinen folgende Bereiche der Analyse: der Werdegang der baltischen Länder als unabhängiger Staaten; die Entwicklung der russisch-baltischen Beziehungen; die Zukunft der baltischen Länder in der europäischen und der russischen Außenpolitik.

Werdegang der baltischen Länder in der gegenwärtigen Etappe

In den baltischen Ländern ist die These populär, dass die von ihnen im Jahr 1991 erworbene Unabhängigkeit das Ergebnis ausschließlich ihrer Selbstentwicklung war. Übersehen wird dabei die Tatsache, dass die Bewegung für die Unabhängigkeit lediglich eine unter den gesellschaftlichen Bewegungen war, die unter dem Einfluss einer Politik der Erneuerung der UdSSR – bekannt als „Perestroika“ (Umgestaltung) – entstanden. Beispielsweise stimmen ihre zeitlichen Daten mit den Daten überein, die von den Historikern der gesamtbaltischen Unabhängigkeitsbewegung (1988 – 1991) genannt werden. Nationale Organisationen der damaligen Periode, die nun die Befürworter der Unabhängigkeit verkörpern, enthielten ursprünglich keinen Bezug auf das Thema einer Trennung von der UdSSR. Sogar in ihren Benennungen nicht. Denn diese Benennungen lauteten: „Volksfront Estlands“ (Rahvarinne), „Volksfront Lettlands“ (Tautas Fronte), „Bewegung für Reformen Litauens“ (Sąjūdis). Sie suchten Unterstützung beieinander und verkündeten erst später – nach ihrer Vereinigung – die Idee der Unabhängigkeit in Form der gemeinsamen „Baltischen Versammlung von Unabhängigkeitsbewegungen“ (Assembly of the Baltic Independence Movements) ¹⁾. Ihr gemeinsames

Programm der Erlangung einer Unabhängigkeit trug einen gemäßigten Charakter und war für breite Massen attraktiv.

Die Entwicklung der baltischen Länder nach der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit hat mehrere Etappen durchgemacht. Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts begann eine Entstaatlichung von Eigentum durch Privatisierung und Restitution. In den Jahren 1995 – 2004 setzte eine Vorbereitung auf den Eintritt in die NATO und die Europäische Union (EU) ein. Seit 2004 bis heute läuft die Etappe der Mitgliedschaft in der NATO und der EU, eine aktive Teilnahme an der Tätigkeit der beiden Organisationen. Seit 2011 beobachtet man eine Stärkung der Integration in der EU durch den Beitritt zur Euro-Zone: Estland – am 1. Januar 2011, Lettland – am 1. Januar 2014, Litauen – am 1. Januar 2015.

Als unabhängige Staaten schwankten die baltischen Länder in den frühen 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zwischen der Tendenz der Erhaltung traditioneller historisch-geographischer Beziehungen, unter denen unter anderem die Beziehungen mit Russland und Weißrussland sowie die parallele Entwicklung von Kontakten mit westeuropäischen Staaten verstanden werden. In den Mittelpunkt rückte die westeuropäische Richtung, die nach und nach einzig und allein blieb. Lettland, Litauen und Estland reichten im Jahr 1995 Anträge auf den Beitritt zur EU ein, doch begannen die Verhandlungen über den Beitritt erst im Jahr 2000. Die fünfjährige Pause erklärte sich dadurch, dass die damals in der EU geltenden Konzeptionen der Entwicklung eine Erweiterung der Organisation nach Osten nicht vorsahen. Eine grundsätzliche Entscheidung wurde auf dem EU-Gipfel im Jahr 2000 in Nizza (Frankreich) gefasst. Zu Mitgliedern der EU wurden die baltischen Länder am 1. Mai 2004. Einen Monat zuvor (am 29. März 2014) erwarben sie ihre Mitgliedschaft in der NATO.

Derzeit verfügen die baltischen Länder über ihr eigenes Profil in der EU und in der NATO. In der nordatlantischen Allianz positionieren sich Lettland, Litauen und Estland als Frontstaaten. Gemeint ist die geografische Grenze zu Russland.

Diesen Standpunkt der baltischen Länder inspiriert die Führung der NATO, die die Idee fördert, auf dem Territorium des Baltikums militärische Kontingente und die Bewaffnung der führenden Mitgliedsstaaten (USA, Großbritannien und Deutschland) zu stationieren. Der Faktor einer äußeren Gefährdung wird emsig auch in der Innenpolitik der baltischen Länder benutzt, unter anderem im Kampf zwischen den Parteien. In der Europäischen Union verbünden sich die baltischen Staaten mit Großbritannien und Polen im Rahmen zweier aktuellen Themen: einer Regelung des Migrations-Problems und der Anti-Russland-Sanktionen. Eine erhöhte Aktivität demonstrieren die baltischen Staaten auch bei der Umsetzung des Programms „Ost-Partnerschaft“; dabei ergreifen sie Initiativen zur Förderung dieses Programms. Im Rahmen der laufenden Aktivitäten der Europäischen Union wirken die baltischen Staaten vorwiegend in Fragen der Beziehungen mit Russland und halten sich im großen und ganzen an den gemeinsamen Kurs.

Aktuelle Kennziffern der Entwicklung der baltischen Länder entsprechen im großen und ganzen – laut Statistik der EU – in der Regel etwa dem gleichen Niveau der Länder Osteuropas, die sich der Europäischen Union in den 2000er Jahren angeschlossen haben. Als Hauptmotor für die Bildung ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) treten ausländische Unternehmen auf. Sie verbrauchen – nach Abzug von Steuern und fiskalischen Gebühren – auch den Gewinn. Den Platz der baltischen Länder in der EU spiegeln in einem gewissen Maße die Zahlen ihrer Bevölkerung wider.

Bevölkerung der baltischen Länder und ihr Anteil an der EU am 01.01.2015

	EU (28 Staaten)	Euro-Zone (19 Staaten)	Estland	Lettland	Litauen
Millionen Menschen ²⁾	508,450	338,471	1,313	1,986	2,921
Prozent ³⁾	100	66	0,3	0,4	0,6

Der jetzige Status der baltischen Länder

Es wäre angemessen, in Anbetracht des Obengesagten die Frage zu stellen: Wie kann man wahrheitsgemäß die baltischen Länder qualifizieren? Kraft der Gewohnheitsträgheit nennen wir sie auch weiterhin postsowjetisch unter Berücksichtigung ihrer Herkunft aus der UdSSR. Daraus ergibt sich der Wunsch, auf sie den Maßstab der postsowjetischen Länder anzulegen, als ob sie den GUS-Staaten angehören und gelegentlich Schwierigkeiten bei der Auswahl der Wege für die weitere Entwicklung erleben. Die Struktur der baltischen Länder aber, deren Volkswirtschaften, deren Außenpolitik werden dadurch bestimmt, dass sie vollwertige Mitglieder der militärisch-politischen Organisation der NATO und der ökonomischen Organisation der Europäischen Union sind. Zur gleichen Zeit fehlen vollwertige Gründe, die baltischen Länder eindeutig den Ländern des westeuropäischen Typs zuzurechnen.

Wenden wir uns nun dem Indikator des Verhältnisses von politischen Kräften in Lettland, Litauen und Estland zu. Es ist bezeichnend, dass bei allen parlamentarischen oder kommunalen Wahlen weder die Befürworter der westlichen Wahl noch die Anhänger des traditionellen historisch-geographischen Weges jemals die absolute Mehrheit gewonnen haben. Üblich für die baltischen Regierungen ist koalitionsmäßige Zusammensetzung, wo sich die Radikalen von der einen oder anderen Seite mit den gemäßigten Kräften konsolidieren. Daraus folgt, dass es in den baltischen Ländern ein ungefähres Gleichgewicht der Kräfte von Anhängern und Gegnern der westlichen und der traditionellen historisch-geographischen Entwicklungswege gibt. Ein aufmerksamerer Rückblick auf die Dynamik des erwähnten Gleichgewichts zeigt, dass es vor langer Zeit entstanden und eine Art Tradition geworden ist. Folglich kann man die Länder des Baltikums als Länder von gemischtem Typ qualifizieren, in denen – in relativ gleichem Maße – sowohl russische (geographisch-historische) als auch westlerische Grundlagen vorhanden sind.

Offenbar wäre es sowohl für uns als auch für die Westler angemessen, diese Tatsache anzuerkennen, sich damit zufriedenzugeben und in Übereinstimmung mit ihr die weiteren Beziehungen mit den baltischen Ländern beiderseits aufzubauen. Kein Zweifel, dass Russland und der Westen mit verschiedenen Bildern des Baltikums operieren. Russischerseits wird das Streben nach einer objektiven Beurteilung der Rolle dieser Länder in der internationalen Politik und Wirtschaft festgestellt. Diese Rolle resultiert aus ihrem bescheidenen Potential. Westlicherseits werden Vorstellungen von David und Goliath implantiert, unter denen – entsprechend – die Länder des Baltikums und Russland verstanden werden. Zu einem Schritt bei der Annäherung der russischen und der westlichen Auslegung des Wertes von Ländern des Baltikums könnte eine gewisse Vereinheitlichung ihrer Bezeichnung werden. In Russland ist weit verbreitet der Begriff „Baltikum“, der die tatsächliche russische Wahrnehmung widerspiegelt und im Zusammenhang vor allem mit dem Sommerurlaub steht. Man sieht die am besten geeignete Entsprechung – ausgehend von der geographischen Lage und den Abmessungen des Baltikums – in der englischen Sprache, in dem Begriff „Baltic strip“. Seine Einführung in die Umgangssprache im Westen mutet praktikabel an, weil das den westlichen Partnern helfen würde, bei der Auslegung der antirussischen Rhetorik immer richtig zu erkennen, wovon eigentlich die Rede ist, und sich darüber im Klaren zu sein, wie wenig begründet der tatsächliche Nutzen für Russland ist, der den angeblichen Ansprüchen Russlands auf das Baltikum zugeschrieben wird. Die internationale öffentliche Meinung würde den Begriff „Baltic strip“ – im breiteren Sinne – brauchen, um zu verstehen, was der Zweck der Veranstaltung einer politischen und militärischen Hysterie ist.

Zur gleichen Zeit erfordert der Stereotyp der sogenannten konsolidierten Gemeinsamkeit von Ländern des Baltikums weitere Untersuchungen. Der Stereotyp ist im postsowjetischen Raum sowie in Europa und den USA recht weit verbreitet. Im Grunde ist er verbunden mit ähnlichen Positionen in einer

Reihe von internationalen Fragen, die im Bereich des Aufbaus und der Aufrechterhaltung einer Konfrontation mit Russland besonders eng zueinander stehen. Aber wenn man von diesem Aspekt absieht, ist es ziemlich schwierig, Komponenten zu erkennen, die die baltischen Länder miteinander verbinden sollten. Sie unterscheiden sich voneinander ethnisch: zum Beispiel gehört Estland zu finno-ugrischen Gruppe, die mit Finnland verwandt und von Lettland und Litauen weit entfernt ist), es gibt eine Distanz in Konfessionen (die Bevölkerung Litauens besteht aus Katholiken, Lettlands aus klassischen Protestanten, Estlands aus dem lutherischen Zweig des Protestantismus), bei den regierenden Eliten bestehen unterschiedliche geographische Orientierungspunkte (für Estland ist es Finnland, für Litauen – Polen, für Lettland – Deutschland). Unsichtbare Grenzen existieren auch auf der Alltagsebene. Beispielsweise schwankt die Anzahl der Einwohner in jedem einzelnen baltischen Land, die ihren ständigen Wohnsitz in benachbarten baltischen Republiken haben, etwa auf dem Niveau von 3 Prozent. Einen ausreichend formalen Charakter trägt das gemeinsame parlamentarische Gremium – die Baltische Versammlung, die sich vorwiegend mit den Beziehungen zu Russland beschäftigt.

Arbeitsressourcen der Länder des Baltikums

Die Bewegung der Arbeitskräfte in den baltischen Ländern hatte nach der Erlangung der Unabhängigkeit mehrere Richtungen. Die offensichtlichste Richtung hing mit der Abreise russischsprachiger Spezialisten aus dem Baltikum zusammen. Sie geschah unter dem Einfluss zweier Umstände. Einerseits wegen einer Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung, andererseits wegen der Deindustrialisierung, die sich in der Schließung wirtschaftlicher Strukturen ausdrückte, in denen die russischen Spezialisten gearbeitet hatten. Eine andere Richtung war die Auswanderung, verursacht durch

Arbeitslosigkeit und eine Senkung des Lebensstandards. Hier bestand die Mehrheit aus Ureinwohnern, die vorwiegend nach Großbritannien, Irland und Deutschland emigrierten, wo sie sich im Bereich der unqualifizierten Arbeit Anwendung fanden.

Stand der Arbeitslosigkeit in den Ländern des Baltikums
am 01.01.2015 in % zu den Arbeitsressourcen ⁴⁾

EU (28 Staaten)	Euro-Zone (19 Staaten)	Litauen	Estland	Lettland
9,4	10,9	9,1	6,2	9,9

Im Hinblick auf den Stand der Emigration kann man sagen, dass die Gesetzgebung des Baltikums keine klaren Definitionen eines Emigranten enthält und auf die Einhaltung zweier Punkte abzielt. Zu den Auswanderern kann ein Bürger gerechnet werden, der sich mehr als ein Jahr im Land nicht aufhielt. Der zweite Punkt lautet: ein Bürger kann sich – gegenüber den lokalen Behörden – für einen Emigranten erklären. Verständlicherweise ist es nicht möglich, eine klare Statistik bei einer solchen Herangehensweise zu bekommen. Die Opponenten der jetzigen baltischen Behörden übertreiben die Zahlen der Emigration, während die Befürworter diese Zahlen unterbewerten. Beide Seiten sind sich einig, dass die Auswanderung auf einem Niveau von nicht weniger als 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung liegt. Da vorwiegend arbeitsfähige Menschen auswandern, ist es durchaus möglich, die beiden Zahlen miteinander zu verbinden und auszuwerten. Im Ergebnis stellt sich heraus, dass im Durchschnitt 20 bis 25 Prozent der Arbeitskräfte ständig nicht gefragt sind. Fragen ergeben sich auch zur Struktur der baltischen Volkswirtschaften, zu den Perspektiven der Zahl ihrer Bevölkerung, zu den Quellen der Bildung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie zu den Artikeln seiner Verteilung.

Versuche konzeptioneller Herangehensweisen für die Beziehungen zwischen Russland und den baltischen Ländern

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schlugen Russland und die baltischen Länder einander Konzeptionen für die Aufrechterhaltung bilateraler Beziehungen vor. Russland stützte sich auf der These des Vorrangs wirtschaftlicher Beziehungen gegenüber den politischen Beziehungen und vergrößerte Investitionen in die baltischen Länder. Dabei ging Russland davon aus, dass der Umfang dieser Investitionen und deren Tragweite das überzeugendste Argument zugunsten dem Wunsch der baltischen Länder wird, großangelegte Verbindungen mit dem russischen Nachbarn zu pflegen. Die Länder des Baltikums popularisierten aber die These, der zufolge sie – kraft ihrer ehemaligen Nähe zu Russland – eine natürliche „Brücke“ (gemeint ist Bindeglied) in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen darstellen können.

Die beiden Konzeptionen haben versagt. Zuerst erwies sich als unhaltbar die baltische Konzeption. Die baltischen Länder konnten nicht einen richtigen Ton im Dialog mit Russland finden und nahmen dabei die Position nicht eines Vermittlers, sondern eines – keinen Widerspruch duldenden – Deuters der westlichen Meinungen ein. Endgültig verlor die Konzeption ihre Bedeutung nach dem Beitritt der baltischen Länder zur NATO und zur EU, weil die Beziehungen Russlands mit den beiden Organisationen durch besondere Vereinbarungen geregelt wurden, so dass die Notwendigkeit entfiel, sie durch den Mechanismus der baltischen „Brücke“ zu ergänzen.

Die russische Konzeption des Vorrangs wirtschaftlicher Beziehungen hielt der Prüfung auch nicht stand. Klar wurde das nach dem Entstehen des „Dritten Energiepakets“ der EU, das im Jahr 2009 verabschiedet wurde und die Voraussetzungen für einen Abbau der russischen wirtschaftlichen Präsenz im Baltikum schuf. Die Konzeption

des Vorrangs wirtschaftlicher Beziehungen erwies sich als völlig unwirksam im Jahre 2014 nach der Einführung von Sanktionen gegen Russland durch die Europäische Union. Als tröstlicher Moment kann die Tatsache erwähnt werden, dass die Insolvenz der Konzeption wirtschaftlicher Beziehungen nicht nur die Länder des Baltikums betraf, sondern auch insgesamt die Beziehungen mit dem Westen.

Russischsprachige Bevölkerung im Baltikum

Ein besonderer Aspekt der Beziehungen Russlands mit den baltischen Ländern ist das Thema der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum. Die russischsprachige Bevölkerung lebt in vielen Ländern der Welt, aber die baltischen Staaten zeichnen sich dadurch aus, dass sie in ihren Rechtsprechungen konsequent eine Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung nach ethnischen Gesichtspunkten durchführen. Das heißt: die offiziellen Behörden implantieren und fördern die Teilung der Bevölkerung in die einheimische und die russischsprachige.

Nach Meinung einiger Experten, unter anderem der deutschen, hatte die Teilung der Bevölkerung nach ethnischen Merkmalen in den baltischen Ländern einen künstlichen Charakter, der darauf abzielte, die russischsprachige Bevölkerung vom Prozess der Entstaatlichung des sozialistischen Eigentums zu isolieren und im Zuge der Privatisierung Vorzugsrechte für die Stammeinwohner zu schaffen. Darüber hinaus wird eine Informationsisolierung sowohl der russischsprachigen Bevölkerung als auch der gesamten Bevölkerung des Baltikums von den Massenmedien Russlands kultiviert. Im Großen und Ganzen wird die Atmosphäre einer Russlandfeindlichkeit geschaffen und künstlich aufrechterhalten. Die führenden europäischen Strukturen (Europarat, EU) drücken sich von der objektiven Bewertung der aufgezählten Aspekte, die die Lage der russischsprechenden Bevölkerung in den baltischen Ländern charakterisieren.

Eine geringfügige Übertragung von Ureinwohnern zwischen Lettland, Litauen, Estland, konfessionelle, historische Unterschiede, die Politik einer Verherrlichung des Nationalsozialismus führen dazu, dass die russischsprachige Bevölkerung praktisch als das einzige konsolidierende Faktor der Länder des Baltikums, vor allem im Bereich von Kultur, Bildung und Sozialpolitik, als Befürworterin des gesunden Menschenverstandes und des zwischenkonfessionellen Gleichgewichts auftritt.

Für Russland ist ganz natürlich die Sorge um ihre Landsleute, um deren Förderung und Unterstützung, der Beistand bei der Wahrung ihrer Rechte, die Überwindung von Diskriminierung, die Veränderung einer Atmosphäre von Zwietracht, die durch die lokalen Behörden und durch die radikalen Kräfte verbreitet wird. Aussichtsvoll erscheint unter anderem die Ausrichtung der weiteren Tätigkeit auf die Wiederherstellung von Rechten der russischsprachigen Bevölkerung, die im Zuge der Privatisierung mit den Füßen getreten worden sind. Das gilt auch für die an die Behörden gerichteten Forderungen, den russischsprachigen Spezialisten privatisierter Unternehmen eine Entschädigung für den entgangenen Gewinn aus der Privatisierung zu gewähren.

Ansprüche der Länder des Baltikums an Russland

Fast unmittelbar nach der Erlangung der Unabhängigkeit konzentrierte sich ein Teil der baltischen Politiker, die nicht über das Potenzial verfügten, die Selbständigkeit der Länder des Baltikums mit einem konstruktiven Inhalt zu füllen, auf die Aufstellung von Ansprüchen an die Sowjetunion und sodann auch an Russland (als deren Rechtsnachfolger). Formuliert wurde das Wesen dieser Ansprüche wie folgt. Wenn es nicht eine Mitgliedschaft in der Sowjetunion gegeben hätte, wären die baltischen Länder in ihrer sozial-wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Niveau von Schweden, Finnland und – möglicherweise – sogar Deutschland. Dementsprechend war es – dieser Logik zufolge – notwendig, von Russland finanzielle Entschädigung in Form einer Differenz des Bruttoinlandsprodukts zu verlangen.

Unter den Anhängern dieser Idee zeichnete sich der litauische Politiker V. Landsbergis durch seine Anruchigkeit aus. Er beutete schamlos die Losung der Ansprüche an die UdSSR/ Russland aus, nominierte beharrlich Litauen für die Rolle des Bahnbrechers unter den baltischen Ländern. Die These einer Verlangsamung des Entwicklungspotentials der baltischen Republiken durch die Sowjetunion fand keine Bestätigung: in den vergangenen 25 Jahren der Unabhängigkeit des Baltikums kam es nicht zu einem schlagartigen qualitativen Aufstieg in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Sie haben sich einfach in der Gruppe von Außenseitern der Europäischen Union und ganz Europas behauptet.

Die Aufstellung von Ansprüchen setzt die Frage der Verantwortung voraus. Logischerweise wäre es angemessen, die Vertiefung in das eventuelle Thema der Entschädigungen aus Russland mit dem Unabhängigkeitsprogramm zu verknüpfen, das in den 1990er Jahren von einer Reihe baltischer Politiker unterbreitet wurde und als Grundlage der Trennung der baltischen Staaten von der UdSSR diente.

Die tatsächliche Erfüllung des Programms der baltischen Unabhängigkeitsbewegungen

Sinnvoll wäre es, dass sich an den Inhalt des Programms von Unabhängigkeitsbewegungen der baltischen Republiken sowohl wir als auch die baltische politische Elite und die äußeren Sponsoren der Länder des Baltikums erinnern:

1. Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung und staatliche Souveränität.
2. Wiederherstellung und Stärkung der Unabhängigkeit der Länder des Baltikums.
3. Schrittweise Entmilitarisierung des Baltikums.
4. Die wirtschaftliche Sicherheit der Länder des Baltikums und die Bildung ihres gemeinsamen Marktes.
5. Harmonisierung der Außenpolitik und des Außenhandels.

6. Die Bildung eines – für die baltischen Länder gemeinsamen – Informationsraums⁵⁾.

Im Laufe von mehr als 25 Jahren des Bestehens des Programms von Unabhängigkeitsbewegungen wurde keiner seiner Punkte vollständig erfüllt, während ein großer Teil des Programms einfach umgemodelt wurde.

Beispielsweise wurden die Aktivitäten der baltischen Politiker im Rahmen des ersten und des zweiten Punktes durch die Trennung von der UdSSR unterbrochen und erfuhren nicht die gebührende Fortsetzung beim Aufbau einer wirklichen Unabhängigkeit und einer tatsächlichen staatlichen Souveränität, das heißt einer selbständigen und den nationalen Interessen Rechnung tragenden Politik. Die baltischen Länder unterwarfen sich einem wirtschaftlichen Protektorat Nord-Europas, sodann der Europäischen Union und lösten sich politisch in der NATO und der Europäischen Union auf.

Grob entstellt wurde der dritte Punkt über die Entmilitarisierung des Baltikums. Entgegen dem Programm sind die baltischen Länder dem militärischen Block der NATO beigetreten und verwirklichen derzeit die Weisungen der Allianz bei der Umwandlung ihres Territoriums in ein militärisches Aufmarschgebiet im Rahmen einer Konfrontation mit Russland. Bezüglich des vierten Punkts: der Slogan der wirtschaftlichen Sicherheit verwandelte sich in das, was die Länder Nordeuropas als Segment ihres Binnenmarktes (home market) bezeichnen. Dabei wagen die baltischen Herrscher nicht einmal, dies zu bestreiten. Wie die meisten baltischen und internationalen Experten gestehen, hängt die wirtschaftliche Sicherheit der Länder des Baltikums derzeit weitgehend von dem finanziellen und wirtschaftlichen Zustand der Länder Nordeuropas ab.

Was die Idee eines gemeinsamen baltischen Marktes anbelangt, so blieb das Handelsvolumen zwischen den baltischen Ländern auf dem gleichen Niveau, auf dem es fixiert wurde, als sie im Bestand der Sowjetunion gewesen waren: 5 – 8 Prozent des Außenhandels jeder einzelnen baltischen

Republik. Bezüglich des fünften Punkts beobachtet man ein offensichtliches Paradox. Als harmonisiert hätte man die baltische Innen- und Außenpolitik nur dann nennen können, als sich die baltischen Länder im Bestand der UdSSR befanden: sie war ausgewogen und nicht konfrontationsbezogen. Im auswärtigen Bereich pflegten die baltischen Republiken normale sachliche Beziehungen mit allen Ländern. Im internen Bereich konnte man eine richtige Verknüpfung aus sozialen, wirtschaftlichen, ideologischen Aspekten beobachten. Derzeit würden weder die regierenden baltischen Politiker noch die baltische Opposition auf den Gedanken kommen, die Außen- und Innenpolitik der Länder des Baltikums als harmonisiert zu charakterisieren.

Bezüglich des sechsten Punkts haben die baltischen Machthaber aus zahlreichen Auslegungen des Wortes „gemeinsam“ die allerengste gewählt: „ummauert, isoliert“. So sieht heutzutage der baltische Informationsraum aus. Mehr noch: ihm ist die Schattierung eines militarisierten Informationsraums verliehen worden, weil man ihn entsprechend den Vorschriften der NATO bildet.

In diesem Zusammenhang wäre die Notwendigkeit angemessen, die Ursachen der Nichterfüllung des Programms der Unabhängigkeit zu klären. Entweder waren die Autoren des Programms unaufrichtig und führten die Bevölkerung irre oder glauben sie aufrichtig an das Programm, waren aber nicht in der Lage, sich durchzusetzen. Hier ist der Umstand wichtig, dass die Entscheidung über die Abspaltung der baltischen Republiken von der UdSSR auf Grund des erwähnten Programms verabschiedet wurde. Rechtmäßig erscheint eine Untersuchung der Frage, ob eine Missachtung des Programms der Unabhängigkeit als Anlass für die Prüfung der Möglichkeit dienen könnte, die Entscheidung über die Gewährung der Unabhängigkeit aufzuheben. In diesem Zusammenhang bedeuten die von den baltischen Republiken an Russland gerichteten Ansprüche auf eine materielle Entschädigung für die Zeit der Mitgliedschaft in der UdSSR nichts anderes als

einen versteckten Wunsch, sich einer Verantwortung für die Unfähigkeit zu entziehen, die baltischen Länder im Interesse der Bevölkerung zu verwalten, sowie Willkür in Bezug auf das Programm der Unabhängigkeit. Eine solche Fragestellung wird von objektiven baltischen Forschern anerkannt. Zum Beispiel hielt einer von ihnen sogar für möglich, diesem Thema ein Buch zu widmen ⁶⁾.

Westliche Vektoren der Beziehungen zwischen Russland und den baltischen Ländern

Vor diesem Hintergrund zeigten sich kürzlich mehrere überraschende Tatsachen. Die erste Tatsache: während der Präsidentschafts-Vorwahlen in den USA wies Hillary Clinton, Teilnehmerin seitens der Demokratischen Partei, darauf hin, dass die USA die Aufmerksamkeit für die baltischen Länder nicht schwächen dürfen. Sonst würden sich diese Länder sofort zu Russland hinwenden. Als besonders gefährdet nannte sie Lettland. Die zweite Tatsache: die Vertreter der baltischen Elite begannen die These zu benutzen, dass Russland nicht genug für die baltischen Staaten gekämpft hatte, und deshalb entfernten sie sich von ihm. Die dritte Tatsache: auf akademischer Ebene tauchte die These auf, dass die baltische Kultur und Mentalität nicht völlig identisch mit den westeuropäischen sind; deshalb kann man deren Umkehrung in Richtung Russland nicht ausschließen. Formuliert wurde diese These von Andrejs Plakans, einem amerikanischen Wissenschaftler lettischer Abstammung ⁷⁾. Allem Anschein nach war er nicht einsam in seinen Beobachtungen, weil er seine Arbeit unter den Vertretern baltischer Länder in den akademischen Kreisen der USA, skandinavischer Länder und Deutschlands rezensieren ließ. Zu den aufgezeichneten Fakten gehört auch die jüngste Erklärung von D. Trump, dem offiziellen Kandidat der Republikanischen Partei der USA bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, am 8. November 2016. Diese

Erklärung besagt, dass er im Falle seiner Wahl zum Präsidenten der USA auf Apelle der baltischen Länder im Automatikverfahren nicht reagieren wird.

Die Erklärung von D. Trump liefert den Anlass und Grund, einen Dialog mit der baltischen Elite in ähnlicher Hinsicht zu führen. Inzwischen hat sie sich an unsere Ermahnungen und an unser Verhalten gewöhnt, das man – bildlich gesprochen – väterlich nennen kann: wenn die Eltern ihren launischen Jugendlichen vieles vergeben; aber leider beginnen bei einem solchen Herangehen sich bei den Jugendlichen oft schlechte Neigungen zu bilden. Nun wäre es Zeit, sie zurechtzuweisen! Offenbar kommt man auf diesen Gedanken nicht nur in Russland, sondern auch in den USA und der Europäischen Union.

Das Aufgezählte kann man als eine russische Anregung zu einem Wettstreit um die baltischen Länder interpretieren. Kaum sinnvoll wäre es, dieser Einladung zu folgen. Sie ist nicht produktiv für alle potentiellen Teilnehmer: sowohl für Russland als auch für den Westen und für die baltischen Länder. Der Hintergrund dieser Ehrfurchtsbezeugungen an Russland scheint offensichtlich zu sein: die westlichen Länder – vor allem die USA – benötigen eine Argumentation für die Verstärkung ihrer Präsenz an den Grenzen Russlands. Der grundlegende Nachteil der jetzigen Situation in den baltischen Ländern ist in ihrer einseitigen Entwicklung in dem Sinne zu sehen, dass sie sich von den traditionellen historisch-geographischen Beziehungen teilweise abgrenzen. In diesem Zusammenhang erlangt die eventuelle Rivalität zwischen Russland und dem Westen den Charakter eines Kampfes um die Durchsetzung nur ihres eigenen Vektors für die baltischen Länder. Aussichtsvoll aber wäre für Russland die Rückkehr der baltischen Länder zu einer Multi-Vektor-Außenpolitik und zu der Verwendung des Grundsatzes einer Neutralität. Beginnen könnte man mit deren Entmilitarisierung, was eigentlich den Grundstein des gesamtbaltischen Programms für die Erlangung der

staatlichen Unabhängigkeit in den Jahren 1988 – 1991 bedeutet hat. Bei einer solchen Fragestellung wären die baltischen Länder wirklich selbständig, stabil, vorhersehbar; und man würde sie nicht als Quelle einer Aggression wahrnehmen. Mit anderen Worten: die baltischen Länder würden die Zwangsvorstellung überwinden, bei der sie nach Ursachen von Misserfolgen der Innen- und Außenpolitik in den Phantasien zum Thema einer Bedrohung seitens Russland suchen.

Grob gesprochen, hat es Russland nicht nötig, den Weg der Europäischen Union zu gehen und die baltischen Staaten auszuhalten. Seinerzeit vollführten die USA ein elegantes Manöver, indem sie der Europäischen Union die Sorgen um den vollen Unterhalt ihrer politischen Verbündeten – der baltischen Länder und der Länder Osteuropas – aufbürdeten. Russland braucht wohl kaum politische Verbündete im Status der wirtschaftlichen Unterhaltsbedürftigen.

Möglichkeiten der russischen Geschäftswelt in den baltischen Ländern

Für die Bewertung von Möglichkeiten der russischen Geschäftswelt in den baltischen Ländern wäre es nützlich, die Rhetorik und die gegenständlichen Handlungen Russlands und der Länder des Baltikums in den bilateralen Beziehungen zu vergleichen. Ohne Zweifel überwiegt im Dialog eine Konfrontation, aber die baltischen Länder übertreffen Russland deutlich im Rahmen praktischer Konfrontationsschritte. Hier sind markanteste Beispiele dafür. Die baltischen Länder treten – zusammen mit Polen und Großbritannien – nicht nur für die Fortsetzung von Sanktionen der EU gegen Russland, sondern schlagen auch vor, den Sanktionen den Charakter von „normalen“ Arbeitsverhältnissen zu verleihen. Die litauischen Behörden zwangen die Firma „Gasprom“, deren Vermögenswerte in Litauen zu verkaufen. Betrieben wird eine Politik der Einzäunung in Form des Baus von Sperranlagen an

der lettisch-russischen Grenze. Eine ähnliche Maßnahme wird von den estnischen Behörden vorbereitet. Diese Liste ließe sich fortsetzen. Merkmale der erwähnten Aktionen machten sich bereits am Anfang der zweiten Dekade dieses Jahrhunderts bemerkbar.

In diesem Zusammenhang haben die russischen Direktinvestitionen keine klare Perspektive. Das russische Kapital im Baltikum befindet sich gleichsam in einem Schraubstock. In politischer Hinsicht ist es einem massiven Druck seitens der lokalen Behörden ausgesetzt, die häufig solche Werkzeuge wie Russlandfeindlichkeit und Diskriminierung benutzen. In wirtschaftlicher Hinsicht bieten sich den russischen Investoren relative Entwicklungsfähigkeiten lediglich in jenen Branchen und Bereichen, in denen sie mit dem nordeuropäischen Kapital nicht konkurrieren können, welches, wie die Praxis zeigt, seine Gegner gewissenlos unterdrückt.

Bis in die jüngste Zeit wurde das russische Kapital vorwiegend in der Energiewirtschaft (Lettland, Litauen, Estland), im Eisenbahnverkehr (Estland) und in der Metallbearbeitung (Lettland) eingesetzt. Nachdem das „Dritte Energiepaket“ in Aktion getreten war, verließ das russische Kapital der Kategorie Energiewirtschaft Litauen und ist dabei, Lettland und Estland zu verlassen.

Fusionen und Übernahmen geschehen meistens durch die Absorption von Betrieben des russischen Kapitals. Ein seltenes Beispiel für die Bildung eines Brückenkopfs für den Einzug in den EU-Markt wird vom russischen Unternehmen „Pobeda“ (ZST in Ventpils) demonstriert. Vor diesem Hintergrund besitzen – nach Einschätzung baltischer Experten – die Immobilien, hauptsächlich Wohnimmobilien, das größte Investment-Volumen im Rahmen der Präsenz des russischen Kapitals im Baltikum. Portfolio-Investitionen aus Russland sind in allen Ländern anwesend, bilden aber keine Konkurrenz weder für das lokale Kapital noch für das im Baltikum dominierende nordeuropäische Kapital.

Aussichten für eine Entwicklung der Situation im Baltikum

Ausgehen muss man von einer Reihe wichtigster Besonderheiten des heutigen Zustandes dieser Situation. Die wichtigste Feststellung sieht man in der Tatsache, dass die gegenwärtige Politik der Länder des Baltikums einen unumwundenen Ein-Vektor-Charakter trägt. Als eine unbestreitbare Tendenz tritt gleichzeitig die zunehmende Verschärfung der Konkurrenz zwischen Lettland, Litauen und Estland auf. Dieses Phänomen hat eine natürliche Basis, weil die baltischen Volkswirtschaften nach dem Aufbau des Bruttoinlandsprodukts gleichartig sind: dominierend sind Transport und Handel, Kommerz- und Finanzdienstleistungen; eine wichtige Rolle spielt die Landwirtschaft. Eine andere Quelle der Konkurrenz ist die Tatsache, dass die baltischen Länder subventionierte Volkswirtschaften sind und ihr Manöver weitgehend von dem Umfang der Finanzierung abhängt, die von außen kommt.

Darüber hinaus weisen baltische Forscher darauf hin, dass die nordeuropäischen Finanzinstitute einen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der baltischen Hersteller zunehmend ausüben und dabei die einen Produzenten bevorzugen und den anderen weniger Aufmerksamkeit schenken. Beispiele einer solchen Rivalität sind die Konditorei-Unternehmen „Kalev“ aus Estland und „Laima“ aus Lettland, da die Nordeuropäer dem zweitgenannten Unternehmen Schwierigkeiten mit der Kreditvergabe bereiten, damit es die erstgenannte Firma nicht überflügelt.

Zu einer Tatsache wird, dass das nordeuropäische Kapital, das den baltischen Markt professionell und souverän erschließt, inzwischen den vorhandenen Ressourcenfreilauf erschöpft und sich den Grenzen einer branchengleichen Konkurrenz genähert hat. Zum Beispiel hat Finnland durch die Verlegung von Energiekabeln nach Estland dort eine vorherrschende Stellung erworben. Ähnliche

Schritte unternimmt Schweden in Litauen (auch durch die Verlegung von Energiekabeln). Sowohl in dem einen als auch in dem anderen Fall geht es um die Lieferung von elektrischem Strom, den die finnischen und die schwedischen Kernkraftwerke erzeugen. Schweden und Finnland verheimlichen nicht die Pläne zur Erschließung des Energiemarktes Lettlands vom Territorium Estlands und Litauens aus. Zu erwarten ist daher – nach Schätzungen von Experten – eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen den schwedischen und den finnischen Lieferanten, was – so oder anders – einen Einfluss auf das wirtschaftliche und politische Leben der Länder des Baltikums ausüben wird.

In militärisch-politischer Hinsicht kann man die Bildung eines baltischen militärischen Brückenkopfs der NATO beobachten. Die Hinzuziehung des militärischen Elements sowie eine Ausbreitung der Atmosphäre militärischer Konfrontation wird eine Verschärfung der inneren Bedingungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Ländern des Baltikums nach sich ziehen. Merkmale von Einschränkungen für Andersdenkende mehrten sich in Lettland und Litauen.

Im postsowjetischen Raum behaupten sich die Länder des Baltikums zunehmend als die Träger und Förderer einer Ideologie der «Ost-Partnerschaft» mit der Europäischen Union, d. h. einer Umorientierung der ehemaligen postsowjetischen Republiken von der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) auf eine Assoziation mit der EU.

Strategie Russlands für die Beziehungen mit den baltischen Ländern

Für Russland sehen optimale Bedingungen für die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Beziehungen mit den baltischen Ländern wie folgt aus: die Anregung der baltischen Länder zur Ausarbeitung und Veröffentlichung

einer eindeutigen Innenpolitik in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen, in denen der Platz und die Rolle der Beziehungen mit Russland klar gekennzeichnet sind. Derzeit fehlt eine russische Richtung in den offiziellen Aufzählungen außenpolitischer Prioritäten der Länder des Baltikums. Es gilt, systematisch Anforderungen an die baltischen Länder zu stellen, damit für die Investitionen Russlands in den baltischen Ländern gehörige Bedingungen geschaffen werden. Sie müssen von einer politischen Konjunktur frei sein. Für sie muss die gleiche Konkurrenz garantiert werden, wie sie einem anderen ausländischen – vor allem dem nordeuropäischen – Kapital garantiert ist.

Man soll danach streben, der Entwicklung der baltischen Länder in regionalem Aspekt einen Multi-Vektor-Charakter zu verleihen, bei dem weder das nationale baltische Kapital noch die Investoren aus Russland gezwungen wären, den Aufbau bilateraler Kontakte ständig mit einem Seitenblick auf die ideologischen Nuancen und die nordeuropäische wirtschaftliche Präsenz im Baltikum zu betreiben. Eine Multi-Vektor-Entwicklung der baltischen Länder würde in der Region den Fremdenverkehr sowie die Bewegung des Kapitals, der Dienstleistungen und Waren begünstigen. Sinnvoll wäre es, den Schwerpunkt mehr auf die Tatsache zu legen, dass die russischsprachige Bevölkerung einen zuverlässigen konsolidierenden Faktor für die baltischen Länder bedeutet. Es gilt, nicht nur auf eine Regelung der heutigen Aufenthaltsbedingungen für die russischsprechende Bevölkerung hinzuwirken.

Als einen Ausgangspunkt sieht man die Wiederherstellung von Rechten der russischsprachigen Bevölkerung, die in den 90er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts verletzt wurden. Unter anderem muss man wohl die Frage der Entschädigung für die russischen Spezialisten aufwerfen, die von den Prozessen der Privatisierung und Restitution abgeschildert worden sind. Aussichtsvoll wäre es, militärische Aktivitäten im Baltikum – im Hinblick auf die Annahme einer Neutralität

für die baltischen Länder – auf ein Minimum zu reduzieren. Gemeint ist, dass – in breiterer Hinsicht – dies die Gründe für Spannungen in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verringern und – in engerer Hinsicht – den baltischen Eliten und der Bevölkerung erlauben würde, sich auf die Förderung des Volkswohlstandes zu konzentrieren.

Als Garanten der Neutralität könnten Nachbarländer auftreten, zu denen sowohl neutrale Länder (Finnland) als auch NATO-Staaten (Polen) und Länder der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (Russland, Weißrussland) gehören. Das würde interessante Erfahrungen für die Stärkung des Vertrauens zwischen den europäischen Ländern unterschiedlicher Zugehörigkeit bewirken. In breiterer Hinsicht ist es ratsam, in die Tagesordnung des Dialogs mit den baltischen Ländern das Thema einer Erfüllung des Programms von Unabhängigkeitsbewegungen in den baltischen Republiken insgesamt aufzunehmen. Das würde sowohl die westlichen Partner als auch die baltischen Eliten anregen, den Zustand und die Perspektiven der Lage im Baltikum durch die Brille dieses Programms zu prüfen.

Szenarien für die Zukunft der Länder des Baltikums

Das erste Szenarium: die Aufrechterhaltung der im Baltikum derzeit dominierenden Tendenzen sowie deren Kristallisation. Die Grenzen dieser Variante sind überschaubar: der allmähliche Niedergang systembildender Zweige der nationalen Volkswirtschaften (Dienstleistungen, Transit und Landwirtschaft) infolge einer Verringerung der Nachfrage nach ihnen sowie eine allmähliche Transformation in Richtung der Betreuung von Aktivitäten des ausländischen Kapitals. Die genannte Variante ist durchaus möglich. Die Realitäten der Beziehungen zwischen Russland und der EU haben gezeigt und bewiesen, dass die wirtschaftliche Komponente für unsere Partner nicht einfach zweitrangig, sondern auch unwesentlich ist.

Das zweite Szenarium ist eine Pflege der Beziehungen mit Russland und deren Aufrechterhaltung auf einer Ebene, die es ermöglicht, einen politischen Dialog zu führen und wirtschaftliche Beziehungen zu entwickeln. Hier gibt es ein beachtliches Potenzial der Umsetzung, da eine solche Option auch den Interessen Russlands entsprechen würde.

Das dritte Szenario ist eine Annäherung an Russland und der Aufbau solcher Beziehung mit ihm, die den Beziehungen zwischen Russland und Weißrussland ähnlich sind. Diese Version kann man nur als hypothetisch betrachten.

Faktoren, die die Szenarien bilden, sind zahlreich. Die wichtigsten von ihnen sind die Interessen des nationalen Kapitals, die Aktivitäten der lokalen politischen Eliten, die Strategie der NATO in der Region, die Entwicklungsziele der EU, die Bewertung der Situation in den baltischen Ländern durch das nordeuropäische Kapital sowie euro-atlantische Orientierungspunkte für Europa. Daher wird – am wahrscheinlichsten – ein Szenario der Aufrechterhaltung der heutigen Situation dominieren, deren Änderung nach den strategischen Fortschritten in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen eintreten kann.

Zugleich darf man folgende Aspekte nicht unterschätzen: den unvermeidlichen Anstieg des baltischen nationalen Bewusstseins und eine Erstarkung der Machtgier bei jener Kategorie baltischer Politiker, die man staatsorientiert nennt, d. h. bei Politikern, die sich vorwiegend von Zielsetzungen leiten lassen, die nicht von außen eingeschleppt werden, nämlich von den Bestrebungen der Bevölkerung ohne deren Teilung in die Ureinwohner und die übrigen Menschen. Die Erscheinung echt unabhängiger Persönlichkeiten unter den baltischen Politikern, der Persönlichkeiten, die imstande sind, die tatsächlichen nationalen Interessen entschlossen zu verteidigen, kann früher oder später die Situation im Baltikum und in dessen Umgebung schnell und radikal ändern, folglich auch das regionale und internationale Ansehen des Baltikums

wiederherstellen und dessen Anziehungskraft als unabhängiger Partner erhöhen.

1. Sieh: Internet-Seite der Baltischen Versammlung // <http://baltasam.org/en/history/pre-histor>
2. <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&code=tps00005&plugin=1>
3. Ebenda.
4. Ebenda.
5. Sieh: Internet-Seite der Baltischen Versammlung...
6. *Zelmenis J.* Pendel des Reichtums. Riga: Goldberg Trust, 2015.
7. *Plakans A.* Kurzgeschichte der Länder des Baltikums, Moskau, „Wes mir“, 2016.

Schlüsselworte: Russland und die Länder des Baltikums, Programm der Unabhängigkeitsbewegungen, Russlands Geschäftswelt, Russlands Strategie bezüglich der Länder des Baltikums.





Gennadi Gatilov

Stellvertreter des
Ministers für auswärtige
Angelegenheiten Russlands
GMGatilov@mid.ru

Humanitäre Krise in Syrien: wie menschliche Tragödien für politische Zwecke missbraucht werden

Die humanitäre Krise in der Syrischen Arabischen Republik, eine Folge des anhaltenden Bürgerkriegs in diesem Land, kann als die größte in der modernen Geschichte gelten. Hier sind nur einige Zahlen, hinter denen das Leben und die Schicksale von Menschen stehen.

Seit März 2011 sind in Syrien insgesamt 250000 Menschen die Opfer eines erbitterten Bürgerkrieges geworden: mehr als 1 Million Menschen waren verletzt, 4,8 Millionen Menschen wurden zu Flüchtlingen (Türkei – etwa 2 Millionen Menschen, Libanon – mehr als 1,5 Millionen, Jordanien – mehr als 600000, Irak – etwa 300000, Ägypten – 130000 Menschen), 6,5 Millionen Menschen wurden zu Vertriebenen im eigenen Land (Binnenvertriebenen).

Nach Angaben der Vereinten Nationen brauche im Jahr 2016 mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes – 13,5 Millionen Menschen, darunter 6,5 Millionen Kinder – humanitäre Hilfe. 11,5 Millionen Menschen benötigen medizinische Hilfe. Für

12,1 Millionen Menschen fehlt der Zugang zu sauberem Trinkwasser. Jeder zweite Migrant in europäische Länder ist ein Syrer (insgesamt bis zu 600000 Menschen). Eine solche Tragödie dauert in diesem – einst blühenden – Land im Nahen Osten bereits seit mehr als fünf Jahren.

Der Konflikt in Syrien nahm einen ausgeprägten interkonfessionellen Charakter an: die terroristischen Gruppierungen „Islamischer Staat“ (IG) und „Dschabhat An-Nusra“ (DaN) sowie die illegalen bewaffneten Milizen (IBG), in deren Reihen heute die absolute Mehrheit aus Dschihadisten besteht, die sich zum radikalen Islamismus bekennen, versuchen mit allen Mitteln, die in die Tiefe von Jahrhunderten reichende Tradition des friedlichen Zusammenlebens von Anhängern verschiedener ethnischen Gruppen und Konfessionen zu zerstören.

Heute ist es üblich, sich daran zu erinnern, dass in Syrien seit Jahrhunderten Sunniten, Schiiten, Christen, Alawiten, Drusen, Ismailiten, Armenier, Griechen u.a.m. nebeneinander gelebt haben. Ziel der militanten Islamisten ist aber, ein sogenanntes islamisches Kalifat zu gründen, in dem es keinen Platz für Pluralismus, Demokratie und Gleichberechtigung geben soll. Infolgedessen bleiben heute in den von DaN und IG gehaltenen Gebieten fast keine Christen, Alawiten, Yeziden, Drusen, Assyrer und Schiiten. Diejenigen, die nicht einverstanden sind, gemäß den mittelalterlichen Gepflogenheiten der Dschihadisten zu leben, fliehen in Gegenden, die von der syrischen Regierung kontrolliert werden.

Leider müssen wir feststellen, dass weder großangelegte militärische Kampfhandlungen noch die humanitäre Katastrophe in Syrien imstande waren, die internationale Gemeinschaft zu vereinigen, um in einem einzigen Impuls den notleidenden Menschen zu helfen. Die Prinzipien des Humanismus und des Mitgefühls wurden in den Hintergrund abgeschoben. Beispielsweise versuchten Länder, die sich einen Wechsel des politischen Regimes in der Syrischen Arabischen Republik zum Ziel gemacht hatten, während des ganzen

Konflikts die humanitäre Thematik für die Verleumdung der syrischen Behörden und die Ausübung eines Drucks auf Russland zu missbrauchen. Ergriffen wurden Initiativen, die im Widerspruch zu den etablierten internationalen Prinzipien der Erweisung einer humanitären Hilfe stehen (einschließlich von Prinzipien der Wahrung der Souveränität und der territorialen Integrität von Staaten).

Der Westen machte den Ring um die syrische Regierung immer enger, betrieb einen Kurs auf die Verankerung der humanitären Thematik im UN-Sicherheitsrat. Denn gerade dieses Gremium, das – laut der Charta der Vereinten Nationen – bevollmächtigt ist, Resolutionen über einen „Kräfte-Einsatz“ anzunehmen, wollten die Gegner von Damaskus zu ihren politischen Zwecken missbrauchen. Und dann – schon unter Berufung auf die Nichterfüllung dieser Resolutionen – würde der Westen eine Einmischung in Syrien unter dem Vorwand massenweiser Menschenrechtsverletzungen und eines Völkermords verwirklichen können. Beim Nichtparieren wäre die Einführung von Sanktionen möglich (was eigentlich von vielen westlichen Ländern auch gemacht wurde, allerdings einseitig). Die Westler unternahmen mehrere Versuche, in ihr unlauteres Spiel andere Länder einzubeziehen, stolperten aber am harten Widerstand seitens des durch China unterstützten Russlands.

Recht bezeichnend ist, dass sich die westlichen Länder jedes Mal für humanitäre Belange am Vorabend und während wichtiger internationaler Ereignisse ereiferten, die berufen waren, die Parteien zu einer Beilegung der Syrienkrise zu ermutigen. So war es zum Beispiel nach der Eröffnung der Internationalen Konferenz über Syrien in Montreux Ende Januar 2014 (gerade damals begann die erste Fühlungnahme bei den Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition). Denn die sogenannten «Freunde Syriens» brauchten einen zusätzlichen Druck auf die Regierung der Syrischen Arabischen Republik.

Es lag auf der Hand, dass eine neue Resolution des UNO-Sicherheitsrates an sich auf keinen Fall dem Wirken der internationalen humanitären Hilfsorganisationen in Syrien hätte

helfen können. Ihre Arbeit lief auch ohnehin. Um die Erweisung der Hilfe zu erleichtern, brauchte man nicht die Verabschiedung neuer Beschlüsse im Sicherheitsrat, sondern eine konsequente und geduldvolle Arbeit, die die syrischen Seiten zu einer Zusammenarbeit mit den humanitären Aktivisten bewegen sollte. Russland tat genau so und befand sich im ständigen Dialog sowohl mit Damaskus als auch mit der Opposition. Die westlichen Staaten brachen aber Kontakte mit den Behörden der Syrischen Arabischen Republik ab und konnten praktisch nicht (oder wollten nicht) einen Einfluss auf die Rebellen ausüben. Sie versuchten, eben diese Ohnmacht hinter lärmvollen Aktivitäten im UNO-Sicherheitsrat zu verbergen. Dabei demonstrierten sie, wie sie „unermüdlich arbeiten“, um das Schicksal der Syrer zu erleichtern.

Nach langanhaltenden Abstimmungen verabschiedete dennoch der UNO-Sicherheitsrat die Resolution 2139 (Februar 2014), die alle Parteien des syrischen Konflikts aufrief, eine konstruktive Zusammenarbeit mit humanitären Hilfsorganisationen zu pflegen, einen Beistand bei der Bereitstellung von Hilfe für belagerte und schwer zugängliche Gegenden zu leisten, einschließlich der Gebiete, die von Dschihadisten besetzt waren. Die letztgenannte Forderung wurde übrigens von der Delegation Russlands gestellt.

Gearbeitet haben wir auch mit Damaskus, damit es verantwortungsvoll an die Erfüllung der obenerwähnten Resolution heranging. Im Ergebnis hat Syrien bürokratische Verfahren deutlich gelindert und viele Beschränkungen für die Lieferung von humanitärer Hilfe beseitigt.

All dies entriss den Händen der anti-syrischen Koalition einen weiteren Hebel des einseitigen Drucks auf die Führung der Syrischen Arabischen Republik. Dabei betonten die UNO-Vertreter selbst, dass es fast immer gelungen war, Fragen, die mit der Lieferung der Hilfe zusammenhängen, mit Damaskus in einem einfachen Arbeitsverfahren zu lösen, was man nicht über die Opposition sagen kann, deren „Errungenschaften“ sich auf die Plünderung der humanitären Hilfe, auf die Tötung von Mitarbeitern humanitärer Organisationen und auf ständige Störungen der Lieferung von Hilfsgütern beschränkten.

Es war notwendig, die Situation zu korrigieren und unter Kontrolle zu stellen. Im Ergebnis erschien eine weitere UNO-Resolution, die Resolution 2165, in der eine UNO- Mission gebildet wurde, nämlich die Mission für die Inspektion des Inhalts von Hilfskonvois, die die Hilfe nach Syrien über die Grenzen der Nachbarstaaten brachten.

Es ist bezeichnend, dass die westlichen Staaten zunächst versucht hatten, die Forderung durchzusetzen, dass die Lieferung humanitärer Hilfe über die Grenzen der mit Syrien benachbarten Länder ohne Zustimmung seiner legitimen Behörden laufen soll. Es liegt auf der Hand, dass ein solches Vorgehen – ohne eine Zustimmung seitens der Regierung – dem Völkerrecht zuwiderlaufen würde*. Mehr noch: unter den Bedingungen, da die türkisch-syrische Grenze schwach kontrolliert wurde, bedeutete das Fehlen eines Monitoring-Mechanismus erhebliche Risiken. Es genügt, an die tragischen Ereignisse des Herbstes 2014 zu erinnern, als einige Dutzend Kinder in der Provinz Idlib infolge einer Masernimpfung mit der Verwendung von minderwertigem Impfstoff starben. Gebiete, in denen dies geschah, wurden damals von Gruppierungen kontrolliert, die mit der oppositionellen Nationalen Koalition verbunden waren. Und alle Tatsachen sprachen dafür, dass die Verantwortung für den Tod der Kinder auf den Strukturen lag, die durch die Koalition kontrolliert wurden.

Den russischen Diplomaten gelang es, das Prinzip der grenzüberschreitenden Zustellung der Hilfe für die Zivilbevölkerung bei einer internationalen (der UNO unterstellten) Kontrolle und bei der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität des Landes zu verteidigen. Ein solches Verfahren erlaubte es, die Durchführung der humanitären Einsätze auf einen richtigen Weg zu lenken.

*Es geht um die Resolution 44/182 der UNO-Vollversammlung, die die Notwendigkeit einer obligatorischen Zustimmung des Empfängerstaates vorschreibt. Diese Zustimmung gilt für die Parameter der Lieferung der humanitären Hilfe, für die Achtung grundlegender Völkerrechtsnormen bei der Planung humanitärer Einsätze, in erster Linie für die Achtung von Prinzipien der territorialen Integrität und der Souveränität des Staates.

Eine wichtige Propaganda-Aufgabe, die die Anti-Regierungskräfte mit Hilfe der humanitären Thematik zu lösen versuchten, war die Anschwärzung der Regierung von Baschar Assad und die Diskreditierung derjenigen, die sich gegen seinen Sturz stellten. Das humanitäre Thema war in diesem Sinne bequem, weil es erlaubte, Emotionen auszuspielen. Zu diesem Zweck wurden – eine nach der anderen – die „Tragödien des Tages“ abgewickelt: mal gab es Hunger in Zabadani, dann litt die Bevölkerung in Darayya oder Homs, dann war die medizinischen Versorgung von Aleppo unmöglich.

Auf den internationalen Foren prasselten Vorwürfe bezüglich der „Kooperationsunfähigkeit“ der Behörden der Syrischen Arabischen Republik. Hinzu kamen Vorwürfe bezüglich einer absichtlichen Schaffung logistischer Schwierigkeiten und Fehlern bei der Lieferung von Hilfsgütern. Verschwiegen wurden gleichzeitig solche Tatsachen wie das Scheitern humanitärer Operationen durch die Schuld der Opposition, die Ermordung von Angehörigen des humanitären Personals, die Plünderung von Hilfskonvois durch bewaffnete Milizen sowie ein Chaos, das in den durch die Dschihadisten besetzten Gebieten herrschte.

Die vom Westen und den arabischen Staaten des Persischen Golfs kontrollierten nichtstaatlichen Organisationen ereiferten sich, in die Gebiete erbitterter Kämpfe buchstäblich einzubrechen, um bestimmte Informationen zu sammeln und sie in gewünschter Form darzubieten. Die Gefahr für das Leben war groß, und wenn die syrische Regierung die Zulassung von Vertretern dieser Organisationen zu den „heißen Stellen“ aus Sicherheitsgründen verlangsamte, begann auf internationalen Foren ein Stöhnen bezüglich der „Einschränkungen der Freiheit unparteiischer Beobachter durch das syrische Regime, das seine Verbrechen vertuschen will“.

Zum Verschärfen des Informationshintergrunds rund um die humanitäre Situation leisteten alle Mechanismen, in erster Linie das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, ihren Beitrag. Mit einer Unterstützung der

Westler verfasste er den Bericht „Leben in einer Belagerung“, wo die Hauptschuld für die Lage der Bevölkerung in den besetzten Gebieten natürlich dem offiziellen Damaskus zugeschrieben wurde ¹⁾. Dem Problem um Belagerungen war auch der größte Teil des in dieser Zeit erschienenen Berichts der Unabhängigen Untersuchungskommission für Syrien gewidmet. Zuvor hatte sich diese Kommission nie mit der erwähnten Thematik befasst ²⁾. Auch die westlichen nichtstaatlichen Organisationen schlugen viel Lärm – vor allem jedes Mal im Vorfeld einer Diskussion im UNO-Sicherheitsrat über die humanitäre Situation in Syrien. Es ist ganz offensichtlich, dass diese Aktionen von einer zentralen Stelle aus koordiniert wurden, während das breitgetretene Thema „Hunger und Mangel an Medikamenten für Zivilisten“ eine politische Bestellung war. Wobei man in diesem Zusammenhang nur Städte erwähnte, die von der Armee der Syrischen Arabischen Republik belagert wurden (Macadamia, Ost-Ghouta, Duma und andere). An die von den oppositionellen Milizen belagerten Ortschaften Nubul und Zahra, Fua, Kafraja und Al-Hasaka erinnerte sich niemand.

Sehr angemessen wäre es, hier die Erkenntnisse der italienischen nichtstaatlichen Organisation „Netzwerk gegen Krieg“ (No War Network) zu zitieren, die eine Untersuchung vieldiskutierter Fälle von Angriffen auf medizinische Einrichtungen in Syrien durchführte. Im Dokument wird die Ungerechtigkeit von Anschuldigungen der Luft- und Raumfahrtwaffe Russlands und der syrischen Luftwaffe wegen der Luftangriffe gegen medizinische Objekte begründet. Das Dokument behauptet, dass die meisten Mitteilungen über die Angriffe auf Krankenhäuser in Syrien aus Gebieten stammen, die unter der Kontrolle von bewaffneten Milizen standen. Dabei besteht der Großteil dieser medizinischen Einrichtungen aus versteckten Feldlazaretten, die in Wohngebäuden, Schulen und anderen Bauten eingerichtet sind, die nichts mit dem System des Gesundheitswesens zu tun haben. Sie sind auch nicht mit den in der internationalen Praxis allgemein üblichen Emblemen (Rotes Kreuz und Roter Halbmond) gekennzeichnet, was nicht gestattet, sie – aus der Luft oder auf der Erde – als medizinische Einrichtungen zu identifizieren.

Darüber hinaus wird selbst die Technik zum Sammeln von Informationen über angebliche Luftangriffe auf medizinische Objekte kritisiert. Unter anderem benutzen entsprechende Staaten und internationale „Rechtsschutzorganisationen“ sowie Massenmedien die Angehörigen der Milizen, die die einen oder anderen Gebiete Syriens besetzt halten, als den Hauptkanal für die Gewinnung von Informationen. Jedoch sind die illegalen bewaffneten Gruppierungen als Teilnehmer am Konflikt an einer Diskreditierung Russlands und der Regierung der Syrischen Arabischen Republik unmittelbar interessiert und können deshalb nicht als unvoreingenommene Informationsquellen gelten. Die Informationen von ihnen sind weder objektiv noch glaubwürdig.

Ein typisches Beispiel, das bestätigt, wie Länder, die sich mehr als alle anderen über die humanitäre Situation in Syrien entrüsten, sich in Wirklichkeit aber von doppelten Standards leiten lassen: nämlich von einseitigen antisyrischen Sanktionen der Europäischen Union, der USA und der Liga der Arabischen Staaten. Denn diese Maßnahmen haben zu nichts geführt außer einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in der Syrischen Arabischen Republik und – entsprechend – zu einer Verschärfung von humanitären Problemen. Infolge von Restriktionen sanken im Land das Bruttoinlandsprodukt um 60 Prozent, Handel und Industrie um 80 Prozent. Tausende von Menschen verloren ihre Arbeitsplätze. Es leidet der Sektor des Gesundheitswesens. Die Pharmaindustrie ist zerstört. Die Inflation – verglichen mit dem Jahr 2010 vor der Krise – erreichte im Jahr 2015 fast 400 Prozent. Die durchschnittlichen monatlichen Lebenshaltungskosten für eine Familie aus fünf Personen fielen auf einen Rekordwert (für Syrien) von 550 US-Dollar. Die Zahl der Arbeitslosen überstieg 3,7 Millionen Menschen; das sind 57 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung (8,6 Prozent waren es im Jahr 2010) ³⁾. Die Sanktionen bewirken eine illegale Schattenwirtschaft, wo die Anbieter von Waren und Dienstleistungen an der ewigen Fortsetzung des Konflikts auf Kosten des leidgeprüften Volkes von Syrien interessiert sind.

Aber die Sanktionen werden regelmäßig verlängert, ungeachtet der Berichte der UNO und internationaler analytischer Institutionen, in denen die schädliche Wirkung der Sanktionen bewiesen wird. Manche Länder des Westens und einige Golfstaaten behaupten nach wie vor, dass nicht die Terroristen von DaN und IGIL, sondern gerade die syrische Regierung angeblich ein Hindernis für eine Verbesserung der humanitären Situation ist. Nicht bereit sind einige Mitglieder der Internationalen Gruppe für die Unterstützung Syriens, in erster Linie die Europäer, auch die Tatsache zuzugeben, dass die Migrationskrise in Europa in seinem schrecklichen Ausmaß nicht entstanden wäre, wenn die EU die einzig richtige Entscheidung getroffen hätte: die Restriktionen rückgängig machen würde.

Russland erweist seit Beginn der Krise dem Volk der Syrischen Arabischen Republik humanitäre Hilfe. Diese Hilfe wurde nie von irgendwelchen Vorbedingungen abhängig gemacht, war nicht an politische Konjunkturmotive gebunden. Es geht um die humanitäre Unterstützung für alle Menschen in Not – unabhängig von politischen Bevorzugungen, von Religion, von der Volksgruppe oder dem Territorium ihres Wohnsitzes (unabhängig davon, ob nun ein solches Territorium von den bewaffneten Strukturen der Regierung oder von den regierungsfeindlichen Gruppierungen kontrolliert wird).

Hier sind nur einige Angaben über die Unterstützung Russlands für die Syrische Arabische Republik. In Übereinstimmung mit dem Auftrag des Präsidenten Russlands wurden allein in der Zeit vom Januar 2013 bis zum Oktober 2015 insgesamt 35 Flüge des russischen Ministeriums für Notsituationen nach Syrien und in dessen Nachbarländer (Libanon und Jordanien) durchgeführt und dabei zusätzlich mehr als 600 Tonnen Hilfsgüter für die notleidende syrische Bevölkerung zugestellt.

Seit Beginn des Jahres 2016 führen die Luft- und Weltraumkräfte Russlands humanitäre Operationen bei der Erweisung der Hilfe für die durch IG-Milizen belagerte Bevölkerung von Deir-ez-Zor durch. Mit Militär-Transportflugzeugen bringt dorthin der russische Auftragnehmer – beim technischen und logistischen Beistand der

Luft- und Weltraumkräfte Russlands – Lebensmittel, Hilfsgüter und Medikamente. Insgesamt sind mehr als 300 Tonnen humanitäre Hilfsgüter zugestellt worden.

Seit dem 10. April 2016 hat sich den Operationen bei den Lufttransporten von Hilfsgütern nach dem belagerten Deir-ez-Zor auch das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen angeschlossen. Dabei wird die Operation selbst durch eine Auftragnehmerfirma Russlands mit der technischen und logistischen Unterstützung der Luft- und Weltraumkräfte Russlands durchgeführt. Mehr als 70 Lufteinsätze sind unternommen worden. Das Gesamtvolumen von Gütern, die nach Deir-ez-Zor gebracht worden waren, belief sich auf mehr als 1140 Tonnen.

In Ham ist durch die Bemühungen Russlands ein Lager für Binnenvertriebene aufgeschlagen worden, wo sich eine Kantine, eine Feldküche, Anlagen zum Aufbewahren von Wasser sowie Duschräume befinden. Den Syrern wird Hilfe mit Lebensmitteln, medizinischen Mitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs erwiesen.

Bis März 2016 hat Russland nach Syrien mehr als 620 Tonnen Hilfsgüter, Medikamente und Gegenstände des täglichen Bedarfs gebracht. Dabei demonstrierte die russische Seite konsequent die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und mit der Weltgemeinschaft, um ihnen bei der Hilfeleistung für die Syrer behilflich zu sein.

Den Syrern hilft auch die Russisch-Orthodoxe Kirche. Die durch die kirchlichen Einrichtungen gesammelten Hilfsgüter werden dem Patriarchen von Antiochia und dem ganzen Orient, Johannes X., und dem Obersten Mufti Syriens, B. Hassun, übergeben. Unterstützt wird Syrien auch von der Allrussischen Veteranenorganisation „Waffenbruderschaft“ sowie von der Kaiserlichen Orthodoxen Palästina-Gesellschaft, die nach Syrien Lebensmittel, Medikamente und Geld bringen, die von der Zwischenfraktions-Deputiertengruppe für den Schutz traditioneller Werte, von der Stiftung „Russar“ und von der Syrisch-Orthodoxen Gemeinde in Russland für die Übergabe an Bedürftige gesammelt werden.

Unser Land gehört auch zu den größten Spendern von Projekten der humanitären UNO-Organisationen (UNHCR, OCHA, WFP, UNDP) und des Internationalen Roten Kreuzes.

Es funktioniert ein besonderer Kanal der Hilfe für die Regierungen des Libanons und Jordaniens im Rahmen der Aufnahme und Versorgung syrischer Flüchtlinge.

Die Operation Russlands zur Erweisung der humanitären Hilfe für die Syrer erlangte einen fürwahr großangelegten und stabilen Charakter, nachdem im Februar 2016 ein Zentrum für die Versöhnung der verfeindeten Parteien auf dem russischen Luftwaffenstützpunkt „Chmejmim“ eingerichtet worden war. Ausgerechnet das russische Militär setzt täglich sein Leben aufs Spiel, um Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs sowohl in «heiße» Gebiete der Syrischen Arabischen Republik als auch in Ortschaften zu liefern, die sich zu dem Regime der Befriedung bekannt haben. Heute ist die Zahl der Städte, die das Abkommen über die Versöhnung unterzeichnet haben, bereits 760 erreicht ⁴⁾. Die Arbeit des Zentrums für Versöhnung bedeutet tägliche praktische Bemühungen, die in einen realen Beistand für die Bedürftigen umgesetzt werden.

Darüber hinaus gewährleisteten die Experten des russischen Zentrums für Versöhnung den Durchgang von UNO-Hilfskonvois in viele belagerte Teile des Landes. Unsere Leute stehen persönlich am Kontrollpunkt bei der Einfahrt in diese Ortschaften. So war es zum Beispiel mit einer humanitären Kolonne, die im Juni 2016 Hilfsgüter in den – gerade für die syrische Opposition besonders wichtigen – Vorort von Damaskus, Daraja, gebracht hatte, wo die UNO-Lastkraftwagen ausschließlich dank der Präsenz des russischen Militärs an den Blockposten einreisen konnten. Die Tatsache, dass Russland die Lieferung der humanitären Hilfe nach Daraja förderte, das von regierungsfeindlichen Gruppierungen erobert worden war, zeigt, dass Moskau auf eine Linderung von Entbehrungen aller friedlichen Syrer unabhängig davon zielt, auf welchen Territorien sie auch leben. Unser Land hat keine politische Agenda in Bezug auf Fragen der humanitären Hilfeleistung.

Einen wichtigen Schritt in Bezug auf die Koordinierung der internationalen Bemühungen bei der Lösung von humanitären Problemen der syrischen Bevölkerung bedeutete die Arbeit der Humanitären Zielgruppe, die im Februar 2016 im Rahmen der Internationalen Gruppe zur Unterstützung Syriens gebildet worden war. Ihr gehörten Länder, einschließlich Regionalstaaten, an, die im Hinblick auf den syrischen Konflikt als besonders einflussreich galten.

Ein Ergebnis der Tätigkeit dieser Struktur war: UNO-Agenturen erhielten – bei der Unterstützung der syrischen Regierung – einen humanitären Zugang zu allen 18 belagerten Gebieten. Es ist schwer, die Tatsache zu bestreiten, dass in den humanitären Operationen der UNO deutliche Fortschritte zu beobachten sind. Wenn in den Jahren 2014 – 2015 insgesamt 50 und 34 gemischte Hilfskonvois (die Konvois der UNO und des Internationalen Roten Kreuzes) in schwer zugängliche Gebiete vorgenommen wurden, waren es in den sechs Monaten des Jahres 2016 bereits mehr als 80. Seit Anfang des laufenden Jahres wurde die humanitäre Hilfe für mehr als 6 Millionen Menschen zugestellt, darunter für 290000 Menschen in den belagerten und schwer zugänglichen Regionen des Landes. Darüber hinaus geht – im normalen Modus – die humanitäre Arbeit in den von der Regierung kontrollierten Gebieten, wo die Gefahr des Hungers faktisch beseitigt worden ist.

Dies ist weitgehend ein Ergebnis der Arbeit Russlands mit den syrischen Behörden zugunsten einer Erleichterung von Modalitäten bei der Lieferung der Hilfsgüter in belagerte Ortschaften.

Und was haben die sogenannten „Freunde Syriens“ geleistet? Eigentlich so gut wie nichts. Nach wie vor nicht gelöst bleibt die Frage des humanitären Zugangs in die von Terrorgruppen belagerten Ortschaften Fua und Kafraja (Provinz Idlib). Terrormilizen blockieren das Büro der Syrischen Gesellschaft des Roten Halbmondes in Aazaz. Die Türkei (übrigens ein Mitglied der Internationalen Gruppe zur Unterstützung Syriens) weigert sich – ohne Angabe von Gründen – den Grenzkontrollpunkt Nusaybin-Kamischli zu öffnen.

Nachdem der Westen und einige Regionalstaaten bei der Erfüllung ihrer „Hausaufgaben“ versagt hatten, hängten sie dennoch eine neue „humanitäre Tragödie“ an die große Glocke, jetzt bereits in dem von syrischen Regierungstruppen belagerten Ost-Aleppo (wo Terroristen ihr Unwesen treiben). Auch die humanitären UNO-Agenturen wurden dafür gewonnen.

Aber Russland zeigte auch in dieser Frage Flexibilität und erklärte am 28. Juli 2016 den Beginn seiner eigenen großangelegten humanitären Operation in Aleppo. Eingeführt wurden dreistündige „humanitäre Fenster“, in deren Verlauf alle Kampfhandlungen, einschließlich Luftangriffe und Artilleriebeschuss, aufhören. Die russischen Militärs haben ihre Bereitschaft geäußert, eine gefahrlose Lieferung von Hilfsgütern an die Einwohner von Aleppo zu sichern. Dann wurden die Dauer und die Häufigkeit dieser „Perioden der Ruhe“, wie das die UNO verlangt hatte, erhöht, was die Situation in der Stadt wesentlich entspannte.

Diese Entscheidung war wirklich nicht einfach, wenn man bedenkt, dass zur gleichen Zeit eine aktive Anti-Terror-Operation der Streitkräfte der Syrischen Arabischen Republik mit der Unterstützung der Luft- und Weltraumkräfte Russlands sowohl im Norden als auch im Südwesten von Aleppo (Stadtbezirk Ramussa) im Gange war. Dort verschanzten sich Dschihadisten aus „Dschabhat An-Nusra“. Zu ihnen gesellten sich zahlreiche „gemäßigte“ (in der Auslegung der Amerikaner) bewaffnete Gruppen wie etwa „Ahrar Al-Sham“, „Fejljak Ash-Sham“, „Jaish Al-Mujahideen“, „Adshnad Ash-Sham“ und andere. Nichtsdestoweniger wurde eine Feuerpause eingelegt, damit die humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen in die Wohnviertel von Aleppo kam, die von bewaffneten Milizen besetzt waren.

Zufriedengestellt waren auch die Forderungen der Vereinten Nationen, denen zufolge die LKWs mit Hilfsgütern vom Territorium der Türkei losfahren (der Inhalt dieser Hilfsgüter sollte vorab durch die UNO geprüft werden). Und die Regierung Syriens stimmte zu, die humanitären Konvois erneut

nicht zu inspizieren, um die Dauer der Durchführung dieser humanitären Operation zu verkürzen. Geprüft werden sollte ausschließlich die Unversehrtheit von UNO-Plomben an den Fahrzeugen.

Und schließlich scheint es, dass sich mit der Verabschiedung des russisch-amerikanischen Dokuments „Die Senkung der Ebene von Gewalt, die Wiederherstellung des Zugangs und die Gründung des Gemeinsamen Exekutiven Zentrums» am 9. September 2016 eine reale Möglichkeit für die günstige Atmosphäre bezüglich der Bewegung in Richtung einer Regelung – in erster Linie bezüglich der Lösung von humanitären Fragen – bietet.

Aber die entsprechende Reaktion derjenigen, die im Laufe von Wochen über die humanitäre Katastrophe buchstäblich stöhnten, war – gelinde gesagt – schamlos. Eine Reihe von oppositionellen Gruppierungen und Strukturen veröffentlichte sofort Erklärungen, in denen diese russisch-amerikanische Initiative abgelehnt wurde. Der sogenannte örtliche Rat von Ost-Aleppo – die selbsternannte „provisorische“ Regierung (sie befindet sich im türkischen Gaziantep) und eine Koalition von Gruppen „Fatah Haleb“ verwarfen die Lieferung von Gütern über die vereinbarte Strecke «Castello» und verlangten, die von Terroristen kontrollierte Strasse „Ramussa“ zu benutzen, was das UNO-Personal eigentlich in einen Kugelhagel schickte.

Klar, dass dies getan wurde, um die Operation für die Lieferung von Hilfsgütern in die – von den gleichen Terroristen kontrollierten – Stadtteile von Aleppo scheitern zu lassen. Diese Halsabschneider machen sich absolut keine Sorgen um die Zivilbevölkerung, die als ein „menschlicher Schutzschild“ dienen soll.

Aufgefallen ist in diesem Zusammenhang das große Interview eines Feldkommandanten von „Dschabhat an-Nusra« für den bekannten deutschen unabhängigen Publizisten Jürgen Todenhöfer. Der Publizist schreibt unter anderem, dass die Terroristen das Regime der Einstellung von Kampfhandlungen in Syrien nicht anerkennen. Und dies gilt übrigens für alle Gruppierungen, die zu „Dschabhat an-Nusra“ gehören,

einschließlich „Jaish al-Islam“. Ähnlich verhält sich der Feldkommandant auch zu den innersyrischen Verhandlungen. Er nennt die an den Verhandlungen beteiligten Vertreter der syrischen Opposition schwache korrupte Menschen (zu solchen Menschen zählt er auch die „gemäßigte“ Freie Syrische Armee). Der Terrorist verheimlicht nicht, dass „Dschabhat an-Nusra“ die Zeit der Waffenruhe mit dem Nutzen für sich selbst verbrauchte: nämlich für eine Umgruppierung der Kräfte und für die Vorbereitung eines mächtigen Schlags gegen die syrischen Regierungstruppen. Und, was vielleicht das wichtigste ist: der „Nusra-Mann“ erklärte unmissverständlich, dass seine Miliz-Kämpfer nicht gewillt sind, die Lastkraftwagen mit humanitären Hilfsgütern durch ihr Territorium fahren zu lassen, solange die syrische Armee die Straße „Castello“ und die nördlichen Stadtgebiete von Aleppo nicht verlässt.

Und nun ein weiteres Beispiel für die Doppelmoral: die Reaktion des Westens auf die Regelung der Situation in Daraya, einem Vorort von Damaskus. Ende August haben Angehörige von Milizen, die diese Ortschaft kontrollierten, einerseits und das syrische Militär andererseits eine freiwillige Evakuierung von Zivilisten in gefahrlose Gegenden vereinbart. Dieser Plan wurde vollständig und ohne Exzesse umgesetzt. Busse mit Frauen und Kindern in Begleitung von Mitarbeitern der Vereinten Nationen und der syrischen Gesellschaft des Roten Halbmondes fuhren ungehindert zu einem sicheren Ort.

Aber die westlichen Länder kritisierten diese Operation, nannten sie eine „Kapitulation“, ja beinahe eine ethnische Säuberung. Obwohl sie auch selbst zu einer Aufhebung der Belagerung aufforderten. Aber sobald dies geschehen war (dabei im gegenseitigen Einvernehmen der Parteien), begann das assadfeindliche Lager, diese humanitäre Operation zu kritisieren.

In die Kampagne einer Vereitelung von Bemühungen, die berufen wurden, die humanitäre Situation in Syrien irgendwie zu begradigen, schalten sich emsig auch nichtstaatliche Organisationen ein. Am 9. September dieses Jahres erhielt das UNO-Büro für die Koordinierung humanitärer

Angelegenheiten in Genf die kollektive Erklärung einer Gruppe von Nichtregierungsorganisationen über die Aussetzung ihrer Zusammenarbeit im humanitären Bereich mit den in Syrien wirkenden Organisationen der Vereinten Nationen. Gesendet war das Dokument im Namen von 73 nichtstaatlichen Organisationen, die überwiegend von den USA, Saudi-Arabien, Katar und der Türkei finanziert wurden. Sein Text enthielt Beschuldigungen an die Adresse der in Damaskus stationierten internationalen humanitären Missionen der Vereinten Nationen und der Organisation der Syrischen Gesellschaft des Roten Halbmondes, denen "eine übermäßige und gezielt ausgerichtete" Zusammenarbeit mit der syrischen Regierung vorgeworfen wurde. In einer ultimativen Form wurde der Verzicht der obengenannten nichtstaatlichen Strukturen auf einen Austausch von Informationen über die zuständige Problematik und auf die Bereitstellung von Daten über ihre Aktivitäten im Land an die UNO erklärt, darunter auch von Daten über grenzüberschreitende humanitäre Lieferungen.

Ganz klar war, dass die Hauptaufgabe der von der erwähnten Gruppe der Nichtregierungsorganisationen unternommenen Aktion in der Absicht bestand, die humanitäre Tätigkeit der UNO in Syrien zu kontrollieren, unter anderem auch mit dem Ziel, die Kanäle der Versorgung von illegalen Milizen in der Syrischen Arabischen Republik nicht aus ihren Händen zu lassen, Kanäle, die unter dem Vorwand eines Zusammenwirkens mit maßgeblichen UNO-Strukturen etabliert worden waren.



Als man diese Zeilen schrieb, wurde bereits die in Washington gefällte Entscheidung bekannt, den russisch-amerikanischen Dialog über die Wiederherstellung des Friedens in Syrien zu beenden. Die Erklärung des US-Außenministeriums über die einseitige Beendigung der – gemeinsamen mit Russland – Arbeit zwecks Beilegung des Konflikts in Syrien kann nicht umhin, eine tiefe Enttäuschung auszulösen. Denn abgesehen von den Bemühungen zur Wiederherstellung des Regimes der Einstellung

der Kampfhandlungen ging es um die Vereinbarung vom 9. September bezüglich des Transports humanitärer Hilfsgüter in den östlichen Teil von Aleppo. Die Behörden Syriens bekundeten ihren guten Willen, waren bereit, entsprechend dem Vorschlag Russlands diesen Schritt zu machen, und begannen sogar, ihre Truppen von der Straße „Castello“ abzuziehen, über die die humanitäre Kolonne fahren sollte. Aber Washington konnte damals nicht und will auch heute nicht gewährleisten, dass die von ihm kontrollierten Truppen der Opposition dasselbe tun. Das geschieht vielleicht aus dem Grund, weil die humanitären Bedürfnisse der syrischen Bevölkerung für Washington tatsächlich gleichgültig sind, und es dieses Thema ausschließlich für seine politischen Zwecke missbraucht. Oder Washington vielleicht einfach nicht in der Lage ist, einen Einfluss auf die oppositionellen Kampfverbände auszuüben.

Somit hat die gesamte Geschichte der humanitären „Dimension“ des syrischen Konflikts und des Zusammenwirkens der internationalen Gemeinschaft im Bereich der humanitären Probleme in Syrien gezeigt, dass Russland eigentlich der einzige Staat bleibt, der für die Lösung konkreter Aufgaben im Zusammenhang mit der Gewährleistung des humanitären Zugangs verantwortungsvoll arbeitet. Gerade dank den Bemühungen Russlands erreichte die Unterstützung alle belagerten syrischen Ortschaften. Gerade Moskau entwickelte – zusammen mit den Vereinten Nationen – einen detaillierten Plan der humanitären Operationen in Aleppo, einen Plan, dessen Umsetzung durch Terrormilizen vereitelt wurde. Dem Schüren von Spannungen auf internationalen Foren, darunter im UNO-Sicherheitsrat, stellte Russland eine ruhige und konsequente Arbeit mit den syrischen Behörden und den Vereinten Nationen entgegen, und diese Arbeit galt dem ganzen Kreis von Fragen der Gewährleistung des humanitären Zugangs. Lauthalse Erklärungen und das Vorgehen über den UNO-Sicherheitsrat beim Versuch, einen Druck auf die syrischen Behörden und Russland auszuüben, werden der Sache nicht dienlich sein.

Eine Politisierung humanitärer Angelegenheiten, eine Konfrontation, Versuche einer Verleumdung der offiziellen Behörden – all dies hilft nicht bei der Lösung konkreter Aufgaben, schädigt die Vereinten Nationen und wirkt sich negativ auf die politische Atmosphäre aus. Und sicherlich beschleunigt das nicht eine politische Lösung des lang andauernden syrischen Konflikts. Die Zusammenarbeit bei der Linderung der Notlage einfacher Syrer, der Verzicht auf konjunkturbedingte Ansätze sollten zu einem vereinigenden Anreiz für die Staaten werden, die bis jetzt noch auf den verschiedenen Seiten der „politischen Barrikaden“ gestanden haben.

1. Living Under Siege. The Syrian Arab Republic // OHCHR. 2014. February 14.
2. Report of the International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic. 12 February 2014 // UN document A/HRC/25/65
3. Syria at war. Five years on //UNESCWA. University of St. Andrews, 2016.
4. Informationsbulletin des russischen Zentrums für die Versöhnung verfeindeter Seiten auf dem Territorium der Syrischen Arabischen Republik. 10. Oktober 2016 // www.mil.ru

Schlüsselworte: Syrien, humanitäre Hilfe, IG, „Dschabhat an-Nusra“ (DaN), UNO-Sicherheitsrat, Luft- und Weltraumkräfte Russlands, Internationale Gruppe zur Unterstützung Syriens.



Metamorphosen von Konflikten und Kriegen in der heutigen Welt

Kamaludin Gadshiew

Wissenschaftlicher Chefmitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften Russlands, Professor, Doktor der historischen Wissenschaften

Eine Welt, die von Kriegen und blutigen Konflikten frei wäre, war ein Ideal, das von den besten Denkern der Menschheit zu allen Zeiten gepredigt wurde. Einen hohen Ruf erlangte ein solcher Standpunkt in der neueren Geschichte – im Laufe einer allmählichen Heranreifung der Marktwirtschaft und der politischen Demokratie. Bereits in den Anfängen der Neuzeit stellten sich die Menschen sakramentale Fragen: Was bringen Liberalismus und Freiheit, Handel und freier Wettbewerb, Demokratie und Marktwirtschaft – einen Konflikt oder eine Zusammenarbeit, Frieden oder Krieg? Wie ist das Verhältnis zwischen der Demokratie und der politischen Freiheit einerseits und den Konflikten und dem Krieg andererseits? Kann denn die Demokratie Konflikte und Kriege anregen?

Das ausgebliebene Ende der Geschichte?

Auf diese Fragen haben verschiedene Autoren in jeder historische Epoche – in Abhängigkeit von vielen Faktoren – unterschiedliche Antworten gegeben. Hier scheint es angemessen zu sein festzustellen, dass beim Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg – auf dessen Endetappe – der damalige amerikanische Präsident W. Wilson als sein Ziel nicht mehr und nicht weniger die „Rettung der Welt für die Demokratie“ verkündet hat. Man hat angenommen, es werde der letzte Krieg sein; jener Krieg war berufen, mit allen Kriegen Schluss zu machen. Doch nur zwei

Jahrzehnte nach dem Abschluss des Versailler Vertrags wurde der ganze Planet zum Schauplatz des beispiellosen Massakers in der Geschichte der Menschheit, was sowohl für seine Dimensionen als auch für seine Grausamkeit galt.

Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, verließen sich viele in Europa, aber auch und in der Welt insgesamt darauf, dass endlich eine Periode der allgemeinen Harmonie und Ordnung kommt. Man vertrat die Überzeugung, wonach die Tendenz zur Verankerung der Demokratie in einer zunehmend wachsenden Anzahl von Ländern und Regionen letzten Endes zu einer grundlegenden Änderung der Natur der innen- und außenpolitischen Beziehungen auf globaler Ebene führen wird. Das wichtigste Ergebnis dieser Tendenz werde aber – nach Meinung vieler Forscher und Beobachter – das Verschwinden der Kriege aus dem Leben der Menschheit sein, was kraft der Bildung eines internationalen Systems geschieht, welches auf einer fundamentalen sozialen, ökonomischen, politischen und ideologischen Transformation der heutigen Welt auf dem Weg der Marktwirtschaft und der politischen Demokratie basiert.

Es erschien eine Menge von Abhandlungen, deren Leitmotiv die These ist, dass in der Neuzeit – im Zuge der Behauptung eines westlichen Modells der politischen Demokratie in der ganzen Welt – allerlei zwischenstaatliche und andere Konflikte und Kriege der Vergangenheit anheimfallen ¹⁾. Darüber hinaus kündigten einige falsche Propheten den endgültigen Sieg der westlichen liberalen Werte auf globaler Ebene und – dementsprechend – eine Art Ende der Geschichte an.

Man nahm an, dass die Globalisierung zu einer Einigung der modernen Welt auf den Prinzipien des Liberalismus, der Marktwirtschaft und des Freihandels sowie des Washingtoner Konsenses führt. Es wurde angenommen, dass die Globalisierung die national-staatliche Souveränität in den Hintergrund drängt, wenn nicht gar eliminiert. Passieren müsse eine Entnationalisierung der Völker, was – natürlich – die nationale Identität zu einem Relikt der Vergangenheit macht.

Denn in der Europäischen Union sprach man im Ernst über eine europäische Staatsbürgerschaft und eine europäische Identität, die die Staatsbürgerschaft eines nationalen Staates und eine nationale Identität ablösen.

In Wirklichkeit fördern aber die Globalisierung und die Informationstechnologien, die man als eine Ausbreitung der politischen Demokratie auf globaler Ebene betrachtet, eine Intensivierung der interkulturellen Kooperation einerseits und eine weitere Fragmentierung und Diversifikation von Kulturen andererseits, was die Kehrseite der Globalisierung bildet. In diesem Sinne ist die Globalisierung zu einem Faktor einer Dekonstruktion und Fragmentierung der heutigen Welt geworden. Obwohl die Idee der national-staatlichen Souveränität eine merkliche Transformation erfährt, gehört zu den Paradoxen einer sich immer schneller globalisierenden Welt die Tendenz, die der Globalisierung zuwiderläuft, nämlich die Tendenz zum Zerfall multinationaler Staaten. Als Beispiele dafür dienen der Zerfall der UdSSR, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei, die Entstehung – auf den Ruinen dieser Staaten – einer Vielzahl neuer Nationalstaaten, eine Politisierung und Ideologisierung des Ethnismus und Nationalismus sowie verschiedenartige Phobien, verschiedene Formen des Fundamentalismus und des Tribalismus (Stammestum), des rechten und des linken Radikalismus, die, wie es schien, die ganze Welt überfluteten. Bei der Beurteilung dieser Prozesse und Tendenzen sprechen einige Autoren sogar über den Beginn einer „Fragmentierung“ oder einer „Balkanisierung“ der Welt ²⁾.

Die Bedeutsamkeit dieser und ähnlicher Tendenzen wird besonders offensichtlich, wenn man bedenkt, dass sich die Weltarena – bei aller Attraktivität westlicher kultureller Stereotypen – durch einen um sich immer mehr greifenden globalen Krieg von Ideen, Lebensnormen und sozial-philosophischen Doktrinen auszeichnet. Entfaltet hat sich ein Wettbewerb von Vorstellungen und Wertungen um die Neuaufteilung von Weltmärkten, um eine globale Führungsrolle

verschiedener Modelle der wirtschaftlichen und politischen Selbstorganisation von Völkern und Regionen.

Von dem in Betracht kommenden Standpunkt aus gewinnt eine besondere Bedeutung die Tatsache, dass die Veränderungen in den letzten Jahrzehnten der Transformation historische (aber auch heutige) Welterfahrungen nicht annullieren. Diese Erfahrungen zeugen davon, dass die Demokratie oft – unter bestimmten Bedingungen – organisch mit dem Drang nach einer Großmachtstellung, mit einer Zuspitzung der internationalen Beziehungen, mit Widersprüchen, Konflikten und Kriegen einherschreitet. Es ist bekannt, dass sich das Britische und das Französische Imperium nach außen erweiterten, während sich in ihrem innerpolitischen Bereich demokratische Werte und Institutionen behaupteten. Die Epopöe des Werdens und der Institutionalisierung der Demokratie auf dem nordamerikanischen Kontinent schritt mit einer anderen – oft blutigen – Epopöe einher. Mit der Epopöe einer Besiedlung riesengroßer Weiten der sogenannten „freien“ Gebiete des nordamerikanischen Kontinents durch die Vertreibung und die physische Vernichtung autochthoner Völker und Stämme. Fast seit den ersten Schritten der amerikanischen Geschichte waren zwei – auf den ersten Blick widersprüchliche – Ansätze (der imperiale und der demokratische) untrennbar miteinander verbunden, ergänzten und verstärkten sich gegenseitig. In enger Zusammenarbeit sicherten sie die Entstehung von Werten, Zielsetzungen und Ideen, die – in ihrer Gesamtheit – die Grundlage von Theorien der amerikanischen Ausschließlichkeit, einer „Vorbestimmung des Schicksals“ Amerikas als einer „Burg auf dem Hügel“ und als eines Musters für alle anderen Völker der Welt bildeten.

In unseren Tagen scheinen – mit dem Verschwinden einer frontalen systembedingten, ideologischen und militärisch-politischen Konfrontation der führenden Akteure in der Weltpolitik – Voraussetzungen für die Nutzung von Konflikten und Kriegen als Werkzeug zur Beilegung zwischenstaatlicher

und internationaler Widersprüche und Streitigkeiten als Werkzeug zum Schutz der nationalen Interessen und zur Gewährleistung der nationalen und internationalen Sicherheit verschwunden zu sein. Mit Bedauern müssen wir aber feststellen, dass die kardinalen Transformationen der letzten drei bis vier Jahrzehnte, einschließlich des Übergangs einer wachsenden Anzahl von Ländern und Völkern auf den Weg der Marktwirtschaft und der politischen Demokratie, die Gefahr von Kriegen und bewaffneten Konflikten nicht verringert haben. Es zeigte sich, dass eine Erweiterung des Areals der Verbreitung von Werten, Zielsetzungen und Institutionen der politischen Demokratie nicht immer und nicht unbedingt zu einer Durchsetzung demokratischer Prinzipien in den Beziehungen zwischen den Staaten führt.

Mehr noch: auf den ersten Blick mutet wie ein Paradox die Tatsache an, dass gleichzeitig mit einer Vergrößerung der Anzahl von Staaten, die angeblich den Weg einer demokratischen Entwicklung betreten hatten, auch die Anzahl von Ländern wuchs, in denen sich die schlummernden Kräfte der interkommunalen, ethnischen, tribalistischen, clanorientierten, konfessionellen und sonstigen Anhänglichkeiten und Xenophobien bemerkbar gemacht haben. Sie dienen als Nährboden für die Entfesselung von ethnischen und territorialen Konflikten, Bürgerkriegen, religiösen und zwischenstaatlichen Kriegen, die unter den Bedingungen einer Globalisierung und einer Revolution im Informations- und Telekommunikations-Bereich neue – im Vergleich sogar mit der jüngsten Vergangenheit – Formen erlangen³⁾. Wollen wir auf besonders auffallende – nach Ansicht des Autors – Aspekte dieser Vorgänge und Tendenzen eingehen.

„Hybrid-Krieg“ als Phänomen der Weltpolitik

Im Rahmen jener tektonischen Verschiebungen und Transformationen, die es in der Welt in den letzten Jahrzehnten gegeben hat, erscheinen viele Probleme des Schutzes

der nationalen Interessen und der Gewährleistung der nationalen Sicherheit völlig neu. Wenn im Laufe der gesamten Vorgeschichte der Menschheit als das wichtigste Werkzeug für die Durchführung dieser Funktion die bewaffnete Macht galt, erlangen unter den gegenwärtigen Bedingungen zusammen mit ihr immer mehr andere Formen, Methoden und Mittel wachsende Bedeutung.

Einer der Gründer und Ideologen der Italienischen kommunistischen Partei, A. Gramsci, entwickelte – noch in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts – die Theorie der sogenannten kulturellen Hegemonie, in der er versuchte, die These zu begründen, dass man für den Sieg im Kampf um die politische Macht vor allem die Hegemonie im Kulturräum gewinnen muss. Diese Fragestellung hat eine besondere Bedeutsamkeit und Aktualität unter den Bedingungen der Globalisierung und einer Revolution im Informations- und Telekommunikationsbereich erworben. An die Stelle der traditionellen Formen und Methoden einer massiven ideologischen Propaganda kommen zutiefst durchdachte, vielschichtige und diversifizierte Public-Relations-Technologien, die nicht nur auf einer rationalen Ebene, sondern vor allem auf einer emotional-psychologischen irrationalen Ebene des Unterbewusstseins einen enormen Einfluss ausüben.

Es handelt sich unter anderem um wirtschaftliche, informationsbezogene-, ideologische, psychotronische und andere Mittel des Schutzes und der Förderung der nationalen Interessen, um die Mittel zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit, die Mittel zur Eroberung des Ansehens, die Mittel des Einflusses des Staates auf der internationalen Arena. Vor diesem Hintergrund wurde in den letzten Jahren in den militärisch-politischen Lexikon der Begriff eines „Hybrid-Krieges“ blitzschnell aufgenommen. Trotz einer sehr kurzen Zeit seiner Nutzung erschien eine Vielzahl von Abhandlungen, in denen dieser Begriff in dem einen oder anderen Kontext verwendet wird.

Dieser Begriff hat sich nicht nur im wissenschaftlichen und publizistischen Schrifttum sowie in den Massenmedien behauptet, sondern wird auch weithin in den offiziellen Dokumenten benutzt, die das Verhalten der Staaten in der internationalen Arena bestimmen. Auf einer Sitzung des Rates der NATO-Außenminister am 1. Dezember 2015 in Brüssel wurde zum ersten Mal die „Strategie der Hybrid-Kriege“ beschlossen. Wie der NATO-Generalsekretär, J. Stoltenberg, feststellte, „umfasst der Hybrid-Krieg eine breite Palette verschiedenartiger Kampfhandlungen... Diesen Begriff verwendet man für die Beschreibung einer Kombination aus militärischen und nicht-militärischen Mitteln, aus getarnten und ungetarnten Operationen... Das ist die Kombination aus verschiedenen zivilen und militärischen Techniken“. Seinen Worten nach sind die Handlungen Russlands, die zu der „Annexion der Krim“ geführt haben, sowie seine Handlungen im Donez-Becken Beispiele für einen „Hybrid-Krieg“⁴⁾.

Beliebige Kriege sind das Ergebnis politischer Entscheidungen zur Erreichung politischer Ziele. Eine Besonderheit der „Hybrid-Kriege“ im Vergleich zu den herkömmlichen besteht darin, dass hier das gesamte Spektrum der verfügbaren militärischen und nicht-militärischen Formen, Mittel, Methoden und Technologien des ideologischen, informationsbezogenen, kulturbezogenen, wirtschaftsbezogenen, geoökonomischen, politischen, geopolitischen und sonstigen Erscheinungsarten einer Konfrontation eingesetzt wird. Einen Teil der «Hybrid-Kriege» stellen die skandalösen Karikatur-Provokationen – diese Produkte einer grenzenlosen Freiheit des Wortes. Sie dienen eigentlich als ein Ausdruck der Propaganda des Rassismus und der Xenophobie sowie anderer Formen des politischen und ideologischen Fundamentalismus, der sich vom radikalen Islamismus wenig unterscheidet.

Als ihr Ausdruck können die im Laufe der Vorbereitung zu den Olympischen Winterspielen des Jahres 2014 in Sotschi großangelegten umfangreichen Versuche gelten, die

Olympiade zu diskreditieren und abzusagen. Zu ihnen zählen unter anderem auch die sogenannte Anti-Doping-Kampagne gegen Russland – in ihrer politisierten Version im Winter und Sommer 2016 – sowie ähnliche Manifestationen. Unter dem gleichen Gesichtswinkel kann man auch die unstillbare Kampagne für die Abschaffung der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland betrachten, die im Jahr 2018 stattfinden soll. Selbstverständlich kann man als Instrumente eines „Hybrid-Krieges“ auch die sogenannten „grünen Männchen“ betrachten, die eine sehr wichtige Rolle bei der recht erfolgreich durchgeführten Operation zur Wiedervereinigung der Krim mit Russland spielten. Diese Liste ließe sich übrigens fortsetzen, aber zum Verständnis der stattfindenden Transformationen besteht keine besondere Notwendigkeit.

In einem Krieg klassischen Typs ist alles mehr oder weniger klar: wer auf unserer Seite steht und wer Feind ist, wer angreift und wer sich verteidigt, wer gewonnen hat und wer geschlagen wurde, welche Kräfte hinter jeder einzelnen Konfliktpartei stehen. Anders ist es mit einem „Hybrid-Krieg“. Er kennt weder eindeutige Fronten noch einen streng umrissenen Kreis von Teilnehmern; es gibt keine Frontlinie, weil eine solche überall verläuft und sich infolgedessen als illusorisch erweist. Eine Hybridisierung verwischt die Trennlinie zwischen Krieg und Frieden, zwischen den inneren und den äußeren Drohungen für die nationale Sicherheit, zwischen einem Staatsstreich und einer Revolution, zwischen den erlaubten und den verbotenen Formen des Kampfes, zwischen den Verteidigern und den Zerstörern des Völkerrechts.

Aktualisiert wird das Postulat des Außenministers der USA aus der Zeit vom Anfang der 1950er Jahre – J. F. Dulles: „Die Wirtschaft wird zu unserer Vorderlinie der Verteidigung... Wenn es keine Stabilität im wirtschaftlichen Sektor gibt, kann man von einem richtigen Stand der Sicherheit einer Nation nicht sprechen“. Nach und nach wurde der Begriff „wirtschaftliche Sicherheit“ eingeführt. Eine besondere Aktualität erfuhr er nach der Beendigung des Kalten

Kriege und nach einer Intensivierung von Prozessen der Globalisierung. Hier kommt den Fragen im Zusammenhang mit den Bedingungen des Handels, mit dem Fluss von Ressourcen/Kapitalien, Technologien, Waren, Dienstleistungen usw. eine zunehmend wachsende Bedeutung zu. Immer häufiger werden Streitigkeiten zwischen den Staaten mit Hilfe der Zinssätze, der Wechselkurse, der Wettbewerbsfähigkeit nationaler Volkswirtschaften auf den Weltmärkten usw. entschieden.

Wenn ich zahlreiche Aspekte, die in der inländischen und der ausländischen Geopolitik nicht gehörig untersucht worden sind, auch unerwähnt lasse, halte ich für einen Ausdruck des „Hybrid-Krieges“ in diesem Bereich die Wirtschaftssanktionen, die man nicht übersehen darf. Man kann ausgerechnet sie in vollem Maße einen Sanktionen-Krieg nennen, den das eine oder andere Land oder eine Gruppe von Ländern gegen ein Gegner-Land führen, um dessen Wirtschaft zu ruinieren und dessen Widerstandswillen zu brechen. Sanktionen sind ernste und zunehmend häufiger verwendete Mittel des politischen und wirtschaftlichen Drucks auf den Gegner geworden.

Ein solcher – vom Westen gegen Russland als Antwort auf dessen Widerstand gegen die Expansion der NATO entfesselter – Krieg wird als ein Mittel zur Unterdrückung des Willens Russlands und zu dessen Isolation betrachtet, gleichsam als Strafe für die Wiedervereinigung der Krim mit Russland und für die Unterstützung des Strebens des Volkes von Donbass, das seine lebenswichtigen Interessen verteidigen will. In Anlehnung an die berühmte Formel von Clausewitz „Krieg ist eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ kann man behaupten, dass die Sanktionen eine Form der Entfesselung und Führung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln sind. Wie die Erfahrung der ganzen Geltungsdauer der Sanktionen zeigt, hat jedoch Russland die Aussichtslosigkeit von Versuchen bewiesen, seine nationale Wirtschaft zu zerstören und das Land auf diese Weise zu isolieren.

„Sanfte Gewalt“ als Vorgängerin eines „Hybrid-Krieges“

Noch vor dem Aufkommen des Begriffs „Hybrid-Krieg“ tauchte im militärisch-politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Schrifttum der Begriff „Sanfte Gewalt“ (soft power) auf, der den gesamten Komplex von Ressourcen und Vorteilen eines Staates umfasste, die nicht im Zusammenhang mit der bewaffneten Gewalt, der sogenannten „harten Gewalt“ (hard power), standen. Wenn die „harte Gewalt“ darauf abzielt, den Gegner mit Hilfe von Waffen zu bestrafen und einzuschüchtern, so soll die „sanfte Gewalt“ ihn – mit friedlichen, blutlosen Mitteln – auf seine Seite herüberlocken oder jedenfalls neutralisieren. Der „sanften Gewalt“ liegen Kultur und Werte, Ideen, Symbole, Mythen usw. zugrunde. Es wurde offensichtlich, dass unter den heutigen Bedingungen die wichtigsten Eigenschaften und Prioritäten der Weltpolitik nicht immer und nicht unbedingt mit Hilfe von Bomben und Bajonetten, durch militärische Triumphe und Kapitulationen definiert und transformiert werden. Grundlegende Veränderungen kündigen sich manchmal ohne sichtliche Sensationen an, oder – anders gesagt – erscheinen am geopolitischen Horizont wie sogenannte „schwarze Schwäne“, gleichsam unerwartet für alle Subjekte der Weltpolitik.

In dieser Hinsicht ist die „sanfte Gewalt“ zu einer der wichtigsten Komponenten der Macht und der Möglichkeiten des Staates geworden. „Wenn du andere dazu ermutigen kannst, das zu wünschen, was du selbst willst, werden dir Peitschen und Zuckerbrot weniger kosten, die notwendig sind, um die Menschen in die richtige Richtung zu führen. Die Versuchung ist immer wirksamer als der Zwang, und solche Werte wie Demokratie, Menschenrechte und individuelle Möglichkeiten sind zutiefst verführerisch. Aber die Verlockung kann sich in den Abscheu verwandeln, wenn in der Politik Hochmut oder Heuchelei zu spüren sind“, schrieb Joseph S. Nye, der zu den Verfassern dieses Konzepts gehört ⁵⁾.

Allerdings ist die „sanfte Gewalt“ in verschiedenen Formen und Kombinationen keineswegs eine Erfindung unserer Zeit.

Propaganda, Lüge, Diplomatie, allerlei Legenden, Mythen, gefälschte Unterlagen wie etwa „Konstantins Testament“, «Testament Peters des Großen» und andere ähnliche Dokumente wurden seit unvordenklichen Zeiten von Machthabern für die Ergreifung und Verteidigung ihrer Macht benutzt. Übrigens benutzten die Amerikaner bei der Eroberung des Mittleren und des Fernen Westens nicht nur die Handfeuerwaffen Winchester und Colt, sondern auch – nicht weniger wirksam – allerlei billigen Schmuck sowie das sogenannte „Feuer-Wasser“ (Spirituosen).

Es stellt sich heraus, dass es Dinge gibt, die sich ausschließlich durch einen wirtschaftlichen Vorteil oder durch militärische Gewalt unmöglich ausreichend erklären lassen. Hoher Wohlstand und sogar eine beispiellose militärische Macht müssen nicht immer und nicht unbedingt einen Erfolg oder Sieg garantieren. Es ist bekannt: machtvolle Kaiserreiche und Zivilisationen betraten ihren Weg zu einem Niedergang und zum Verschwinden von der historischen Arena auf dem Höhepunkt ihrer Wirtschaftsblüte und ihres materiellen Wohlstands. Auch in unseren Tagen verwandelt sich die absolute Macht manchmal in eine gravierende Ineffizienz und Handlungsunfähigkeit unter den Bedingungen, wenn sie durch das entsprechende Ideal, durch eine Mission und durch einen Willen nicht unterstützt werden. Denn nur diese Eigenschaften sind in der Lage, eine Umsetzung der wirtschaftlichen und militärischen Macht in politische Dividenden zu sichern. Ohne sie kann sich sogar ein Riese auf den Beinen aus nuklearen oder ultra-präzisen Waffen möglicherweise nicht geschäftsfähiger erweisen als ein Riese auf tönernen Füßen. Davon zeugen die Erfahrungen der USA in Südostasien und im Nahen und Mittleren Osten, die Erfahrungen der UdSSR und der NATO in Afghanistan usw.

In diesem Zusammenhang wäre es angemessen, daran zu erinnern, dass die UdSSR, die ein mächtiges und unbesiegbares Imperium zu sein schien, ohne einen einzigen Schuss zusammenbrach. Die UdSSR verlor den Kalten Krieg gegen

den Westen in vielerlei Hinsicht aufgrund der Tatsache, dass – unter den Bedingungen der aufkommenden Revolution im Informations- und Telekommunikationsbereich – in den Händen der westlichen Länder eine leistungsstärkere ideologische Informations-Waffe war. Eine bedeutende Rolle im Zerfall des Sowjetsystems und des sozialistischen Lagers insgesamt spielte eine schrittweise Aushöhlung des eisernen Vorhangs und die Unterwanderung durch westliche Ideen, Wertvorstellungen, Zielsetzungen und Lebensweisen. Dieser Aspekt nahm immer mehr wachsende Dimensionen mit der Ausbreitung der Informations- und Telekommunikations-Revolution in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre an. Diese Revolution machte unwirksam, unhaltbar und sogar störend traditionelle Methoden und Mittel der Propaganda und Gegenpropaganda.

Von besonderer Bedeutung ist – aus dieser Sicht – die Tatsache, dass unter den Bedingungen einer Informations- und Telekommunikations-Revolution das Wissen und die Information zu wichtigsten Bestandteilen der Stärke, des Reichtums und der Macht werden. Wie zu Recht A. Toffler bemerkt, sei die maximale Macht für diejenigen verfügbar, die bei Bedarf in der Lage sind, alle drei Instrumente dieser Macht – Stärke, Reichtum und Wissen – einzusetzen, sie „geschickt miteinander verknüpfen und die Androhung einer Bestrafung und das Versprechen einer Belohnung einerseits und die Überredungskunst neben der schnellen Einsicht andererseits anwenden“. Wobei unter den drei genannten Quellen der Macht das Wissen eine – immer mehr wachsende – Bedeutung erlangt. Denn von dem Wissen hängen nun sowohl Stärke als auch Reichtum ab: „Das Wissen hat aufgehört, ein Anhängsel der Macht des Geldes und der Macht der Stärke zu sein, das Wissen ist zu ihrem Wesen geworden. Das Wissen ist eigentlich ihr größtmöglicher Verstärker, ein Schlüssel zum Verständnis kommender Metamorphosen der Macht geworden. Und das erklärt, warum der Kampf um die Kontrolle über die Kenntnisse und die Mittel der Kommunikation in der ganzen Welt

entbrennt“⁶⁾. Im Ergebnis erweisen sich die Kenntnisse „nicht nur als Quelle der hochwertigsten Macht, sondern auch als wichtigster Bestandteil von Stärke und Reichtum“⁷⁾.

Kenntnisse und Informationen

Das Wissen ist zu einer mächtigen Kraft nicht von sich aus, sondern auch durch die Konvertierung in Informationen geworden. Viele Forscher haben sich bei der Auswertung dieser Prozesse und Tendenzen davon überzeugt, dass die Macht in der Gesellschaft nach und nach in die Hände derjenigen übergeht, die die Kenntnisse und Informationen erstellen, bearbeiten und kontrollieren. Nicht ohne Grund stellte der amerikanische Politikwissenschaftler J. Barber fest: wer die Mythen und Vorstellungen der heutigen Welt aufzeichnet, „übt die Macht aus, die nichts anderes als die Fähigkeit ist, die Richtung für die Entwicklung der Zivilisation zu bestimmen“⁸⁾. Tatsächlich: die Produzenten und Verteiler von Informationen verwandeln sich in die Schöpfer von Sinndeutungen, Mythen, Symbolen, Normen und Regeln des Spiels und des Verhaltens breiter Massen der Bevölkerung und werden zu realen Trägern der wirtschaftlichen und politischen Macht in der gesamten Ökumene. In diesem Sinne kann man behaupten, dass sich die berühmte Formel von F. Bacon „Wissen ist Macht“ folgendermaßen neuformen lässt: „Information bedeutet Stärke und Macht“.

Diese Transformationen erlangen eine zunehmend wichtige Bedeutung und Aktualität vor dem Hintergrund einer globalen kulturellen und ideologischen Informations-Expansion des Westens. Die meisten Aktivitäten in dieser Richtung gehen von den USA aus, die den Anspruch auf den Status eines unumstrittenen Führers der heutigen Welt erheben und versuchen, ihre vorherrschende Stellung im globalen Informationsraum – aber auch nicht nur dort – aufzubauen.

Wie der ehemalige Mitarbeiter der Clinton-Administration D. Rothkopf festgestellt hat, „sollte die Hauptaufgabe

der Außenpolitik der Vereinigten Staaten im Zeitalter der Informationstechnologien ein Sieg auf dem Markt weltumfassender Informationsströme sein. Die USA sollten eine solche Dominanz erreichen, wie sie einst Großbritannien auf dem Meer besaß“. Seiner Meinung nach „muss in dem Fall, wenn sich in der Welt eine Sprache verbreitet, zu einer solchen Sprache gerade Englisch werden; im Falle der Verbreitung gemeinsamer Normen im Bereich der Telekommunikation und Sicherheit müssen diese Normen unbedingt US-amerikanisch sein; bei der Nutzung von Fernsehen, Radio und Musik im Laufe eines Zusammenschlusses verschiedener sozialen Gruppen müssen amerikanische Massenmedien die führende Rolle spielen; im Falle der Ausarbeitung gemeinsamer Werte muss ein solches System angenommen werden, in dem die Amerikaner sich selbst erkennen würden“. Und in einer solchen Politik sah D. Rothkopf das Wohl nicht nur für Amerika selbst, sondern auch für den Rest der Welt. „Was für die Vereinigten Staaten von Amerika gut ist, ist auch für die ganze Menschheit gut!“⁹⁾, behauptete er.

In denselben „Hybrid-Kriegen“ erlangen Fragen ihrer ideologischen oder informations-ideologischen Begründung eine außerordentlich große Bedeutung. Schon die amerikanischen Neokonservativen der ersten Welle aus den 1980er Jahren wie etwa I. Kristol, N. Podhoretz, D. Moynihan, J. Kirkpatrick u.a.m. distanzierten sich von den traditionellen Konservativen, die die Notwendigkeit irgendwelcher ideologischen Konstruktionen ablehnten und für eine Reideologisierung der Politik, für eine ideologische Umrüstung der außenpolitischen Strategie der Vereinigten Staaten eintraten. In Anlehnung an die vorstehende These von A. Gramsci erklärten sie, dass sie sich für die Eroberung der Macht und des Einflusses in der Weltgemeinschaft (um so mehr für die Eroberung und Bewahrung der führenden Positionen oder einer Hegemonie in der Welt) eine weltanschauliche und ideologische Informations-Hegemonie verschaffen müssen. Durch die Äußerung von I. Kristol erklärten sie, dass „eine nicht-ideologische Politik eine unbewaffnete Politik ist“¹⁰⁾.

Es liegt auf der Hand, dass zum Hauptziel nicht mehr und nicht weniger als eine Veränderung der Mentalität selbst, der geistigen oder paradigmalen Grundlage der Lebensform in der gesamten nicht-westlichen Welt wird. Zusammen mit einer Kultur, den Ideen und einer Ideologie werden nicht nur die Unterhaltung, sondern auch Werte, Zielsetzungen, Stereotypen, Vorstellungen sowie eine Philosophie des Lebens exportiert und den anderen Völkern aufgezwungen.

Zum Beispiel rechtfertigte T. Blair, als er der Premierminister war, die Teilnahme Großbritanniens an der Aggression gegen den souveränen Irak und behauptete unter anderem, dass es in diesem Krieg „nicht einfach um die Sicherheit und eine militärische Taktik geht. Es ist ein Kampf der Werte, den man im Ergebnis eines Sieges der Toleranz und Freiheit gewinnen kann. Afghanistan und der Irak sind die unerlässlichen Anfangsschritte in diesem Kampf“. Doch müsse sich der Erfolg dort mit einem mutigen und konsequenten Vorankommen globaler Werte unter der Führung Washingtons verknüpfen. Deshalb wählte der Westen, der einen Krieg dem Terrorismus erklärt hatte, zum Schlachtfeld nicht die Sicherheit, sondern Werte, da es unmöglich ist, eine fanatische Ideologie durch die Verhaftung oder Vernichtung ihrer Führer zu besiegen, wie Blair behauptet. Es gilt, ihre Werte zu zerstören. „Wir können siegen, wenn wir beweisen, dass unsere Werte stärker, besser, gerechter als alternative Werte sind“¹¹⁾. Der Schlüsselsinn solcher Interventionen bestand nicht einfach im Wechsel von Staatsordnungen, sondern in einer Änderung der Wertsysteme, von denen sich die entsprechenden Länder leiten lassen. „Wenn wir gewillt sind, unsere Lebensweise zu verteidigen, dann gibt es keine Alternative, als für sie zu kämpfen. Dies bedeutet: unsere Werte nicht nur in unseren Ländern verteidigen, sondern auch auf der ganzen Welt“, schlussfolgerte er¹²⁾.

Dieser Standpunkt übernahm eine fundamentalistische Färbung von den heutigen amerikanischen Neokonservativen, die man – im Unterschied zu ihren Vorgängern der 1980er

Jahre – üblicherweise „Neokons“ nennt. Als die „Neokons“ in der Rolle der Hauptautoren einer ideologischen Begründung für den außenpolitischen Kurs der Administration von George. Bush jun. auftraten, übernahmen sie die Aufgabe der ideologischen Begründung für eine Politik des Exports der demokratischen Revolution und der Menschenrechte in die ganze Welt, um an einer Änderung der Mentalität und der Werte jener Länder mitzuwirken, die als Objekte eines solchen Exports gelten.

Unter Berücksichtigung der Ereignisse und Prozesse, die mit der Umsetzung einer Strategie für den Export der demokratischen Revolution zusammenhängen, kommt man in „Hybrid-Kriegen“ ohne Drohungen einer Anwendung oder eines faktischen Einsatzes der „harten Gewalt“ nicht aus. Man darf jene offensichtliche Tatsache nicht vergessen, dass zu allen Zeiten Ideen siegten, die durch Gewalt bekräftigt wurden; gewonnen haben bewaffnete Propheten, die in der Lage waren, für die Umsetzung ihrer Ideen Stärke heranzuziehen. Unter den heutigen Bedingungen verlor die reale „harte Gewalt“ ihre Bedeutung als die ausschlaggebende Ressource eines Staates nicht, die seinen geopolitischen Status und seinen Einfluss in der Welt sichert. Mehr noch: unter den Bedingungen, die in den letzten Jahrzehnten entstehen, erlangt der Faktor der „harten Gewalt“ in neuen Formen und Ausprägungen wachsende Bedeutsamkeit.

Eine Art der organischen Symbiose aus der „sanften Gewalt“ und der „harten Gewalt“ bildete sich in der Strategie eines Exports der demokratischen Revolution, zu deren Äußerungen eine Reihe von Kriegen gehörte, die von den Ländern des Westens unter Führung der USA im Nahen Osten und in Nordafrika entfesselt wurden. Hinzu kommen der „Arabische Frühling“ sowie „farbige Revolutionen“ im postsowjetischen Raum. Des Öfteren werden unter dem Schleier von allerlei „farbigen Revolutionen“ und „Maidanen“ gut vorbereitete und ebenso gut finanzierte Staatsstriche angezettelt. Beispiele: die „Rosenrevolution“ in Georgien und

die „orangefarbene Revolution“ des Jahres 2004 in der Ukraine, der „Euromaidan“ im Winter 2013/2014 wieder in der Ukraine, dessen Ergebnis ein Staatsstreich war, den westliche Länder faktisch inspirierten und unterstützten. Und wie sich der Staatsstreich mit dem Gerede über eine nationale Revolution und über die Verwirklichung des Willens des Volkes auch tarnen mag, kann man ihn als einen Teil des „Hybrid-Krieges“ gegen einen realen oder einen imaginären Gegner betrachten.

Kriege, die vom Westen entfesselt worden waren, sowie der „Arabische Frühling“ und „farbige Revolutionen“ haben das geopolitische Bild der beiden Regionen sowie Teile Osteuropas und des südlichen Kaukasus bis zur Unkenntlichkeit verändert. Wenn man davon ausgeht, dass deren wichtigstes Ziel die Einführung der Demokratie westlicher Prägung in verschiedensten Ländern und Regionen war, sollten deren Ergebnisse als ein Scheitern mit katastrophalen Folgen bewertet werden. Wenn wir aber annehmen, dass deren Hauptziel die Ausbreitung des Chaos vorsah, dann erreichten sie zweifellos einen „Erfolg“. Tatsächlich erwiesen sich in den meisten Fällen Länder, die zu Objekten der Experimente für den Export der demokratischen Revolution wurden, als eine Arena für Chaos, permanente blutige Konflikte und Kriege. Übrigens ist es völlig gesetzmäßig, weil, wie seinerzeit der große Korse, der sich gut in solchen Dingen auskannte, sagte: „Bajonette können alles, nur kann man auf ihnen nicht sitzen“.

Nicht von ungefähr bezeichneten viele bekannte Vertreter des amerikanischen politischen und intellektuellen Establishments den Präsidenten G. Bush jun. und einige führende Mitglieder seiner Administration als Revolutionäre und deren Politik als revolutionär. H. Kissinger, ein Patriarch der Weltdiplomatie, schrieb aus diesem Anlass: „Mir scheint, dass Neokonservative sehr stark verwandt mit den Trotzlisten sind“¹³⁾. Und andere US-Politologen – D. Simes und R. Ellsworth – haben darauf hingewiesen, dass die Aktionen der USA in Afghanistan und im Irak auf dem „neutrotzkistischen

Glauben an eine permanente Revolution (und sei es auch eine demokratische und nicht eine proletarische Revolution)“ basieren ¹⁴⁾.

Obwohl man solche Schätzungen nicht wörtlich nehmen darf, sind sie gar nicht eine grundlose Kritik seitens der Gegner der Bush-Administration, deren außenpolitische Strategie – in vielen Aspekten – wirklich Elemente der trotzkistischen Theorie einer permanenten Revolution in sich enthielt. Diese Theorie besteht darin, immer neuen Völkern Werte und Zielsetzungen eines einzigartig gedeuteten Liberalismus aufzuhalsen und zu verbreiten.

Wichtig ist zu beachten, dass auch die jetzige US-Administration eine Reihe von Bestimmungen dieser Theorie gar nicht aufgegeben hat.

Terroristische Dimension eines „Hybrid-Krieges“

Offenbar sollte man unter diesem Gesichtspunkt auch einige Abzweigungen des Terrorismus betrachten, die durch die Losungen eines Exports der islamischen Revolution begründet werden. Als Begründung für diese Einschätzung kann man die offensichtliche Tatsache anführen, dass – in vielerlei Hinsicht – die Aufwallung des Terrorismus und dessen Ausdehnung von der inländischen Ebene auf die internationale Ebene aufs engste mit der Zunahme einer kulturellen, ideologischen und informationsbezogenen Expansion des Westens verbunden sind. Diese Expansion wurde nach und nach durch eine Verstärkung der militärisch-gewalttätigen Methoden und Mittel unterstützt, um die Völker des Nahen und Mittleren Ostens davon zu überzeugen, dass es keine Alternative zu den westlichen Werten, der westlichen Philosophie und der westlichen Lebensweise gibt.

Bereits in der Zeit der zweipoligen Weltordnung entstand – mit dem Segen und der Unterstützung der beiden Supermächte – ein einzigartiges anonymes paralleles Subjekt der Weltpolitik, das fähig war, einen erheblichen Einfluss auf

wichtigste Tendenzen der geopolitischen Entwicklung der heutigen Welt auszuüben. Die Stärke und die Gefahr dieses einzigartigen aggressiven „weltweiten Untergrunds“ in Gestalt von allerlei subnationalen, nationalen und supranationalen terroristischen, kriminellen und sonstigen Gruppierungen und Organisationen bestehen darin, dass er die – auf staatlichen und zwischenstaatlichen Ebenen bestehenden – allgemeingültigen moralisch-ethischen und rechtlichen Normen und Einschränkungen nicht anerkennt.

Die Schwierigkeit einer Analyse des Terrorismus und der Suche nach seiner richtigen Einschätzung wird dadurch verstärkt, dass vorerst noch seine irgendwie deutliche Definition als gesellschaftlich-politisches Phänomen fehlt, auch fehlt eine Definition seiner wesentlichen Merkmale, seiner Grenzen, seiner Bestandteile, seines juristischen Rechtsstatus usw. Es gibt Hunderte von Definitionen dieses Phänomens während ein ihm gewidmetes Schrifttum Tausende von Veröffentlichungen zählt. Allerdings ist dieses Thema in der in- und ausländischen Literatur weit und breit beleuchtet. Ich halte es für angemessen, hier zu betonen, dass der heutige Terrorismus in seinen Zielen, Methoden und Mitteln der Umsetzung – in gewisser Weise – eine Erscheinungsform der asymmetrischen Antwort auf die aggressive Offensive der westlichen soziokulturellen, politisch-kulturellen und demokratischen Werte und Prinzipien, ja selbst auf die westliche Lebensweise, darstellt.

Vielleicht ist es eine Art des Phänomens, die in der wissenschaftlichen Literatur den Titel „Kleinkrieg“ erhalten hat. Wie der deutsche Forscher M. Hoch bemerkte, kennt „Kleinkrieg“ an sich keine Grenzen, bei ihm werden alle Mittel mit einer für ihn charakteristischen Brutalität eingesetzt. Er erlangt Merkmale, die ihn dem Phänomen eines totalen Krieges ähnlich machen: als einen Feind betrachtet man die Zusammenstellung aller Gegner, die zum Objekt der Kampfhandlungen werden, und nicht nur ihre Streitkräfte ¹⁵⁾.

Vor diesem Hintergrund ist im Sommer 2014 auf die geopolitische Bühne des Nahen und mittleren Osten und Nordafrikas das in der modernen Geschichte beispiellose Phänomen unter der Bezeichnung „ISIL“ („Islamischer Staat Iraks und der Levante“) getreten. Im August 2014 proklamierte der „ISIL“ die Gründung eines Islamischen Kalifats auf einem recht ausgedehnten Teil des Territoriums Syriens und des Irak unter Beibehaltung der Bezeichnung „Islamischer Staat Irak und der Levante“. Allmählich unternehmen seine Oberhäupter Anstrengungen, um seinen Einfluss auf andere Länder – Libyen, Jemen, Saudi-Arabien, Indonesien, Afghanistan und andere – auszudehnen.

Der qualitative Unterschied des „ISIL“ von traditionellen radikalen und terroristischen Gruppierungen besteht darin, dass er eine territoriale Basis hat. In der Regel repräsentieren die Anführer, Teilnehmer und Anhänger des „ISIL“ jenen Teil der terroristischen Gemeinschaft, die aus dem Untergrund kam und weltweit – offen, dreist und aggressiv – sich selbst und ihre Motive und Prioritäten als Staat präsentierte, dem die Ideologie des Terrors zugrunde liegt. Selbstverständlich geht es hier in Wirklichkeit um einen Pseudostaat, dessen Anführer versuchen, ihn in einen realen Staat mit entsprechenden Attributen, Institutionen, Prinzipien und Behörden zu verwandeln.

Davon zeugt ein Dokument unter dem Titel „Prinzipien der IS-Führung“, das den Massenmedien zugänglich geworden ist. Nach Informationen der englischen Zeitung «Guardian» stellt das Dokument eine Sammlung von eigenartigen Gesetzen über die internationale Politik, die in- und ausländische Propaganda, die Kontrolle über Öl, Erdgas und andere Wirtschaftsbereiche des „Kalifats“ dar ¹⁶⁾.

Es ist offensichtlich: in welchen Trachten sie auch auftraten, zeigten sie nichtsdestoweniger ihre Fähigkeit, die Errungenschaften einer modernen technogenen Zivilisation zu nutzen, sie schnell und wirksam zu meistern und – in intellektueller Hinsicht – Sonderdienste der Großmächte mit ihren riesigen Möglichkeiten zu überspielen. Sie

verknüpften die modernsten Zerstörungstechnologien mit dem Fundamentalismus und Fanatismus, und sei es ein islamischer, säkularer oder irgendein anderer. „Der islamische Staat“ ist bestrebt, mit Hilfe der besonderen Methoden und Techniken der Propaganda seiner Ideen und Ziele, mit Hilfe der Mobilisierung von Anhängern vermittelt elektronischer Massenmedien und sozialer Netzwerke seine eigene Strategie für den Export der islamischen Revolution mit terroristischer Füllung zu verwirklichen.

Aus dem Gesagten kann gefolgert werden, dass sich eine neue Weltordnung nicht in der Atmosphäre einer Begeisterung wegen des weltweiten Triumphes der Demokratie bildet, sondern unter den Bedingungen einer Instabilität und Unbestimmtheit, unter den Bedingungen neuer Formen der Konflikte und Kriege sowie des Terrors. All das ist in die heutige Welt auf den Flügeln der Wissenschaft, der neuesten Technologien und des Fortschritts gekommen. In diesem Sinne scheint gleichsam die Prognose von Winston Churchill sich bestätigt zu haben, der gesagt hat, dass die Steinzeit zu uns auf den leuchtenden Flügeln der Wissenschaft zurückkehren kann. In absehbarer Zeit verwandelt sich die Welt nicht in ein geschlossenes Universum, das sich durch eine Oberhoheit des Friedens und der Harmonie zwischen den Völkern auszeichnet, diese Welt bleibt die Gemeinschaft aus einer Vielzahl von miteinander konkurrierenden und kooperierenden, streitenden und zusammenarbeitenden Staaten und Völkern, Ländern, Kulturen, Konfessionen, Verbänden, Koalitionen usw.

-
1. Siehe z. B.: *Mueller J.* Retreat from Doomsday: The obsolescence of major war. NY, 1989.
 2. *Boniface P.* The Proliferation of States // The Washington Quarterly. Spring 1998. Vol. 2. № 3. P. 110.
 3. Ausführlicher darüber: *Gadshiew K. S.* Russlands geopolitische Horizonte: Umriss einer neuen Weltordnung. Zweite umgearbeitete und ergänzte Ausgabe. Moskau, 2011.
 4. Siehe: *Polunin A.* „NATO: Kurs auf Hybrid-Krieg. Was bringt der Allianz die neue Kampfstrategie gegen Russland? // „Freie Presse“ // <http://svpressa.ru/politic/article/137300/>

5. Nye J., „Sanfte Gewalt“ und die amerikanisch-europäischen Beziehungen // „Freier Gedanke“. 2004. 12. September; Nye J., Jr. Soft power // Foreign Policy. № 80. 1990. Autumn. P. 167.
6. A. Toffler. Metamorphosen der Macht. Wissen, Reichtum und Stärke an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. Moskau, 2002. S. 40.
7. Ebenda.
8. Barber J. The Puls of politics: electing presidents in the media age. NY, London, 1980. P. 3.
9. Rothkopf D. In Praise of Cultural Imperialism // Foreign policy. 1997. Summer. №107. P. 40.
10. Commentary. February 1984. p. 45.
11. Blair T. A Battle for global values // Foreign affairs. 2007. January/February // <http://www.feelingeurope.eu/Pages/A%20battle%20for%20global%20values.html>
12. Ibid.
13. The Times. 2004. 19 October.
14. Simes D., Ellsworth R. Moral des amerikanischen Realismus // Russland in der globalen Politik. Nr. 1. 2005. Januar – Februar. S. 96.
15. Hoch M. Krieg und Politik im 21. Jahrhundert // Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2001. 11 Mai. S. 19.
16. Beim ISIL wurden „Prinzipien der IS-Führung“ entdeckt // <http://vz.ru/world/2015/12/7/782398.html>

Schlüsselworte: „Hybrid-Kriege“, die „sanfte Gewalt“, die „harte Gewalt“, Kenntnisse und Informationen.



„Punktförmiges Kalifat“ in Europa



Armen Oganessian

Chefredakteur der Zeitschrift

„Internationales Leben“

oganessian@interaffairs.ru

Für das Kopieren des amerikanischen Modells eines „Schmelztiegels“ muss Europa teuer zahlen. Heute ist es offensichtlich: obwohl Europa zur westlichen Welt gehört, besitzt es eine gewisse Eigenart, die sich in der besonderen Energie der Anziehung und Abstoßung anderer Kulturen und Zivilisationen äußert. Nichtsdestoweniger bedeutet die «Verwirrung und Unentschlossenheit» in den höheren Machttagen Europas bezüglich der Migration eine ernsthafte Bedrohung für die Einheit der Europäischen Union. Frau Merkel, die sich zum Schutz der maximalen Offenheit und Toleranz gegenüber der neuen Welle von Neuankömmlingen erhob, räumte vor nicht so langer Zeit das Scheitern der Politik des Multikulturalismus ein. Wenn das stimmt, erhebt sich die Frage: Wie kann die zukünftige Politik in Bezug auf die Millionen von Migranten sein, die sich in Europa niederlassen? Eine Antwort auf diese Frage gibt es in Berlin nicht.

Brüssel versuchte, in den «ruhigen Jahren» eine einheitliche Herangehensweise an das Problem der Migration zu erarbeiten. Heute unternimmt Brüssel nicht einmal Versuche, dieses Thema zu „meistern“, weil ihm klar ist: es kann kein einheitliches Rezept ausstellen, ohne dabei einen Sturm der Entrüstung auszulösen. Seinerzeit bekannte sich

Deutschland – wie viele andere Länder in Westeuropa – zu der Ideologie der «Drei A» in Bezug auf die Zuwanderer aus den Ländern der «Dritten Welt». Es wurde angenommen, dass sich muslimische Migranten zuerst anpassen, dann sich assimilieren und schließlich sich absorbieren müssen, das heißt sich in einem für sie neuen Sozium auflösen. Das ist aus vielen Gründen nicht geschehen. Es genügt zu sagen, dass heute jeder vierte Vertreter der türkischen Gemeinde, die in Deutschland wohnhaft ist, Deutsch nicht beherrscht, jeder zweite – überhaupt keine Kontakte zu Deutschen pflegt. Die EU-Richtlinie betreffend des Rechts auf Familienzusammenführung vernichtete Hoffnungen auf die Rolle der Mischehen: die Männer bevorzugten, Verwandte und Bräute aus ihrer Heimat einzuladen.

Die Gründung von monoethnischen und monokonfessionellen Gemeinden – eigentlich von geschlossenen Enklaven – förderte die Erteilung von Genehmigungen an Muslime, Moscheen zu bauen. Der wichtigste Finanzier dieses Bauvorhabens in ganz Europa war Saudi-Arabien. In einer Studie des Instituts für Orientalistik der Akademie der Wissenschaften Russlands heißt es: «Die Moscheen wurden zu Zentren der Entfremdung der Muslime von der westeuropäischen Gesellschaft. All dies geschah im Rahmen der Rechte und Freiheiten, die in den demokratischen Verfassungen der westeuropäischen Länder vorgesehen waren» ¹⁾.

Fragen der Bildung der Jugend, Lehrgänge für Koran-Studium, die Beilegung von Streitigkeiten unter den Muslimen, zwischen den Gastarbeitern und den Arbeitgebern, zwischen den Mitgliedern der Gemeinden und den Behörden – all diese Fragen wurden innerhalb der Enklaven gelöst, wo ein Imam als eine unbestrittene und endgültige Autorität fungierte. In fast allen Ländern Westeuropas begannen Scharia-Gerichte zu wirken, die «in der muslimischen Diaspora komplett herrschen und dabei die staatlichen Justizbehörden beiseite schieben. Als wichtigster Finanzier der Scharia-Gerichte in Europa tritt Katar

auf»²⁾. Im Endergebnis wurde – in Bezug auf die geschlossenen muslimischen Strukturen in Europa – der ausdrucksvolle Begriff „Punktförmiges Kalifat“ geboren.

Gescheitert sind Versuche, mohammedanische Migranten aufzulösen und zu «westernisieren». «Gerade in den Null-Jahren ist in Westeuropa eine dritte und sogar eine vierte Generation der Gastarbeiter entstanden, mit deren Integration die EU-Behörden gerechnet haben. Die Nachkommen der muslimischen Migranten, die sich zahlreiche Vergünstigungen und Vorrechte der Empfänger-Staaten zunutze machten, verzichteten immer öfter auf das Studium der lokalen Sprachen, auf die Wahrnehmung der europäischen Kultur und demonstrierten dabei ihr Bekenntnis zum Koran und zur muslimischen Umma»³⁾.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg kamen nach Westeuropa jährlich 60000 bis 70000 Einwanderer, hauptsächlich aus muslimischen Ländern. Gegen Ende des Jahrhunderts stieg diese Zahl auf 700000 bis 1000000 Menschen. Der Anteil der Ankömmlinge bezüglich der Einwohnerzahl erreichte dabei 10,3 Prozent im Jahr 2000. Bis zum Jahr 2013 stieg dieser Anteil fast auf 15 Prozent, während heute – nach den bekannten Ereignissen – er deutlich zunehmen kann. Alle diese Umstände zwingen eine ganze Reihe von EU-Mitgliedstaaten, eine harte Haltung gegen die Migranten zu nehmen. So sagte unlängst das Oberhaupt der Regierung der Slowakei R. Fico in einem Interview: „Wenn wir mehrere Tausend Menschen in Übereinstimmung mit den Quoten in unser Land einreisen ließen, würde die lokale Bevölkerung sie nicht freiwillig aufnehmen. Man müsste für diese Menschen ein spezielles Zentrum einrichten, wo sie eine eigene Welt mit ihrer Kriminalität, Gesetzlosigkeit und Arbeitslosigkeit aufbauen würden“⁴⁾. R. Fico meint, dass der Migrationsprozess, der jeglicher Kontrolle entglitten ist, eine ernsthafte terroristische Bedrohung nach sich zieht. Dabei beruft er

sich R. Fico auf deutsche Geheimdienste, die zugegeben haben, dass die Gefahr von Terror-Attacken heute noch höher als beim Zusammensturz der Zwillingstürme in New York ist. Der slowakische Premierminister meint, dass die Angriffe in Köln deutlich machen: Wir haben mit einem irrationalen Verhalten von Migranten zu tun. Nach Ansicht von Fico sei «die beste vorbeugende Maßnahme, die Entstehung einer geschlossenen Gemeinde zu verhüten». Er glaubt, dass «die ganze muslimische Gemeinschaft eine ernsthafte Bedrohung für die europäische Lebensweise bedeutet». R. Fico kommt zu dem traurigen Schluss: «Wir können es uns nicht leisten, dass in die Slowakei mehrere Tausend Migranten aus Nordafrika und dem Nahen Osten kommen. Wie die Praxis anderer europäischer Staaten zeigt, ist eine Integration dieser Migranten in eine andere Umgebung nicht möglich».

Der Chef des Ministerkabinetts der Slowakei geht – natürlich – ein Risiko ein, wenn er die Dinge beim Namen nennt. Einer meiner deutschen Kollegen meinte vor kurzem, in Deutschland werden diejenigen, die Merkels Standpunkt bezüglich der Migranten nicht teilen, als Faschisten bezeichnet».

Ein großer Teil der Zuwanderer sind junge Männer im Alter zwischen 25 und 35 Jahren. Die jungen Männer machen dabei überhaupt bis zu 80 Prozent aller Migranten aus. R. Fico zeichnet ein eigentümliches Porträt davon: «Normalerweise sind es gut gekleidete Männer mit Kreditkarten, Menschen, die wenig mit Migranten zu tun haben, die vor Hunger und Durst fliehen. Ich gebe zu, dass es unter ihnen auch diejenigen gibt, die Hilfe brauchen, die wir erweisen werden, unter anderem im Falle der syrischen Christen, deren Leben in Gefahr gewesen sind».

Es muss gesagt werden, dass man sich in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern zu Christen, Zugereisten aus dem Nahen Osten, wohlwollender verhält, also zu den

Menschen, die eine nicht kleinere sondern vielleicht größere Katastrophe als muslimische Flüchtlinge überlebt haben. Denn gerade die christlichen Gemeinden wurden einer besonders grausamen Verfolgung aus religiösen Gründen ausgesetzt. Darüber hinaus stellen christliche Flüchtlinge – ohne Zweifel – in ethnographisch-konfessioneller Hinsicht kein besonderes Problem für die Europäer dar. Mehr noch: das säkulare Europa kann hoffen, dass ausgerechnet diese Flüchtlinge, die wegen ihres Glaubens gelitten haben, wenn schon die zivilisatorischen Wurzeln der Europäer nicht wiederbeleben, dann die Europäer an diese Wurzeln erinnern werden. Denn bis jetzt sah das Bild interreligiöser Beziehungen zwischen den Ureinwohnern und den Einwanderern – gelinde gesagt – nicht adäquat aus: in Deutschland bekannten sich 500 tausend ethnische Deutsche zum Islam, in Frankreich taten es 300 tausend angestammte Franzosen. Das berechtigt die Experten zu der Schlussfolgerung: «Das europäische Christentum – vor allem Katholizismus und Protestantismus – verliert faktisch an Boden». Der ehemalige Präsident Libyens Muammar Al-Gaddafi forderte seinerzeit die Italiener sogar auf, sich zum Islam zu bekennen.

Natürlich ist heute unter manchen – optimistisch gesinnten – Experten die Meinung verbreitet, dass Europa stark und reich sowie in der Lage ist, den Strom einer fremdartigen Flüchtlingsmasse zu «verdauen» und zu bewältigen. Aber die Geschichte kennt auch andere Beispiele, nämlich Beispiele, als der stärkste nicht immer als Sieger hervorging.

«Und nach Ablauf des Jahres trat gegen ihn ein Heer der Syrer an, und sie kamen nach Judäa und Jerusalem und ermordeten alle Obersten im Volk, und brachten die ganze Beute, die sie bei ihnen geraubt hatten, dem König nach Damaskus. Obwohl das Syrische Heer in einer kleinen Zahl von Menschen kam, gab der Herrgott in seine Hand eine sehr große

Kraft, weil man den Herrn, den Gott seiner Väter, verlassen hatte» (2. Buch der Chronik. Kap. 23, 24 der kanonischen Bücher des Tanach und des alten Testaments).

-
1. <http://sov-europe.ru/2014/1/Starkenkov.pdf>
 2. Ebenda.
 3. Ebenda.
 4. Hospodarske Noviy. 11.01.2016.

Schlüsselworte: Migration, Europäische Union, «Punktförmiges Kalifat», A. Merkel, R. Fico, christliche Flüchtlinge, Ende des Multikulturalismus.



Über Russlands neueurasische Identität



**Michail
Titarenko**

Ordentliches
Mitglied der
Akademie der
Wissenschaften
Russlands



**Wladimir
Petrowski**

Doktor der
politischen
Wissenschaften
petrovsky@gmail.com

Den Startschuss für die Realisierung – durch Russland – des strategischen Kurses einer Hinwendung zum Osten machte aktuell die wissenschaftliche und gesellschaftlich-politische Diskussion über die eurasische Selbstbestimmung unseres Landes, über das angemessene Verständnis der eurasischen Identität Russlands. Unserer Meinung nach steht es uns allen noch bevor, die wahre philosophische, geoökonomische und geopolitische Bedeutung des russischen Eurasianismus zu formulieren und zu erkennen.

Wie der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin bemerkte, ist «der Eurasianismus eine Tradition unseres politischen Denkens. Er ist in Russland seit langem verwurzelt und erwirbt jetzt einen völlig neuen Klang, vor allem im Zusammenhang mit einer Intensivierung von Integrationsprozessen im postsowjetischen Raum. Und mehr noch: aus dem Bereich der politischen Philosophie ist das

Im Februar 2016 ist von uns M. L. Titarenko gegangen. Dieser Artikel ist die letzte Publikation, an der Michail Leontjewitsch Titarenko gearbeitet hat, um sie für unsere Zeitschrift vorzubereiten.

eigentlich bereits in die politische Ebene umgesiedelt, in die Tagesordnung der laufenden Tätigkeit»¹⁾.

Die Aktualisierung des russischen Eurasianismus erfordert dabei auf jeden Fall einen gewissen historischen und philosophischen Exkurs, was wiederum die Notwendigkeit eines – im Rahmen der Anwendbarkeit – ausführlichen Kommentars über das Wesen des Begriffs „Eurasianismus“ diktiert. Belastet wird die Situation durch die Geschichte der Entstehung und Entwicklung dieses Begriffs in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts, durch ideologisch-politische Auseinandersetzungen und Debatten zwischen verschiedenen Gruppierungen in der russischen Emigration in Europa (Prag, Paris, Berlin und Sofia) und in Asien (Harbin und Schanghai). Diese Streitigkeiten waren das Spiegelbild eines komplizierten Verhältnisses der – aus ihrer Heimat geflüchteten – Vertreter der patriotisch gesinnten ehemaligen russischen Elite zur sowjetischen Realität jener Zeit und – gleichzeitig – die Suche nach Wegen zu einem Dialog.

Zu unserer Aufgabe gehört nicht die Beschreibung der Geschichte der Entstehung dieses Begriffs und seiner Interpretationen in den 20er und 30er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts etwa in den Schriften des bedeutenden Gelehrten, Fürsten N. S. Trubezkoi, der Professoren P. N. Sawizki, L. P. Karsawin und G. W. Wernadski, und – sodann – in den 1960 – 1980er Jahren in den Werken von L. N. Gumiljow. Zu diesem Thema gibt es ein sehr reichhaltiges Schrifttum. In den frühen 1990er Jahren – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – wurde eine Reihe von staatsbezogenen und kreativen Ideen von Eurasiern der 1920er und 1930er Jahre aufgegriffen, neu interpretiert und dienten als Anstoss zur Entstehung verschiedener Strömungen des *neuen Eurasianismus*, der in Russland durch die Namen A. G. Dugin, S. A. Panarin, M. L. Titarenko und A. G. Jugai präsentiert war. Einen besonderen Platz unter den Befürwortern dieser ideologisch-politischen Strömung nimmt das eurasische Projekt des Präsidenten von Kasachstan, N. Nasarbajew, ein.

Uns interessiert das Wesen des neuen Eurasianismus, der zu einem sehr aktuellen Gegenstand ideologisch-politischer Diskussionen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geworden ist, zu dem Gegenstand der Suche nach einer nationalen Idee, die dem Zusammenhalt und einem Aufstieg des souveränen Russland unter den Bedingungen einer harten kulturell-zivilisatorischen Expansion des Westens dienen würde. Diese Expansion führte zu einer schweren Erosion der kulturell-zivilisatorischen Selbstidentität, zu einer Apolitisierung, zu einer geistigen Depression der russischen Volkes und der anderen Völker der Russischen Föderation, zur Entstehung von Ideen eines lokalen Separatismus, eines regionalen Isolationismus wie auch zur Entstehung und Verschärfung zwischenethnischer Spannungen.

Zusammen mit zahlreichen anderen Völkern Russlands erschloss das russische Volk – im Laufe von Jahrhunderten – gelegentlich unwirtliche Gebiete Eurasiens, sammelte dabei einmalige Erfahrungen bei der Erschließung gewaltiger Räume und ihrer natürlichen Reichtümer und schuf – zugleich – reichhaltigste und vielfältigste Formen von Kultur und Zivilisation, welche die günstigsten natürlich-historischen Voraussetzungen nicht nur für das Überleben unter widrigen und harten natur-klimatischen Bedingungen, sondern auch für die Entwicklung jedes einzelnen national-ethnischen Subjekts schaffen, das sich in diesem Gebiet und in diesem Land – auf Grund einer gutnachbarlichen Koexistenz, einer Zusammenarbeit, einer Mitentwicklung, der gegenseitigen Hilfe, des gegenseitigen Einflusses, des gegenseitigen Mitlernens und einer konfliktlosen wettbewerblichen Rivalität niederlassen hat. Insgesamt ist es ein gewaltiger und unschätzbbarer Beitrag des russischen Volkes und der Völker Russlands zur Weltzivilisation.

Die dem russischen Volk eigenen positiven Merkmale – Großzügigkeit, Freundlichkeit, Aufgeschlossenheit, Gutherzigkeit, Erhabenheit, Offenheit, Geizlosigkeit – sind eine angemessene Widerspiegelung von Besonderheiten seiner natürlichen und historischen Epopöe in der sittlichen und geistigen Natur und Kultur.

Die russische Idee ist eine Idee der Erhaltung, Entwicklung und Vermehrung guter Merkmale der politischen, alltäglichen, gemeinschaftlichen Kultur und Psychologie des russischen Volkes, eine Idee seiner Anpassung an die geopolitischen eurasischen Besonderheiten des Standorts und an die zivilisatorische Vielfalt, eine Vielfalt, die sich in diesem Teil Eurasiens aus der Kreuzung machtvoller Kraftlinien einer Reihe von Kulturen und Religionen ergeben hat: aus der christlichen Religion in all ihren Erscheinungsformen, aus der mohammedanischen, der schamanischen, der buddhistischen, der konfuzianisch-daoistischen, der jüdischen Religion u.a.m.

Die nationale Identität der Bürger Russlands und seiner ethnischen Supergruppe (Überethnos) – der Russen – kann nicht umhin, jene unumstößliche Tatsache zu berücksichtigen, dass die russische Zivilisation und die Zivilisation Russlands in dem geopolitischen Raum entstanden sind, sich entwickeln und ihre lebensspendende Wirkung äußern, wo sich große Megazivilisationen überschneiden und gegenseitig beeinflussen: die großrussische Zivilisation, die slawische, die byzantinische, die romanisch-germanische, die ugro-finnische, die muslimische, die chinesische, die indische, die türkisch-mongolische Zivilisation sowie Zivilisationen von mehr als hundert kleinen Urvölkern, die im Einzugsgebiet der Wolga, im Ural, in Sibirien, im Fernen Osten und in den nördlichen Regionen leben.

All das bewirkte in der Noosphäre ein machtvolles Feld des gegenseitigen Einflusses, des gegenseitigen Lernens, einer ethnisch-kulturellen Symbiose und Synthese sowie einer kulturellen Konvergenz, die den Kulturen Russlands und der Russen, das heißt der Gesamtheit von Errungenschaften der Kulturen aller in Russland lebenden Völker, einmalige zivilisatorische Besonderheiten verliehen haben, die ja den Begriff „Eurasianismus“ auch bedeuten.

Im Hinblick auf das Obengesagte wäre es ein Fehler, die Begriffe „Die russische Idee“ und „Der moderne bzw. neue Eurasianismus“ einander gegenüberzustellen, weil die

russische Idee den machtvollen Stamm, die Lebensarterie des Eurasianismus darstellt. Leider muss man gestehen, dass der Begriff „Eurasianismus“ an sich recht einseitig scheinen kann, weil er – bei oberflächlicher Betrachtung – lediglich einen Aspekt dieses Phänomens widerspiegelt: den Ort, wo sich dieses kulturell-zivilisatorische, geistige Phänomen herausbildete. Das bewirkt allerlei Streitigkeiten, die sich lediglich auf einige zweitrangige Aspekte einer derart einmaligen Erscheinung beziehen.

Was bedeutet der Begriff „Eurasianismus“? Wie sind seine Merkmale? Worin unterscheidet er sich von der „russischen Idee“? Manche Wissenschaftler stellten sich gegen den Austausch des Begriffs „Russische Idee“ durch den Begriff „Eurasianismus“, weil das – ihrer Meinung nach – zu einer Auflösung des russischen Volkes in einer unbestimmten Masse der Einwohner Russlands führt. Andererseits wäre in diesem Kontext die Bemerkung von J. I. Piwowar recht angemessen, dass hinter dem Begriff „Russische Welt“ ein aspektreiches Phänomen steht, das das eigentliche Russland mit einem Zivilisationsfeld vereinigt, das mit ihm verbunden ist ²⁾.

Die Kritiker der Konzeption des Eurasianismus – als eines Paradigmas der Entwicklung Russlands – aus dem Lager der „Europäisten“ versuchen, ihn in Misskredit zu bringen, und berufen sich dabei auf das historische Beispiel des Eurasianismus, der nach dem Ersten Weltkrieg in den 1920er und 1930er Jahren entstand und einen unumwunden antiwestlichen Charakter trug. Aber dieses Antiwestlertum resultierte aus der Situation jener Zeit.

1. Die Hauptbesonderheit des Eurasianismus ist die Anerkennung eines spezifischen Charakters des geographischen „Entwicklungsorts“ ³⁾, der internationalen Lage und der historischen Herkunft der Zivilisation Russlands, deren Grund und Stamm die russische Kultur und deren Umgangssprache Russisch ist.

2. Der Eurasianismus erkennt den Polyzentrismus als ein allgemeinmethodologisches Prinzip ⁴⁾ an, als ein Zusammenwirken,

als eine gegenseitige Austauschbarkeit von Kulturen, der Beziehungen ihres gegenseitigen Einflusses und des gegenseitigen Mitlernens. Aufgebaut werden die Beziehungen zwischen allen Kulturen – dem Eurasianismus zufolge – horizontalmäßig auf Grund von Prinzipien der Gemeinsamkeit, der Gleichberechtigung, des Sinfonismus und der Anerkennung der Einmaligkeit von Kulturen aller ethnischer Einheiten, wenn sie sogar nur je einige Tausend Menschen zählen ⁵⁾.

3. Das eurasische Prinzip der Wechselverhältnisse von Kulturen wird auf ihrer harmonischen Wechselwirkung aufgebaut. In dieser Hinsicht ist der Eurasianismus identisch mit einer konfuzianischen Herangehensweise an die kulturelle Entwicklung, an die Harmonie der Vielfalt (*hae aer butun*) und die daoistische Dialektik der Wechselwirkung gegensätzlicher Erscheinungen in der Natur und Kultur (*hae aer aer i und fen wei aer*) – eine Verschmelzung von Gegensätzen in einer Einheitlichkeit und Spaltung der Einheitlichkeit in neue Gegensätze ⁶⁾.

4. Dem Eurasianismus ist eine Reihe von Gesetzmäßigkeiten des Werdegangs von Kulturen auf der Grundlage von Prinzipien einer konvergenten Synthese, der gegenseitigen Beeinflussung und des gegenseitigen Lernens eigen. In seiner Struktur ist er eine vielschichtige, polyethnische Polyzivilisationseinheit, die eine Koexistenz verschiedener ethnischer Gruppen und unterschiedlicher Kulturen sowohl innerhalb eines Staates als auch im globalen Maßstab gewährleistet.

Das Phänomen des Eurasianismus beinhaltet in seinem Kern Komponenten, die naturgemäß nicht nur den Kulturen von Völkern Eurasiens eigen sind. Der Eurasianismus geht – im Gegensatz zu dem Eurozentrismus – von der Gleichberechtigung und einer horizontalen Struktur gegenseitiger Beziehungen zwischen verschiedenen Kulturen aus, während der Eurozentrismus von den vertikalen Beziehungen zu Kulturen ausgeht, wo eine Kultur als die höhere, die anderen Kulturen jedoch als minderwertige qualifiziert werden. Das Strategem des Eurozentrismus betrachtet die Assimilation anderer Kulturen und das Aussterben einzigartiger kleiner Kulturen als

eine normale und unvermeidliche Erscheinung, verlangt den Ersatz eigenständiger Systeme kultureller Werte durch gewisse „universelle“ Werte, eigentlich durch Werte der westlichen Massenkultur.

Unter dem Vorwand eines „Einzugs in die Weltzivilisation“ wollen russische Eurozentristen die geistigen Prinzipien der russischen und der slawischen Kultur, der Kultur Russlands demoralisieren, die geistigen Werte der russischen Kultur unterspülen. Unter dem gleichen Vorwand wollen sie – in politischer und ökonomischer Hinsicht – auch die politische und innere Stabilität Russlands als eines multinationalen und multikonfessionellen geschlossenen Einheitsstaates schwächen.

Dieselbe Frage erhob sich in den Diskussionen und in der politischen Konfrontation des Westler, der Anhänger einer Europäisierung Russlands, einerseits und der Slawophilen, sodann auch der russischen Potschwenniki-Etatisten andererseits. Die letzteren betonten einen besonderen, ja einzigartigen Charakter der russischen Kultur als Symbiose, Synthese vieler Kulturen und historischer Erfahrungen vieler Völker, die historisch auf dem Territorium Russlands oder daneben gewohnt haben oder wohnen.

Heute geht es vor allem um eine konvergente Verknüpfung und Synthese der ursprünglichen russischen slawischen Kultur mit einer von Byzanz – zusammen mit dem Christentum – übernommenen mächtigen Schicht aus der humanitären und politischen Kultur. Zu dieser Kulturschicht gehören auch die Kulturen ugro-finnischer, turksprachiger und tatarisch-mongolischer Völker, über die Russland – indirekt – auch Fragmente der materiellen und der politischen Kultur Chinas und Indiens aufnahm⁷⁾.

In diesem Zusammenhang schrieb Georgi Wernadski: „Das russische Volk hat zwei reiche historische Erbstücke bekommen: das mongolische und das byzantinische. Das mongolische Erbe ist der Eurasische Staat. Das byzantinische Erbe – die orthodoxe Staatlichkeit. Die beiden Grundlagen

sind in der historischen Entwicklung des russischen Volkes eng miteinander verschmolzen. Wenn man aber die Fäden dieser Entwicklung entwirrt, darf man die Anwesenheit der beiden Grundlagen dieser Entwicklung nicht vergessen und den Einfluss sowohl der einen Grundlage als auch der anderen nicht übersehen. Das Verhältnis zwischen dem mongolischen und dem byzantinischen Einfluss in der russischen Geschichte ist teilweise ein Verhältnis zwischen der Struktur der Tatsache und der Struktur der Idee“⁸⁾.

Aber N. S. Trubezkoi ging sogar noch weiter und behauptete zum Beispiel folgendes: „Fast das gesamte Gebiet der heutigen UdSSR war einst Teil der mongolischen Monarchie, die von dem großen Dschingis Khan gegründet wurde. Der Beitritt von Chiwa und Buchara, die eine illusorische Unabhängigkeit unter den letzten russischen Kaisern behalten hatten, zur UdSSR und die Ausrufung einer Sowjetrepublik in der Mongolei sind eine Fortsetzung und Stärkung der historischen Beziehungen Russlands mit der Monarchie von Dschingis Khan. Auf demselben Wege kann man mit Sicherheit – in der Zukunft – auch den Beitritt des chinesischen Turkestan voraussagen. Auf diese Weise ist – in historischer Perspektive – der moderne Staat, den man sowohl Russland als auch die UdSSR nennen kann (es kommt ja schließlich nicht auf die Bezeichnung an), ein Teil der großen mongolischen Monarchie, die von Dschingis Khan gegründet wurde“⁹⁾.

Es sollte extra betont werden, dass der moderne russische Eurasianismus eine objektive planetarische Tatsache, eine geographische, humanitäre und soziale Realität ist, die den geopolitischen und den globalen Standort Russlands widerspiegelt. Russland umfasst bekanntlich Teile des europäischen und des asiatischen Raums und verbindet sie zu Eurasien, beinhaltet in seinem Bereich Elemente der europäischen und der asiatischen Kultur und synthetisiert die geistige Kultur von höchster anthropokosmischer Qualität.

Dem genetischen Kode des russischen Eurasiens entspricht auch eine bestimmte Art von Weltanschauung, die sich

– konzentriert – in der Idee eines neuen Eurasianismus ausgedrückt. Sie existierte immer seit der Geburt Russlands, aber der Prozess ihrer Erkennung beschränkte sich auf einen kleinen Kreis von Denkern, während die Idee selbst leider – in ihrem wahren Sinne – auf der Ebene des Unterbewusstseins des Volkes verblieb oder sich in zweifelhaften religiösen Formen ausdrückte, durch fremdartige spekulative politische Doktrinen missbraucht und durch eine – einseitig westlerisch orientierte – Staatsmacht missachtet wurde.

In der heutigen Zeit verflüchtigen sich diese Doktrinen, während die Idee des Eurasianismus – in aktualisierter Form – wieder an die Oberfläche des Selbstbewusstseins ethnischer Gruppen Russlands kommt. Als Subjekte ihrer Wiedergeburt, ihrer kategorialen Gestaltung und ihrer Verankerung im nationalen Boden treten die Vertreter der nationalen wissenschaftlichen und geistigen Elite auf – die Erben herausragender russischer Denker des philosophischen und religiösen Eurasianismus.

Für Russland ist die Idee des neuen Eurasianismus ein Schlüssel zur Lösung nicht nur eines geopolitischen Problems, sondern auch der geistig-humanistischen Identität der russischen Nation und der Entschlüsselung der geistigen Geheimnisse der russischen Zivilisation, ihrer Teleologie und ihrer prinzipienbildenden Grundlagen, ohne die sie nur als ein Epigone (Nachahmer), ein Nebenprodukt der romanisch-atlantischen Zivilisation betrachtet werden kann. Die Idee des neuen russischen Eurasianismus verleiht der russischen Kultur neue Kräfte, die in das Einflussbereich dieser Kultur andere Kulturen der Völker Russlands einbezieht, für sie neue Aussichten der Mitentwicklung, der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit von Menschen und Völkern Russlands eröffnet und das Potential des Zusammenwirkens auf Grund der Einsicht in die Gemeinsamkeit des historischen Schicksals erschließt.

Die Idee des neuen Eurasianismus im Status des *allgemeinen Grundsatzes des Eurasianismus* weist nicht nur rein russische und

russlandbezogene, sondern auch globale Eigenschaften auf. Der Eurasianismus zeigt eine Alternative für die Absorption bestimmter Kulturen, Zivilisationen und ethnischer Gruppen durch andere, er wird zu einer Stammidee für die Bildung einer künftigen neuen Ordnung planetarischer zwischenzivilisatorischer Beziehungen, die eine Ökologie von Kulturen und Zivilisationen, die Erhaltung einer ethnischen und zivilisatorischen Vielfalt sichert. Wenn der Eurasianismus dies behauptet, dient er als ein Faktor der globalen Entwicklung und legt den Schwerpunkt im Verständnis des historischen Fortschritts ausgerechnet auf die Gleichberechtigung des Wegs jedes Volkes, auf die Achtung seiner Wahl und auf die gegenseitige Bereicherung verschiedener Kulturen.

Der neue Eurasianismus tritt als Nachfolger, Fortsetzer und Hüter großer humanistischer konziliarer Traditionen der russischen Kultur auf. Er bietet die Möglichkeit, die uralte Polarisierung entlang der Linien Ost – West, Nord – Süd zu überwinden und ebnet den Weg für den Wohlstand aller Nationen im eurasischen Raum. Der neue Eurasianismus beinhaltet einen einzigartigen Mechanismus der Konvergenz, der Koordination, der Mitentwicklung und der Mitprosperität sowohl der asiatischen als auch der europäischen Kultur. Dieser Mechanismus erhebt, belebt und inspiriert tiefgreifende nationale Traditionen, öffnet deren Quellen, zeigt deren Einheit und Verschiedenheit, formt Methoden ihrer klanglichen Übereinstimmung.

Einer der Gründer des Eurasianismus in den 1920er und 1930er Jahren, Fürst N. S. Trubezkoi, charakterisierte das Wesen der Eurasianismus als Reflexion der Gemeinsamkeit von Schicksalen der Völker Eurasien wie folgt: „In der eurasischen Bruderschaft sind die Völker nicht auf Grund dieser oder jener einseitigen Reihe von Merkmalen miteinander verbunden, sondern gemäß der Gemeinsamkeit ihrer historischen Schicksale. Eurasien ist eine geographische, wirtschaftliche und historische Einheit. Die Schicksale der eurasischen Völker sind miteinander eng verflochten und bilden ein riesiges Knäuel, das sich nicht mehr auflösen lässt...“¹⁰⁾.

Auf der theoretischen und der praktischen Ebene trägt der neue Eurasianismus den genetischen Kode der gesamten eurasischen Kultur, er verknüpft diesen Kode mit dem ethnischen Boden und der zivilisatorischen Wirklichkeit („Standort“, „Entwicklungsort“ der Zivilisation) und desakralisiert somit das heilige Mysterium des geistigen Kerns zivilisatorischer Systeme, überwindet, „lindert“ den Reflex der Abgekapseltheit, prädisponiert zu einer Offenheit. Dabei garantiert er zugleich eine Konfliktlosigkeit, Unversehrtheit und Prosperität jeder ethnischen Kultur.

Diese Gesetzmäßigkeiten des Eurasianismus werden deutlich sichtbar auch in der Kultur Chinas, angefangen mit der Antike. Zum Beispiel finden sie in den konfuzianischen Ideen über Humanität, Fleiss und Freundlichkeit sowie im Prinzip «Tue den anderen nicht das, was du sich selbst nicht wünschst» eine Widerspiegelung. Genau so wie in den zehn Prinzipien von Mo-Zi, in solchen wie etwa «Die allgemeine Liebe und der beiderseitige Nutzen», «Gegen Verschwendung und für Kosteneinsparungen», «Der Stärkere hilft den Schwächeren», «Gerechtigkeit und Gemeinnutz [für die Gesellschaft]» usw.

Die Gegenwart markierte diese Ideen in dem in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts verkündeten Prinzip *janu* (Verbindung der vollkommenen geistig-sittlichen Kultur Chinas mit der „Technologie und Technik aus Übersee“), in dem Prinzip der schöpferischen Meisterung der ausländischen Erfahrungen – *Huaxi* («Chinaisierung des Westlichen»), übrigens in dem Prinzip, an dem in den frühen zwanzigsten Jahrhunderts Sun Yat-sen gearbeitet hatte, in dem derzeitigen Aufbau eines „Sozialismus mit chinesischer Spezifik“ auf Grund von Offenheit, Reformen und Modernisierung zusammen mit dem „Aufbau der sozialistischen geistigen Kultur“ und in der „Entwicklung eines Menschen aus dem Material hoher Geistigkeit“.

All das bestätigt die planetarische Objektivität des Eurasianismus, seinen globalen Charakter und zeigt, dass der geistigen Kultur Chinas, Indiens, unserer anderen asiatischen Nachbarn viele Ideen

des neuen Eurasianismus nicht fremd sind. Dabei läuft eine nationale kulturologische Modifikation dieser Ideen.

In weltanschaulicher Hinsicht schafft der neue Eurasianismus ein planetarisches Feld, in dem – erstens – jede Kultur ihren Platz gegenüber den anderen Kulturen konkretisiert, zweitens eine Wiederentdeckung der eigenen Traditionen verwirklicht, die die Aktivität des Bewusstseins in Richtung auf die Selbstidentität anregen. Drittens: sie findet – entsprechend ihrer Natur – ihren eigenen Weg der Existenz und Entwicklung. Viertens: gemeinsam mit anderen Kulturen beteiligt sie sich an der Schaffung eines geistigen Wortschatzes der Menschheit. Fünftens erlangen alle Kulturen eine Geschlossenheit, in der die Möglichkeit innerkultureller Konflikte beseitigt und der Zustand einer Sinfonie und eines konstruktiven Dialogs der gegenseitigen Bereicherung von Kulturen erreicht wird.

In diesem Feld läuft bereits der wahre Dialog der chinesischen und der russischen Kultur. Und dieser Dialog wird sich noch vertiefen. Auf der Seite Chinas erhebt sich hier ein Mensch von *hoher Geistigkeit*, auf der Seite Russlands – ein Mensch der Geistigkeit des *neuen Eurasianismus*. Eben diese Menschen werden einen Dialog in der Sprache des geistigen Wortschatzes der Menschheit führen.

Die Idee der eurasischen Identität der geopolitischen Lage Russlands und seiner Zivilisation hat – unserer tiefen Überzeugung nach – eine grundlegende Bedeutung für eine gesunde Entwicklung des Landes, für die Gewährleistung seiner Ganzheit und seiner inneren Stabilität, weil die Idee des Eurasianismus die historischen Wurzeln und die inneren autochthonen und externen zivilisatorischen Komponenten berücksichtigt, dank deren Synthese die russische Kultur entstanden und zum Kern der Kultur Russlands geworden ist. Ihr hohes Ansehen machte sie zu einem Zubringer und Antrieb für den Aufstieg und die Prosperität von Kulturen der anderen fremdsprachigen Völker, die Russland bewohnen, und verwandelte Russisch in einen Vermittler der Kommunikation zwischen den nationalen Sprachen und den nationalen

Kulturen aller Völker Russlands mit der Weltzivilisation, mit der Weltkultur.

Jede Missachtung der Idee des Eurasianismus führt zu einem Bruch der Kommunikation von kleineren Kulturen, kleineren Völkern der Russischen Föderation mit der Weltkultur, verlangsamt die Entwicklung dieser Kulturen und Völker. Die Vertreter der Elite dieser Kulturen sind gezwungen, bewusst oder unbewusst nach einem Ersatz für die russische Kultur, für die russische Sprache und für die anderen Komponenten unserer Gemeinsamkeit zu suchen und sich an eurozentrische Ansätze zu halten, was einen Ersatz der russischen Sprache und der russischen Kultur als Vermittler der Kommunikation von Kulturen der kleineren Nationen durch die englische Sprache und – dementsprechend – durch eine Verstärkung des Einflusses der amerikanisch-europäischen Kultur fördert, die den Traditionen dieser Völker fremd ist.

Das Ignorieren des eurasischen Wesens unserer Kultur führt eigentlich zu einer Untergrabung der Einheit und zu einer Zerstörung des „Zivilisationskreises“ Russlands. Das eurasische Paradigma führt aber zu einem Zusammenhalt der in Russland lebenden Völker rund um die russische Kultur. Schon der hervorragende Erforscher der Weltzivilisation Arnold Joseph Toynbee hat festgestellt, dass „die Russen in den Beziehungen mit Nichtrussen keine Gefühle der Verachtung gegenüber anderen Nationen äußern“. Seinen Worten zufolge „ist es eine wirklich freundschaftliche und bewunderungswerte russische Tradition“¹¹⁾.

Das russische Volk stellt den Kern der russischen Staatlichkeit und die zahlreichste Nation dar, die eine einzigartige Kultur geschaffen und unter ihrer Führung ein riesengroßes Territorium vereinigt hat. Die Russen haben Beziehungen der gutnachbarlichen Zusammenarbeit, der Koexistenz und der Mitentwicklung mit mehr als 120 Nationalitäten und Völkerschaften hergestellt. Die Autoren des grundlegenden Werks «Russische Doktrin» stellen mit Recht fest: „Die russische Kultur ist eine hervorragende Kultur

der Aneignung von sozialen Werten. Die Russen eignen sich kulturelle Reichtümer verschiedener Traditionen an, bevorzugen aber, weder auf etwas zu verzichten noch sich von etwas loszusagen. Dank dieser Qualität unserer Kultur kann in Russland alles Wertvolle zusammenleben, was die Menschheit hervorgebracht hat»¹²⁾.

Nach Ansicht der Autoren des obengenannten Werkes ist „die russische Doktrin eigentlich eine weltumfassende Doktrin, die sich jedoch in erster Linie zu Russland selbst hinwendet»¹³⁾. In diesem Sinne ist sie eine grundsatzbildende Basis des Eurasianismus, ein ideologischer Orientierungspunkt des Staatsaufbaus, eines inneren – gegenseitig nutzbringenden – Dialogs zwischen den nationalen Kulturen und innerhalb der einheitlichen russischen Zivilisation. Einige Politiker und Autoren wissenschaftlicher Abhandlungen zu Fragen der Kulturologie ziehen nicht selten vor, die Kernrolle der russischen Kultur und der russischen Zivilisation im Werdegang und in der Entwicklung der einheitlichen Zivilisation Russlands nicht zu betonen.

Diese Menschen nennen die erwähnte Kultur auch dann, wenn es gerade um die russische Kultur, um die russischen Erfahrungen und um die Traditionen der russischen Zivilisation geht, die Kultur Russlands, die Zivilisation Russlands. Eine solche Nachlässigkeit ist keineswegs harmlos und kann recht unerwünschte Folgen bewirken. Eine solche Herangehensweise führt zu einer Erosion der nationalen Identität des russischen Volkes und zu einer Herabwürdigung der historische Rolle der russischen Kultur und der russischen Zivilisation sowohl im Rahmen Russlands als auch weltweit.

Die Gleichsetzung der russischen Kultur und der Kultur Russlands würdigt die Rolle von Kulturen anderer Völker unseres Landes herab, führt zu einer Ignorierung von spezifischen Merkmalen und Besonderheiten der Kulturen anderer Völker, die ebenfalls einen großen Beitrag zur Entstehung der Kultur Russlands als Kompendium der allgemeinen spezifischen Eigenschaften und Errungenschaften

leisten, eine Sinfonie der kulturellen Vielfalt und der zivilisatorischen Entwicklung aller Völker Russlands schaffen.

Seinerzeit hat N. J. Danilewski treffend festgestellt: „Weder die wahre Bescheidenheit noch der wahre Stolz erlauben es Russland, als Europa zu gelten... Lediglich Gernegroße, denen Anstand und edler Stolz unbekannt sind, drängen sich in einen Kreis hinein, den sie für den höchsten Wert halten; Menschen aber, die sich ihrer Vorzüge bewusst sind, bleiben in seinem Kreis, ohne ihn (in keinem Fall) für sich selbst als erniedrigend zu betrachten, und bemühen sich, ihn so zu veredeln, dass man dann niemanden und um nichts beneiden muss“¹⁴⁾.

Aber eingedenk der widersprüchlichen Geschichte des zaristischen Russlands darf man auch nicht in das andere Extrem verfallen, wenn alles Positive in unserer Geschichte für slawisch erklärt wird. Derselbe N. J. Danilewski sprach von Russland als einem «adoptierten Europa»¹⁵⁾, rief auf, den Beitrag anderer ethnischer Gruppen zur russischen Identität nicht zu vergessen. Gerade gestützt auf eine solche Herangehensweise kann man die Selbstidentität der russischen ethnischen Einheit, des russischen Staates und der russischen Eliten bestimmen.

Die durch die behördliche Überheblichkeit oder Ignoranz bewirkte „Synonymierung“ der Begriffe der russischen Kultur und der Kultur Russlands in den Massenmedien und in der staatlichen Praxis gibt den Vertretern anderer Nationalitäten den Anlass, den Persönlichkeiten der russischen Kultur und der großen russischen Kultur die Missachtung der Kulturen anderer – nicht-russischer – Völker Russlands vorzuwerfen. So erweisen sich russische intellektuellen, Kulturschaffende, russische staatsmännische Patrioten als schuldig ohne Schuld.

Die Kultur Russlands und die russische Kultur, die viele Errungenschaften der westlichen und östlichen Kulturen – kreativ – übernehmen und weiterentwickeln, haben ein System zivilisatorischer Werte erarbeitet, das imstande ist, im Wechselwirken mit anderen östlichen Zivilisationen eine Alternative zur aggressiven und destruktiven Ideologie der allgemeinen Verwestlichung zu werden. Dieses System der

Werte ist in der Lage, einen Beitrag zur Harmonisierung der Welt, zur Schaffung von Bedingungen für die Erhaltung und ein Aufblühen der Vielfalt von Kulturen und Zivilisationen, zur Entwicklung eines konstruktiven Dialogs zwischen ihnen zu leisten.

Wenn man von der Selbstidentität Russlands und seiner Völker spricht, darf man nicht geopolitische Faktoren übersehen. Immerhin nehmen Sibirien und der Ferne Osten 2/3 des Territoriums Russlands ein. Neben den Russen und den – ihnen nahestehenden – anderen slawischen Völkern leben in Russland mehr als 100 größere Nationen und Völkerschaften, darunter Dutzende von Urvölkern Sibiriens und des Fernen Ostens, die sich an Europa nicht «anschnallen» lassen, wenn man den fehlerhaften Weg einer Verwestlichung oder den Weg einer bankrotten Konzeption des Multikulturalismus nicht einschlägt.

Asiatische Länder und Völker zählen Russland zu der europäischen Kultur, während die Europäer – besonders die Westeuropäer – Russland vor allem in asiatischer Hinsicht betrachten. Keiner dieser Standpunkte bietet eine vollständige Vorstellung von der Identität der Kultur Russlands, insbesondere der russischen Kultur. Das Ignorieren des eurasischen Wesens der geopolitischen Lage Russlands und seiner zivilisatorischen Identität, die Dominanz des Eurozentrismus in Ideologie und Politik, Versuche, das gesamte Territorium Russlands als einen Raum des «großen Europas» darzustellen, all das bewirkt Widersprüche in der Entwicklung des Landes und führt zu kontinuierlichen Schwankungen in seiner Politik, untergräbt die internationale Geschlossenheit der Russen und anderer Völker Russlands, führt zu einer Unterspülung der Identität der Kultur und zu einer Schwächung der Position Russlands in der Weltbühne.

Ein beredtes Beispiel dafür ist die Nichtteilnahme der Russischen Föderation (zumindest bis zur jüngsten Vergangenheit) am Dialog führender Politiker Europas und Asiens im Rahmen wichtiger politischer Foren. Die Vertreter

der westlichen Länder glauben, dass Russland für die Teilnahme an den Dialogen durch asiatische Länder empfohlen werden muss, weil der größte Teil des Territoriums Russlands in Asien liegt. Asiatische Länder aber sind der Ansicht, dass Russland durch europäische Staaten vertreten sein muss, und berufen sich dabei auf die Tatsache, dass Russland ständig darauf besteht, eine europäische Großmacht zu sein.

Leider zeichnete sich auch die innere Politik Russlands – seit den Zeiten Peters I. – nicht durch eine Konsequenz bei der Lösung von Fragen der geopolitischen und zivilisatorischen Identität des Landes und seiner Kultur aus. Peter I. trieb Russland nach Europa. In der sowjetischen Zeit riefen W. I. Lenin und einige seiner engsten Anhänger auf, gegen asiatische Komponenten der russischen Politik und Kultur (gegen das „Asiatentum“) zu kämpfen. All dies verstärkte die Dominanz des Eurozentrismus in der Politik des Landes und bagatellierte – unter anderem – die Bedeutung der echt russischen, slawischen Wurzeln und Komponenten der Zivilisation Russlands. In der praktischen Politik äußerten und äußern sich bis jetzt ähnliche Tendenzen darin, dass der Eurozentrismus in allem dominiert. Er hat eine konkrete ökonomische und politische Gestalt angenommen:

- in der Konzentration des Anlagevermögens und der strategischen Ziele der Entwicklung des Landes im europäischen Teil und in der Umwandlung Moskaus in einen Supermonopolisten im Bereich der finanziellen und anderen Ressourcen des Landes;

- in der Umwandlung der riesengroßen östlichen Regionen – de facto – in eine an Ressourcen reiche Quasikolonie des europäischen Teils des Landes. Aus Sibirien und aus dem Fernen Osten wurden und werden – mit Hilfe eines ungleichen Austausches, aber auch ohne jeglichen Austausch – Ressourcen ohne eine angemessene Entschädigung für die Entwicklung und den Aufstieg der östlichen Regionen abgepumpt;

- in der einseitigen – hässlichen – Entwicklung von Regionen des Ostens Russlands. Die rohstoffliche Ausrichtung

der Wirtschaft wurde hier eine Dominante. Erst in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts und vor allem in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges erhielt Sibirien große Industrieunternehmen, kulturelle und wissenschaftliche Objekte, die aus dem europäischen Teil verlagert worden waren. Allerdings entstanden dort auch früher solche industrielle Giganten wie das Hüttenkombinat Kuznezsk, eine Reihe von Maschinenbaubetrieben im Fernen Osten, in Ost- und Westsibirien. Bei der Erschließung der Region im Hinblick auf Arbeitskräfte-Ressourcen spielten jedoch Zwangsarbeitsformen in Form von GULAG-Lagern eine bedeutende Rolle, was diesem Landesteil nicht gerade den verlockendsten Ruf verlieh, welcher – trägheitshalber – bis zum heutigen Tag bestehen bleibt (GULAG ist eine russische Abkürzung für „Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager und -kolonien“);

– in der Verschärfung von Widersprüchen in der russischen Kultur und Zivilisation im Allgemeinen. Unter dem Druck einer Verwestlichung wurden nationale Besonderheiten der russischen Kultur und der Kultur anderer Nationalitäten ausradiert und in fremden zivilisatorischen und religiösen Traditionen von Völkern aufgelöst, unter anderem auch in fremdartigen und minderwertigen Mustern der europäischen und amerikanischen Massenkultur. Darüber hinaus waren – gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts – die Kultur und Zivilisation Russlands derart herabgewürdigt worden, dass auf der politischen Ebene die „Aufgabe eines Einzugs in die Weltzivilisation“ gestellt wurde, was – eigentlich – eine Marginalisierung der Kultur Russlands bedeutete.

Noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts, als der zentralisierte russische Staat in Form des Russischen Zarenreichs konsolidiert wurde, formulierte M. W. Lomonossow, der Begründer der russischen Wissenschaft und Bildung und der Reform der russischen Sprache, zum ersten Mal umfassend drei strategische Ziele, die der Russische Staat lösen musste, um seine nachhaltige und normale Entwicklung sichern und die ihm von der

Geschichte dafür zugeteilte Rolle spielen zu können. Diese drei programmatischen Aufgaben laufen auf folgendes hinaus.

Erstens wird „die russische Macht durch Sibirien und den Nördlichen Ozean wachsen und die wichtigsten europäischen Siedlungen in Asien und in Amerika erreichen“¹⁶⁾.

Zweitens: „Wenn... sich der gewünschte Weg über den Nördlichen Ozean nach Osten öffnet, dann wird es möglich sein, die russische Macht im Osten ungehindert zu stärken und zu verbreiten und dabei den trockenen Weg über Sibirien zu den Ufern des Pazifiks mit dem Seeweg zu verknüpfen“¹⁷⁾.

Drittens: für eine Schlüsselaufgabe der russischen Staatsmacht hielt der große Gelehrte die „Wahrung“ und „Vermehrung des russischen Volkes“ mindestens um 1 Million Neugeborene pro Jahr. Gleichzeitig maß er der Herstellung guter Beziehungen der russischen Bevölkerung mit den Urvölkern Sibiriens und des Fernen Ostens große Bedeutung bei.

Seitdem sind mehr als 250 Jahre vergangen, aber die drei von M. W. Lomonossow gestellten strategischen Aufgaben als Bedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung Russlands bleiben nach wie vor ungelöst und außerordentlich akut.

Hervorragende Denker Russlands betonten auch in späteren Zeiten immer wieder die außerordentliche Bedeutung der Entwicklung und Erschließung Sibiriens und der Lösung der obengenannten Aufgaben. Dabei wurde besonders auf die Notwendigkeit hingewiesen: die Politiker, die gesamte russische Elite müssen die geopolitische Realität erkennen, nämlich eine äußerst ungewöhnliche eurasische geographische Lage Russlands. Betont wurde auch die Bedeutung der Nutzung des internationalen Faktors, nämlich der Zusammenarbeit mit unseren fernöstlichen Nachbarn bei der Erschließung Sibiriens und des Fernen Ostens. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Notwendigkeit, das Zusammenwirken, die gegenseitige Verständigung und sogar die bündnismäßigen Beziehungen mit China zu stärken.

D. I. Mendelejew, Russlands großer Gelehrter und Patriot machte in seinem Werk „Vertrauliche Gedanken“ eine besondere

Betonung auf die Wichtigkeit der russisch-chinesischen Zusammenarbeit. Er wies darauf hin, dass sie eine anhaltende Bedeutung für die Schaffung günstiger Bedingungen der Mitentwicklung unserer Länder hat. Der Wissenschaftler schrieb: „China, das immer schon originell selbständig war, kann noch stärker wachsen, und für uns wird es umso nützlicher sein, je mehr wir uns inzwischen mit den Chinesen anfreunden“⁽¹⁸⁾.

D. I. Mendelejew hob die Bedeutung der russisch-chinesischen Zusammenarbeit für die allgemeine Weltordnung hervor und betonte dabei: „Ein Bündnis Russlands mit China wird zum der Vorläufer eines gemeinsamen friedlichen Bündnisses schon aus dem Grund sein, weil ihm mehr als ein Drittel aller Menschen angehören würde. Und dieses Bündnis könnte nicht anders als nur friedlich und schützend sein, zumal die beiden Verbündeten eine ganze Unmenge dringender innerer Bedürfnisse, aber auch so viele Ressourcen haben, wie es in keinem anderen Paar der übrigen Staaten gibt, während die beiden derartigen Verbündeten wie Russland mit China nicht gewöhnt sind und nicht einmal wollen, ihre Fäuste zu zeigen“⁽¹⁹⁾.

In den ersten fünf Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion legte sich die russische Politik eine hässliche und einseitig prowestliche Orientierung in dem wirtschaftlichen und dem humanitären Bereich sowie in anderen Bereichen zu. Die verheerenden Folgen einer solchen ungerechtfertigten Ausrichtung sind bekannt und erfordern keine ausführlichen Kommentare. Die allmähliche Richtigstellung einer solchen schweren einseitigen Neigung setzte mit der kurzlebigen Dienstzeit von Jewgenij Primakow als Ministerpräsident ein. Sodann hat diese Tendenz eine schrittweise Entwicklung und Stärkung während der Präsidentschaft von W. W. Putin erfahren. Ein positives Ergebnis dieses Kurses ist die Festigung der inneren Stabilität in Russland und seiner internationalen Lage, was das offensichtliche Zeugnis eines konstruktiven Charakters der eurasischen Orientierung darstellt.

Unserer Meinung nach darf jede strategische Konzeption der Entwicklung – sowohl Russlands als ganzes Land als auch

der einen oder anderen seiner Regionen – das eurasische geopolitische Wesen unserer Zivilisation nicht übersehen, muss es ja in Betracht ziehen. Deshalb müssen die Pläne für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Russischen Föderation bis zum Jahr 2030 sowie regionale Programme für die langfristige Entwicklung auf dem Paradigma der Eurasianismus basieren.

Das Konzept „Russland als eurasische Großmacht“ erfordert eine ernsthafte Reformierung des derzeitigen Systems für die Verwaltung der Wirtschaft und für tiefgreifende Veränderungen von Formen und Methoden der Verwaltung der Landesregionen vom Zentrum aus.

Erstens: ein harter politischer Monozentrismus, diktiert durch die Geräumigkeit des Landesterritoriums und das Vorhandensein des vor Ort entstehenden Separatismus, durch die Rolle regionaler Faktoren, muss nichtsdestoweniger mit der notwendigen Rücksicht auf die geografische, kulturelle und soziale Eigenart von Regionen kombiniert werden und – in wirtschaftlicher Hinsicht – ein erhebliches Potenzial der regionalen Selbständigkeit vorsehen; dasselbe gilt für die Rechte der Regionen auf eine kreative Selbstvervollkommenung und Modifizierung, für das Recht, die aus dem Zentrum kommenden allgemeinen Hinweise an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen.

Zweitens: eine richtige Lösung von Problemen der Entwicklung Russlands als eurasische Großmacht erfordert eine ernsthafte Reformierung seines Verwaltungs- und Wirtschaftssystems, eine Konsolidierung administrativer Strukturen. Die Erfahrungen aus dem wirtschaftlichen Aufschwung der entwickelten Länder des Westens, der USA und Japans – aber auch Chinas – bieten das Beispiel einer Teilung von Funktionen für die Verwaltung der Prozesse der Wirtschaftsentwicklung zwischen der Hauptstadt und den regionalen Zentren.

In Amerika verfügen das politische Zentrum (Washington) und die Wirtschaftszentren über erhebliche Rechte in der

Selbstverwaltung und bei der Lösung wirtschaftlicher Probleme. Beispielsweise: New York, Philadelphia, Atlanta – an der Ostküste; Chicago, Detroit, Kansas City – in der Mitte des Landes; San Francisco, Los Angeles, San Diego – an der Westküste. In China teilt allerdings Peking als politisches und wirtschaftliches Zentrum wirtschaftliche Rechte in der Verwaltung mit solchen wirtschaftlichen und kulturellen Großzentren wie Schanghai, Schenyang, Harbin, Changchun, Tianjin, Chongqing, Wuhan, Guangzhou, Taiyuan, Xian und Urumtschi. In Japan sind – neben der Hauptstadt Tokio – auch Osaka, Kyoto, Sapporo und Niigata Zentren der wirtschaftlichen Entwicklung. In Deutschland sind wirtschaftliche Hebel zwischen Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, München, Düsseldorf, Köln, Leipzig, etc. verteilt.

Leider ist in Russland das absolut dominierende Zentrum – nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher und in jeder anderen Hinsicht – Moskau, in dem sich – übrigens – auch die wichtigsten Finanzströme konzentrieren. Die anderen großen Regionen, auch Sankt Petersburg, das man sogar die zweite Hauptstadt nennt, spielen in dieser Hinsicht eine sekundäre Rolle. Was die großen Zentren im Ural, in Sibirien und im Fernen Osten anbelangt, so wird deren Bedeutung in hohem Maße auf enge wirtschaftliche Möglichkeiten in dem einen oder anderen Bereich begrenzt. Banken in Sibirien und im Fernen Osten können – wegen ihrer begrenzten finanziellen Möglichkeiten – nicht die ihnen zustehende Rolle bei der Förderung, der Investierung und der sozial-wirtschaftlichen Stimulierung dieser Regionen spielen und sind – nicht selten – nur größere regionale Wechselstuben.

Für eine effizientere Durchführung der sozial-ökonomischen Entwicklung Sibiriens und des Fernen Ostens auf lange Sicht würde es sich lohnen, an eine Vergrößerung, die Gründung dreier gesamtregionaler Zentren nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die politische Regelung in der westsibirischen, der ostsibirischen und der fernöstlichen Region zu denken. Als Koordinator all dieser Arbeiten muss wohl ein hochangesehener Staatsmann im Rang des ersten Vizepremiers wirken.

In den USA, Japan, Australien, Kanada und in einigen lateinamerikanischen Ländern gibt es spezielle Regierungseinrichtungen und Ministerien, die die Entwicklung rückständiger Regionen regeln. In Japan beispielsweise hat es lange Zeit einen Minister für die Entwicklung von Hokkaido gegeben. Heute ist in Russland die Struktur von Vertretern des Präsidenten in den Regionen gebildet worden. Dies ist eine Entscheidung auf dem richtigen Weg, aber sie bedarf einer weiteren Vervollkommnung sowohl in administrativ-politischer als auch in finanzieller Hinsicht.

Das Paradigma des modernen russischen Eurasianismus spiegelt die Besonderheiten der geopolitischen und zivilisatorischen Entwicklung unseres Landes wider und ist nicht gebunden an eine oder andere pro-westliche oder pro-asiatische Orientierung. Und umgekehrt: gerade die Verbreitung der Eurozentrismus untergräbt die internationale Position Russlands und verwandelt es eigentlich in einen Juniorpartner des Westens, in dessen Rohstoff-Anhängsel.

Der Neoeurasianismus tritt als eine Alternative zum Eurozentrismus und zum vulgären Westlertum auf. Das geschieht nicht nur im Hinblick auf die innere Konsolidierung Russlands als eines einheitlichen multiethnischen Staates, sondern auch in internationaler Hinsicht, weil er sich gegen die Nivellierung der nationalen Kulturen und gegen Konzepte der Unipolarität stellt, und ideologisch-theoretische, politische und zivilisatorische (vor allem zivilisatorisch- kulturelle) Grundlagen für die Bildung einer polyzentrischen Welt für das Aufblühen der Weltzivilisation als einer Symphonie vielfältiger Kulturen schafft.

Später trat das Thema der Pluralität von Entwicklungswegen für eine gewisse Zeit in den Hintergrund: das Frohlocken des Westens nach dem Zusammenbruch der UdSSR bewirkte die Illusion einer Allmacht des euro-amerikanischen Modells, während die asiatische Finanzkrise des Jahres 1998 die Lebensfähigkeit von «Wirtschaftswundern» in Ost-Asien in Zweifel zog. Aber heute demonstriert China, dass – unter den Bedingungen der weltweiten Krise – beispiellos hohe

Wachstumsraten behalten hat, dass die Erreichung von Zielen der Entwicklung und Modernisierung nicht mehr an das Kopieren der westlichen Rezepte gebunden ist.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die gegen Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts ausbrach, erlangte einen Systemcharakter. Die Krise legte die Haltlosigkeit der grundlegenden Thesen von Befürwortern des Liberalismus bloß, die bestrebt waren, die ganze Welt an die «Allmacht» des Marktes glauben zu lassen, der angeblich fähig wäre, «selbständig» – ohne irgendwelche Einmischung des Staates – das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand zu gewährleisten. Jetzt sparen die Regierungen führender westlicher Länder nicht an Kräften und Mitteln, um keine tiefe Rezession ihrer Volkswirtschaften zuzulassen und das Tempo der Erholung zu beschleunigen.

Die Krise demonstrierte die Beschränktheit des westlichen Modells und die Gefahr der Politik einer “allgemeinen Verwestlichung” für Länder, die zu anderen Kulturen gehören. Schwerwiegende Probleme in der globalen Wirtschaft wurden zum Anstoß für eine Neubewertung der These über den „allgemeinen Charakter“ der westlichen Werte. Die Krise erinnerte die Menschheit daran, dass die dramatischen Konflikte der letzten zwei Jahrzehnte nicht nur in den militärischen Aktionen des Westens unter Führung der USA in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien wurzeln, sondern auch in beharrlichen Versuchen und Drohungen, dass der Westen seine Streitigkeiten mit dem Iran und Nordkorea mit militärischer Gewalt lösen wird. All diese Spannungsherde entstanden unter anderem auch aufgrund der Wunschlosigkeit und Unfähigkeit des Westens, zivilisatorische und kulturelle Werte anderer Länder, ihre Lebens- und Entwicklungswege zu respektieren. Das jüngste Beispiel der Äußerung einer solchen Politik sind Ereignisse in der Ukraine.

Die im Westen vorgebrachten Behauptungen über die Möglichkeit, eine globale Stabilität unter den Bedingungen einer Welt, wo die Dominanz einer einzigen Supermacht

herrscht, zu schaffen, wurden von einem Diskurs über die Unausweichlichkeit und Natürlichkeit einer Kollision der westlichen und der östlichen Systeme von Werten und Zivilisationen begleitet. Die Autoren dieser Behauptungen – sowohl die Theoretiker als auch die von ihnen inspirierten Politiker – waren fest von der unbestreitbaren Überlegenheit und einer umfassenden und universellen Vollkommenheit der euro-atlantischen und der amerikanischen Zivilisation überzeugt. Sie identifizierten diese Zivilisationen mit der Weltzivilisation. Die Ereignisse im Irak und in Afghanistan haben gezeigt, dass die westliche Koalition eine ihr nicht genehme Staatsmacht in einem anderen Land mit Waffengewalt stürzen kann.

Die Krise erinnerte auch daran, wie eng die Länder der modernen Welt miteinander verbunden sind. Im Alleingang ist es unmöglich, das Problem von einem solchen enormen Ausmaß zu lösen. Eine Lehre der Krise sollte die Durchsetzung der Idee sein, dass die Zusammenarbeit zwischen allen Ländern und Völkern zwecks der gemeinsamen Überwindung von schweren destruktiven Auswirkungen der Krise unumgänglich ist. Jene herausragende Rolle, die von China, Indien und einigen anderen außereuropäischen Ländern bei der Aufrechterhaltung der Entwicklung der Weltwirtschaft gespielt wird, hat überzeugend die Wichtigkeit und Notwendigkeit gezeigt, einen konstruktiven Dialog von Kulturen des Westens und des Ostens in die Wege zu leiten.

In diesem Zusammenhang wäre die Erinnerung daran angemessen, dass sogar der Autor des Konzepts einer „Kollision der Zivilisationen“ festgestellt hat: „Gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts hilft das Konzept einer universellen Zivilisation, die westliche kulturelle Dominanz über die anderen Gesellschaften und die Notwendigkeit für diese Gesellschaften zu rechtfertigen, westliche Traditionen und Institutionen zu kopieren. Universalismus ist eine Ideologie, die von dem Westen akzeptiert worden ist, um den nicht-westlichen Kulturen zu widerstehen»²⁰⁾.

Mehrere Jahrzehnte vor S. Huntington hat Lew Gumiljow einen ähnlichen Gedanken wie folgt formuliert: „Die historischen Erfahrungen zeigten, dass solange jedem Volk das Recht vorbehalten blieb, seine Identität zu wahren, ein vereintes Eurasien erfolgreich dem Ansturm sowohl Westeuropas als auch Chinas und der Muslime standhielt. Leider verzichteten wir im 20. Jahrhundert auf diese vernünftige – und für unser Land traditionelle – Politik und begannen, sich von europäischen Grundsätzen leiten zu lassen, versuchten, alle gleich zu machen. Und wer will schon jemand anderem ähnlich sein? Die mechanische Übertragung westeuropäischer Verhaltenstraditionen in die Verhältnisse Russlands hat wenig Gutes gebracht, und das ist kein Wunder“²¹⁾.

Im Laufe des jüngsten Jahrhunderts war Russland immer wieder mit ernsthaften Herausforderungen konfrontiert. In einigen Fällen erwies sich Russland als erheblich geschwächt, in anderen Fällen bot sich ihm eine Chance, nach neuen Wegen der Wiedergeburt, der erneuten Vereinigung seines Volkes und seiner Lande zu suchen. Um diese Herausforderungen zu überwinden, brachten die Völker Russlands enorme Opfer. So war es in den Jahren des Ersten Weltkriegs, der Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges, die ihm folgten. Die nach der Revolution von 1917 entstandene Sowjetunion baute einen neuen machtvollen Staat auf. In den frühen 1940er Jahren richtete Nazi-Deutschland gegen die UdSSR eine tödlich gefährliche Herausforderung. Die Völker des Sowjetlandes – durch den Heroismus und die Selbstaufopferung des russischen Volkes inspiriert – gingen aus dem Großen Vaterländischen Krieg als Sieger hervor, retteten die Menschheit vor der faschistischen Pest und halfen, den japanischen Militarismus zu zerschlagen.

Auf der Welle einer Euphorie nach dem Zusammenbruch der UdSSR (1991) hat sich der Westen für einen „Sieger“ erklärt und de facto dem Staat Russland ein Ultimatum gestellt. Brzezinski, einer der führenden Ideologen des Kampfes gegen Russland als Subjekt der Weltgeschichte, legte in seinen

Schriften – auf ausführlichste Weise – die Ansprüche und Forderungen des Westens an Russland dar, formulierte die Regeln eines „zivilisierten Verhaltens“, denen – seiner Meinung nach – Russland soll folgen. Er zeichnete Szenarien, Schemata und geographische Karten neuer Länder auf, in die – nach seinen Berechnungen – die einheitliche russische Staatsmacht zerfallen müsste²²⁾.

Den Raum Eurasiens, wo sich die Sowjetunion befunden hat und der jetzt den Standort Russlands bedeutet, nannte Brzezinski die „geopolitischen Hauptpreis für Amerika“²³⁾.

Der Zerfall der Sowjetunion, der enorme Druck des Westens auf Russland, seine offene und zynische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des souveränen Russischen Staates, eine richtige kulturelle Expansion der Massenkultur (Popkultur) führten zu einer gefährlichen Erosion der staatlichen und zivilisatorischen Identität Russlands und seiner Bürger. Heute ist unser Land mit der akuten Frage konfrontiert: «Was ist Russland und wie ist der Weg seiner Entwicklung?».

Eine Antwort kann man finden lediglich auf dem Weg einer schöpferischen gedanklichen Verarbeitung unserer jahrhundertealten Geschichte und einer Aneignung von Lehren aus der Vergangenheit, einer objektiven Analyse der günstigen und der ungünstigen, der inneren und der äußeren Entwicklungsbedingungen unserer Staatlichkeit und Zivilisation. Auf der Tagesordnung stehen die Aufgaben, denen zufolge wir uns über die eurasische geopolitische und zivilisatorische Realität Russlands klar werden müssen, was im Kontext der Bestimmung einer Strategie für den Aufstieg des Landes, für die Entwicklung seiner Wirtschaft und Kultur geschehen soll.

Diese Aufgaben sollten unter den Bedingungen der *Aufrechterhaltung guter Beziehungen der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens mit allen Staaten des Westens und des Ostens im Kontext einer Globalisierung* umgesetzt werden. Die Grundsätze des neuen Eurasianismus sollen zur methodologischen und konzeptionellen Basis für eine

langfristige Strategie der Entwicklung und Umgestaltung Russlands als eines einheitlichen multiethnischen Staates, zu einem unabdingbaren Bestandteil seiner außenpolitischen Doktrin werden. Sie sind Eckpfeiler für die Gewährleistung der Sicherheit unseres Landes, für die Wahrung seiner territorialen Integrität, für die Stärkung seiner Souveränität und Autorität in der internationalen Arena.

Man kann nicht umhin, dem hervorragenden russischen Wissenschaftler und Theoretiker des neuen Eurasianismus L. N. Gumiljow zuzustimmen, der meint: „Ich werde Ihnen ein Geheimnis verraten: wenn Russland gerettet werden soll, dann nur als eine eurasische Großmacht und nur über den Eurasianismus“²⁴⁾. Aber wichtig ist auch, nicht zu vergessen, dass im gleichen – kurz vor dem Tod stattgefundenen – Interview des Wissenschaftlers (in dem Interview, das zu seinem wissenschaftlichen Testament wurde) auch seine berühmte „eurasische These“ formuliert worden ist: „Man soll nicht so sehr nach Feinden suchen, Feinde gibt es auch ohnehin viel, es ist notwendig, nach Freunden zu suchen, die den höchsten Wert im Leben bedeuten. Und wir müssen nach aufrichtigen Verbündeten suchen. Also: die Türken und die Mongolen können aufrichtige Freunde sein, während die Engländer, die Franzosen und die Deutschen – davon bin ich überzeugt – nur spitzfindige Ausbeuter sein können“²⁵⁾.

Unter den heutigen Bedingungen, wenn für die Existenz und Entwicklung der eurasischen Integration deren Verknüpfung mit Integrationsprozessen in der Euro-Atlantischen Region und im Asiatisch-Pazifischen Raum von entscheidender Bedeutung ist, wäre jedoch wichtig, diese These (insbesondere in deren angewandter politischer Hinsicht) nicht verabsolutieren. Wie es scheint, schlug ausgerechnet diesen Weg – leider – A. G. Dugin ein, als er betonte, dass „die Euroasiaten dicht an das Hauptgesetz der Geopolitik herangekommen sind, das behauptet, dass es *zwischen der eurasischen Metazivilisation, deren Kern Russland ist, und der westlichen atlantischen Gemeinschaft von Anfang an einen unüberwindbaren Widerspruch gibt*. Bei diesem Widerspruch

ist jede produktive Synthese oder eine lebensfähige strategische Allianz ausgeschlossen. Hier haben wir eine klare Opposition: entweder wir oder sie⁽²⁶⁾.

Dem wahren Geist des positiven Eurasianismus würde eher der Grundsatz „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns“ entsprechen. Die Befolgung der grundlegenden Prinzipien eines gleichberechtigten Dialogs, der Zusammenarbeit und der Mitentwicklung bei der Aufrechterhaltung der Beziehungen mit Ländern des nahen und des fernen Auslands auf den Ebenen der staatlichen und der öffentlichen Diplomatie wird für Russland günstige äußere Bedingungen sichern. Das wird ein russischer Beitrag zum Aufbau einer polyzentrischen Welt und zur Entwicklung eines konstruktiven zivilisatorisch-internen Dialogs im Gegensatz zu verschiedenen Doktrinen einer „Kollision der Zivilisationen“ und eines „Endes der Geschichte“ sein.

Die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte zeigt, dass beliebige Versuche der russischen Politik, bei der Abweichung in eine Richtung – ob in die Richtung Europas oder in die Richtung des Orients – zu handeln, unausweichlich zu einer Zerrüttung des Fundaments der Gesellschaft führen und die Grundlagen der kulturellen Identität von Völkern untergraben, das Land einer Flexibilität bei Schlüsselentscheidungen bezüglich seiner Zukunft berauben. Lediglich dank einer gedanklichen Verarbeitung der zwei wichtigsten Seiten der staatlichen Identität, d. h. der westlichen Seite und der östlichen Seite, macht es für Russland möglich, souverän und stabil voranzukommen.

Für das nationale und internationale Wohlergehen Russlands muss man konsequent dem Prinzip der Gleichgewichtigkeit, der gleichen Bedeutung der Aufmerksamkeit folgen, die sowohl dem westlichen wie dem östlichen Azimut der Innen- und Außenpolitik gilt. Mit anderen Worten: es gilt, der eurasischen geopolitischen Identität Russlands, dem symbolischen Ausdruck im Doppeladler des heutigen Wappens, unentwegt zu folgen.

Noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bestritt M. L. Titarenko – in seinem Buch „Russlands Hinwendung zu Asien“ – entschlossen die Thesen derjenigen, die sich befleißigten, Russland zu beerdigen, dessen Territorium in verschiedene Lehen aufteilten, die Eigenart der russischen Zivilisation negierten, die Verwestlichung Russlands als eine unvermeidliche und notwendige Einbeziehung von Ländern in eine gewisse „Weltzivilisation“ betrachteten. „Es gibt nichts anderes“, kündigten sie an, weil – ihrer Meinung nach – die Welt vor einer Kollision der Zivilisationen steht. Der Autor des obenerwähnten Buches behauptete jedoch, es gebe doch etwas anderes: „Das andere besteht in der Wiedergeburt durch eine Wiederbelebung des nationalen Selbstbewusstseins seiner Bürger, aller Völker und Nationen Russlands, in der Stärkung – auf dieser Grundlage – ihrer Zusammenarbeit, ihrer gegenseitigen Verständigung und Freundschaft mit dem Ziel, alle ihre Bemühungen auf die Entwicklung der Wirtschaft, Kultur, Bildung und Wissenschaft des Vaterlandes zu konzentrieren. Das andere besteht in der unermüdlichen und sorgsam Pflege heimatlicher Wurzeln der Kultur. Denn nur dann wird das aufgestandene demokratische Russland nicht als ein erbärmlicher Verblendeter des Westens erscheinen, nicht als dessen unbedeutender Epigone, sondern als ein solider, achtungsvoller Partner anderer Länder, sei es in Europa oder Asien, Afrika oder Amerika“ ²⁷⁾.

Die Idee der eurasischen Identität der geopolitischen Lage Russlands und seiner Zivilisation ist von grundlegender Bedeutung für eine gesunde Entwicklung des Landes, für die Gewährleistung seiner Unversehrtheit und seiner inneren Stabilität.

Nur Russland, das auf einem eurasischen Paradigma, dem Stamm der Einheit und Wechselwirkung von Zivilisationen basiert, ist in der Lage, Probleme zu lösen, die sich auf seine Wiedergeburt beziehen, auf die Erhaltung seiner territorialen Integrität, auf den Aufstieg von Kulturen aller Völker,

die in Russland wohnen, und auf das Aufblühen der russischen Kultur.

Nur Russland, dem ein eurasisches Paradigma zugrunde liegt, ist in der Lage, im Rahmen solcher internationalen Gremien wie SOZ (Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit), RIC (Russland, Indien, China) und BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) eine wichtige Rolle zu spielen und zu kooperieren, einen Dialog im Rahmen der APEC (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft), des Regionalen ASEAN-Forums für Sicherheit und des Forums „Asien – Europa“ zu führen, an Besprechungen über Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien sowie an den Ostasiatischen Gipfeltreffen aktiv teilzunehmen. Lediglich auf der Plattform des Eurasianismus wird die russische Diplomatie in der Lage sein, im Rahmen der SOZ und der APEC effizient zu arbeiten und einen Beitrag zur Überwindung von Trennlinien in der Asiatisch-Pazifischen Region und zum Aufbau einer gleichberechtigten Zusammenarbeit im Rahmen der „Großen Zwanzig“ („Big Twenty“) zu leisten.

Nur Russland als eine eurasische Großmacht ist imstande, eine Anerkennung der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Nützlichkeit seiner souveränen Beziehungen mit der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zu erzielen, die Beziehungen mit neuen wachsenden Volkswirtschaften in die Wege zu leiten, sich in regionale Strukturen zu integrieren.

Geopolitische und geoökonomische Aspekte der eurasischen Integration machen sehr relevant die Bemerkung von W. W. Putin, dass „ein wirtschaftlich logisches und ausgewogenes System der Partnerschaft der Eurasischen Union und der EU in der Lage ist, reale Bedingungen für eine Veränderung der geopolitischen und geoökonomischen Konfiguration des ganzen Kontinents zu erstellen, was zweifellos eine positive globale Wirkung haben würde“²⁸⁾.

Nicht weniger wichtig ist auch, die Notwendigkeit nicht zu vergessen, die eurasische Integration mit den

Integrationsprozessen im Asiatisch-Pazifischen Raum zu verknüpfen, der sich in ein Zentrum der globalen Wirtschaft und Politik verwandelt. Ähnlich wie Deng Xiaoping mehrere Jahre brauchte, um das Bewusstsein der Parteikader, des gesamten aktiven Teils der Bevölkerung Chinas von maoistischen Dogmen eines armen Sozialismus zu reinigen und zu befreien, so kann sich auch die wahre Entwicklung und Prosperität der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und deren multilaterale Zusammenarbeit, die synergistische Mitentwicklung gemeinsam mit dem „Wirtschaftsgürtel der Seidenstraße« nur auf das zivilisatorische Fundament der eurasischen, der pazifischen Identität Russlands stützen. Dies gebietet eine Überwindung des eurozentrischen Paradigmas. Mit anderen Worten: ein bedeutender Teil der politischen und wirtschaftlichen Elite wird gerade eine euroasiatische, eine pazifische Identität meistern müssen. Dies gebietet auch eine ideologische Umerziehung des bewussten Teils der russischen Gesellschaft.

Das eurasische Russland drängt niemandem seine Ansichten und seine Handlungsweise auf. Unser Land ist offen für einen konstruktiven Dialog mit den Vertretern von Kulturen des Westens und des Ostens. Die Wahrung und Entwicklung der eurasischen Identität Russlands wird die innere Konsolidierung des Landes und die Stärkung seiner territorialen Integrität fördern, Russland zu einem zuverlässigen und aussichtsreichen Partner für alle Länder der Welt machen.

Also kann man heute mit vollem Recht behaupten, dass das traditionell entstandene Verständnis der Eurasianismus nicht ausreicht. Man muss ihm eine neue Definition verleihen, einen neuen Begriffsapparat geben. Das wird erlauben, die nationale Identität des multinationalen russischen Volkes zu aktualisieren und ihre Bildung auf Grund einer Polyphonität, einer Mitentwicklung, einer Synthese von allem Besten in der Welt, auf Grund einer angemessenen gedanklichen Verarbeitung unserer Möglichkeiten und Aussichten fortzusetzen.

1. *Wladimir Putin*. Stenogramm der Rede bei einem Treffen mit Aktivisten der Partei „Einiges Russland“. Moskau. 24. April 2012. Zit. nach: <http://eurasian-movement.ru/archives/2136>
2. *Piwowar E. I.* Die Russische Sprache und die russische Welt als Faktoren des soziokulturellen Dialogs im postsowjetischen Raum // Plenarsitzung „Der Dialog der Kulturen und die Partnerschaft der Zivilisationen: Werdegang einer globalen Kultur“. Zit. nach: http://www.lihachev.ru/pic/site/files/lihacht/2010_Sbornik/Tom_1_2010/000_Plenarno_e_zasedanie/056_E.I.Pivovarov.pdf
3. Diesen spezifischen Begriff hat P. N. Sawizki eingebürgert, während L. N. Gumiljow ihn gern verwendete und in seinen Werken weiterentwickelte. Zit. nach: L. N. Gumiljow. „Rhythmen Eurasiens: Epochen und Zivilisationen“. Moskau, 1993. S. 10.
4. Ebenda. S. 10.
5. Wie Prof. S. B. Lawrow zu Recht bemerkt: „Die Eurasier traten für die Erhaltung der Identität ethnischer Einheiten ein, aber niemals für einen engstirnigen Nationalismus“. Zit. nach: L. N. Gumiljow. Ebenda.
6. Die geistige Kultur Chinas: Enzyklopädie: in 6 Bd. / Herausgegeben von M. L. Titarenko. Bd. 1. Moskau, 2006. S. 284 – 285, 462 – 464.
7. Weitere Informationen siehe: M. L. Titarenko. Russlands Hinwendung zu Asien. M., 1998. S. 5 – 10, 13 – 79.
8. Wernadski G. Umriss der russischen Geschichte. Moskau: „Algoritm“, 2007. S. 16.
9. *Trubezkoi N. S.* Das Erbe von Dschingis Khan. Moskau: „Eksmo“, 2007. S. 291.
10. *Trubezkoi N. S.* Europa und Menschheit. Sofia, 1920.
11. *Tynbee A. J.* Die Zivilisation vor dem Gericht der Geschichte. Moskau, 2002. S. 226.
12. Russische Doktrin (Sergijew- Projekt) / Hrsg. von A. B. Kobakow und W. W. Awerjanow. Moskau, 2008. S. 29 – 30.
13. Ebenda. S. 29.
14. *Danilewski N. J.* Russland und Europa. Blick auf die kulturellen und politischen Beziehungen der slawischen Welt zu der romanisch-deutschen Welt. Moskau: Institut für russische Zivilisation, 2008. S. 76.
15. Ebenda, S. 81.
16. Lomonossow M. Aufzeichnungen zur russischen Geschichte. M., 2003. S. 392.
17. Ebenda. S. 388.
18. D. Mendelejew. „Vertrauliche Gedanken“. Moskau, 1995. S. 375.
19. Ebenda. S. 376.
20. Huntington S. „Kollision der Zivilisationen“. Moskau: AST, 2003. S. 90 – 91.
21. L. Gumiljow. „Von der Rus bis Russland. Essays einer ethnischen Geschichte“. Moskau: „Iris Press“, 2008. S. 292.
22. Siehe: Brzezinski Z. „Großes Schachbrett“. Moskau, 1998. S. 64, 108 – 148, 239 – 240; Z. Brzezinski. „Auswahl: Weltherrschaft oder Globale Führung“. Moskau, 2006.

23. Brzezinski Z. „Großes Schachbrett“. S. 43.
24. Gumiljow, L. N. Ebenda, S. 31.
25. Ebenda. S. 13.
26. *Dugin A. G.* Eurasianismus: von der Philosophie zur Politik // Grundlagen des Eurasianismus. Moskau: „Arktogeja-Zentr“, 2002. S. 17.
27. *M. L. Titarenko.* „Russlands Hinwendung zu Asien“. Moskau, 1998. S. 6. Eine weitere Entwicklung und Bereicherung haben diese Ideen in folgenden Büchern erfahren: *M. L. Titarenko* „China: Zivilisation und Reformen“. Moskau, 1999; *M. L. Titarenko* „Russland: Sicherheit durch Kooperation: der ostasiatische Vektor“. Moskau, 2003; *Kusyk B. N., Titarenko M. L.* „China – Russland 2050: Strategie der Mitentwicklung“. Moskau, 2006; *Titarenko M. L.* „Geopolitische Bedeutung des Fernen Ostens. Russland, China und andere Länder Asiens“. Moskau, 2008.
28. *Wladimir Putin.* „Ein neues Integrationsprojekt für Eurasien: Zukunft, die heute geboren wird“. Zeitung „Iswestija“. 3. Oktober 2011. // <http://izvestia.ru/news/502761>

Schlüsselworte: Eurasianismus, Neo-Eurasianismus, die russische Kultur und die Kultur Russlands, Massenkultur, Konzept einer „Kollision der Zivilisationen“, Globalisierung.



Menschenrechte im Judaismus und in der jüdischen Rechtstradition



**Valeri
Worobjow**

Außerordentlicher
und Bevollmächtigter
Botschafter
der Russischen
Föderation im
Königreich Marokko
ambrusmaroc@inbox.ru

Roman Iliev

Unabhängiger
Analytiker
iliev.moscow@
gmail.com



Die Aufgabe einer Vervollkommnung des Mechanismus für die verfassungsrechtliche Gewährleistung von Rechten und Freiheiten der Persönlichkeit gehört in der heutigen Zeit zu den wichtigsten, vor allem in den letzten Jahrzehnten, da sich – einerseits – die Zahl der Länder wesentlich vergrößert hat, in deren Gesetzgebung und Rechtspraxis das Thema der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers eine wichtige Rolle spielt, und – andererseits – sich beispiellose Herausforderungen mehren, die von terroristischen Strukturen ausgehen, insbesondere von solchen wie die Organisation „Islamischer Staat im Irak und der Levante“ und die Front „Sieg“ (bei uns bekannt als „Dzhabhat an-Nusra“). Gerade sie haben – in vielerlei Hinsicht – die ohnehin beträchtlichen Spannungen verschärft, die traditionell in der Welt zwischen dem Schutz der Menschenrechte und den Interessen und Bedürfnissen der Sicherheit existierten.

Das derzeitige Konzept der Menschen- und Bürgerrechte kann nicht in vollem Umfang verstanden werden, wenn man den Ursprung der Entstehung dieser Definition nicht kennt. Dabei geht man davon aus, dass die Rechte und Freiheiten des Menschen jedem Individuum gehören, während die Rechte und Freiheiten des Bürgers nur denjenigen Personen zustehen, die über die Staatsbürgerschaft eines bestimmten Staates verfügen.

Ein modernes Verständnis der Rechte und Freiheiten des Menschen wurde von großen Denkern des 17. Und des 18. Jahrhunderts formuliert und spiegelte sich in solchen Dokumenten wider wie die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten aus dem Jahr 1776 und die Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte, verabschiedet in Frankreich im Jahr 1789.

Allerdings stellt sich die Frage: Ist der Begriff der „Rechte und Freiheiten“ eine Erfindung ausschließlich des 18. Jahrhunderts? Eine Erwähnung über sie findet sich auch in älteren Dokumenten. Die Doktrin der Rechte und Freiheiten des Menschen nimmt ihren Anfang keineswegs im Augenblick der Annahme von Erklärungen und Deklarationen des 18. Jahrhunderts, ist nicht das Ergebnis einer liberalen und philosophischen Bewegung, die ihre Entwicklung in der gleichen Zeit erfahren hat. Mehr noch: der Ursprung dieser Doktrin liegt nicht in antiken Republiken und Demokratien. Übrigens fehlte in jedem antiken Rechtssystem (selbst in dem am meisten entwickelten – dem römischen – Rechtssystem) der Begriff „Menschenrechte“. Eine Staatsbürgerschaft sah den Status der Freiheit, das Recht auf Sicherheit nicht vor. Über jedem Menschen schwebte das Recht auf Leben und Tod, über das Könige, Konsuln und Kaiser verfügten. Der universelle Begriff „Menschenrechte“ konnte in einer Sklaverei-Gesellschaft aber auch gar nicht entstehen.

Üblich ist die Annahme, dass der Begriff „Menschenrechte“ im Rahmen der jüdischen religiösen Tradition formuliert wurde, und der Judaismus eine der reichsten und verständlichsten primären Quellen zu dieser Problematik ist. Die moderne Definition der „Menschenrechte“ beruht in hohem Maße auf den Prinzipien, die ausgerechnet in dieser Religion aufgezeichnet sind.

Die Entwicklung der Ansichten über Menschenrechte ist ein langer Prozess der Evolution dieser Idee von den Zehn Geboten bis zu der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und der im Jahr 1950 angenommenen Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

In der heutigen Zeit (wenn man die Frage der Menschenrechte betrachtet) ist es ratsam, das Kapitel 20 des Buches Exodus und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948) miteinander

zu vergleichen. Bei der Gegenüberstellung wird klar, dass bei allen Unterschieden in Formulierungen, die zwei Texte praktisch einander überschneiden: „der siebente Tag – da sollst du kein Werk tun“ (Strophe 10) und „jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit“ (Art. 24); „du sollst nicht töten“ (Strophe 13) und „jeder Mensch hat das Recht auf Leben“ (Art. 3); „du sollst nicht stehlen“ (Strophe 15) und «jeder Mensch hat das Recht auf Eigentum» (Art. 17). Solche Beispiele lassen sich auch weiterhin zitieren ¹⁾.

Grundlegende Rechte und Freiheiten des Menschen wie das Recht auf Schutz der Würde der Person, auf Freiheit, Gleichberechtigung und Eigentum sind in den jüdischen religiösen Schriften klar formuliert worden, während ihre Einhaltung in solchen fundamentalen Quellen wie Bibel, Thora und Talmud vorgeschrieben wird. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass der Begriff „Menschenrechte“ als solcher in der jüdischen religiösen Literatur nicht vorkommt.

Der Judaismus sieht – wie auch moderne Deklarationen über Menschenrechte – den Schutz des Menschen vor Ungerechtigkeit und Willkür vor. Das Gesetz wird sogar über Religion gestellt. Gott bevorzugt die Gerechtigkeit gegenüber den Opfern. Dies bedeutet: das Gesetz, das eine Verkörperung der Gerechtigkeit bedeutet, muss strikt eingehalten werden. Das Buch Genesis lehrt, dass die Gerechtigkeit ein unabdingbares Attribut Gottes ist. Die Thora besagt in vielen ihrer Bestimmungen, dass vor dem Gesetz alle gleich und die Gebote für alle ohne Ausnahme geschrieben sind.

Wichtig ist auch die Feststellung, dass der Judaismus die absolute Achtung des menschlichen Lebens predigt. So sprechen die Bibel und die Rabbiner oft über das Verbot des Mordes. Aus dieser Sicht besagt das Gesetz, dass es unmöglich ist, ein Menschenleben für die Interessen einer anderen Person zu opfern. In der Praxis sieht es folgendermaßen aus: wenn wir über Menschenrechte reden, meinen wir – ob gewollt oder ungewollt – einen solchen Begriff wie „Staat“, der das einzige Institut ist, das in der Lage wäre, unsere Freiheiten zu verwirklichen und – in dem einen oder anderen Maße – zu verteidigen. Das Verständnis der Menschenrechte, das

wir benutzen, wurde erst im 18. Jahrhundert gleichzeitig mit der Definition eines modernen Staates formuliert.

Der Judaismus zeichnet sich allem Anschein nach nicht nur dadurch aus, dass er – als eine der ersten Lehren – die Doktrin einer universellen Moral festgelegt hat, sondern auch alles Mögliche tat, um in der Praxis die Bestimmungen dieses „harten Kerns“ der Menschenrechte wirklich anzuwenden und – auf der alltäglichen Ebene – ein gewisses Verhaltensmodell zu erarbeiten, das zugleich individuell und universell wäre.

Was die Sklaverei betrifft, ist das jüdische Volk das einzige, das ihr eine große Anzahl von Gesetzen aus dem Bereich des humanitären Rechts widmete. Im Unterschied von den Griechen oder Römern geben sich die Juden zum Beispiel nicht das Recht, über das Geschick eines Sklaven zu entscheiden, ob er leben oder sterben soll. Dieses Recht auf Leben beruht auf der absoluten Einmaligkeit jedes beliebigen Menschen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal des Judaismus besteht darin, dass er sich von Anfang an nicht lediglich darauf beschränkt, schöne Prinzipien zu formulieren, sondern sie auch in der Praxis anwendet.

Der Judaismus besagt, dass gerade die Arbeit eine Grundlage der sozialen Menschenwürde bedeutet. Aber zugleich muss die Arbeit nicht zur Sklaverei werden. Der Judaismus sprach als erster über die Notwendigkeit einer allwöchentlichen Ruhezeit. Diese Idee wurde in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948 aufgenommen. Die altjüdische Bibel verurteilt eindeutig die Ausbeutung eines Menschen durch den anderen.

Die Thora – das Heilige Buch der Juden – stellt fest, dass die Erschaffung des Menschen als Abbild Gottes die abschließende Phase der Erschaffung der Welt bedeutet. Darin wird über das Verbot von Mord gesprochen. Henri Baruk, Mitglied der französischen Nationalen Akademie der Medizin, erwähnt die Abhandlung „Pirkej awot“ („Sprüche der Väter“), in der behauptet wird, dass „Er eine besondere Neigung zu ihm [dem Menschen] bekundete, indem er ihn nach seinem Abbild“ erschuf“²⁾. Diese Tatsache verleiht dem Menschen die höchste Bedeutung in der Struktur des Universums, der einzelne Mensch gleicht –

seiner Bedeutung nach – der allgemeinen Gesamtheit bei der Erschaffung der Welt.

Der Präsident der Internationalen Akademie für Menschenrechte, Mark Ashi, zitiert als Bestätigung dafür die Worte aus dem Talmud: „Wenn jemand auch nur einen einzigen Menschen umbringt, wird er dafür büßen, als wenn er das ganze Universum zerstört hätte. Und wenn irgendjemand auch nur einen einzigen Menschen rettet, wird ihm das angerechnet, als wenn er das ganze Universum gerettet hätte“³⁾. Das Recht auf Leben ist – aus der Sicht des Judaismus – das erste aller Grundrechte.

Wie der Vorsitzende der Strassburger Gesellschaft für jüdisch-christliche Freundschaft, Lazarus Landau, im Artikel „Der Judaismus und die Menschenrechte“⁴⁾ feststellt, liegt dem Recht auf Leben die absolute Einmaligkeit eines jeden Menschen zugrunde: „Der Allmächtige erschuf alle Leute, die Adam ähneln, aber es gibt keinen Menschen wie die anderen“. Wenn jemand seine Hand gegen seinen Nächsten erhebt, sogar ohne ihn zu schlagen, gilt das als eine schändliche Tat: „Wer seine Hand gegen seinen Nächsten erhebt, gilt als Bösewicht auch dann, wenn er ihm keinen Schlag versetzt“.

Für den Menschen wird das Recht auf die Erhaltung seiner Ehre verankert, das Recht auf die Verteidigung dieser Ehre im Falle einer Beleidigung. Unter einem Angriff auf die Ehre des Menschen werden Lüge und Hass gemeint. Der Talmud deutet eine öffentliche Beleidigung als das gleiche Verbrechen wie das Blutvergießen. Der Mensch hat das Recht auf Selbstverteidigung. „Wenn jemand beabsichtigt, dich zu töten, verhüte seine Handlungen und töte ihn“, zitiert in diesem Zusammenhang einen religiösen Spruch der ehemalige Direktor des Israelischen Instituts für internationale Beziehungen, Marion Muschhat⁵⁾. Das heißt: das Recht auf Leben bietet die Möglichkeit, sich selbst für die Rettung eines anderen Menschen zu opfern. Angesichts einer Bedrohung des Lebens büßen alle verbotenden Anweisungen des Judaismus (mit Ausnahme von Abgötterei, Verrat und Mord) ihre Kraft ein: „Die Achtung vor Gottes Schöpfung sollte höher sein als die Wahrung von Verboten, welche in der Thora gesammelt sind“.

In Übereinstimmung mit den Kanons des Judentums verfügt der Mensch – ein Ebenbild Gottes und die Verkörperung des Universums – über eine unübertroffene Würde und Erhabenheit. Die ganze Menschheit stammt von einem gemeinsamen Vorfahren – Adam. Also bezieht sich eine Beleidigung, die dem Menschen gilt, auch auf Gott. Neben der symbolischen Bedeutung beinhaltet diese Aussage eine klar definierte Moral, was in vielen Traktaten des Talmuds betont wird: „Warum wurde der einzige Mensch – Adam – erschaffen? Um den Frieden zwischen den Menschen zu wahren; denn niemand hätte im Streit sagen können: meine Vorfahren stehen oberhalb deiner“. Der Judentum setzt die Gleichheit zwischen den Menschen voraus. Der berühmte Philosoph Elie Benamozegh schrieb: „Wenn wir uns durch die Bibel inspirieren lassen, müssen wir für die Gleichheit der Menschen kämpfen, die nach Gottes Vorbild und Gleichnis erschaffen sind. Der Mensch ist der König des Universums. Alle müssen ihm gehorchen, damit er alles veredeln, in alles einen geistigen Sinn hineinlegen kann“⁶⁾.

Alle menschlichen Leben sind gleichermaßen bedeutsam: im Talmud heißt es, dass das Leben des letzten Abtrünnigen ein menschliches Leben bleibt, das für Gott die gleiche Bedeutung hat wie auch unsere eigene Existenz. Die Thora schreibt vor: „Du sollst deinen nächsten lieben wie dich selbst“. Auch wenn er zu einer Nation gehört, die sich von deiner unterscheidet, „pflege keine Abneigung gegen einen Edomiter, denn er ist dein Bruder“.

Die Gleichheit in der Gesellschaft wird durch die Verantwortung eines jeden Mitglieds gewährleistet, unter der die Selbstständigkeit des Menschen verstanden wird, das heißt die wirtschaftliche Selbstständigkeit. Der bereits erwähnte Mark Ashi⁷⁾ hebt die Arbeit hervor, die in diesem Fall als ein Mittel zur Erlangung der Freiheit in Gestalt der edelsten Pflicht erscheint: „Wenn du einen Baum pflanzen willst und plötzlich die Nachricht über die Ankunft des Messias hörst, pflanze vorerst den Baum und gehe erst dann, Messias zu empfangen“. Aber die Arbeit kann nicht Sklaverei sein. Sie muss dem Menschen erlauben, seine physischen und moralischen Kräfte, regelmäßig aufzufüllen. Der Judentum war die erste Lehre, die das Recht auf die allwöchentliche Erholung

festlegte. Später wurde der Leitsatz über dieses Recht im Artikel 24 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert. In ihm wird eindeutig die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verurteilt und verboten: „Wehe dem, der den Nächsten zur Arbeit zwang, ihn aber nicht bezahlte“. Besonders hervorzuheben wären die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten des Menschen: das Recht auf Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts; dieses Recht untersagt jeden Eingriff in das Einkommen des Nächsten; es besteht ein Verbot, beim Abschluss eines Geschäfts „sich gegenseitig zu betrügen“, beispielsweise darf man fremde Kunden nicht weglocken oder unehrlich konkurrieren.

Der Oberrabbiner der Jüdischen Konsistoriums von Paris, Alain Goldman, berührt im Werk „Jüdische Quellen der Menschenrechte“ die Frage der Pflichten des Menschen vor Besitzlosen ⁸⁾. In der Thora heißt es: „Es werden allezeit in deinem Lande Arme sein“. Jeder Mensch ist – gegenüber Armen – verpflichtet, ihnen materielle Unterstützung zu erweisen; ihre Unterdrückung ist verboten. Alle Menschen sollen dem Beispiel Gottes folgen: Kleidung und Nahrung an Bedürftige verschenken, den Kranken helfen usw. Zu den üblichen Pflichten eines Juden in seinem tagtäglichen Leben gehört das Spenden, das eine der ersten Pflichten nach der Lehre des Talmuds bedeutet. Geld, Nahrung und Kleidung sollten den Bedürftigen gespendet werden. Diese Pflicht ist universell, die Früchte der Wohltätigkeit erstrecken sich auf die Almosen an die anderen Bedürftigen, die mehr als der Spender in Not sind.

In erster Linie ist zu beachten, dass der Begriff „Menschenrechte“ in einer ähnlichen Formulierung weder in der schriftlichen noch in der mündlichen jüdischen Tradition gebraucht wird. Jedoch ist es genug, die Bibel zu lesen, um zu verstehen, dass sich auf jeder ihrer Seiten in den religiösen Vorschriften diese Frage erhebt.

Kein Wunder, dass es in der Präambel zur Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers aus dem Jahr 1789 heißt: „Alle Menschen werden frei und in ihren Rechten gleich geboren“. Darüber wird auch im Buch Genesis geschrieben. Die Thora sagt über das Verbot von Mord, dass der Mensch nach Gottes Bild und Gleichnis erschaffen worden ist.

Der Judaismus hat dem Menschen einen besonderen Status verliehen, eine mit nichts vergleichbare Erhabenheit. Noch bemerkenswerter ist aber, dass die Bibel mit Privilegien nicht nur das jüdische Volk, sondern auch alle anderen Völker beschenkt, unabhängig von ihrer religiösen Überzeugung.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist im Kontext der Menschenrechte die Freiheit. Es ist bekannt, dass das jüdische Volk in Ägypten in einer Sklaverei lebte. Diese historische Erinnerung beinhaltet eine große geistige Bedeutsamkeit. Die Bibel erinnert uns immer wieder an dieses Ereignis und rät uns zum Beispiel, Liebe zu Fremdlingen zu bekunden: „Bekundet Liebe zu Fremdlingen, weil ihr selbst Fremdlinge im Land Ägypten waren“. In Ägypten waren wir ein Volk, das man seiner grundlegenden Rechte beraubt hatte. Und diejenigen, die jemanden der Freiheit berauben, tun dies in Verletzung der Rechte eines Menschen, in dem sie Gottes Abbild nicht sehen wollen, weil sie aus einem unterdrückten Menschen eine niedere Kreatur machen.

In der jüdischen rechtlichen Tradition kommt der Vorrang den Pflichten gegenüber dem Menschen, nicht aber den Pflichten gegenüber Gott zu. Die Pflichten gegenüber dem Menschen stehen über allen Erwägungen. Der Respekt für den Mitmenschen, für dessen Leben hängt nicht davon ab, zu welchem Glauben er sich bekennt oder zu welcher Rasse er gehört. Professor Henri Baruk betonte in seinem Buch „Die jüdische Zivilisation und die Wissenschaft über den Menschen“, die Würde des Judaismus bestehe darin, dass er von Anfang an die Verwirklichung der Erhabenheit und der hohen Prinzipien förderte und sich nicht nur auf deren Ausrufung beschränkte. „Tue deinem Nächsten nicht das, was du selbst nicht erträgst. Darin besteht die ganze Thora, der Rest ist nur ein Kommentar“⁹⁾.

Der Begriff „Menschenrechte“ bedeutet auch eine andere Wohltat: dem Menschen wird die Freiheit in einer Welt garantiert, wo er lebt; diese Freiheit gilt – nach Meinung vieler Theologen – als Basis. Das Recht auf Sicherheit wurde auch zu einer Grundlage des Judaismus. Das Recht eines jeden Individuums, über seinen eigenen Körper zu verfügen, befreit es von einem abhängigen

Zustand und bedeutet das Ende des antiken Rechts der Behörden auf das Leben der jeweiligen Landesbewohner. Ein Beispiel dafür ist der Exodus des jüdischen Volkes aus Ägypten, wo es unter den Bedingungen einer Sklaverei entstand und ihm grundlegendste Menschenrechte verweigert wurden. Im Artikel „Die Freiheit des Gedankens und des Wortes im jüdischen Recht“ stellt der ehemalige Vizepräsident des Obersten Gerichts von Israel, Chaim Cohen,¹⁰⁾ fest, dass auf dem Berg Sinai das Gesetz Gottes bereits den freien Juden geschenkt wurde. Im Westen erlangte die allmähliche Anerkennung des Rechts auf Sicherheit große Bedeutung: sie führte zum Verschwinden der Leibeigenschaft und zur Herausbildung des modernen Verständnisses der Menschenrechte.

Jean Rivero, Mitglied der französischen Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften, behauptete, man dürfe das Wort „Rechte“ nicht übertrieben oft gebrauchen: obwohl die Zehn Gebote nur Pflichten bedeuten, wird in ihrem Text indirekt auch über die Rechte gesprochen. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ bedeutet, dass jeder Mensch das Recht auf Leben hat; das Gebot „Du sollst nicht stehlen“ heißt, jedermann habe das Recht auf Eigentum. Ebenso verhält es sich mit den biblischen Geboten, die nicht zu den Zehn Geboten gehören¹¹⁾.

Im Talmud wird eine Reihe anderer Grundsätze formuliert, die für die Gewährleistung der Sicherheit des Lebens und für dessen Schutz vor jeglicher Bedrohung dienen. Zum Beispiel soll man sicherstellen, dass alle über den minimalen Wohlstand verfügen; gemeint ist eine gerechtere Verteilung des Reichtums.

Nicht übersehen darf man auch die Freiheit der Weltanschauung: denn schließlich gibt es die Freiheit des Gewissens, des Gedankens oder der Religion. Unzulässig ist eine gerichtliche oder körperliche Verfolgung wegen der Ideen, wegen der persönlichen Überzeugungen oder wegen der Bekennung zu Religionen, die sich von den Glaubensbekenntnissen der Mehrheit der Bevölkerung unterscheiden. Um welche Freiheit es auch geht (und sei es die körperliche und die geistige Freiheit oder die Religionsfreiheit), repräsentieren sie alle einen absoluten und unteilbaren Wert, sind ein Ideal an sich und eine Verkörperung

der unabdingbaren Rechts eines jeden Menschen auf seine eigene Verwaltung.

Der Judaismus sieht den Schutz des Menschen gegen ungerechtes Gericht und Willkür vor. Der Drang nach sozialer Gerechtigkeit muss unbedingt den Aufbau eines strikten Gerichtssystems fördern. Die Gewährleistung einer Rechtsprechung muss sogar der Befolgung religiöser Regeln vorangehen: „Die Aufrechterhaltung von Wahrheit und Rechtsprechung ist dem Herrn lieber als ein Opfer“. Die Einhaltung von Gesetzen und Grundlagen der Rechtspflege erfordert wiederum eine außerordentliche Striktheit und Unvoreingenommenheit.

Blandin Barrett-Kriegel, Professor der Philosophie an der Universität Nanterre - Paris X, weist in seinem Artikel „Judaismus und Menschenrechte“ darauf hin, dass die höchste Gerechtigkeit Gott gehört. Einem Richter ist vorgeschrieben, weder zugunsten der Reichen noch zugunsten der Armen Urteile zu fällen. Der Richter muss unbestechlich, „von den Mitgliedern seiner Gemeinde gewählt“ sein, nicht aber von den Behörden ernannt werden. Der Richter ist nicht berechtigt, eine Belohnung zu erhalten. Der Mensch, der danach strebt, seine Pflicht zu tun, muss einem Vorbild der absoluten Gerechtigkeit folgen. Für eine gerechte Entscheidung ist notwendig, dass die Untersuchung eines – als Beschuldigung vorgebrachten – Tatbestandes besonders sorgfältig durchgeführt wird.

Das Prinzip des Römischen Rechts über die Mangelhaftigkeit der Aussage nur eines Zeugen ist im 5. Buch Mose (oder Deuteronomium) aufgezeichnet: „Nicht ausreichend ist ein einzelner Zeuge bei der Untersuchung irgendeiner Schuld oder irgendeines Verbrechens oder irgendeiner Sünde, die jemand begeht: bei den Aussagen zweier Zeugen findet die Sache statt“. Wie man behauptet, werden in der jüdischen Tradition falsche Aussagen bei der Untersuchung von verbrecherischen Taten verurteilt.

Das letzte unter den Gesetzen der Söhne Noahs verlangt die Einführung eines Gerichtssystems. Der Judaismus erkennt das Recht der Behörden an, Gesetze zum Wohl der Bürger zu beschließen und ihre Erfüllung zu verlangen. „Ein Gesetz dieses

Landes ist das Gesetz“, sagt der Talmud. Wenn die Söhne Noahs einem Menschen die Verantwortung für die Einhaltung der Gesetze des Landes, in dem er lebt, auferlegen, geben sie eigentlich jedem Menschen das Recht, sich auf den Schutz des Gesetzes zu verlassen.

Sowohl in der Ära der Richter, in der Zeit der alten Königreiche, des Zweiten Tempels und in der Diaspora als auch unter den heutigen Bedingungen orientiert sich das jüdische Recht auf die minimale Beteiligung des Staates am öffentlichen Leben. Der Mensch trägt Verpflichtungen gegenüber dem echten König und Richter direkt und ohne irgendwelche Zwischenhändler. Der Staat sorgt für Sicherheit und Verteidigung, ist aber nicht verpflichtet, sich mit etwas Anderem zu beschäftigen. Mehr noch: das – zu Lebzeiten des Propheten Schmuele (Samuel) ausgesprochene – Verbot für die Könige, die berufen sind, das Volk als militärische Führer anzuleiten, „Pferde, Gold und Silber zu mehren“, kann durchaus als die Forderung eines – nach Ausgaben kompakten – Staates gedeutet werden. Dabei ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass das Wort „Königreich“ auf Hebräisch ein Synonym für den Begriff „Staat“ ist. Das heute am häufigsten verwendete Wort „Madinah“ („Staat“) – wurzelgleich mit „Din“ („Gericht“) – betont aber die Pflicht eines Staates, die gesetzliche Ordnung, nicht aber den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten.

Im Artikel „Die Rechte des Herrn und die Rechte des Menschen“ stellt der Hauptrabbiner der zentralen Konsistoriums, René-Samuel Sirat, fest, dass die Menschenrechte keinen hohen Wert haben, wenn – neben ihnen – die Rechte des Herrn oder, wenn man dafür weltliche Begriffe gebraucht, die Pflichten des Menschen nicht formuliert worden sind ¹²⁾.

Was die Frage der Ausschließlichkeit des jüdischen Volkes anbelangt, so wird diese Tatsache in der jüdischen Tradition nicht durch seine Überlegenheit gegenüber anderen Völkern der Welt erklärt, sondern durch die größere Verantwortung ihnen gegenüber. „Alles Unglück in der Welt kommt von Israel“ heißt es im Talmud. In der Welt wird das Unheil andauern, solange Israel die ihm auferlegte Mission nicht erfüllt. Diese Mission besteht in der

weltweiten Verbreitung des moralischen Gesetzes von Anstand und Ehrlichkeit, das in den Heiligen Schriften dargelegt ist.

Man kann sagen, dass ein charakteristisches Merkmal des Judentums nicht nur die Tatsache ist, dass in seinem Rahmen eine der allerersten Doktrinen der universellen Moral formuliert wurde, sondern auch der Umstand, dass die Juden Anstrengungen für die praktische Umsetzung des Begriffs „Menschenrechte“ und für die Erzeugung – auf der Ebene des Alltagslebens – eines Verhaltensmodells unternahmen, das sowohl für die jüdische Gesellschaft als auch für die ganze Menschheit anwendbar wäre. Wie auch jede andere Religion, die zwischen dem Privaten und dem Gemeinsamen schwankt, hat der Judentum eine durchschnittsorientierte Form vorgeschlagen, die in sich eine gewisse Ausgeglichenheit verkörpert.

Die ideologische Aufteilung in die persönlichen und die kollektiven Menschenrechte ist zu einer Grundlage der politischen Konfrontation geworden. Einige Staaten gaben die Priorität den individuellen Freiheiten auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit, die anderen Staaten bevorzugten die allgemeine Gleichheit kollektivistischer Art zum Schaden der persönlichen Freiheiten. Obwohl eine solche Aufteilung in die persönlichen und die kollektiven Rechte dem Judentum zutiefst fremd ist, stützt er sich auf die Einheit der Person in dem Sinne, dass der soziale Mensch und der individuelle Mensch zwei Teile eines Ganzen sind, die – auch unter Androhung des Todes – nicht voneinander getrennt werden können.

In hohem Maße basiert die Vorstellung von einem Selbstwert der Persönlichkeit eines einfachen Menschen – und damit auch von den Rechten der Persönlichkeit – auf der Lehre der Thora und auf den Aussagen von Propheten. Das Konzept der Menschenrechte ist – letzten Endes – eine Ableitung aus der jüdisch-christlichen Zivilisation, wie es zu Recht der berühmte Wissenschaftler M. A. Tschlenow feststellt ¹³⁾.

Die Idee des Selbstwertes eines Menschen erwuchs aus den Bestimmungen des Judentums, dem zufolge der Mensch nach Gottes Ebenbild und Gleichnis erschaffen ist und deshalb aus der

von Gott erschaffenen Welt besonders hervorgehoben wird (Gen. 1:27; siehe: Ps. 8:5-7). Die gleiche Quelle spricht von sittlichen Grundlagen moderner Vorstellungen über die Menschenrechte: die Idee der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens („Du sollst nicht töten“); die Überwindung des Egoismus und der Selbstsucht („Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ (Lev. 19:18); „Freue dich nicht, wenn dein Feind fällt, und dein Herz soll sich nicht freuen, wenn er stolpert“ (Sprüche 24:17); das Mitgefühl für die Schwachen und die Unfähigen, sich selbst zu schützen, oder für diejenigen, die Schwierigkeiten haben, für sich selbst einzustehen („du sollst die Fremdlinge weder bedrängen noch unterdrücken; denn ihr seid selbst Fremdlinge in Ägyptenland gewesen... Ihr sollt weder Witwen noch Waisen unterdrücken“ (Ex. 22:21-22) usw. In der Bibel tauchen zum ersten Mal die Forderungen des rechtlichen Schutzes für diejenigen auf, deren Interessen besonders anfällig sind, Forderungen des Schutzes für Fremdlinge und Arme (Ex. 12:49), die Idee des hohen Werts der menschlichen Freiheit und die Vorschrift, die Freiheit denjenigen zurückzugeben, denen sie weggenommen worden ist (Lev. 25:10; Jer. 34:17).

Der Judaismus behauptet, dass die Existenz eines jeden Menschen einen bestimmten Zweck und einen Platz in der Absicht Gottes hat ¹⁴⁾. Daraus folgt, dass der Mensch einige Rechte und Freiheiten benutzen soll, um seine Bestimmung zu erfüllen. Die Thora erzählt von einer Zeit, als die Menschen so verdorben waren, dass die „nur Böses allezeit taten“ (Gen. 6:5). Wörtlich bedeutete es, dass niemand und nirgendwo zu keiner Zeit des Tages eine einzige gute Tat beging. Diese Menschen erfüllten keine ihrer Aufgaben mehr, das heißt, nicht den geringsten Teil dessen, weswegen Gott sie in die Welt geführt hatte. Dadurch büßten sie das grundlegende Menschenrecht – das Recht auf Leben – ein. Gott vernichtete sie, indem er eine Sintflut auf die Erde sandte.

Aus der Sicht der jüdischen Weltanschauung sind, wie bereits erwähnt, die Rechte und Pflichten untrennbar miteinander verbunden. Nach der jüdischen Glaubenslehre sind die Menschenrechte die wichtigsten Verhaltensgrundsätze, die von dem Menschen in Bezug auf ihn selbst und auf die anderen Leute

anerkannt werden müssen, damit jeder in der Lage wäre, seinen Teil der Göttlichen Absicht zu erfüllen. Einige der wichtigsten Menschenrechte sind in den Sieben Geboten der Söhne Noahs formuliert, die – in Übereinstimmung mit der jüdischen Tradition – für die ganze Menschheit gelten. Zum Beispiel das Verbot von Mord. Wenn das Gebot den Leuten verbietet, ihresgleiche ums Leben zu bringen, verankert es das Recht des Menschen auf Leben.

Für die Juden ist das Leben des Menschen heilig, weil von Gott gegeben (Gen. 2:7), und in einer normalen Situation kann nur Gott einem Menschen das Leben nehmen (Deut. 32-39). Die Weisen interpretieren diese Bestimmung in weiterer Hinsicht und behaupten, dass das Leben eine Pflicht des Menschen ist. „Zu leben bist du verpflichtet auch gegen deinen Willen“ („Sprüche der Väter“). Der Judaismus behauptet, die Notwendigkeit des menschlichen Lebens bestehe darin, dass jeder Mensch seinen Beitrag zur Erfüllung der Absicht Gottes leistet, einen Platz unter den Kreaturen der „unteren“ Welt zu finden. Aus diesem Grund verurteilt der Judaismus kategorisch den Selbstmord und die Tötung eines hoffnungslosen Kranken. Der Embryo hat das Recht auf Leben, denn jedem neugeborenen Kind wird auch eine bestimmte Rolle in der Göttlichen Absicht zugewiesen. Der Judaismus erlaubt in der Regel eine Abtreibung nur dann, wenn eine Gefahr für das Leben der Mutter besteht.

Die Gebote der Söhne Noahs verbieten den Diebstahl. Nach dem jüdischen Gesetz gehört dazu auch die Entführung von Menschen (zum Beispiel die Geiselnahme). Dieses Verbot verankert also das Recht des Menschen und verschiedener Einrichtungen, Eigentum zu besitzen, sowie das Recht der Menschen auf eine uneingeschränkte Bewegungsfreiheit. Das Verbot von sexuellen Verbrechen schützt den Menschen gegen Beleidigungen. Niemand hat das Recht auf die Ausübung von Gewalt gegen einen anderen. Die Gesetze der Söhne Noahs verbieten den Ehebruch und verankern somit das ausschließliche Recht des Menschen auf Liebe und Fürsorge seitens des Partners. Sogar ein leichter Flirt mit der Ehefrau oder dem Ehemann von irgendjemandem ist eine Verletzung dieses Rechts.

Andererseits gelten der Reichtum und die Faktoren, die ihn bewirken oder mehren (von dem unternehmerischen Talent bis zu einer Erbschaft oder einer guten Marktkonjunktur), unabhängig von ihrer Quelle, als eine Gabe des Allerhöchsten. Daher gilt der Reichtum als ein verantwortungsvoller Auftrag. Dies ist jedoch nicht der Auftrag des Staates oder der Gesellschaft. Deshalb verantwortet der reiche Mensch, wie oben erwähnt, vor allem vor Gott und nicht vor dem Staat oder vor der Gesellschaft. Und diese Verantwortung zielt auf die – gleichermaßen für alle geltende – Pflicht ab, die Gebote einzuhalten, sowie auf eine besondere Verantwortung für die Erfüllung der Gebote: die Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeitnehmern und die Wohltätigkeit gegenüber den Armen ¹⁵⁾.

Im Mittelalter erließen jüdische Gesetzeslehrer eine ganze Reihe von – recht fortschrittlichen für die damalige Zeit – Verordnungen, die die Rechte verschiedener Kategorien von Menschen verteidigten. Im Talmud ist auch die Gleichstellung von Männern und Frauen vorgeschrieben. „Hier sind die Gesetze, die du *ihnen* gibst“, woraus folgt, dass die Frau dem Mann angesichts aller Gesetze der Thora gleichgestellt wird. So einen Beschluss fällte Rabbi Gerschom Meor ha-Gola (ungefähre Daten des Lebens: die Jahre 960 – 1028). Der Beschluss verbietet eine Scheidung von seiner Frau gegen ihren Willen und erklärt eine solche Scheidung für ungültig. Auf diese Weise beschloss er ein Gesetz, dass die Frau dem Mann gleichgestellt: der Ehemann kann sich von seiner Ehefrau scheiden, nur wenn er es will, und so kann auch die Frau geschieden werden, nur wenn sie damit einverstanden ist ¹⁶⁾. Meir ben-Baruch (Macharam) aus Rothenburg (Lebensjahre: 1220 – 1293) und der Rabbi Peretz Ben Eliyahu aus Korbel haben Regelungen getroffen, die den Ehemännern kategorisch verbieten, ihre Frauen zu schlagen; den schuldigen Ehemännern drohte eine Exkommunikation aus der Gemeinde (Boykott). Die Verordnung des Rabbiners Peretz erklärte es für notwendig, der Frau eine materielle Unterstützung zu erweisen, die gezwungen ist, das Haus ihres Ehemanns zu verlassen, weil er sie schlecht behandelt hat ¹⁷⁾.

Das Konzept des jüdischen Rechts in Bezug auf Frauen basiert auf den drei ersten Kapiteln des Buches Genesis und auf der Idee der unterschiedlichen Rolle von Männern und Frauen, was mit ihren biologischen Unterschieden zusammenhängt. Ungeachtet dieser Unterschiede in den Rollen entdecken wir hier das Prinzip der Gleichheit von Männern und Frauen vor dem Gesetz.

In der Thora finden wir eine Vielzahl von Bestimmungen betreffend die Rechte der Frauen. In erster Linie ist in den Gesetzen der Wunsch nachvollziehbar, die Rolle der Frau als Ehefrau und Mutter zu betonen. Das Recht der Frau auf Beruf wird schon seit den ältesten Zeiten anerkannt, was das Bild einer perfekten Frau – nach der Meinung des Königs Salomo – bestätigt.

In der jüdischen Tradition sind Frauen nicht gleich Männern. Sie sind anders. Sie nehmen eine symmetrische Position ein, die nicht gleich der männlichen ist, aber diese ergänzt. Die Frau wurde nicht im Zusammenhang mit dem Mann erschaffen, sondern – in gewisser Weise – parallel zu ihm. Die Existenz von Männern und Frauen ist ohne einander unvollständig. Aber die Frau wurde nicht ausschließlich für den Mann erschaffen und hat ihre eigenen Verpflichtungen.

Nicht verbunden ist für die Juden die allgemeine Rettung nur mit dem Judaismus, ebenso nicht mit der Religion im Allgemeinen. Das Heil ist allen zugänglich, solange sie den gerechten Grundsätzen folgen. Im Talmud heißt es, dass die Heiden, die nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit leben, mit einem Platz in der zukünftigen Welt rechnen können.

Gegen Ende des 13. Jahrhunderts fällten die Juden eine wichtige Entscheidung über die Unerlässlichkeit der Möglichkeit eines Wettbewerbs von Parteien in einem Rechtsstreit. Diese Entscheidung besagt, dass es unmöglich ist, ein Urteil ohne Anhörung von Beweisen der beiden Seiten zu fällen. In Übereinstimmung mit der Verordnung, die von dem Rabbiner Haim aus Wien und von den führenden Persönlichkeiten der Gemeinde veröffentlicht worden ist, „wird jeder Richter, der eine Entscheidung fällt, ohne sich die beiden Seiten anzuhören, und statt dessen sich nur die eine Seite anhört, die sagt: hört mich an

und dann entscheidet, wie ihr es für richtig haltet, keine einzige Entscheidung mehr fallen dürfen¹⁸⁾.

Das gleiche Prinzip wird vom hervorragenden jüdischen Philosophen und Gesetzeslehrer Rambam (1138 – 1204) begründet: „Es gilt, die beiden streitenden Parteien in allem gleichzustellen. Unzulässig ist, wenn der eine Mensch frei spricht, während man dem anderen den Rat gibt, sich kurz zu fassen. Unzulässig ist, mit dem einen freundlich zu sein und sanft zu sprechen, mit dem anderen aber hart zu sein und streng zu sprechen. Die beiden streitenden Parteien müssen in den Augen und Herzen der Richter gleichgestellt sein“¹⁹⁾. In den Augen der jüdischen Gesetzeslehrer des Mittelalters war es äußerst wichtig, die Gerechtigkeit des Gerichtsverfahrens zu gewährleisten, wie es in der Bibel steht: «Und tu ein Gerechtes und in den Augen des Herrn Genehmes» (Deut. 6, 18).

Den Begriff „Antisemitismus“ formulierte im Jahre 1879 der deutsche Journalist Wilhelm Marr als eine Bezeichnung für den Judenhass. Die ersten Äußerungen von Feindseligkeit gegen den Judaismus haben ihren Ursprung noch in den Zeiten vor der Entstehung des Christentums in Rom und Griechenland. Die Konfrontation zwischen den Christen und den Juden stammt aus dem 1. Jahrhundert unserer Zeit. Nachdem im 4. Jahrhundert die christliche Kirche die beherrschende Stellung – durch die Bemühungen der Kaiser Konstantin und Theodosios – einnahm, fürchtete sie eine Ausbreitung des jüdischen Einflusses auf die Christen.

Im Mittelalter waren die Juden, die in Europa lebten, wegen ihres religiösen Nonkonformismus einem grausamen Antisemitismus ausgesetzt. Doch trug dieser Antisemitismus keinen dauerhaften Charakter. In Zeiten von Krisen und Zweifeln wurden die Juden zu einem Sündenbock. Die Kirche und die weltlichen Behörden beließen ihnen die Möglichkeit, den katholischen Glauben anzunehmen. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied des mittelalterlichen Anti-Judaismus vom heutigen Antisemitismus.

Der heutige Antisemitismus (19. – 20. Jh.) vernachlässigt den religiösen Aspekt und stattet – den Tatsachen zum Trotz – die jüdische Rasse mit einer Reihe spezifischer Eigenschaften (wie etwa

die Liebe zum Geld und das Ausbleiben patriotischer Gefühle) aus. Die Voraussetzungen eines solchen Antisemitismus wurden in Spanien bei der Entstehung der Renaissance geschaffen, als man der sogenannten „Reinigung des Blutes“ außerordentlich große Bedeutung beimaß.

Mit Ausnahme Spaniens zeigte das übrige Europa – bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts – gegenüber den jüdischen Minderheiten eine große Toleranz. So dauerte bis zu den 1880er Jahren auch die Verbreitung einer totalitären Ideologie unter den Vertretern der intellektuellen Bourgeoisie. Die Bank Rothschild, deren Büros in London, Paris, Wien und Frankfurt sowohl für Nationalisten als auch für Sozialisten offen standen, wurde zum Inbegriff des jüdischen Kosmopolitismus, der angeblich das Blut des Volkes saugte.

In der Bibel und im Talmud sind zahlreiche Bestimmungen über die Beschränkung der Redefreiheit enthalten, aber das sind moralische und religiöse Einschränkungen. Die wichtigste Einschränkung der Redefreiheit (und die wichtigste aus moralischer Sicht) heißt „Nicht verleumden“. „Du sollst Verleumdungen unter deinem Volk nicht verbreiten“.

Es muss betont werden: der traditionelle jüdische Gedanke (humanistisch in seinem Wesen, aber leider oft ignoriert) ist eine rationale, moralische und menschliche Basis für das Recht auf Frieden und für das Recht, sich würdig und vornehm sogar gegenüber einem Feind zu verhalten. Dieser Gedanke bildet sogar während der Konflikte eine unbestreitbare Basis für alle „Generationen“ der Menschenrechte.

Im Talmud wird über die Unterschiede zwischen den Kriegen geschrieben. Die Kinder Israels waren nicht verpflichtet, sich an den Kriegen zu beteiligen, die wegen einer Erweiterung von Territorien oder wegen eines Raubes geführt wurden. Aber Sie mussten in die Armee eintreten, wenn sich die Notwendigkeit ergab, die Nation zu schützen, einen „Heiligen Krieg“ gegen Eindringlinge zu führen.

Die Bibel verkündet mehrere Male die Notwendigkeit, die Frauen und Kinder sowie das Eigentum im Falle von Konflikten zu schützen. Bevor man den Feind angreift, sollte versucht

werden, ihn zu einem Frieden zu überreden; es gilt, das Leben und die Rechte der Fremdlinge zu respektieren, mit ihnen einen Umgang wie mit Brüdern zu pflegen und Großzügigkeit gegenüber den Sklaven zu bekunden.

Wenn wir glauben, dass der Einhaltung der Menschenrechte das Recht vorangestellt wird, gegen eine schlechte Behandlung, Ungerechtigkeit und Ungleichheit in Bezug auf Zugang zu dem Gesundheitsschutz oder zur Bildung zu protestieren, dann kann man auch erwähnen, dass schon die Organisation eines Kahals die Einhaltung dieser Rechte voraussetzt. Der Kahal ist ein Ort, wo die Menschen protestieren können und wo ihre Stimme erhört wird.

Die Doktrin der Menschenrechte hat einen universellen Charakter erst vor kurzem erworben. Die Idee über die Notwendigkeit, persönliche Freiheiten zu schützen, ist viel älter, als wir denken. Sie nimmt ihren Ursprung nicht in den Deklarationen des 19. Jahrhunderts, von denen die französische und die amerikanische Deklaration die bekanntesten sind, auch nicht in den antiken Republiken des Altertums. Im antiken Recht, insbesondere in seinem am weitesten entwickelten System – dem System des Römischen Rechts – fehlt der Begriff „Menschenrechte“. Im Römischen Recht gab es eine Gegenüberstellung des Bürgers einerseits und des Menschen ohne Rechte (mit anderen Worten: eines Sklaven) andererseits.

Die moderne Auffassung des Menschen als einer „Person“ hat ihren Ursprung in der biblischen Tradition. Von Interesse sind auch althebräische Quellen des modernen Rechts, die von solchen Wissenschaftlern wie N. Isaaks und P. Whale studiert worden sind. Auch in den Werken von G. Scholem wird der ausschlaggebende Einfluss des jüdischen Denkens in der Periode der Renaissance untersucht.

Im Phänomen des Totalitarismus sieht S. Freud einen irrationalen Rutsch in die ferne Vergangenheit, in prähistorische Zeiten. Wenn S. Freud den deutschen Nationalsozialismus analysiert, kommt er zu dem Schluss, dass dem nationalsozialistischen Totalitarismus, dessen treibende Kraft der Antisemitismus des Dritten Reiches ist,

Instinkte und archaische Tendenzen (Hass, Narzissmus, der Wunsch zu töten, einen Inzest zu begehen, gegen die Eltern zu rebellieren) zugrunde liegen. In diesem Zusammenhang waren die Juden das Hauptobjekt für die Aggression der Massen, die im Judaismus eine Quelle des Monotheismus sahen, dem sich die Völker Europas gezwungenerweise unterwerfen mussten.

Man muss noch einmal die Bedeutung der „jüdischen Herangehensweise“ an die Menschenrechte klarstellen: eine Besonderheit unserer Tradition besteht darin, dass wir die Dinge unbedingt beim Namen nennen.

Die jüdische Welt wird rund um eine Gesetzgebung aufgebaut: wir reden über Menschenrechte (aber nicht nur über die Würde und den Wert der Persönlichkeit), von einem Konsens in Bezug darauf, dass Wertnormen – für ihre höhere Effizienz – zugleich juristische Normen sein müssen. Das Recht sowie dessen Werkzeuge vereinen in sich Moral und Macht, beinhalten einen Schnittpunkt zwischen Ethik und Politik.

Was für ein schändlicher Schatten ist auf die Menschenrechte geworfen! Denn: wenn die Menschen, die erforderliche Rechtsvorschriften festlegen, um eine konkrete Idee der kollektiven Rechtsprechung zu formulieren, dem Allmächtigen gehorchen, wie können sie dann über dieses Recht verfügen? Besteht vielleicht ein Missverhältnis zwischen dem Recht, das einen bestimmten Typ von Beziehungen zwischen den Menschen festlegt, einerseits und dem einzigartigen Begriff „MENSCH“, den wir mit großen Buchstaben schreiben, andererseits? Bonnfout, der ehemalige Botschafter Frankreichs in Jerusalem, stellt fest: „Das Wort „MENSCH“ mit großen Buchstaben schreiben? Ist es nicht zu viel, den Menschen in eine Reihe mit den geistigen Werten – im Sinne der Welt und der Schöpfung – zu stellen?“

Trotz einer solchen Ungleichheit, einer solchen Dualität beinhaltet das heutige Interesse an den Menschenrechten weiterhin einen Sinn. „Der Mensch des 20. Jahrhunderts braucht nicht mehr zu warten oder vor der Aktion nachzudenken... Ist der menschenrechtliche Lexikon nicht in erster Linie eine Therapie für die Wiederherstellung des seelischen Gleichgewichts unserer Zeitgenossen?“

Im Laufe der Zeit haben sich der Platz und die Rolle des Judentums in einem Rechtssystem, von dem sich die Juden leiten ließen (sowohl in den Ländern der Diaspora als auch – ab 1948 – im Staat Israel) grundlegend verändert. Das heutige jüdische Recht ist ein Rechtssystem, welches sich im Laufe von Jahrtausenden entwickelt hat. Ursprünglich stützte sich das jüdische Recht ausschließlich auf einzelne Bestimmungen der Thora, doch mit der Zeit verlieh ihm das Leben in *Eretz-Israel* die erforderlichen Veränderungen, die von den Bedürfnissen der jüdischen Gemeinde diktiert worden waren. Endgültig bildete sich das jüdische Recht als eine Gesetzessammlung in den Ländern der Ausschwärmung. In einigen Staaten war das jüdische Recht ein Gesetz, das im Rahmen einer politischen und kulturellen Autonomie wirkte, die den Juden gewährt worden war, in anderen Staaten regelte das jüdische Recht inoffiziell die Beziehungen innerhalb der jüdischen Gemeinde. Ähnlich wie die anderen nationalen Minderheiten zogen die Juden es vor, ihre Streitigkeiten entsprechend ihren eigenen Gebräuchen – ohne Einmischung der Staatsmacht – beizulegen.

Die Entstehung dieser Gesetze dauerte im Laufe des Lebens mehrerer Generationen. Einige dieser Gesetze sind von rein religiöser Natur, regeln beispielsweise die Einhaltung religiöser Gebote und Verbote oder die Ausführung von Ritualen. Die Mehrheit dieser Gesetze wendet sich an die Gesetze des Alltags und befasst sich mit einem breiten Spektrum von Konfliktsituationen. Ähnlich wie das christliche kanonische Recht in den Zeiten seiner Blüte oder wie Systeme von Regeln und Vorschriften, die von dem Islam und dem Hinduismus erarbeitet worden sind, umfasst das jüdische Recht nahezu alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens. Aber wenn sich das kanonische Recht, die islamischen und Hindu-Gesetze unter einer Schirmherrschaft der dominierenden politischen Macht entwickelten und verwurzelten, geschah die Entstehung des jüdischen Rechts im Laufe von zwei Jahrtausenden ohne Unterstützung einer ähnlichen Machtstruktur.

Sogar in Zeiten der Ausschwärmung, als den jüdischen Gemeinden lediglich eine relative Autonomie innerhalb der staatlichen Systeme der Länder, in denen sie lebten, gewährt wurde,

ließen sie sich bei der Beilegung von Streitigkeiten in der Regel nicht von staatlichen Gesetzen, sondern vom jüdischen Recht leiten. Diese Präferenz erklärt sich durch religiöse Überlegungen und durch das Gefühl des tiefen Respekts sowohl vor dem jüdischen Recht als auch vor dessen Deutern, deren Entscheidungen in spezifischen Gerichtsverfahren weitgehend dazu beigetragen haben, die Erhaltung der Selbstachtung und der Lebensfähigkeit der Gemeinde zu pflegen. Zweifellos ermöglichte diese politisch-rechtliche Struktur – in vielerlei Hinsicht – das Überleben der jüdischen Nation als einer abgeschotteten Gemeinschaft. Selbstverständlich war die religiöse Basis des jüdischen Rechts der Hauptgrund für den hohen Status, den es in den jüdischen Gemeinden hatte. Besonders deutlich zeigte sich das in einer Zeit, als die Religion einen dominierenden Faktor im Leben der weitaus meisten Menschen darstellte. Aber abgesehen davon erklärt sich das hohe Ansehen des jüdischen Rechts auch durch die Tatsache, dass die Gemeinde in ihm einen – im Laufe der Zeit wohlbewährten – Mechanismus für eine gerechte Schlichtung rechtlicher Streitigkeiten gesehen hat.

Heute ist das jüdische Recht ein gutes Beispiel eines Rechtssystems, das trotz der fehlenden Unterstützung seitens eines Staatsapparats überlebt hat. Bei einem weitreichenderen Blick auf das Problem beweist die Lebensfähigkeit des jüdischen Rechtes die Möglichkeit eines juristischen Pluralismus, also einer Koexistenz mehrerer Rechtssysteme innerhalb einer geschlossenen politischen Struktur ²⁰⁾.

Parallel zu diesen Diskussionen hat eine Gruppe weltlicher Juristen und Intellektuellen versucht, das jüdische Recht in das Leben jüdischer Gemeinden als ein weltliches Gesetz einzubürgern. Nach ihrer Absicht mussten Personen, die die Gemeinde verwalteten, das jüdische Recht verbessern und es an die sich verändernde Realität im Zuge der Annahme von Gerichtsentscheidungen anpassen. Angesichts der Tatsache, dass die führenden Persönlichkeiten jüdischer Gemeinden in den meisten Fällen religiöse Menschen waren, schlugen die Initiatoren einer „Säkularisierung“ des jüdischen Rechts vor, mit der weiteren Anpassung die vorwiegend weltlichen Juristen zu beauftragen, um den Einfluss der

religiösen Anschauungen auf das Recht auszuschließen. Diese Herangehensweise wurde sowohl von religiösen Autoritäten als auch von der zionistischen Führung abgelehnt.

Interessant ist jedoch, die Möglichkeit einer Verwendung reformatorischer Ideen durch diese Gruppe von Enthusiasten im heutigen Israel zu untersuchen, wo die religiöse Führungsspitze, die aus Orthodoxen und Ultraorthodoxen besteht, fast über das absolute Monopol auf die Interpretation von Postulaten des Judentums verfügt. In der Tat ist der Judentum nicht nur eine Religion, sondern auch eine Grundlage der Kultur. In Übereinstimmung damit ist das jüdische Recht nicht nur eine göttliche Vorschrift, die von religiösen Funktionären gedeutet wird. Dieses Recht kann und muss im Laufe seiner Anpassung an die moderne Realität erneuert werden. Ausgerechnet ein solcher Blick auf den Judentum und das jüdische Recht scheint heute produktiv zu sein.

Die Tatsache, dass der Judentum historisch eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Konzepts der Menschenrechte gespielt hat, schafft den Umstand nicht ab, dass im heutigen Israel religiöse Kreise die wichtigsten Gegner der Förderung der Menschenrechtsgesetzgebung sind. Besonders problematische – im Hinblick auf die Rechte – Eigenschaften der israelischen öffentlichen Lebens sind eine Folge des Drucks ausgerechnet religiöser Mächte. Es genügt, in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass bürgerliche Ehen zwischen Juden unmöglich sind, die öffentlichen Verkehrsmittel samstags und an Feiertagen (vom Standpunkt der jüdischen Tradition) fehlen, die Beerdigung von Nichtjuden auf gemeinsamen Friedhöfen Schwierigkeiten bereitet. Hinzu kommen andere Probleme, die für moderne liberal-demokratische Staaten nicht charakteristisch sind, wo die Religion – in der Regel – vom Staat getrennt ist ²¹⁾.

Die orthodoxe Sammlung von Vorschriften des Judentums (Halacha) ist nicht zu denjenigen hingewandt, die nicht an Gott glauben, die Heiligkeit des Sabbats missachten, die im Judentum üblichen Gesetze der Familienreinheit ignorieren und nicht-koschere Lebensmittel verzehren. Und solche Menschen sind in der heutigen Bevölkerung Israels die meisten. Die Vorschriften des

orthodoxen Judaismus stehen im Widerspruch zu der Haltung der heutigen israelischen Frauen, die zu vollberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft geworden und den Männern in den Rechten und Pflichten gleichgestellt sind.

1. Zitate aus dem Judaismus und anderen religiösen Quellen stammen aus dem Buch «Judaïsme et droits de l'homme». Paris: Des Idées Et Des Hommes, 2007.
2. Eisenberg Josy. Une histoire des Juifs. Paris: Bibliotheque de culture historique, 1970. P. 18.
3. Judaïsme et droits de l'homme... P. 19.
4. Ebenda. S. 65.
5. Ebenda. S. 25.
6. Benamozegh Elie. Morale juive et morale chretienne. Paris: Edition la Baconniere, 1946. P. 150.
7. Judaïsme et droits de l'homme... P. 19.
8. Ebenda. S. 14.
9. Baruk Henri. Civilisation hebraique et science de l'homme. Paris: Edition Ziraton, 1965. P. 58.
10. Judaïsme et droits de l'homme... P. 56.
11. Bulletin de l'Association pour la fidelite a la pensee du president Rene Cassin. Paris: Conseil d'Etat, Palais Royal, 1983. P. 17.
12. Judaïsme et droits de l'homme... P. 30.
13. M. A. Tschlenow. "Russland und Israel: Das orthodoxe Christentum und der Judaismus". Vortrag auf der internationalen Konferenz über Probleme des zwischenreligiösen Dialogs. Maale-Achamisha, Israel. Dezember 1998.
14. Siehe: Forta Arye. Judaism. Heinemann Educational Publishers, 1995. P. 114 – 115.
15. Siehe: K. Janowski. „Der Judaismus und die soziale Verantwortung von Unternehmern“. Vortrag am Institut „Libertarium von Moskau“. 10. März 2004.
16. Siehe: M. Elon. „Jüdisches Recht“. Bd. 2. Jerusalem: Amana, 1998. S. 300.
17. Ebenda. S. 303.
18. Ebenda. S. 304.
19. Ebenda. Bd. 1. Jerusalem: Amana, 1989. S. 194 – 195.
20. E. W. Worobjowa, R. L. Iliew. „Der verfassungsrechtliche Status des Menschen und Bürgers im Staat Israel“. M.: Die Moskauer Staatliche Hochschule für internationale Beziehungen, 2009. S. 28.
21. Ausführlicher darüber siehe: B. Neuberger. „Religion, Staat und Politik“. Tel-Aviv: Israels Offene Universität, 1977. S. 110 – 192.

Schlüsselworte: Judaismus, Menschenrechte, Zehn Gebote, Talmud, Thora, Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte aus dem Jahre 1789, Kirche.



Primakow hat den „Ost-Vektor“ vorgezeichnet



Kirill Barski

Außerordentlicher und
Bevollmächtigter Botschafter Russlands
in Thailand
rusembbangkok@gmail.com

In den letzten Jahren entwickelt sich Russland – wie noch nie früher – tatkräftig und souverän gen Osten – in Richtung der Asiatisch-Pazifischen Region. Aber nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt als die Behauptung, dass eine Umkehr nach Osten eine Reaktion auf die westlichen Sanktionen war. Dieser Kurs trägt einen prinzipiellen Charakter. Formuliert wurde er infolge der tiefgreifenden Erkenntnis der nationalen Interessen Russlands als einer eurasischen, asiatisch-pazifischen und – in einem weiteren Sinne – euro-pazifischen Großmacht. An den Anfängen dieses stand Jewgeni Primakow, der in den Jahren 1996 – 1998 das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation leitete.

Als Jewgeni Primakow ins Außenministerium einzog, hatten die Ideen, die dem „Kosyrewschen“ außenpolitischen Kurs zugrunde lagen, in vielem erschöpft. Leider konnten wohlmeinende Wünsche, die im Konzept der Außenpolitik Russlands aus dem Jahr 1993 festgelegt worden waren, nicht die Prüfung der Zeit bestehen und zerschellten beim Zusammenstoß mit harten Realitäten einer internationalen Politik der Post-Konfrontationsperiode. Gegen Mitte der 1990er Jahre wurde klar, dass auch das Konzept und die Praxis einer Umsetzung der Außenpolitik eine erhebliche Korrektur brauchten.

Zu einer zentralen Aufgabe unserer Diplomatie erklärte man – zu Beginn der Entstehung eines neuen russischen Staates – die Entwicklung einer „gleichberechtigten Partnerschaft mit benachbarten, führenden demokratischen und wirtschaftlich entwickelten Ländern auf Grund der Verteidigung unserer Werte und Interessen durch echtes Zusammenwirken, nicht aber eine Schwankung zwischen Konfrontation und Wunschdenken“¹⁾. Es wurde behauptet, dass die führende Gruppe von Industriestaaten des Westens an der Suche nach gemeinsamen Herangehensweisen auf dem politischen, dem militärischen und dem wirtschaftlichen Gebiet sowie auf anderen Gebieten – bei der Zusammenarbeit mit einem demokratischen Russland – interessiert wäre. Daraus zog man die Schlussfolgerung: „Russland muss den Kurs auf die Entwicklung der Beziehungen mit jenen Ländern entschlossen einschlagen, deren Zusammenarbeit mit Russland eine Hilfe bei der Lösung vorrangiger Aufgaben der nationalen Wiedergeburt sein kann. Gemeint sind vor allem die Nachbarn – die wirtschaftlich machtvollen und technologisch entwickelten westlichen Staaten – sowie neue Industrieländer in verschiedenen Regionen. Gerade mit dieser Gruppe von Staaten hat Russland ein gemeinsames Verständnis grundlegender Werte der Weltzivilisation und die Gemeinsamkeit von Interessen in wichtigen Fragen der globalen Entwicklung“²⁾.

Das hat nicht funktioniert. Der Westen nahm das Ende des Kalten Krieges als seinen bedingungslosen Sieg auf und fasste für sich selbst einen eindeutigen Beschluss, die Beziehungen mit Russland, dem Nachfolger der Sowjetunion, wie mit einem besiegten Feind aufzubauen. Unsere Hoffnungen auf den Aufbau einer neuen Qualität der gleichberechtigten Partnerschaft erfüllten sich nicht.

Die Krise des bisherigen außenpolitischen Kurses wurde besonders deutlich unter den Bedingungen der Ausrichtung der NATO auf eine Erweiterung ohne Berücksichtigung der Interessen Russlands. In dieser Situation begann man in der Führung und in der Gesellschaft Russlands zu erkennen, wie unheilvoll die Ausrichtung der Politik Russlands nur auf den Westen ist; die Folge davon wären eine Untergrabung der nationalen Sicherheit Russlands, eine Konservierung seiner sozialen und ökonomischen

Rückständigkeit und seiner Abhängigkeit vom Westen, eine weitere Marginalisierung in den internationalen Angelegenheiten.

Anfang 1996 wurde zum neuen Minister für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation J. M. Primakow ernannt: eine bedeutende Persönlichkeit, ein überzeugter Befürworter staatlicher Prioritäten, ein Staatsmann fester und aufgeschlossener Ansichten, ein glänzender Kenner außenpolitischer Belange mit großartigen Erfahrungen aus der praktischen Arbeit. Die Ernennung von Jewgeni Maximowitsch Primakow zum Außenminister war eine Ankündigung kommender Veränderungen.

Zugrundegelegt wurden dem erneuerten außenpolitischen Kurs Russlands das Konzept einer multipolaren Welt, die Prinzipien einer gegenseitigen Achtung der Interessen und der gleichberechtigten, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit, die Ablehnung des Rechts irgendeines Staates auf Hegemonie und Diktat sowie die Stärkung der zentralen Rolle der UNO.

Einen wichtigen Platz in der neuen Außenpolitik Russlands nahm die Intensivierung der Zusammenarbeit mit einem breiten Kreis von Partnern ein, einschließlich Länder der Asiatisch-Pazifischen Region. Dieser «Ost-Vektor» stützte sich auf ein tiefes Verständnis der grundlegenden nationalen Interessen Russlands, auf die Arbeit vieler Generationen unserer Diplomaten, auf die bei uns gesammelten soliden Erfahrungen. Aber es wäre nicht falsch zu behaupten, dass diesen Vektor gerade J. M. Primakow in der Mitte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts vorgezeichnet hat.



Hier wäre eine kleine Abschweifung – ein historischer Exkurs – am Platze. Alles begann schon dann, als er mit seinen wissenschaftlichen Studien viele Momente vorhergesagt hatte, die später Wirklichkeit geworden sind. Wie der Indienforscher W. I. Iwanow feststellt, der unter der Leitung von Jewgeni Primakow am Institut für Orientalistik und am IMEMO (russ. Abk. für das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen) gearbeitet hat, „gehörte Jewgeni Maximowitsch Primakow zu konsequentesten und tatkräftigsten Befürwortern einer Hinwendung

Russlands zum Osten. Auch regte Primakow die Suche nach effizienten Lösungen für soziale und ökonomische Probleme der östlichen Regionen Russlands an. Akademiemitglied Jewgeni Primakow, der im Rahmen der Akademie der Wissenschaften Russlands das Institut für Orientalistik und – später – das IMEMO leitete, beteiligte sich am Dialog mit chinesischen und japanischen Partnern, mit wissenschaftlichen Zentren Vietnams, Indiens und der USA, mit neuentstandenen regionalen Organisationen“. Ausgezeichnet hat er sich durch „eine explosive Energie und die seltene Fähigkeit, auf lange Sicht vorzuarbeiten. Hinzu kamen ein tiefes Verständnis für die Interessen des Landes und die Fähigkeit, diese Interessen durch die Pflege guter menschlicher Beziehungen – auch mit den Opponenten – zu verteidigen“³⁾.

Zwei Jahrzehnte sind inzwischen seit der Zeit vergangen, als sich Jewgeni Maximowitsch Primakow an die Spitze der Außenpolitik Russlands gestellt hat. Versuchen wir, einen unvoreingenommenen Blick auf das zu werfen, was im Laufe all dieser Jahre in der Asiatisch-Pazifischen Richtung geleistet worden ist, und wollen wir schauen, zu welchen Ergebnissen diese Bemühungen nach 20 Jahren geführt haben.

Mit dem Einzug von Jewgenij Primakow in das Außenministerium hat sich in unserer Außenpolitik viel verändert. Eine der grundlegenden Veränderungen bestand in der allgemeinen Regelung der Beziehungen Russlands mit den Ländern der Asiatisch-Pazifischen Region und in einer wesentlichen Erhöhung der Aufmerksamkeit für die östliche Richtung der Diplomatie Russlands.

Seitdem sind 20 Jahre vergangen, und es lohnt sich vielleicht, daran zu erinnern, dass das Jahr 1996 eine schwierige Periode im Leben Russlands war. Der Konflikt in Tschetschenien hörte nicht auf, Russland trat in einen Präsidentschaftswahlkampf ein, die Wirtschaft war nicht in bester Form. Viele Probleme sammelten sich in den Beziehungen mit dem Westen an, der einen Kurs auf die NATO-Erweiterung steuerte, ohne auf die Interessen Russlands Rücksicht zu nehmen. Aber das schaffte die Ausrichtung auf den Aufbau einer multipolaren Welt, in der dem

asiatischen Vektor eine wichtige Rolle zustand, nicht ab, sondern machte diese Ausrichtung lediglich noch aktueller.

Die Führung des Außenministeriums ging tatkräftig ans Werk. J. M. Primakow unternahm im ersten Jahr seiner Tätigkeit als Außenminister wiederholt Besuche in die Länder der Asiatisch-Pazifischen Region und empfing in Moskau zahlreiche Delegationen aus asiatischen Ländern.

Im April begleitete er den Präsidenten B. N. Jelzin während seines Besuchs in China; im Juli besuchte er Indonesien, um an einem Treffen von Außenministern der ASEAN und an einer Tagung der ARF (ARF = engl. Abk. für ASEAN-Regionalforum) teilzunehmen; im November besuchte er China, Japan und die Mongolei. Es ist schwer zu errechnen, wie viele Delegationen aus asiatischen Ländern in dieser Zeit Moskau besuchten, wie viele Begegnungen und Verhandlungen beim Minister, bei seinen Stellvertretern für die Asiatisch-Pazifische Region (zuerst war es A. N. Panow, dann G. B. Karassin) sowie bei den Direktoren «asiatischer» Departements stattfanden.

In der Folge konnte Russland an der „Ost-Front“ in ziemlich kurzer Zeit greifbare Erfolge erzielen. Wie A. N. Panow, der zu unseren namhaften Diplomaten-Orientalisten gehört und damals als Stellvertreter des Außenministers der Russischen Föderation für die Beziehungen mit den asiatischen Ländern verantwortlich war, schreibt, „wurden bis zum Jahr 1997 die grundlegenden Prinzipien der Politik Russlands in der Asiatisch-Pazifischen Region formuliert und begannen, in die Praxis umgesetzt zu werden. Das Hauptziel dieser Politik ist die Bildung im Osten des Landes eines „Gürtels“ der guten Nachbarschaft, des Vertrauens und der Sicherheit im Interesse der Gewährleistung günstiger Bedingungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Russlands, im Interesse einer erfolgreichen Umsetzung der Politik von Reformen. Gestellt wurde die Aufgabe, die bilateralen Beziehungen mit den Ländern der Region in maximal möglichem Umfang zu entwickeln und dabei so weit zu gehen, wie es für die Partner Russlands akzeptabel wäre. Entscheidende Bedeutung wurde der Teilnahme Russlands an den Aktivitäten aller regionalen Organisationen und Foren beigemessen“⁴⁾.



Man kann ohne Übertreibung sagen, dass Jewgeni Maximowitsch Primakow einen enormen Beitrag zur Entwicklung der russisch-chinesischen Beziehungen geleistet hat. Genau zu der Zeit, als er das Außenministerium leitete, ereignete sich in den Beziehungen Russlands mit der VR China ein Qualitätssprung: unsere Länder sind strategische Partner geworden. Ausgerechnet in diesen Jahren gelang es, eine dauerhafte vertragliche und rechtliche Grundlage für das russisch-chinesische politische Zusammenwirken zu schaffen, es wurden bedeutende Fortschritte im Bereich der militärischen Beziehungen und der militärtechnischen Kooperation erzielt, während wir in Fragen der Sicherheit – zusammen mit Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan – wichtigste multilaterale Vereinbarungen erreichen konnten. Es wäre wohl unfair zu sagen, dass das Verdienst bei der Stärkung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten voll und ganz einem einzigen Menschen zustehen kann, aber die Aufmerksamkeit, die der Minister Primakow den Beziehungen mit China schenkte, war damals wirklich beachtenswert.

J. M. Primakow ist auch in den früheren Jahren öfters in China in verschiedenen Qualitäten gewesen: als Wissenschaftler, im Rahmen der parlamentarischen Tätigkeit und als Direktor des Dienstes für ausländische Aufklärung (russ. Abk. SWR). Aber vielleicht die erste außerordentlich wichtige Episode, in der sich die Primakowsche Weisheit äußerte, ereignete sich im Mai 1989 in Peking während des epochalen Besuchs des Präsidenten der UdSSR, M. S. Gorbatschow, in der Volksrepublik China. Der Besuch führte zu Vereinbarungen über eine Normalisierung unserer Beziehungen mit China.

Zitieren wir die Erinnerungen von Augenzeugen daran, was damals in der chinesischen Hauptstadt geschehen ist. „Schon am frühen Morgen des 14. Mai waren das gesamte Zentrum von Peking und die anliegenden Straßen von jungen Menschen überflutet. Es wird geschätzt, dass sich auf den Straßen Pekings in dieser Zeit etwa 2 Millionen junge Menschen befanden, deren Handlungen von einem studentischen Hauptstab und vom Oberkommando der Jugend-Kampfgruppen geleitet wurden. Über die sowjetische Botschaft in Peking wurden mehrere Aufforderungen an

Gorbatschow mit der Bitte übertragen, sich mit Vertretern der Jugend zu treffen und an der Universität von Peking eine Ansprache zu halten. „Wir sind von Ihrem Buch «Perestroika und neues Denken» zutiefst begeistert und glauben, dass Ihr Besuch in China dem chinesischen Volk neue Vorstellungen und Ideen bezüglich einer Umsetzung von Reformen und des Aufbaus im sozialistischen Staat vermitteln wird“, hieß es in einer dieser Adressen...

Es war offensichtlich, dass Gorbatschow mit der chinesischen Jugend eindeutig sympathisierte. Über der riesigen Menschenmenge auf dem Platz des Himmlischen Friedens (Tiananmen-Platz) waren folgende Parolen die wichtigsten: „Wir grüßen Gorbatschow!“ – auf Russisch und Chinesisch, aber auch: «Für unsere und eure Freiheit!». Er war bereit, sich mit den Vertretern der Jugend zu treffen⁵⁾.

Unser Botschafter in Peking zu jener Zeit – O. A. Trojanowski – erinnerte sich später: „Unter denjenigen, die Gorbatschow begleiteten, waren ein Paar Radikale, die ihn aufforderten, sich zum Tiananmen-Platz zu begeben, um sich dort mit einer Rede an die Demonstranten zu wenden. Aber solche extremistische Ratschläge wurden abgelehnt“⁶⁾.

Unter denjenigen, die der Idee nicht zugestimmten, dass M. S. Gorbatschows eine Rede vor den Studenten hielt, war Jewgeni Maximowitsch Primakow. Auf einer Beratung in der sowjetischen Botschaft, die der Präsident der UdSSR am ersten Abend seines Aufenthalts in China berief, sprach sich Jewgeni Maximowitsch gegen diese Variante aus. W. N. Ignatenko behauptet, dass „der erste, der sagte, dass man dies in keinem Fall tun darf, Primakow war“⁷⁾.

«Die Studenten richteten an Gorbatschow die Bitte, vor ihnen auf der Kundgebung zu sprechen“, schreibt er in seinem Buch „Begegnungen am Scheideweg“. „Wir – ich gehörte zu den aktivsten in dieser Hinsicht – rieten ihm kategorisch ab, dies zu tun. Und vielleicht hatten wir auch recht. Unter allen Umständen wäre die Begegnung mit Deng Xiaoping kaum so freundlich und fruchtbar, falls Gorbatschow vor den Studenten gesprochen hätte“⁸⁾.

Die gleiche Meinung vertraten der damalige stellvertretende Außenminister I. A. Rogatschew und Botschafter O. A. Trojanowski. Gott sei Dank, dass Michail Sergejewitsch Gorbatschow damals auf ihren Rat hörte.

Im September 1995 wurde der Direktor des Dienstes für ausländische Aufklärung (SWR), J. Primakow, der sich zu Besuch in China aufhielt, entgegen dem vereinbarten Programm zu einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Volksrepublik China, Jiang Zemin, eingeladen. Statt der vorgesehenen 30 Minuten dauerte das Gespräch zwischen dem Vorsitzenden Chinas und dem Gast eine ganze Stunde. „Die chinesisch-russischen Beziehungen müssen auf einer neuen Basis entwickelt werden“, sagte damals der chinesische Staatschef. „Es ist notwendig sowohl für unsere Länder als auch für die uns umgebende Welt“⁹⁾.

Gerade J. Primakow ist der Autor einer Formulierung, die seit 1996 die russisch-chinesischen Beziehungen prägt. Ausgerechnet er schlug dem Präsidenten Russlands vor, eine Einigung mit Peking über die Hebung der Zusammenarbeit auf das Niveau der strategischen Partnerschaft zu erzielen. Das Gespräch darüber fand in einer nicht ganz gewöhnlichen Umgebung statt. Hier ist diese Geschichte, wie sich an sie S. N. Gontscharow, damals der Beratende Gesandte der Botschaft Russlands in China, erinnert.

„Im Januar 1996 wurde A. W. Kosyrew auf dem Posten des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation durch Jewgeni Primakow ersetzt. In diesem Zusammenhang sagte B. N. Jelzin während der Verhandlungen am 25. April 1996 dem Vorsitzenden der VR China Jiang Zemin: „Wir haben einen neuen Außenminister. Er ist ein Orientalist. Bei Kosyrew starrten die Augen nach rechts, bei Primakow blicken sie aber nach links“.

Während des Flugs der russischen Delegation unter Leitung von B. N. Jelzin nach Peking im April 1996 fand im Flugzeug eine Diskussion über Fragen statt, die der Gegenstand der Verhandlungen in der Volksrepublik China sein sollten. Der Präsident akzeptierte den Vorschlag von Jewgeni Primakow, mit der chinesischen Seite eine neue offizielle Definition der bilateralen Beziehungen als „Beziehungen der gleichberechtigten, vertrauensvollen Partnerschaft, die auf eine strategische Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert gerichtet ist“, zu vereinbaren.

Ein Telegramm mit dem Vorschlag, diese Formulierung in das Abschlussdokument des bilateralen Gipfeltreffens aufzunehmen,

wurde an die russische Botschaft in Peking an Bord des Flugzeugs geschickt. Nachdem der chinesische Verhandlungspartner darüber informiert worden war, fasste die unverzüglich einberufene Sitzung des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas sofort einen Beschluss, der Initiative Russlands zuzustimmen. Wie die Ergebnisse des Besuches und die folgenden Jahrzehnte der Entwicklung der Beziehungen zeigten, war diese neue Formulierung keineswegs einfach eine schönklingende Rhetorik¹⁰⁾.

Gutes Verhältnis stellte J. M. Primakow zu dem Vize-Premier des Staatsrates und Minister für auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China, Qian Qichen, her. Sie waren Menschen der gleichen Generation, durch Lebenserfahrung beinahe verwandt, durch die Tiefe einer Analyse der internationalen Lage – vereinigt. Aber nicht nur das. Beide zeichneten sich während der Verhandlungen durch Scharfsinn aus. Ich erinnere mich an den Besuch von Jewgeni Primakow in der Volksrepublik China am 17. – 19. November 1996. Er fand kurz nach der Präsidentenwahl in den USA statt, und es ging bei den Verhandlungen um Kandidaturen für den Posten eines neuen amerikanischen Außenministers. «Allerdings können auch unerwartete Kandidaturen in Betracht kommen», sagte Qian Qichen, als die wichtigsten Figuren bereits erörtert worden waren. Jewgeni Maximowitsch Primakow reagierte darauf: „Ja, das stimmt. Wie zum Beispiel ich in Russland“.

Am 25. – 27. März 1997 wurde Qian Qichen von J. M. Primakow in Moskau empfangen, der seinen Gast nach Mestscherino in eine Villa des Außenministeriums brachte. Gespräche dort waren immer vertrauensvoller und aufrichtiger, man konnte es sich leisten, mehr als sonst zu scherzen und zu lachen. Ich erinnere mich, wie Jewgeni Maximowitsch einen Trinkspruch verkündete: „Trinken wir auf die Entwicklung der Partnerschaft mit China. In dieser Frage sind wir die gleichen Dogmatiker wie Sie“.

Bei einem Besuch von Qian Qichen in Moskau fand nach dem Abschluss der Verhandlungen – und sie verliefen im Empfangshaus des Außenministeriums in der Spiridonowka-Strasse – zu Ehren des Besuchers ein Arbeitsessen statt. Jewgeni Primakow erzählte dem Gast über einen Brand im Empfangshaus und darüber,

wie es dann gemeinsam wiederhergestellt worden war; dabei dankte er den chinesischen Partnern für die Unterstützung, die einen neuen Teppich schenkten, der speziell in einer Fabrik im chinesischen Tianjin bestellt worden war. Den Gast hatte das Gesehene und Gehörte so beeindruckt, dass er einen gefühlsvollen Trinkspruch darauf ausbrachte und – sichtlich bewegt – sagte: „Das Empfangshaus brannte ab, wurde aber – wie Phönix aus der Asche – wiedergeboren. Diese Geschichte ähnelt der Geschichte unserer Beziehungen, in denen es viele Höhen und Tiefen gegeben hat“. Mit einer leisen Andeutung darauf antwortete Jewgeni Maximowitsch Primakow: „Aber zum Glück kam es zur Asche doch nicht...“

Im Sommer 1997 vertrat J. M. Primakow Russland bei der Zeremonie der Übertragung der Souveränität über Hongkong. Wie auch bei den vorherigen Besuchen des Ministers in China hatte ich die Gelegenheit, ihn auf dieser Reise zu begleiten. Unsere kleine Delegation war in Hongkong angekommen, das die letzten Tage unter dem britischen „Union Jack“ abzählte. Am Abend des 30. Juni inszenierten die Briten eine schöne feierliche Zeremonie des Abschieds von ihrer Kolonie, an der auch Prinz Charles teilnahm. Die Zeremonie fand unter freiem Himmel statt. Sobald aber der Prinz in Begleitung von Gardisten und Dudelsackspielern auf der Bühne erschien, begann ein strömender Regen. Retten konnten nicht einmal Regenschirme und Regenmäntel, die die Organisatoren vorsichtshalber vorbereitet hatten. Jewgeni Maximowitsch Primakow – wie alle Teilnehmer der Veranstaltung – blieb triefend nass standhaft bis zum Ende der Aktion auf seinem Ehrenplatz in der ersten Reihe sitzen.

Am gleichen Abend reisten Prinz Charles und General-Gouverneur Chris Patten aus der Stadt auf der Yacht „Britannia“ ab. Einige ausländische Delegationen, darunter US-Außenministerin Madelaine Albright, mit der unser Minister am Vorabend sehr ausführliche bilaterale Verhandlungen geführt hatte, verließen Hong Kong ebenfalls, während J. M. Primakow dort blieb.

Als ob mit Absicht war der 1. Juli, als die Führungsspitze der Volksrepublik China die Zügel der Verwaltung in der Besonderen Administrativen Region Xianggang (Hongkong) übernahm,

sonnig und klar. An jenem Morgen hatte der Minister eine sehr herzliche Begegnung mit dem Vorsitzenden der VR China Jiang Zemin . Der chinesische Staatschef dankte Jewgeni Primakow, den er immer seinen alten Freund nannte, für die Teilnahme an den Feierlichkeiten und bewertete das als ein Zeichen der freundlichen Unterstützung für Peking.



Jewgeni Maximowitsch Primakow, ein erfahrener Orientalist, kannte bestens die Rolle Japans in der heutigen Welt und die Notwendigkeit der Suche nach Möglichkeiten einer positiven Entwicklung unserer Beziehungen zu diesem für uns wichtigen Land. Dank seinen Anstrengungen wurden noch in den 1970er Jahren zwischen dem IMEMO und dem Japanischen Rat für Fragen der Sicherheit – «Ampoken» – regelmäßige Kontakte geknüpft. Über den Rat ist es gelungen, einflussreiche Persönlichkeiten in der Liberal-Demokratischen Partei, einschließlich Yasuhiro Nakasone, zu erreichen, den J. M. Primakow als einen „herausragenden Politiker“ bezeichnete, der „nicht seinesgleichen im heutigen Japan kennt“.

Im Rahmen der – unter Primakow erneuerten – Politik Russlands in Asien wurde mehr Aufmerksamkeit auch den Beziehungen mit Japan geschenkt. Denn widernatürlich sah der Umstand aus, dass Russland, welches an den Gipfeltreffen der «Gruppe der Sieben» teilnahm, die am wenigsten entwickelten Beziehungen zu einem besonders wichtigen und wirtschaftlich entwickelten Mitglied dieses „Klubs“ – Japan – hatte.

Eine wichtige Rolle bei der Belebung der russisch-japanischen Beziehungen spielte der Japan-Besuch des Außenministers Jewgeni Primakow Mitte November 1996. Der russische Minister führte sein Gespräch mit seinem japanischen Amtskollegen Y. Ikeda sehr respektvoll gegenüber Japan, betonte die Bedeutung des Ziels, den Verhandlungen über einen Friedensvertrag einen neuen Impuls zu geben, und sprach sich in diesem Zusammenhang für eine aktivere Pflege der Kontakte und des Verkehrs im Raum der Südlichen Kurilen aus und bekräftigte die Absicht Russlands, auf einen Rückzug seiner Truppen von diesen Inseln hinzuarbeiten.

Schließlich schlug er vor, die Möglichkeit zu erwägen, die gemeinsame wirtschaftliche Tätigkeit auf den Inseln in Gang zu bringen, und, falls Japan daran interessiert ist, unter einem neuen Blickwinkel auch Fragen der Jurisdiktion zu studieren.

Wie der russische Minister sagte, würde eine solche gemeinsame Tätigkeit insgesamt nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch politische Bedeutung haben und die Länder zu irgendwelchen Kompromiss-Lösungen bezüglich des Problems der territorialen Abgrenzung voranbringen.

Y. Ikeda hat versprochen, dass die japanische Seite den Vorschlag über gemeinsame wirtschaftliche Aktivitäten auf den Inseln studieren wird, allerdings unter der Bedingung, dass dies nicht die Verhandlungen über das territoriale Problem ersetzt, sondern – als vorübergehende Maßnahme – bis zu seiner Regelung die Schaffung eines günstigeren Klimas für die Durchführung solcher Verhandlungen fördert. Diese Herangehensweise löste seitens Russlands keine Einwände aus.

Im Frühjahr 1997 fliegt J. M. Primakow wieder nach Japan, wieder kommt es zu Verhandlungen und Versuchen, eine Entwirrung komplizierter Probleme zu finden und die russisch-japanischen Beziehungen in eine positive Bahn zu bringen.

Diese Bemühungen haben wesentlich geholfen, das Eis gegenseitiger Un- und Missverständnisse schmelzen zu lassen, die in den frühen 1990er Jahren durch den plumpen Versuch der Führung des damaligen RSFSR ausgelöst wurden, die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Japan zu lösen. „Seit Mitte des Jahres 1997 beginnt eine Belebung der bilateralen Kontakte“, erinnert sich unser Botschafter in Japan aus jener Zeit, A. N. Panow, und „sie treten in die Periode einer – in der Geschichte der russisch-japanischen Beziehungen noch nie da gewesen – Entwicklungsintensität und Effizienz ein. Diese Periode dauerte bis Ende des Jahres 2001“.

„Als auf die „Kommandobrücke“ des Außenministeriums J. M. Primakow stieg, war die Notwendigkeit von Veränderungen in den russisch-japanischen Beziehungen überfällig“, schreibt A. N. Panow in seinem Buch «Über Japan». Aber gebraucht wurden praktische

Schritte, um diese Beziehungen voranzubringen. „Ich fing an, lebhaftere Kontakte mit Jewgeni Primakow und dem Präsidenten B. N. Jelzin zu pflegen, versuchte, ihnen zu erläutern, dass es notwendig ist, die Bemühungen in der japanischen Richtung anzuregen. Angemessen ist, dem Präsidenten und J. M. Primakow Anerkennung zu zollen. Sie haben alles verstanden. Und gemeinsam mit der japanischen Führung wurde ein richtiger Durchbruch vollbracht. Es begann das «goldene Zeitalter» unserer Beziehungen“¹¹⁾.

Am 1. – 2. November 1997 fand das erste informelle russisch-japanische Gipfeltreffen statt, auf dem der „Plan von Jelzin und Hashimoto“ angenommen wurde. Am 18. – 19. April 1998 folgte das zweite Treffen von B. N. Jelzin mit R. Hashimoto im Kurflecken Kawana.

Im Hintergrund verlief eine aktive Arbeit von Diplomaten, darunter auch auf der Ebene von Außenministern. Im Februar 1998 kam nach Moskau K. Obuti als Außenminister Japans, und bereits im November desselben Jahres reiste er wieder nach Russland, jetzt als Ministerpräsident. Aber der Gesprächspartner seitens Russlands blieb derselbe J. M. Primakow, der inzwischen zum Regierungschef geworden war.

Mit dem Februar-Besuch von K. Obuti hängt die Geschichte mit Krawatten zusammen, als B. N. Jelzin während des Gesprächs im Kreml den zwei Ministern vorschlug, ein Treffen „ohne Krawatten“ – nach dem Vorbild der Staatschefs – durchzuführen und für den Anfang Krawatten zu tauschen. Wie der dabei anwesende A. N. Panow bezeugte, hatte der japanische Minister bereitwillig begonnen, den Knoten seiner Krawatte aufzulösen, während Jewgeni Primakow für diese Idee offensichtlich keine Lust hatte. Der Grund für diese Reaktion lag auf der Hand. K. Obuti, der im Jahr des Stiers geboren worden war, sammelte Gegenstände mit der Darstellung dieser Tierart. «Auf seiner Krawatte war geradezu eine ganze Herde Kühe dargestellt. Primakows Krawatte stammte von einer anderen, höheren Kategorie, war hochmodisch und von einer der bekanntesten Herstellerfirmen angefertigt. Der Tausch sah eindeutig nicht gleichwertig aus. Aber was konnte man tun?! Dem Vorschlag des Staatsoberhauptes muss man folgen. Nachdem K. Obuti die

Krawatte von Jewgeni Primakow bekommen hatte, band er sie sich sofort auf. „Ihnen, Herr Minister, steht meine Krawatte sehr gut“, meinte Jewgeni Primakow ¹²⁾.

Nicht nur ihre Krawatten tauschten die Minister untereinander. Viel wichtiger war ein tatkräftiger Gedankenaustausch über die weitere Entwicklung der russisch-japanischen Beziehungen. In dieser Zeit wandten die Parteien viele Anstrengungen auf, dank denen – neben einer neuen Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens – sie dicht an die Lösung des Problems bezüglich des Abschlusses eines Friedensvertrages herangehen konnten.



Einen immer wichtigeren Platz „am Radarbildschirm“ der Außenpolitik Russlands nahm in jenen Jahren – mit Recht – Indien ein. Im März 1997 empfing man in Russland – nach einer ziemlich langen Pause – den indischen Premierminister D. Gowda. In Moskau hatte er recht positive Gespräche und Begegnungen. Belebt haben sich praktische Kontakte; auf beiden Seiten begann das Interesse für geschäftliche Beziehungen, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu wachsen. Eingeleitet wurde die Entwicklung des Langfristigen Programms der militärischen und technischen Zusammenarbeit bis zum Jahr 2010. Die Atmosphäre in den russisch-indischen Beziehungen verbesserte sich recht schnell. Und im Dezember 1998 flog J. M. Primakow selbst, bereits als Chef der Regierung Russlands, nach Indien, in das Land, wohin er – nach eigenen Erinnerungen – im Jahr 1989 beinahe zum Botschafter ernannt wurde ¹³⁾.

Die Mitte der 1990er Jahre gesäten Samen brachten eine reiche Ernte. Es begann eine neue Etappe der Stärkung unserer Beziehungen mit Indien. Heute zeichnen sie sich als die Beziehungen der privilegierten strategischen Partnerschaft aus. Indien ist ein wichtiger Gleichgesinnter und Mitkämpfer Russlands in den internationalen Angelegenheiten; eine noch nie dagewesene Dimension und Dynamik wurden von unserer wirtschaftlichen und militärtechnischen Zusammenarbeit erreicht; es erblühten unsere kulturell-humanitäre Beziehungen.



Es war notwendig, den Beziehungen mit der Republik Korea neue Impulse zu verleihen. Nach dem Besuch des Präsidenten Russlands in Seoul im Jahr 1992 entwickelten sich zwar die russisch-südkoreanischen Beziehungen, aber nicht so, wie es sein könnte. Die Pause bei den Besuchen auf hoher politischer Ebene wurde eindeutig viel zu lange.

J. M. Primakow besuchte Südkorea im Juli 1997. Dort fanden die Verhandlungen statt, die eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit förderten. Im Rahmen des Besuchs wurde ein Abkommen über die Gründung eines «heißen Drahts» – eines geheimen Kommunikationskanals zwischen dem Kreml und dem Blauen Haus – unterzeichnet sowie der Rechtsstreit wegen eines Grundstücks beigelegt, auf dem sich die Botschaft des zaristischen Russlands in Seoul befand (das Gebäude der neuen Botschaft ist im Jahr 2004 eröffnet worden). Ein ernstes Gespräch über die Situation auf der Koreanischen Halbinsel fand statt. Und obwohl eine Vereinbarung über den russischen Vorschlag bezüglich des Beginns der Sechs-Partner-Gespräche über das Atomproblem auf der Koreanischen Halbinsel noch nicht erreicht wurde (die Südkoreaner solidarisierten sich damals mit der amerikanischen Idee der vierseitigen Verhandlungen), beeindruckte den Gastgeber die konstruktive Haltung Russlands und die von J. M. Primakow zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, alle Maßnahmen zu unterstützen, die zur Förderung der Stabilität auf der Koreanischen Halbinsel beitragen würden. Sechs Jahre sind inzwischen vergangen, und im August des Jahres 2003 sind die Sechs-Partner-Verhandlungen Wirklichkeit geworden.

Durch die Bemühungen des Außenministeriums wird jetzt der Entwicklung von Kontakten mit Nordkorea – unserem langjährigen Partner und wichtigen Nachbarn im Fernen Osten – gebührende Aufmerksamkeit geschenkt.

Leider bleibt die „koreanische Denksportaufgabe“ auch bis zum heutigen Tag nicht gelöst. Viele Jahre später lenkte Jewgeni Primakow, der das unverantwortliche Verhalten von Pjöngjang verurteilte, Aufmerksamkeit auf die begründete Besorgnis der

Koreanischen Volksdemokratischen Republik wegen fehlender internationaler Garantien für ihre Sicherheit. Nachgedacht hat er auch über die Perspektiven der Entwicklung Nordkoreas selbst. „Wie es scheint wäre es falsch zu glauben, dass sich in Nordkorea nichts ändert. Es ist nicht ausgeschlossen, dass nach einer bestimmten Zeit das Land, sagen wir, ein vietnamesisches Modell der Reformierung übernehmen kann, das durch die örtlichen Besonderheiten garniert ist. Aber für den Übergang zu den Reformen braucht man eine Phase der Stabilisierung, einschließlich – ohne Zweifel – auch eine stabile sozial-wirtschaftliche Situation. Unter solchen Bedingungen erlangt eine besondere Bedeutung die Wahrung und Entwicklung einer humanitären Unterstützung seitens anderer Länder und die Heranziehung ausländischer Investitionen... die Lösung... akuter energiewirtschaftlicher Probleme“¹⁴⁾.



Mit der direkten Beteiligung von Jewgeni Primakow erhielt einen beispiellosen Impuls die Dialogpartnerschaft Russland – ASEAN, der Jewgeni Primakow große Bedeutung beimaß. Ihr lag die Überzeugung zugrunde, dass die ASEAN die wichtigste regionale Organisation ist, deren Philosophie und Interessen objektiv russlandsnah sind. Auch sie selbst strebt eine engere Zusammenarbeit mit unserem Land an.

Im Juli 1996 leitete der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation die Delegation Russlands auf einem ASEAN-Ministertreffen in Jakarta, wo unsere Dialogpartnerschaft mit dem Verband offiziell besiegelt wurde. Er beteiligte sich auch an den ministeriellen Begegnungen Russland – ASEAN und an den ARF-Tagungen im Jahr 1997 in Kuala Lumpur und im Jahr 1998 in Manila. Gerade in dieser Periode wurden grundlegende Dokumente unterzeichnet und Institutionen gegründet, die bis zum heutigen Tag den Charakter unserer Zusammenarbeit mit der „ASEAN-Zehn“ prägen.

Am 23. Juli 1997 schrieb die Zeitung «Kommersant» in einem Artikel mit der Überschrift „Jewgeni Primakow geht auf eine asiatische Wanderung“: „Heute ist der Außenminister Russlands

Jewgeni Primakow in Seoul angekommen. Das ist der erste Zielpunkt auf seiner Reise durch drei Länder der Asiatisch-Pazifischen Region. Dann wird er offizielle Besuche in Malaysia und Thailand abstatten und – darüber hinaus – in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur an einem Regionalforum der ASEAN teilnehmen, zu dem neben Delegationen der Staaten der ASEAN und Russlands die Vertreter aus den USA, Japan, China und aus sieben weiteren Ländern der Asiatisch-Pazifischen Region kommen sollen.

Wenn man nach dem urteilt, auf welcher Ebene der russische Minister in den Ländern der Region empfangen wird und welche Fragen zur Diskussion stehen, kann man sagen, dass die russische Diplomatie einen neuen Aufstieg in dieser Richtung der internationalen Politik erlebt. Das russische Konzept „einer mehrpoligen Welt“ und der sich daraus ergebende Kurs auf eine Erweiterung des Kreises von Partnern Russlands stehen im Einklang mit dem Streben dieser Länder, eine vom Westen unabhängige Politik zu betreiben, die ihnen die Freiheit des wirtschaftlichen und politischen Manövers bietet.

Von der Tatsache, dass unsere Beziehungen jetzt auf dem Vormarsch sind, zeugt schon die einfache Aufzählung der durchgeführten und geplanten – ihrem Ausmaß nach beispiellosen – Maßnahmen „Russland – ASEAN“ und „Russland – Asiatisch-Pazifische Region“, in deren Mittelpunkt Fragen der Stärkung einer Zusammenarbeit, in erster Linie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, stehen. Zum Beispiel: die erste Sitzung des Ausschusses für die Zusammenarbeit zwischen Russland und ASEAN (5. – 6. Juni, Moskau), ein Treffen im Rahmen des Dialogs Russland – ASEAN auf dem Regionalforum der ASEAN (29. Juli, Kuala Lumpur), der Kongress des Verbandes der Banken Asiens (1. – 7. September, Moskau)¹⁵⁾.

Mit dem Namen Jewgeni Primakows verknüpft sich auch die in jenen Jahren entstandene Tradition der Durchführung (nach Abschluss der ARF-Tagungen) scherzhafter Konzerte mit der Teilnahme von Mitgliedern offizieller Delegationen – eine für die Welt der Diplomatie wirklich einzigartige Erscheinung. Jewgeni Primakow, ein äußerlich ernster und manchmal sogar herber

Mann, war in Wirklichkeit ein großer Freund der Dichtung und der Lieder, schrieb herrliche Gedichte, galt als ein großartiger Geschichtenerzähler und begrüßte auf jede Weise die Laienkunst. Die Idee der diplomatischen „Scherzkonzerte“ war ihm genehm, und er leistete zu ihrer Verwirklichung seinen unverkennbaren persönlichen Beitrag.

M. Zyganow, Korrespondent der Informationsagentur Russlands „Nowosti“ (russ. Abk. RIA), beleuchtete in jenen Jahren die russische Politik in Südostasien und die ASEAN-Maßnahmen. In einem seiner Berichte schrieb er: „Eine Begegnung der Außenminister der ASEAN und der Partnerländer ist das einzige internationale Forum, auf dem die Diplomaten nicht nur über wichtige internationale und regionale Probleme diskutieren, sondern sich in einer völlig unerwarteten Rolle zeigen: in der Rolle von Musikern, Schauspielern und Sängern.“

Die Idee der Veranstaltung von ASEAN-„Scherzkonzerten“ ist fast gleichzeitig mit der Gründung des Regionalen Forums für Sicherheit (ARF) entstanden, das seit 1994 besteht. Konzerte, die das Forum abschließen, sollen den informellen Charakter der Diskussionen im Rahmen der ASEAN unterstreichen.

Die Minister und Mitglieder von Delegationen treten mit komischen Nummern auf, in welchen die Fragen, mit denen die ASEAN-Staaten konfrontiert sind, sowie persönliche Eigenschaften und spassige Züge von Partnern und Kollegen hochgespielt werden.

Auf die „Scherzkonzerte“ bereiten sich Diplomaten oft nicht weniger ernst als auf die Plenarsitzungen und Verhandlungen vor. Die Teilnehmer eines Konzertes bringen Kostüme und Requisiten mit, treffen sich in ihrer von Begegnungen und Diskussionen freien Zeit zu Chor- und Bühnenproben.

Wer in früheren „Scherzkonzerten“ war, gesteht, dass die Auftritte von Delegationen aus Russland einen gleichbleibend großen Erfolg genießen. Immer wieder bilden Interessente nach einem Konzert von „Künstlern“ aus dem Außenministerium Russlands eine Schlange, um ihnen zu gelungenen Nummern zu gratulieren. Als der erste aus den russischen Ministern trat auf dem Galakonzert Jewgeni Primakow im Jahr 1997 in Kuala Lumpur auf“¹⁶⁾.

Mit jedem Jahr wurden „Scherzkonzerte“ auf regionalen ASEAN-Foren immer beliebter, wobei sowohl die russische als auch die amerikanische Delegationen an ihnen recht gern und sogar leidenschaftlich teilnahmen. Der bekannte russische Diplomat und Orientalist A. P. Lossjukow, der in den Jahren 1997 – 1999 an der Spitze der Zweiten Abteilung Asiens im Außenministerium Russlands stand, erinnert sich: „Wir sind auf den Gedanken gekommen, eine gemeinsame Nummer mit den Amerikanern vorzubereiten. So was hat es in der Welt der Diplomatie noch nicht gegeben. Die amerikanischen Partner unterstützten diese Idee.

Gemeinsam entschieden wir, dass zu einer guten Grundlage für den gemeinsamen Auftritt die Handlung des bekannten Broadway-Musicals „West Side Story“ sein könnte. Aber es ging ja nicht nur um die Musik: es war notwendig, Songtexte zu verändern, und zwar so, dass der Text für die russischen und die amerikanischen Partner sowohl amüsant als auch akzeptabel wäre. Und das ist bereits Politik.

Ich schrieb die erste Variante des Textes – in englischer Sprache und in Versen – und übergab ihn an die Amerikaner. Das war eine scharfe politische Satire. Wie zu erwarten, schlugen die Kollegen aus dem US-Außenministerium vor, ihn komplett neuzuschreiben. Es begannen praktisch vollwertige diplomatische Briefverkehr-Verhandlungen, die mehrere Monate lang dauerten: ich schickte unsere Überlegungen meinem Partner, er erstattete mir den Entwurf mit Korrekturen und Gegenvorschlägen zurück.

Nach ziemlich langen und schwierigen Diskussionen wurde der Text schließlich vereinbart. Ich ging mit ihm zum Minister. J. M. Primakow fragte trocken: „Na, was haben Sie da geschrieben?“ Er nahm mir die Papiere ab und wollte darauf zu schreiben beginnen. Ich dachte mit Schrecken: „Wenn Jewgeni Maximowitsch jetzt anfangen wird, den mit so viel Mühe vereinbarten Text zu korrigieren, dann kann man den gemeinsamen Auftritt vergessen: wir würden keine Zeit mehr haben, den Text von vornherein abzustimmen...“ Aber die Worte des Liedes gefielen dem Minister, und er bat mich, nur minimale Korrekturen vorzunehmen“.

Aber jetzt war es nötig, die Arie zu proben. Es wurde beabsichtigt, dass sie von den Leitern der außenpolitischen Ämter von Russland und den USA gesungen wird. Darin steckte eigentlich die größte Überraschung: J. M. Primakow und M. Albright singen auf der Bühne im Duett die Arie der Verliebten! Eine „Bühnenprobe“ konnte selbstverständlich erst nach der Ankunft in Manila stattfinden.

Den gemeinsamen Auftritt erleichterte ein nicht unwichtiger Umstand. Bekanntlich entwickelten sich zwischen M. Albright und Jewgeni Primakow sehr gute persönliche Beziehungen. Jewgeni Maximowitsch schätzte an ihr nicht nur berufliche, sondern auch menschliche Qualitäten: „keine Aufgeblasenheit“ und „eine einnehmende Aufrichtigkeit“ Hoch schätzte er auch die künstlerischen Fähigkeiten seiner Partnerin. In Erinnerung an das informelle Konzert nach der 4. ARF-Tagung im Juli 1997 schreibt er: «Wie explodierte mit Applaus der Saal, als... in Kuala Lumpur Madelaine in Begleitung seiner Delegation perfekt ein Lied von Madonna zu dem extra dafür geschriebenen witzigen Text über die Außenpolitik der USA sang!»¹⁷⁾.

Es war gelungen, nur eine einzige Probe – und nur einen Tag vor dem Auftritt – zu organisieren. Aber das war wirklich ein seltener, für alle Teilnehmer denkwürdiger Abend gewesen. Versammelt hatten sie sich im Hotelzimmer bei der Außenministerin, die Atmosphäre war fast die häusliche. Jewgeni Maximowitsch im Sessel und Madelaine Albright mit den Füßen auf der Couch mit den „Mogelzetteln“ in der Hand sangen – den ganzen Abend lang – die bekannte Melodie mit dem neuen Text, hin und wieder abgelenkt durch Witze und fremde Äußerungen. Nach den Aussagen der Augenzeugen klappte zunächst kaum etwas. Als aber die „Schauspieler“ am nächsten Tag auf die Bühne traten, geschah ein Wunder: so harmonisch – im Gleichklang – sangen die beiden Minister!

J. M. Primakow selbst erzählt farbenreich von diesem „Meisterwerk“ in seinem Buch „Minenfeld der Politik“:

„Die NATO bezog in Ungarn in sich hinein“, sang Madelaine Albright zur Musik Bernsteins aus „West Side Story“.

„Das ist der allergrößte Fehler“, sang ich als Antwort zu der gleichen Musik. Der Saal, in dem alle Eingeladenen anwesend waren, „frohlockte zustimmend“¹⁸⁾.

Heute blickt die Partnerschaft zwischen Russland und der ASEAN, die in diesem Jahr ihr 20-jähriges Bestehen begeht, auf früher ungeahnte Horizonte. Auf dem dritten Gipfeltreffen Russland – ASEAN im Mai 2016 in Sotschi wurde eine Vereinbarung erreicht, der zufolge diese Partnerschaft auf das Niveau der strategischen Kooperation erhoben wird. In diesem Jubiläumsjahr können wir natürlich nicht umhin, daran zu erinnern, dass an der Quelle der Dialogpartnerschaft J. M. Primakow gestanden hat.

Ein bedeutender Fortschritt wurde in der Mitte der 1990er Jahre auch in den bilateralen Beziehungen Russlands zu vielen Ländern in Südostasien – unter anderem zu Vietnam, Indonesien, Malaysia und Thailand – erzielt. Das bedeutet nicht, dass in den früheren Jahrzehnten unser Land Beziehungen mit den asiatischen Ländern ungenügend entwickelte. Ganz und gar nicht. Die Sowjetunion hatte in Asien immer schon viele Verbündete und Freunde. Wir sollten nicht vergessen, dass gerade die UdSSR einen entscheidenden Beitrag zur nationalen Befreiung der Völker der Region vom kolonialen Joch leistete und vielen Ländern der Asiatisch-Pazifischen Region bei der Erreichung der Unabhängigkeit, beim Schutz ihrer eigenen Souveränität gegen die äußere Aggression und bei der Schaffung von Grundlagen der Staatlichkeit enorme Hilfe erwies. Das Fundament einer modernen Industrie in China, Indien, Vietnam, Laos, Kambodscha, Indonesien, in der Mongolei, in Myanmar, Bangladesch und Afghanistan wurde in nicht erheblichem Maße dank der großzügigen Hilfe der UdSSR gelegt. Das Rückgrat der ingenieur-technischen und künstlerischen Intelligenz dieser Länder wurde an sowjetischen Hochschulen oder von sowjetischen Experten vorbereitet, die zur Förderung dieser jungen sozialistischen und Entwicklungsländer Asiens entsandt worden waren. Die Politik der UdSSR gegenüber den asiatischen Ländern war natürlich weitgehend ideologisiert, dafür aber konsequent und ehrlich.

Dann kamen schwierige Zeiten für unser Land, die auch die Tätigkeit Russlands in diesem Teil der Welt beeinträchtigten.

Jedoch erlangt – seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre – die Zusammenarbeit mit den Partnern in der Asiatisch-Pazifischen Region nach und nach einen ganz anderen Charakter, den Charakter einer zielgerichteten Systempolitik, die auf die Förderung der vorrangigen Entwicklung eines umfassenden, vielschichtigen Zusammenwirkens gerichtet ist.



Nachdem im Jahr 1989 die Beziehungen zur Volksrepublik China normalisiert worden waren, begann eine intensive Annäherung zwischen unseren beiden Ländern auf der Grundlage einer Konsonanz der wirklichen Interessen, des gegenseitigen Nutzens und der Lösung von Problemen, die für uns ein Erbe aus der Vergangenheit bedeuteten. Dies führte etwa im Jahr 1996 dazu, dass zwischen Russland und China Beziehungen einer strategischen Partnerschaft entstanden, die fünf Jahre später – im Jahr 2001 – durch den Vertrag über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit „zementiert“ wurden.

Abgeleitet von diesen neuen Beziehungen waren beispiellose Vereinbarungen zwischen Russland, China, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan: im April 1996 wurde ein Abkommen über die Festigung des Vertrauens im militärischen Bereich in der Nähe der Grenze abgeschlossen, im April 1997 folgte ihm ein Abkommen über die gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in der Nähe der Grenze. J. M. Primakow lobte das langjährige mühsame Werk der russischen und chinesischen Experten und förderte seine Vollendung.

Auf dem Gipfeltreffen im April 1996 in Schanghai entstand unter Teilnahme der fünf Staaten die Idee: künftighin solche Begegnungen in regelmäßigen Abständen abzuhalten. So bildete sich die „Schanghai-Fünf“. Im Jahr 1997 versammelten sich die fünf führenden Politiker erneut in Moskau und im Jahr 1998 in Alma-Ata. Es ist bemerkenswert, dass – im Zusammenhang mit der Unmöglichkeit der Teilnahme B. N. Jelzins an dem Gipfeltreffen – Russland in Alma-Ata durch den Außenminister

J. M. Primakow vertreten war. „Russland wird der aktivste Teil der «Fünf»¹⁹⁾ sein“, erklärte er damals.

Diese Aussage war nicht grundlos. Der Minister unternahm zielgerichtete Anstrengungen zur Stärkung der «Schanghaier Fünf». Noch vor dem Gipfeltreffen in Bischkek im Jahr 1999 begann die Bildung von Arbeitsmechanismen für den neuen – vorerst noch informellen – Zusammenschluss; auf dem Gipfeltreffen in Duschanbe im Jahr 2000 wurde der Beschluss zur Gründung einer neuen Organisation angenommen. Am 15. Juni 2001 unterzeichneten die Staatsschefs der fünf Länder und Usbekistans die Erklärung über die Gründung der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).



Zu den Beobachterstaaten bei der SOZ und den besonders realen Kandidaten für den Beitritt zu dieser Organisation als Vollmitglied gehört der Iran. Den Wert Teherans als eines wichtigen Partners unseres Landes betonte J. M. Primakow in seinen Erinnerungen ganz besonders: „Iran ist ein Nachbarland, das mit uns viele Jahrzehnte der gegenseitig vorteilhaften Beziehungen verbinden. Diese Beziehungen brachen nicht ab und beinhalteten nicht nur eine starke wirtschaftliche Komponente, sondern – seit Mitte der 1990er Jahre – auch die politische Zusammenarbeit, vor allem bei Themen, wo unsere Interessen einander nah geworden sind“²⁰⁾.

Apropos die Rolle Jewgeni Primakows in der Entwicklung einer Zusammenarbeit mit asiatischen Ländern: da kann man nicht umhin, ein paar Worte über Afghanistan zu sagen. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus diesem Land – im Februar 1989 – blieb dort eine Weile der Status quo bestehen, aber nach dem Zusammenbruch der Macht der Volksdemokratischen Partei Afghanistans versank das Land im Chaos eines Bürgerkrieges. Die Mudschaheddin eroberten Kabul, wurden aber bald durch die Bewegung „Taliban“, einen neuen gefährlichen Spieler auf dem afghanischen Feld, von dort vertrieben. Die Entwicklung der russisch-afghanischen Beziehungen brach für eine Zeitlang ab.

M. A. Konarowski, ein bekannter russischer Afghanistan-Kenner und prominenter Diplomat, erinnert sich, dass J. M. Primakow – sowohl in seiner Amtszeit als Minister als auch und nach seiner Versetzung auf andere Dienstposten – dem Thema Afghanistan größte Aufmerksamkeit konsequent schenkte.

„Im Februar 2002 traf ich mich mit J. M. Primakow, der damals das Amt des Präsidenten der Handels- und Industriekammer Russlands bekleidete, am Vorabend meiner Abreise nach Kabul als Botschafter Russlands in Afghanistan. Jewgeni Maximowitsch Primakow legte seine Vision der Situation im Post-Taliban-Afghanistan und in dessen Umgebung dar. Es ist bemerkenswert, dass unsere Einschätzungen weitgehend miteinander übereinstimmen, was war für mich vor Beginn meiner Arbeit in einem sehr schwierigen Umfeld des Gastlandes recht inspirierend war. Während der Darlegung seiner Gedanken zeigte Jewgeni Maximowitsch Primakow nicht nur die Weitsichtigkeit des Denkens als professioneller Orientalist und Politiker, sondern auch die Qualitäten eines Experten mit der strategischen Vision von Prozessen in diesem Land, als ein Spezialist mit dem umfassenden Wissen um das Wesen des Konflikts in Afghanistan. Zu seinen konkreten Empfehlungen gehörte die – damals leider keine ausreichende Unterstützung genießende – Idee, dass es notwendig ist, weitgehende Kontakte mit den afghanischen Puschtunen und ihren Anführern zu pflegen, nicht aber – auf die altmodische Weise, gemäß einer Tradition der sowjetischen Zeiten – vorwiegend den nationalen Minderheiten nördlicher Regionen Afghanistans Vorzug zu geben. Von seiner Seite bekam ich auch die volle Unterstützung für die Zweckmäßigkeit, bei der Handels- und Industriekammer Russlands einen russisch-afghanischen Geschäftsausschuss oder irgendeine andere Struktur zu bilden, um die bilaterale Handels- und Wirtschaftskooperation aus der Vernachlässigung zu holen. Dieser Gedanke nahm bereits – im Herbst 2002 – bei einem Besuch in Moskau des damaligen Außenministers Afghanistans, A. Abdullah, während seines Treffens mit J. M. Primakow konkrete Formen an“.



Das Interesse für Fragen der multilateralen Diplomatie in der Asiatisch-Pazifischen Region entstand bei Jewgeni Primakow vor langer Zeit, als die ersten regionalen Strukturen nur noch vorsichtige Schritte auf dem Weg ihres Werdegangs taten. Ich glaube, dass er voraussah, was für eine große Zukunft den multilateralen Organisationen und Foren in dieser Region gehört. In der Mitte der 1980er Jahre zählte zu solchen Vereinigungen im Format „der zweiten Spur“ der Rat der Pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (RPWZ). J. M. Primakow stellte sich an die Spitze der Delegation Russlands in der RPWZ. Erhalten geblieben sind die Erinnerungen seiner Kollegen an die Arbeit in diesem Forum: „Den Teilnehmern eines Treffens des Pazifischen Rats für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das in Osaka im Mai 1988 stattfand, wird seine beeindruckende fünfminütige Ansprache in Erinnerung bleiben, in der die Sowjetunion als eine vollberechtigte regionale Großmacht mit weitverzweigten Interessen und konstruktiven Absichten vorgestellt worden ist“ ²¹⁾.

J. M. Primakow wurde zum ersten Vorsitzenden des Sowjetischen Nationalkomitees für die asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit (SNKAPWZ) gewählt, das – auch auf seine Anregung – im Jahr 1988 gebildet worden war und den Weg zur Mitgliedschaft Russlands im Forum «Asiatisch-Pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit» (APEC) ebnete. „Ausschließlich im Stil Primakows wurde zu einem unverzüglichen praktischen Schritt die von ihm organisierte Blitz-Reise einer Arbeitsgruppe von SNKAPWZ nach Blagowestschensk, Juschno-Sachalinsk, Wladiwostok und Chabarowsk. Es fanden zahlreiche geschäftliche Begegnungen und aufrichtige Gespräche mit den Leitern von Regionen, den Direktoren von Industriebetrieben und mit Wissenschaftlern statt. Im Herbst 1988 wurde in der damals noch „gesperrten“ Stadt Wladiwostok unter der Leitung von Jewgeni Primakow die beispiellose – nach der Anzahl und Repräsentanz der Teilnehmer – internationale Begegnung „Asiatisch-Pazifische Region: Dialog, Frieden, Zusammenarbeit“ abgehalten ²²⁾.

Aber das war erst der Anfang. Als J. M. Primakow in das Außenministerium kam, schenkte er den Prozessen der regionalen Integration die ungeteilte Aufmerksamkeit.

Grundsätzlich ist es wichtig festzustellen: als Russland vor zwei Jahrzehnten den Aufbau einer tatkräftigen Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn und regionalen Zentren der Macht begann, steuerte es konsequent einen Kurs auf die Beteiligung an den Prozessen der multilateralen Zusammenarbeit im Asiatisch-Pazifischen Raum. Im Jahr 1996 wurde unser Land zu einem Mitglied des Regionalen ASEAN-Forums für Sicherheit. Schon damals wurden die – vom Minister für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, Jewgeni Primakow, unterzeichneten – Briefe mit dem Ausdruck der Bereitschaft versandt, dem Forum „Asien – Europa“ beizutreten. Der Prozess des Beitritts zu dieser Vereinigung dauerte anderthalb Jahrzehnte lang, wurde aber letzten Endes erfolgreich abgeschlossen.

Im Jahr 1998 schloss sich Russland, wie Jewgeni Primakow feststellte, „nach einem langen Leidensweg und beachtlichen diplomatischen Anstrengungen“ dem Forum „Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft“ (APEC) an. Jewgeni Primakow vertrat Russland auf dem ersten – mit der Teilnahme unseres Landes – APEC-Gipfel im Oktober 1998 in Kuala Lumpur, obwohl die Anwesenheit des Präsidenten B. N. Jelzins beabsichtigt worden war. Aus den Erinnerungen von Primakow: „Am 16. Oktober 1998 sagte der Präsident seine Reise nach Malaysia ab, wo ein Gipfeltreffen der Staaten der Asiatisch-Pazifischen Region geplant worden war. Russland sollte in dieser Tagung zum ersten Mal vorgestellt werden, nachdem man uns endlich in die APEC aufgenommen hatte. Anstelle des Präsidenten flog nach Malaysia ich“²³⁾.

Diese Linie wurde fortgesetzt auch nach dem Übergang Jewgeni Primakows auf einen Arbeitsposten in der Regierung. Im Jahr 2002 nahm Russland am Ersten Gipfeltreffen der Konferenz für Kooperation und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien teil und wurde Teilnehmer des Dialogs über Zusammenarbeit in Asien; im Jahr 2004 trat Russland dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien bei; im Jahr 2010 wurde Russland (zusammen mit den

USA) in den Kreis von Teilnehmern der Ostasiatischen Gipfeltreffen und – gleichzeitig mit Australien und Neuseeland – in das ASEM (Asia-Europe Meeting: ASEM) aufgenommen. Zu einem Beweis für die hohe Bewertung unserer Mitwirkung in den Angelegenheiten der Asiatisch-Pazifischen Region durch die regionale Gemeinschaft wurde das an Russland gewährte Recht, ein APEC-Gipfeltreffen in Wladiwostok im Jahr 2012 abzuhalten.

Die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Asiatisch-Pazifischen Region ist für unser Land durch den Umstand bedingt, dass wir auf sie unsere Hoffnungen auf den sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung der russischen Regionen Sibiriens und des Fernen Ostens setzen. Nach einer Erörterung dieses Kreises von Fragen, die unter dem Vorsitz des Präsidenten Russlands im Juli 2010 in Chabarowsk stattgefunden hatte, wurde das Komplexe Aktionsprogramm zur Festigung der Positionen Russlands im Asiatisch-Pazifischen Raum festgelegt.

In den letzten Jahren geschehen dort enorme Veränderungen. W. W. Putin nannte die Entwicklung des Fernen Ostens „Russlands Priorität für das ganze 21. Jahrhundert“. Zur Lösung dieser Aufgabe ist auch der „Ost-Vektor“ berufen.



Groß ist das theoretische Erbe Jewgeni Primakows, dessen zukunftsorientierte Voraussagen sich bereits zu erfüllen beginnen. In seiner Ansprache am 2. Juli 2015 anlässlich einer Gedenkveranstaltung zu Ehren des Patriarchen unserer Diplomatie im Außenministerium Russlands, sagte Sergej Lawrow: „J. M. Primakow ist ohne Übertreibung der Autor wichtigster Richtungen unserer außenpolitischen Doktrin, die im Laufe von fast zwei Jahrzehnten ihre Aktualität beibehalten. Vor allem gehört zu diesen Richtungen der unabhängige, eigenständige außenpolitische Kurs Russlands sowie dessen Offenheit für die Zusammenarbeit mit jedem beliebigen anderen Staat oder mit einer Gruppe von Staaten auf der gleichberechtigten, gegenseitig achtungsvollen und nutzbringenden Grundlage“²⁴⁾.

Laut Sergej Lawrow gehört dem Diplomaten Jewgeni Primakow der konzeptuelle Vorrang in der Formulierung der Doktrin einer multipolaren Welt. Diese Doktrin wird oft – und völlig zu Recht – als „Primakow-Doktrin“ bezeichnet. Wenn in den 1990er Jahren irgendetwas scheinen könnte, diese Formel sei eine ideologisierte Utopie eines beleidigten Russlands oder eine spekulative Konstruktion lebensfremder Wissenschaftler, so bahnt sich heute beharrlich den Weg die Formierung einer polyzentrischen Weltordnung vor dem Hintergrund der vergeblichen Versuche des Westens (der seine einstige Dominanz nach und nach einbüßt), mit allen Mitteln die Welt unter seiner alleinigen Kontrolle zu halten.

Die These von einer rangunterschiedlichen eurasischen Integration wurde von J. M. Primakow lange vor der Zeit verkündet, da diese Wahrheit die Gedanken anderer Wissenschaftler und Politiker erobert hat. Er war davon überzeugt, dass die Bestimmung eines „Integrationskerns“ in diesem Prozess notwendig und unvermeidlich ist. Seine Schlussfolgerung wird vom Leben bestätigt: durch die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) am 1. Januar 2015.

J. M. Primakow war der erste, der die Möglichkeit der Zusammenarbeit von Russland, China und Indien verkündete. Und auch daran hatte zunächst kaum jemand geglaubt. Aber die Idee der „Troika“ materialisierte sich schon recht bald – in den späten 1990er Jahren – als ein Mechanismus für den dreiseitigen Dialog RIC (nach den ersten Buchstaben der Namen der drei oben erwähnten Länder).

Das erwähnte Sergej Lawrow in seiner berühmten dichterischen Gratulation anlässlich des 80-jährigen Jubiläums von Primakow:

„Und das berühmte Dreieck –
Peking, Neu-Delhi und Moskau?
Zuerst schien der Gedanke ketzerisch zu sein.
Aber die „Troika“ – hier ist sie und lebt weiter!“

Die „Troika“ hat aber gewisse noch weitgehendere Prozesse angeregt. Im Jahr 2006 erschien am internationalen Firmament ein neues – vielversprechendes – Forum, das sich den Namen „BRIC“ gab. Im Jahr 2011 – mit dem Beitritt der Republik Südafrika – verwandelte es sich in (die Abkürzung) „BRICS“. Heute ist BRICS ein sich besonders

schnell entwickelnder Staatenbund, dessen Einfluss auf die Weltpolitik, auf die globale Steuerung und Reformierung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen kaum zu überschätzen ist.

In den letzten Jahrzehnten hat sich auch ein weiteres Kind von Jewgeni Primakow und seinen Mitarbeitern – die „Schanghaier Fünf“ – bis zur Unkenntlichkeit verändert und im Jahr 2001 in die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) verwandelt. Die SOZ, diese junge regionale Organisation zur Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nachbarländern und zur gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus, Separatismus und Extremismus, entwickelte sich beispiellos dynamisch. Sie bereichert sich durch neue Themen, zum Beispiel durch den Widerstand gegen die Rauschgiftgefahr, durch die multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie durch neue Mitglieder. Die Entscheidung über die Aufnahme von Indien und Pakistan in die SOZ verspricht, die regionale Landschaft grundlegend zu ändern. Mehr als zehn Staaten sind bereits Beobachter bei der SOZ oder deren Dialogpartner; insgesamt umfasst nun die „SOZ-Familie“ 18 Länder. Und das Interesse der Länder der Region an der SOZ nimmt unentwegt zu.

Als Atommacht und ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates trägt Russland eine besondere Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. In diesem Zusammenhang muss uns die Präsenz akuter Krisenherde in der Asiatisch-Pazifischen Region vor dem Hintergrund eines Mangels an Vertrauen und des Fehlens eines zuverlässigen, rechtlich verifizierten Sicherheitssystems alarmieren. Das ist der Grund, warum unser Land beharrlich für die Bildung neuer Sicherheitsgrundlagen in diesem Teil der Welt eintritt; diese Sicherheitsgrundlagen müssen von einer konfrontativen Ideologie frei sein; unser Land setzt sich auch dafür ein, dass im Asiatisch-Pazifischen Raum die Bildung einer umfassenden, offenen und inklusiven Architektur der Sicherheit und Zusammenarbeit beginnt. Dieser Architektur müssen die Prinzipien des Völkerrechts, des gegenseitigen Vertrauens und der Achtung der gegenseitigen Interessen, der Verzicht auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung sowie die Prinzipien einer friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zugrunde liegen. Am deutlichsten wurden diese

Anforderungen an ein neues Paradigma der Beziehungen Mitte der 1990er Jahre formuliert.

Im Einklang mit diesen Ansätzen ergriffen Moskau und Peking im Jahr 2010 eine gemeinsame russisch-chinesische Initiative zur Festigung der regionalen Sicherheit. Die prinzipielle Unterstützung dieser Initiative durch die ASEAN-Partner diene als Grundlage für den Start eines außerordentlich wichtigen Dialogs, den jetzt alle einflussreichsten Mitglieder der regionalen Gemeinschaft im Rahmen der Ostasiatischen Gipfeltreffen führen.

Wenn man sagt, dass J. M. Primakow „tatkräftig und kreativ die positive Agenda in den internationalen Angelegenheiten voranbrachte und den Ausbau der gemeinschaftlichen Bemühungen zur Suche nach Antworten auf globale Herausforderungen beim Stützen auf das Völkerrecht förderte“⁽²⁵⁾, steht das im direkten Zusammenhang mit dem „Ost-Vektor« der Außenpolitik Russlands, den dieser hervorragende Mann vorgezeichnet hat.



Jewgeni Primakow war ein weiser und nüchterner Politiker. Als Primakow auf die Bedeutung der Hinwendung Russlands zur Asien-Pazifik-Region hinwies, verstand er zutiefst die Notwendigkeit einer ausgewogenen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Strategie für ein solches Land wie unser. „Die Stärke unserer Außenpolitik“, sagte er, „liegt in der maximalen Einbeziehung verschiedener Staaten und – vor allem – in der Entwicklung der Beziehungen mit asiatischen Ländern. Bei dieser Konfiguration wird es uns leichter fallen, auch mit dem Westen umzugehen“⁽²⁶⁾.

Es ist kein Zufall, dass in seiner letzten öffentlichen Ansprache im Januar 2015 auf einer Sitzung des „Mercury-Clubs“ die Worte enthalten waren: „Kann man denn von einer Umorientierung Russlands auf den Osten reden? Ich antworte: Nein, es ist nicht so. Russland möchte die Beziehungen mit den USA und Europa normalisieren, aber es wäre unvernünftig, die schnell wachsende Bedeutung Chinas und anderer Länder der „Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft“ zu ignorieren“.

In einem gewissen Sinne ist es das politische Testament von Jewgeni Primakow.

1. Das Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation // „Diplomatischer Kurier“. Sonderausgabe. 1993. Januar. S. 3.
2. Ebenda S. 5.
3. Iwanow W. I. „Jewgeni Maximowitsch Primakow und Russlands Platz im Pazifischen Wirtschaftsraum“ // <http://alipina.viperson.ru/articles/evgeniy-maksimovich-primakov-i-mesto-rossii-v-atr>
4. Panow A. N. „Über Japan. Aufzeichnungen und Studien eines Diplomaten“. Moskau: „OLMA Media Grupp“, 2014. S. 415.
5. Medwedew R. A. „Besuch von M. Gorbatschow in der VR China im Jahr 1989. Neue und neueste Geschichte. 2011. Nr. 3.
6. Trojanowski O. A. „Über Jahre und Entfernungen hinweg. Geschichte einer Familie“. Moskau: „Vagrius“, 1997.
7. Mletschin L. M. „Primakow“. Moskau: Verlag „Molodaja gwardija“, 2015. S. 115.
8. Primakow J. M. „Begegnungen an Scheidewegen“. Moskau: Verlag „Zentrpolygraph“, 2015. S. 63.
9. Ebenda S. 182.
10. Gontscharow S. N. Aufzeichnungen über die militärisch-technische Zusammenarbeit Chinas mit der UdSSR in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. // <http://www.synologia.ru/monograph-1531-5>
11. Panow A. N. Ebenda S. 560 – 561.
12. Ebenda S. 229 – 230.
13. Mletschin L. M. Ebenda S. 116.
14. Primakow J. M. „Welt ohne Russland? Wozu die politische Kurzsichtigkeit führt“. Moskau: Verlagshaus „Rossijskaja gaseta“. S. 48.
15. www.kommersant.ru/doc/181409
16. m-tsyganov.livejournal.com/347157.html
17. Primakow J. M. „Begegnungen an Scheidewegen“... S. 248.
18. Primakow J. M. „Minenfeld der Politik“. Moskau: Verlag „Molodaja gwardija“, 2007. S. 191.
19. www.kommersant.ru/doc/201291
20. Primakow J. M. „Begegnungen an Scheidewegen“... S. 493.
21. Iwanow W. I. Ebenda.
22. Ebenda.
23. Primakow J. M. „Begegnungen an Scheidewegen“... S. 526.
24. Ansprache des Aussenministers S. W. Lawrow // „Unser Smolenskaja-Platz: Menschen und Taten“. 2015. Nr. 6.
25. www.mid.ru/main_en/asset_publisher/.../content/id/1511244
26. Primakow J. M. „Begegnungen an Scheidewegen“... S. 64.

Schlüsselworte: J. M. Primakow, die unabhängige Außenpolitik, eine multipolare Welt, die strategische Partnerschaft, China, Indien, Japan, ASEAN, RIC, BRICS, die „Schanghaier Fünf“, SOZ.



Rat der Zeitschrift:

Sergej Lawrow,

Außenminister Russlands

Alexander Awdejew, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter
Russlands im Vatikan

Andrej Denissow, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands in der
Volksrepublik China, Kandidat der Wirtschaftswissenschaften

Alexander Dsassochow, Doktor der politischen Wissenschaften

Igor Iwanow, Präsident des Rates für internationale Angelegenheiten Russlands
(russ. Abk. RSMD), korrespondierendes Mitglied der Akademie der
Wissenschaften Russlands, Doktor der Geschichtswissenschaften

Konstantin Kossatschow, Vorsitzender des Ausschusses für internationale
Angelegenheiten des Föderationsrates, Kandidat der Rechtswissenschaften

Wladimir Lukin, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter,
Doktor der Geschichtswissenschaften, Professor

Michail Margelow, Vizepräsident der Offenen Aktiengesellschaft „AK Transneft“

Sergej Wjasalow, Generaldirektor des Außenministeriums Russlands

Alexej Meschkow, Stellvertreter des Außenministers Russlands

Alexander Panow, Doktor der politischen Wissenschaften

Georgi Petrow, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Russlands

Alexej Puschkow, Kandidat der Geschichtswissenschaften

Sergej Rjabkow, Stellvertreter des Außenministers Russlands

Michail Seslawinski, Leiter der Föderalen Agentur für Presse und Massenkommunikationen

Wladimir Titow, Erster Stellvertreter des Außenministers Russlands

Anatoli Tolkunow, Rektor der Moskauer Staatlichen Hochschule für internationale
Beziehungen (russ. Abk. MGIMO, ordentliches Mitglied der Akademie
der Wissenschaften Russlands, Doktor der politischen Wissenschaften

Alexej Fedotow, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands
in der Slowakei, Kandidat der Rechtswissenschaften

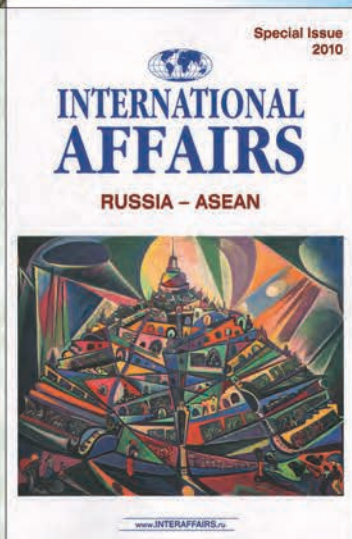
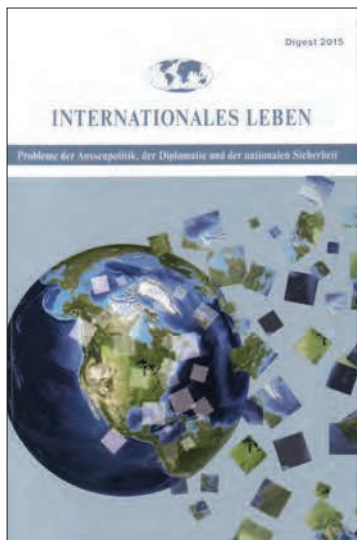
Wladimir Tschishow, Ständiger Vertreter Russlands bei der EU

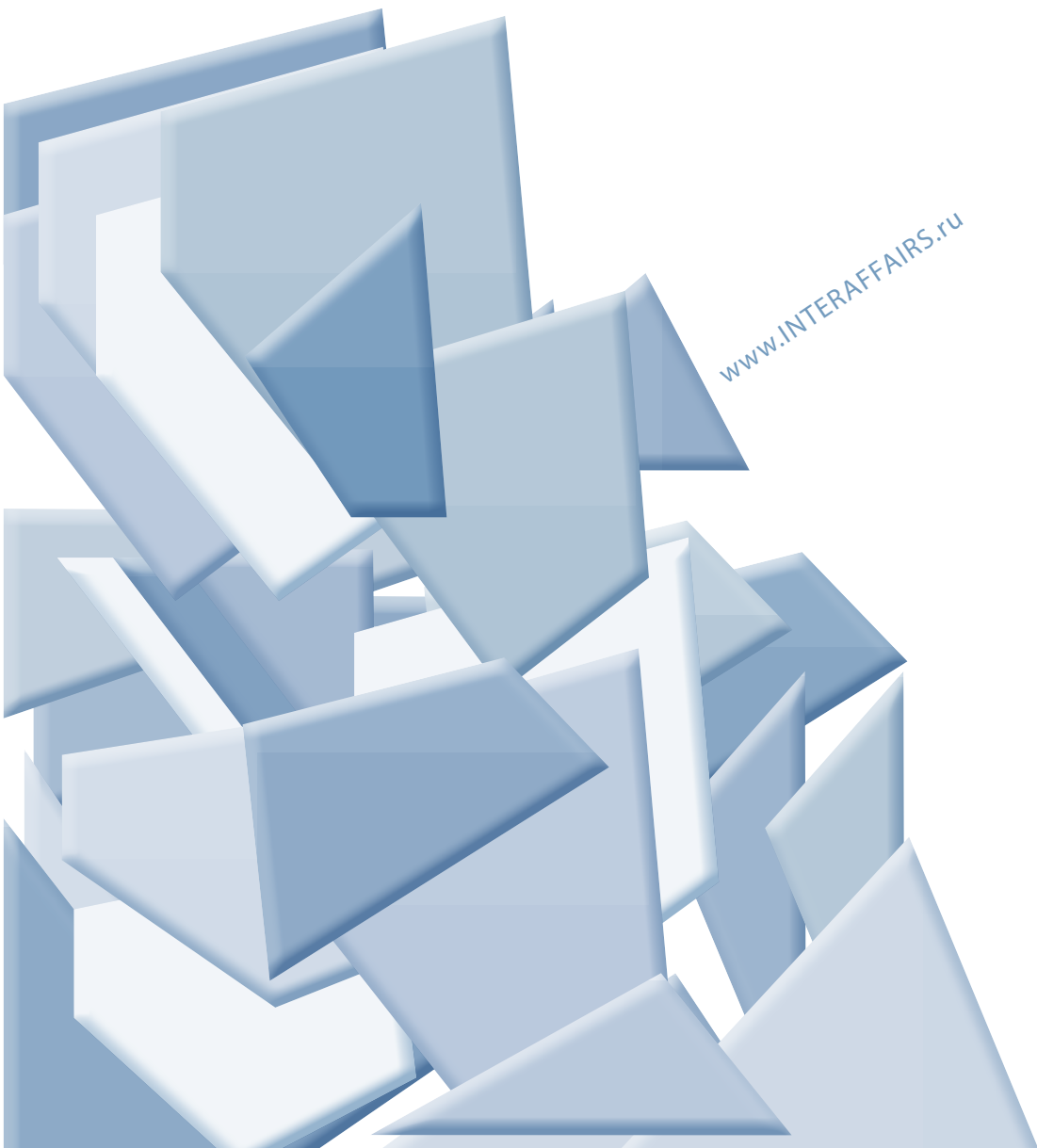
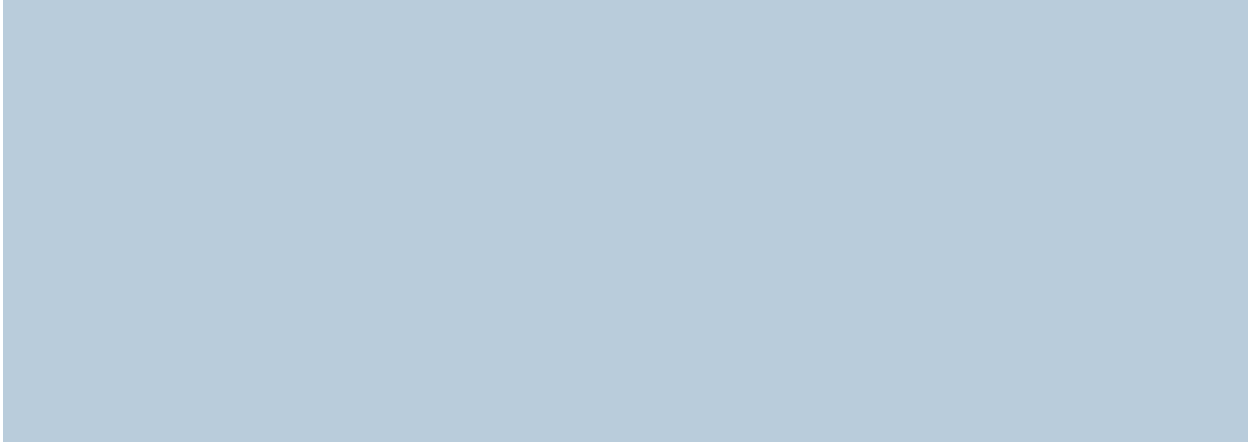
Vitali Tschurkin, Ständiger Vertreter Russlands bei der UNO, Kandidat
der Geschichtswissenschaften

Juri Schafranik, Vorstandsvorsitzender der Zwischenstaatlichen Erdölgesellschaft
(russ. Abk. MGNK) „SojusNefteGas“, Präsident der Stiftung „Weltpolitik und Ressourcen“

Alexander Jakowenko, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter
Russlands in Großbritannien, Doktor der Rechtswissenschaften, Professor

Chefredakteur Armen Oganessjan





www.ITERAFFAIRS.ru